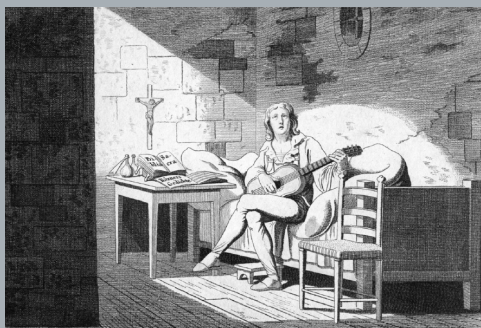


Sylvia Schraut

Frau und Mann, Mann und Frau

Eine Geschlechtergeschichte
des deutschen Südwestens 1789–1980



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs

Band 44

Herausgegeben von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Sylvia Schraut

Frau und Mann, Mann und Frau

Eine Geschlechtergeschichte
des deutschen Südwestens (1789 – 1980)

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

1. Auflage 2016

Verlag W. Kohlhammer
in Verbindung mit der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg
Alle Rechte vorbehalten
© 2016 Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Umschlagfotos (von links oben nach rechts unten): Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim, Landesarchiv Baden-Württemberg/Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Stadtarchiv Lörrach, Südwest Presse Ulm (Foto: Simon Resch)

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-945414-15-6

E-Book-Formate:
epub: 978-3-945414-16-3
mobi: 978-3-945414-17-0

Vorwort	7
Einleitung.....	7
1 Zwischen Gestern und Morgen (1789–1814/15)	11
Dynastische Heiratspolitik: alte Herrschaftsstrategien – neue Territorien.....	12
Wirtschaften am Ende der Frühen Neuzeit: geteiltes und bedrängtes Leben.....	22
<i>Exkurs:</i> Geschlechterrollen im bürgerlichen Zeitalter	33
Die Ausstrahlung der Französischen Revolution auf Baden und Württemberg.....	37
<i>Biographie:</i> Weiblicher Aufbruch zwischen gestern und morgen – Sophie von La Roche (1730–1807)	45
Die Ära der Napoleonischen Kriege: männliche Wehrhaftigkeit und weibliche Fürsorge	49
<i>Biographie:</i> Franz Werner (ca. 1749–1809) aus Markelsheim – ein neuer württembergischer Untertan.....	58
2 Politische Aufbrüche (1815–1870)	63
Liberalismus im Südwesten: Kämpfe mit Dolch	64
... und Feder	71
<i>Biographie:</i> Schreiben gegen die Teilnahmslosigkeit – Therese Huber (1764–1829).....	82
Die deutschen Revolutionen 1848: Startschuss in Baden, Abgesang in Württemberg und Baden	86
<i>Exkurs:</i> Südwestdeutsche Identität(en) im Wandel.....	96
Orientierungssuche zwischen gescheiterter Revolution und Reichsgründung 1871	99
<i>Biographie:</i> Ein Attentäter als Friedensmahner – Ferdinand Cohen-Blind (1844–1866)	108

3	Wirtschaftliche und soziale Umbrüche (1871–1914)	113
	Der Wandel der Arbeitswelten im Industrialisierungsprozess.....	114
	<i>Biographie</i> : Robert Bosch (1861–1942) – der „rote Fabrikant“	124
	Arbeiterbewegung	128
	Urbanisierung im Südwesten	137
	<i>Exkurs</i> : Von Baden und Württemberg in die weite Welt	146
	Zwischen weiblicher Sozialarbeit und Kampf für Frauenrechte	150
	<i>Biographie</i> : Alice Bensheimer (1864–1935) – ein Mittelpunkt der deutschen Frauenbewegung	161
4	Einbrüche (1914–1945)	165
	„Der größte Wahnsinn der Geschichte“:	
	Die Weltkriege 1914–1918 und 1939–1945	166
	<i>Exkurs</i> : Kriege – das Auseinanderbrechen männlicher und weiblicher Handlungsspielräume und Erfahrungen	176
	Standortsuche in der Weimarer Republik.....	179
	Neue und alte Welten.....	187
	<i>Biographie</i> : „Unter Ihnen gab es viele mutige Frauen“ – Lina Haag (1907–2012).....	198
	Nationalsozialistische Diktatur und Widerstand im „Dritten Reich“	201
	<i>Biographie</i> : „Ich bin der einzige, der noch normal ist“ – Martin Bader (1901–1940)	211
5	Neuanfänge (1945–1980)	215
	Die „Stunde Null“ im Südwesten	216
	Zweierlei Schicksale: Flüchtlingsaufnahme in der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone.....	225
	<i>Biographie</i> : Kämpfer für die gleichberechtigte Eingliederung der Vertriebenen – Karl Bartunek (1906–1984)	235
	Protestbewegungen im Südwesten – ein Genderthema?	238
	<i>Biographie</i> : Neue Frauen braucht das Land – Christa Reetz (1922–2009)	247
	Von der Peripherie ins Zentrum? Männer, Frauen und der Terrorismus	250
	<i>Exkurs</i> : Zentrum und Peripherie – deutsche Geschichte und Regionalgeschichte	260
	Literaturverzeichnis	263
	Bildnachweis	271
	Die Autorin.....	273

Geschlechtergeschichte ist mehr als Frauengeschichte. Viel mehr. Denn es geht um die jeweilige Perspektive beider Geschlechter und um ihr Verhältnis zueinander. Es geht auch um gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Zuschreibungen und Konstruktionen, nicht zuletzt um die Bilder, die wir uns von den Geschlechtern mach(t)en – und vor allem um ihre Handlungsspielräume, Zwänge und Chancen. Männlich oder weiblich – dieses Identitätsmerkmal begleitet jeden von uns von Geburt an. Oft genug unhinterfragt, ist das Geschlechterverhältnis ein zentrales Merkmal unserer gesellschaftlichen Ordnung. Geschlecht ist also eine Kategorie, der sich jede kritische historische und aktuelle Gesellschaftsbeschreibung bedienen sollte.

Fast 25 Jahre, nachdem in den *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs* ein eigenständiger Band zu *Frauen im deutschen Südwesten* erschienen ist, schien es uns höchste Zeit, das Thema erneut und in moderner Perspektive aufzugreifen. Natürlich ist die Gender-Perspektive seither in viele andere Bände unserer landeskundlichen Buchreihe mit eingeflossen. Das ist fester Bestandteil des Selbstverständnisses der politischen Bildung. Aber ein eigenständiger Band, der die Geschichte des deutschen Südwestens seit der Französischen Revolution unter geschlechterhistorischer Perspektive angeht, schien uns eine lohnenswerte Herausforderung zu sein.

Umso herzlicher danken wir Professorin Dr. Sylvia Schraut, dass sie sich dieser Aufgabe gestellt hat, die südwestdeutschen Besonderheiten in geschlechtergeschichtlicher Perspektive zu beleuchten bzw. die weiblichen und männlichen Lebenswelten in ihren regionalgeschichtlichen Spezifika zu veranschaulichen. Sie zeigt damit auch, dass Geschlechtergeschichte die Frauengeschichte nicht ablöst, sondern um neue Perspektiven erweitert.

Unser Dank gilt auch den zahlreichen Bildgebern, die uns – teilweise gar kostenfrei – ihre „Schätze“ zum Abdruck überlassen und damit unheimlich unterstützt haben. Sie alle sind im Bildnachweis am Ende des Buches ausgewiesen. Ein herzlicher Dank geht an Dr. Daniel Kuhn vom W. Kohlhammer Verlag für das Lektorat, an Sylvia Rösch (LpB) für die schier uner-

müdhche Bildbeschaffung sowie an Elena Schwan-Ising aus Tübingen, die das Manuskript mit der nötigen Sorgfalt Korrektur gelesen und bei der Bildredaktion mitgearbeitet hat.

Stuttgart, im September 2015

Lothar Frick
*Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung*

Prof. Dr. Reinhold Weber
*Leiter der „Schriften zur politischen
Landeskunde Baden-Württembergs“*

Die Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Südwestens lädt dazu ein, nach den Spuren des Vergangenen in der Gegenwart jenseits der großen nationalen Entwicklungslinien zu suchen. Zwar fallen seit der Gründung des Wilhelminischen Kaiserreiches (1870/71) die einschneidenden politischen Entscheidungen über Krieg und Frieden oder die rechtliche und soziale Ausgestaltung des Staates auf nationalstaatlicher Ebene. Doch unterhalb der vereinheitlichenden nationalen Perspektive beleuchtet das geschichtswissenschaftliche „Vergrößerungsglas“ viele spannende regionale Besonderheiten und Nebengeleise historischer Entwicklungen. Dies trifft vor allem dann zu, wenn nicht nur nach den sogenannten allgemeinen Strukturen und Entwicklungstendenzen gefragt wird, sondern die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern, ihre geschlechtsspezifisch verorteten Rollen, Handlungsspielräume und Hoffnungen in den Blick genommen werden.

Auf der Homepage des Landes Baden-Württemberg wird „Für Fans und solche, die es werden wollen“ ein Aufkleber mit dem weit über den Südwesten hinaus bekannten Slogan „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ angeboten.¹ Der Spruch kokettiert mit den dem Hochdeutschen entgegengesetzten Mundarten, die freilich nicht nur im Südwesten zu finden sind. Er zeugt aber auch von einer historisch gewachsenen Identität und großem regionalen Selbstbewusstsein. Selbst ein Quäntchen Trotz oder die vor allem den Schwaben zugeschriebene Sturheit (von der auch die Alemannen nicht frei sind) lässt sich in dem Werbespruch entdecken.

Frau und Mann, Mann und Frau. Eine Geschlechtergeschichte des deutschen Südwestens (1789–1980) präsentiert die Suche nach den historischen Wurzeln dieses Selbstbewusstseins. Vor dem Hintergrund der nationalstaatlichen Geschehnisse werden die spezifischen politischen, gesellschaftlichen und kul-

1 <https://shop.baden-wuerttemberg.de/Fuer-Fans-und-solche-die-es-werden-wollen/Aufkleber-Wir-koennen-alles.html> (letzter Zugriff am 13.4.2015).

turellen Entwicklungen in den Ländern beleuchtet, die erst im Gefolge der Französischen Revolution ihre eigentliche Gestalt erhielten. In fünf Zeitabschnitte gegliedert, steht das Spannungsverhältnis zwischen allgemeinen Entwicklungen und Landestypischem auf dem Prüfstand. Es wird nach den regionalen Einfärbungen gefragt, die das gesellschaftspolitische Klima im Südwesten den weiblichen und männlichen Lebenswelten beimischte. Dabei zeigt sich, dass im Zuge der in Deutschland spät einsetzenden Entwicklung zum Nationalstaat letztlich die eigenständigen politischen Handlungsmöglichkeiten erst der regierenden Dynastien, dann der Landesregierungen und Parteien abnehmen (mussten). Doch die politischen und kulturellen Traditionen des Südwestens gingen nicht einfach im nationalen „Einheitsbrei“ unter. Sie scheinen bis heute einerseits pragmatisch mäßigend auf (gesellschafts-)politische Strömungen zu wirken, andererseits regionale Widerständigkeit zu befördern. In die zeitlich geordneten Großkapitel sind Exkurse zu Geschlechterrollen, südwestdeutschen Identitäten, Migration, Krieg und zum Spannungsverhältnis von National- und Regionalgeschichte eingestreut. Diese Exkurse betonen die Langzeitperspektive. Integrierte Frauen- und Männerbiographien sollen verdeutlichen, dass die „allgemeinen“ politischen und gesellschaftlichen Strukturen recht konkrete und nicht selten schmerzhaft Spuren in den Lebensläufen der Betroffenen hinterließen. Insgesamt möchte die Darstellung vor allem zu einem ermuntern: zur Suche nach den historischen Wurzeln der eigenen Lebenszusammenhänge.

Zwischen Gestern und Morgen (1789–1814/15)

Unsere Zeit schlägt ein neues Buch der Geschichte auf!“ verkündete am 5. Oktober 1793 der Jakobiner Charles-Gilbert Romme (1750–1795) im Pariser Konvent.² Soeben hatte das französische Parlament beschlossen, einen neuen revolutionären Kalender einzuführen und die über 1000 Jahre gängige christliche Zeitrechnung abzuschaffen. Zwar war dem Revolutionskalender kein Erfolg beschieden, doch der Ausruf Rommes verweist symbolhaft auf die unumkehrbaren politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die im Zeitalter der Französischen Revolution über Europa hereinbrachen. Die Besetzung linksrheinischer Territorien durch Frankreich brachte die Grenzen im Deutschen Reich in Bewegung. Schon der Reichsdeputationshauptschluss 1803 führte für Württemberg und Baden zu Gebietsgewinnen. Napoleonischer Gunst verdankten die seit 1771 vereinigten badischen Markgrafschaften und das Herzogtum Württemberg weitere beachtliche Gebietsvergrößerungen. Alliiert im Rheinbund seit 1806, gingen die aufgewerteten Landesherren daran, ihre Gebietsgewinne und ihre neue Herrschaft zu festigen. Mitunter weckten die politischen Reformen im nahen Frankreich auch Begehrlichkeiten bei den eigenen Untertanen. Doch erst in der Zukunft würde sich zeigen müssen, welchen Einfluss das Ende des Feudalismus, die Einführung bürgerlichen Rechts und modernes Verfassungsdenken in den arrondierten südwestdeutschen Mittelstaaten für Männer und Frauen gewinnen mochten. Vorerst bedeutete die Epoche zwischen 1789 und der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1814/15 für die alten und neuen Einwohner Badens, Württembergs und der hohenzollerischen Fürstentümer vor allem eines: Krieg und Kampf ums Überleben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

² Zit. nach Kruse (2005), S. 7.

Dynastische Heiratspolitik: alte Herrschaftsstrategien – neue Territorien

Kaiserin Maria Theresia (1717–1780) wird der Satz nachgesagt *Tu felix Austria nube* – „Du glückliches Österreich heirate“. Der Ausspruch bringt treffend ein wesentliches Element dynastischer Herrschaftssicherung der Frühen Neuzeit auf den Punkt. Eine geschickte Heiratspolitik festigte Gebietsansprüche und schuf Allianzen. Standesgemäße Ehen hatten überdies die Funktion, die Erbrechte der Nachkommen zu sichern. Denn bei „Missheiraten“ war zu befürchten, dass die Verwandten aus den Nebenlinien die Nachfolge durch einen (in der Regel) Sohn des Herrschers in Zweifel zogen und eigene Ansprüche formulierten. In der Epoche der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege zerbrach nicht nur das Alte Reich. In Europa wurden zahlreiche althergebrachte Grenzen verschoben, Länder zerstört und neue gegründet. Nicht selten bediente sich der Emporkömmling auf dem jungen französischen Kaiserthron gezielter Heiratspolitik, um die mit Kriegsglück geschaffenen politischen Realitäten abzusichern. Mit einer Reihe aufgenötigter Heiraten band Napoleon die alten europäischen Herrscherhäuser verwandtschaftlich an seine eigene Familie. Zwar hielten die solchermaßen geknüpften Loyalitäten nicht stand, als sich Frankreichs Niederlage im europäischen Kriegsgeschehen ab 1812 abzuzeichnen begann. Doch auch die europäische Friedensordnung, die auf dem Wiener Kongress 1814/15 geschaffen wurde, war mitgeprägt von verwandtschaftlichen Rücksichtnahmen der verhandelnden Potentaten. Diese Grauzone des Politischen findet in der Regel in Verhandlungsprotokollen und Verträgen keinen Niederschlag. Doch in ihr spielten die Frauen der Herrscherhäuser der südwestdeutschen Territorien eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Den Hochzeitsreigen unter französischem Druck eröffnete eine Eheschließung zwischen Prinzessin Auguste von Bayern (1788–1851) und Eugen de Beauharnais (1781–1824), Adoptivsohn Napoleons, im Jahr 1806. Im gleichen Jahr fand die Heirat zwischen dem Erbprinzen Karl von Baden (1786–1818) und einer Adoptivtochter Napoleons, Stéphanie de Beauharnais (1789–1860) statt. Der Ehekontrakt zwischen Katharina (1783–1835), einer Tochter Friedrichs I. (1754–1816), des eben zu Königswürden gelangten württembergischen Herrschers, und dem jüngsten Bruder Napoleons, Jérôme, König von Westphalen (1784–1860), datiert ebenfalls aus dem Jahr 1806. Um einer drohenden Verbindung des württembergischen Thronfolgers Wilhelm (1781–1864) mit einer Verwandten des französischen Kaisers zu entgehen, arrangierten die Dynastien von Bayern und Württemberg 1808 eine Ehe zwischen dem württembergischen Prinzen

und Charlotte von Bayern (1792–1873), ein Zweckbündnis, das ohne Nachkommen blieb. Als sich das Kriegsglück gegen Napoleon wendete, standen auch die aufgezwungenen Eheallianzen zur Disposition. Doch über die Schicksale der eingegangenen Ehen hinaus erwies sich der Einfluss der weiblichen Verwandten der Verhandlungspartner auf dem Wiener Kongress als bedeutsam.

So ist die starke Stellung, die sich das württembergische Herrscherhaus in wechselnden Allianzen zwischen der Französischen Revolution und dem Wiener Kongress erwerben und erhalten konnte, ohne Frauen, die im Hintergrund die Fäden zogen, kaum erklärbar. Als glücklicher Umstand für die Geschicke des Hauses Württemberg erwies sich, dass 1776 Sophie Dorothee (1759–1828), eine Tochter des späteren württembergischen Herzogs Friedrich Eugen, den russischen Thronfolger Paul geheiratet hatte. Die Zarin (1796–1801) war Mutter Zar Alexanders I. (1801–1825) und Schwester Friedrichs I., der zwischen 1806 und 1816 als erster württembergischer König regierte. Wohl um die Stellung des (zu) lange mit Napoleon verbündeten Württemberg auf dem Wiener Kongress zu stärken, dürfte sie die Heirat ihrer Tochter Katharina Pawlowna (1788–1819), verwitwete Herzogin von Oldenburg, mit deren Cousin, Kronprinz Wilhelm von Württemberg, betrieben haben. Um einer angedachten Ehe mit Napoleon zu entgehen, hatte die Zarenschwester Katharina Pawlowna im Alter von 20 Jahren 1808 kurzerhand den keineswegs ebenbürtigen, aber doch aus altem Adel stammenden Prinzen Georg von Holstein-Oldenburg (1784–1812) geheiratet. Zusammen mit ihrem in russischen Diensten stehenden Mann gestaltete sie ihre Residenz in Twer zu einem politisch-kulturellen Zentrum aus. Zwei Söhne wurden geboren, bevor Katharina 1812 unerwartet verwitwete und sich dann rasch für eine eheliche Verbindung mit dem württembergischen Vetter entschied. Das Paar traf sich wohl erstmals auf dem Wiener Kongress 1814. Die im gleichen Jahr erfolgende Auflösung von Wilhelms Ehe mit der bayerischen Prinzessin Charlotte machte den Weg für eine Eheschließung mit der vornehmen russischen Verwandten im Jahr 1816 frei. Mit auf diese Eheschließung wird zurückgeführt, dass Württembergs dank Napoleon gewachsene Stellung auf dem Wiener Kongress nicht geschmälert wurde.

Es handelte sich um kein politisches Leichtgewicht, mit dem sich der zukünftige württembergische König ehelich verbunden hatte. „Es war und ist mir allemal recht wohl bei ihr“, schwärmte beispielsweise der Gelehrte Johann Georg Müller anlässlich eines Besuchs der russischen Großfürstin in Schaffhausen im Jahr 1814:



Königin Katharina (1788–1819) nahm in den wenigen Lebensjahren, die ihr nach ihrer Heirat verblieben, zentrale Weichenstellungen im württembergischen Sozialwesen vor.

„Ich fühle mich in einen hohen Gedankenkreis erhoben. Sie hat nichts weiblich Tänzeldes (ihr Leibarzt sagte mir, ihr einziger Fehler sei, daß sie zu wenig Weib sei), sondern einen männlichen Geist, eine besondere Kraft des Nachdruckes, helle Gedanken, ein hohes, ernstes Interesse, das sich in ihren Augen verräth. [...] Sie ist eine virago. [...] Sie würde keinen Augenblick anstehen, wenn's ihr erlaubt würde, an der Spitze ihres Bataillons (oder Regiments, das sie dem Kaiser geschenkt hat und unterhält) in die Schlacht zu ziehen.“³

Dass sie den dynastischen Heiratsstrategien der europäischen Herrscherhäuser durchaus kritisch gegenüberstand, ist einem Gespräch Katharinas mit dem britischen Regenten in London im gleichen Jahr zu entnehmen. Es wurde von der Frau des russischen Botschafters überliefert:

„Weshalb halten Sie denn Ihre Tochter gefangen, Eure Hoheit? – ‚Meine Tochter ist zu jung, Fürstin, um in Gesellschaft zu gehen.‘ – ‚Sie ist nicht zu jung, daß Sie ihr nicht bereits einen Gatten ausgesucht hätten.‘ – ‚Sie wird erst in zwei Jahren heiraten.‘ – ‚Wenn sie das tut, hoffe ich, wird sie sich für ihr jetziges Gefängnis entschädigen.‘ – ‚Wenn sie verheiratet ist, wird sie tun, was ihrem Gatten gefällt. Gegenwärtig tut sie, was ich wünsche.‘ – ‚Eure Hoheit, zwischen einem Gatten und seiner Frau kann es nur einen Willen geben.‘“⁴

In den wenigen Jahren, die Katharina als Königin von Württemberg vor ihrem frühen Tod 1819 verblieben, entfaltete sie eine weitreichende sozialpolitische Tätigkeit. Auf ihre Initiative geht die Gründung des landesweit aktiven *Wohltätigkeitsvereins* zurück. Er schuf die Grundlagen für das württembergische Armenwesen über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg. Das *Katharinenstift*, eine höhere Mädchenschule für adelige und bürgerliche Töchter in Stuttgart, und das *Katharinenhospital* gehen auf Initiativen der Königin zurück.

Auch das während der Napoleonischen Ära im Gebietsumfang stark vergrößerte, aber politisch instabile Großherzogtum Baden profitierte von der weiblichen Verwandtschaft. Vor allem zwei Ehen des badischen Herrscherhauses hatten Anteil am Aufstieg des kleinen Territoriums zum großherzoglichen Mittelstaat: Die Heirat Luises von Baden (1779–1826) mit dem russischen Thronfolger Alexander I. brachte engste verwandtschaftliche Beziehungen zu einer europäischen Großmacht. Die Ehe zwischen Erbgroßherzog Karl und Stéphanie de Beauharnais sicherte napoleonische Gunst.

In Baden regierte in der Epoche der Französischen Revolution Carl Friedrich (1728–1811), unterstützt von seinem Enkel Karl. Die Geschichtsschrei-

3 Tagebuchnotizen des Professors Johann Georg Müller, zit. nach Catharina Pawlowna (1993), S. 31 f.

4 Fürstin Lieven, zit. nach Catharina Pawlowna (1993), S. 35.

bung sagt dem einen (altersbedingte) Regierungsschwäche, dem andern (jugendbedingte) Überforderung nach. Dass Baden die Wirren der Epoche erfolgreich überstand, wird mehr dem Geschick kluger Minister als dem politischen Gespür der Angehörigen des regierenden Hauses zugeschrieben. Die Fäden im Hintergrund suchte wohl die verwitwete Schwiegertochter des Landesfürsten zu ziehen, die Mutter Karls, Amalie Friederike (1755–1801), eine geborene Landgräfin von Hessen. Sie war eine äußerst erfolgreiche Eheanbahnerin. Zu ihren Töchtern zählen unter anderem Karoline (1776–1841), Königin von Bayern, Friderike (1781–1826), Königin von Schweden, und die bereits erwähnte Luise, die 1801 als Elisabeth Alexejewna zur Zarin von Russland aufstieg. Bei den Entschädigungsverhandlungen in Paris, in denen die deutschen Fürsten über den Ausgleich für linksrheinisches verloreres Gebiet verhandelten, machten sich für Baden die dynastischen Verbindungen mit Russland erstmals bezahlt. Zar Alexander I. förderte die Ansprüche seiner badischen Verwandten nach Kräften.

Konfrontiert mit den Nachkommen ihres Schwiegervaters aus morganatischer, also nicht standesgemäßer zweiter Ehe, war es vor allem das Beharren Amalie Friederikes auf tradierte standesgemäße Erbfolge, mit dem sie ihrem Sohn die Nachfolge in Baden zu sichern trachtete. Der auffällig heftige Widerstand, der sich von Seiten der Partei Amalies am badischen Hof gegen die von Napoleon angebahnte Heirat zwischen dem badischen Erbprinzen Karl und Stéphanie de Beauharnais, der Adoptivtochter Napoleons, erhob, ist daher wohl vor dem Hintergrund der Familienwirrnisse des großherzoglichen Hauses zu interpretieren. Nur mit Hilfe zäher Verhandlungen und befeuert von der Hoffnung auf weiteren Gebietszuwachs willigte das badische Herrscherhaus schließlich in die geplante Eheallianz von Napoleons Gnaden ein. Amalie Friederikes Einfluss sollte mit dem Niedergang Napoleons von neuem wachsen. Sie hatte trotz der badisch-französischen Verbindung den Kontakt mit der Zarin von Russland aufrechterhalten. 1813, als Baden in die antinapoleonische Allianz eintrat, beeinflusste die „Schwiegermutter Europas“ den Zaren, damit dieser drohenden badischen Gebietsabtretungen an Bayern, Württemberg und Österreich entgegentrat.

Besonderen Einfluss in Baden konnte dagegen ihre Schwiegertochter Stéphanie de Beauharnais nicht entfalten.

„Zu den großen, willensstarken, führenden Frauen der Geschichte kann man sie nicht zählen. Ihre Hände halten sich keineswegs der Politik fern, – man wird manche überraschenden Zusammenhänge gewahren – aber in das hin- und herschlagende Steuer zu greifen, reicht ihre Kraft nicht aus.“⁵

5 Walter (1946), S. 7.



Der Adoptivtochter Napoleons, Großherzogin Stéphanie de Beauharnais (1789–1860), gelang es nicht, in den wenigen Jahren der Regierung ihres Mannes Karl (1811–1818) in Baden bleibende Spuren zu hinterlassen.

Mit diesen Worten leitete Friedrich Walter seine 1946 publizierte Biographie der Adoptivtochter Napoleons ein, die für einige Jahre die Rolle der Großherzogin in Baden übernehmen durfte und musste. Stéphanie de Beauharnais „spielte auf der Weltbühne nur eine Nebenrolle“, so das Resümee des Mannheimer Historikers.⁶ Wie hätte es auch anders sein sollen. Ihr Auf- und Abstieg auf den politischen monarchischen Bühnen Europas war eng an die Geschicke der Familie Napoleons gebunden. Die Tochter des Grafen Claude de Beauharnais (1756–1819), Hauptmann der königlichen Leibgarde, wurde im gleichen Jahr geboren, in der sich in Paris der Dritte Stand zur Nationalversammlung erklärte. In den Wirren der folgenden Jahre war sie fern vom Pariser Geschehen vormaligen Nonnen zur Erziehung anvertraut. Zur Spielfigur Napoleons wurde sie, als dieser die eigene Position im europäischen Mächtekonkordat familiär abzusichern begann. 1803 holte er die 13-jährige entfernte Verwandte seiner Frau nach Paris. Eine zweieinhalbjährige Ausbildung in einem vornehmen Töchterinstitut sollte sie mit adäquater Bildung versehen und mit höfischem Zeremoniell bekannt machen. Es folgten 1806 die Adoption durch den nunmehrigen französischen Kaiser und die arrangierte Heirat mit dem badischen Erbgroßherzog Karl. Ein keineswegs freundlicher Empfang in Karlsruhe und eine Ehe, in der sich beide Partner lange Zeit im Wesentlichen fremd blieben, prägten die folgenden Jahre. Auf kaiserlichen Befehl hin scheint sich Stéphanie dann wohl doch mit ihrem Ehemann abgefunden zu haben. Als nach dem Tod des greisen Landesfürsten 1811 sein Enkel Karl die Regierung antrat, hatte die neue Großherzogin die Rolle einer Landesmutter am ungeliebten badischen Hof zu übernehmen. Drei Töchter und zwei Söhne wurden in rascher Folge zwischen 1811 und 1817 geboren. Doch der frühe Tod der Söhne verhinderte die Bildung einer erbberechtigten Dynastie. Vielleicht haben der seit 1813 sinkende Stern Napoleons und die hieraus folgende Angst um die eigene Stellung dazu beigetragen, dass sich Stéphanie mit dem badischen Hof und einer Politik im Interesse Badens zu arrangieren begann. Den Wechsel Badens vom Verbündeten Napoleons in die Allianz seiner Gegner 1813 scheint sie klaglos mitgetragen zu haben. Dass sich ihr Mann 1814/15 Erwägungen entgegenstellte, seine Ehe nach Napoleons Sturz aufzulösen, spricht für die Annäherung des Paares. Doch schon 1818 starb Großherzog Karl. Bereits eine Woche später sollte die nunmehrige Witwe mit ihren Töchtern die Karlsruher Residenz verlassen. „Als ich sie zuletzt sprach“, berichtete später der preußische Gesandte Karl August Varnhagen von Ense,

6 Ebd.

„beklagte sie wehmütig, nicht mehr zu wissen, wem sie vertrauen solle. Sie erkenne recht gut, wie man gegen sie gesinnt sei; diejenigen, denen sie Wohltaten erwiesen, die sie beschützt, gerettet habe, seien ihr jetzt am feindlichsten; sie würde gewissen Leuten den größten Gefallen tun, wenn sie das Land ganz verlasse, sich in die Schweiz etwa zurückzöge. Aber weichen werde sie nicht, sie sei es ihren Kindern schuldig.“⁷

Tatsächlich führte die junge Witwe in den folgenden Jahrzehnten an ihrem Witwensitz im Mannheimer Schloss im Wesentlichen ein beschauliches geselliges Leben an einem kleinen Hof. In engem Kontakt mit der napoleonischen Verwandtschaft, lose verbunden mit dem badischen Hof, war sie letztlich auch darum bemüht, keine offene Kritik in Karlsruhe zu erregen. „Mit meinem Brautkleid“, schrieb sie 1845 in der Rückschau,

„übernahm ich die Pflicht, dieses Land zu lieben, sowie seine Bewohner; Mein Bewußtsein sagt mir, daß Ich sie treu und freudig erfüllte. Früher wünschte Ich in diesem Gewand begraben zu werden; allein dieser Wunsch ist längst einem tieferen Gefühle gewichen: mögen die Erinnerungen der Bedrängten, denen ich beigestanden und die Thränen, die Ich vielleicht im Leben getrocknet, Mich dann auf eine würdigere Weise schmücken.“⁸

Bei den Badenern scheint die verwitwete Großherzogin aus dem französischen niederen Adel recht beliebt gewesen zu sein. Davon zeugt nicht zuletzt die Geschichte von Kaspar Hauser. Das rätselhafte Findelkind galt langlebigen Gerüchten zufolge als der Sohn Stéphanies. Angehörige des badischen Hofes hätten diesen gegen einen nicht lebensfähigen Säugling ausgetauscht, um auf diese Weise den zukünftigen Regierungsantritt eines Nachkommens der Adoptivtochter Napoleons zu vereiteln.

Um die Jahrhundertmitte, nach vielen Jahren am Rande des europäischen politischen Geschehens, sollte die Verwandte des napoleonischen Familienclans noch einmal an Einfluss gewinnen. Als der Neffe Napoleons, Charles Louis Napoleon Bonaparte (1808–1873), 1848 zum französischen Staatspräsidenten aufstieg und sich 1852 zum Kaiser der Franzosen ausrufen ließ, avancierte seine Tante Stéphanie zur hofierten Verwandten Napoleons III. Dass sie dem badischen Hof abrang, ihr den nach Napoleons Fall aberkannten Titel „kaiserliche Hoheit“ erneut zuzusprechen, zeugt wohl von nicht vergessenen Demütigungen. Nicht zuletzt manifestierte sich Stéphanies neuer Aufstieg in erfolgreichen Eheallianzen ihrer Enkeltöchter. Sie besaßen nun einen „Marktwert“ im europäischen dynastischen Heirats-

7 Varnhagen von Ense, zit. nach ebd., S. 291.

8 Stiftungsurkunde, Mannheim 1845, zit. nach Baden und Württemberg (1987), Bd. 1.1., S. 149.

karussell, der Stéphanies Töchtern nicht zugebilligt worden war. 1853 heiratete ihre Enkelin Carola Wasa (1833–1907) den Erbprinzen und zukünftigen König Albert von Sachsen (1828–1902). 1858 ging ihre Enkelin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen (1837–1859) eine Ehe mit König Pedro V. von Portugal (1837–1861) ein. Aus dem Jahr 1869 datiert die Eheschließung ihrer Enkelin Marie von Hamilton (1850–1922) mit Albert, Erbprinz, dann Fürst von Monaco (1848–1922).

Mehr noch als in Württemberg und Baden dürfte für das Schicksal der hohenzollerischen Fürstentümer in der Napoleonischen Ära eine Frau entscheidend gewesen sein. Nichts schien nach 1803 dafür zu sprechen, dass die kleinen Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen (1790: 13 570 Einw.) und Hohenzollern-Sigmaringen (1800: 15 500 Einw.) das Ende des Alten Reiches überleben könnten. Im Reichsdeputationshauptschluss von 1803 hatte der Reichstag beschlossen, die linksrheinischen territorialen Verluste betroffener Fürsten auf Kosten der Katholischen Kirche und der kleinen reichsunmittelbaren Stände auszugleichen. Einer Reihe kleinerer Fürstentümer im Südwesten drohte damit das Ende souveräner Herrschaft und Selbständigkeit. So wurde das den hohenzollerischen Gebieten benachbarte Fürstentum Fürstenberg 1805 von französischen Truppen besetzt und 1806 Baden zugeschlagen. Auch auf dem Wiener Kongress gelang es der eigens angereisten verwitweten Fürstin Elisabeth von Fürstenberg (1767–1822) nicht, die erneute Selbständigkeit ihrer Territorien zu erkämpfen. Umso erstaunlicher ist es, dass die kleineren hohenzollerischen Fürstentümer ihre Autonomie bewahren konnten. In den Anfangsjahren der Koalitionskriege erwies sich preußisches Wohlwollen als hilfreich. Doch als entscheidend für die Bewahrung der Selbständigkeit gilt das Beziehungsnetz Amalie Zephyrines von Hohenzollern-Sigmaringen (1760–1841).

Die Fürstin entstammte dem Geschlecht Salm-Kyburg, das sich traditionell am französischen Hof orientierte. Als 1781 Friedrich III. (1745–1794), regierender Fürst des Hauses, eine Ehe mit einer Prinzessin aus dem Haus Hohenzollern-Sigmaringen einging, vereinbarten die Vorstände der beiden Adelshäuser gleich eine weitere Eheallianz: die Heirat Amalie Zephyrines mit dem drei Jahre jüngeren Erbprinzen, Anton Aloys von Hohenzollern-Sigmaringen (1762–1831). Pflichtgemäß „schenkte“ die junge Fürstin ihrem Mann einen Stammhalter. Im Übrigen zog sie jedoch ihrem Mann und einem Leben in der südwestdeutschen Provinz den Glanz des französischen Hofes an der Seite ihres Bruders und später das revolutionäre Paris vor. Das Geschwisterpaar war eng mit Vicomte Alexandre de Beauharnais (1760–1794) und seiner Frau Joséphine (1763–1814) befreundet. Friedrich III. von Salm-Kyburg sollte 1794 das Schicksal des Vicomte teilen – beide starben



Amalie Zephyrine von Hohenzollern-Sigmaringen (1760–1841) zog Paris der schwäbischen Provinz vor, doch sie sorgte für den Erhalt des Fürstentums ihres Mannes.

in den Jahren der *terreur* unter der Guillotine. Amalie Zephyrine indes, die sich bei der Flucht vor deutschen Truppen 1792 der Kinder Joséphines angenommen hatte, gewann mit dem Aufstieg ihrer treuen Freundin zur französischen Kaiserin an politischem Einfluss. Mit napoleonischer Unterstützung konnte sie erreichen, dass das Fürstentum Salm-Kyburg seine Selbständigkeit behielt. Auch für Hohenzollern-Sigmaringen vermochte die von ihrem

Mann getrennt lebende Fürstin Entschädigungen für verlorene niederländische Besitzungen und damit verbunden eine entsprechende Apanage für sich selbst auszuhandeln.

Als nach dem Sieg Napoleons bei Ulm und Austerlitz 1805 württembergische Truppen Hohenzollern in Besitz nahmen, erwiesen sich erneut die Freundschaftsbande von Amalie Zephyrine als wirkungsvoll. König Friedrich von Württemberg musste auf „eine Empfehlung“ der Kaiserin Joséphine hin „aus besonderer Gunst für die Mutter des Erbprinzen von Hohenzollern“ das annektierte Territorium wieder freigeben.⁹ Um schließlich die Selbständigkeit Hohenzollern-Sigmaringens dauerhaft abzusichern, fädelt die Fürstin gegen den Willen ihres Mannes eine Ehe ihres Sohnes Karl (1785–1853) mit einer Verwandten Napoleons ein. Tatsächlich konnten die hohenzollerischen Fürstentümer auch über den Wiener Kongress hinweg ihre Selbständigkeit bewahren. „Die Vorstellungen Napoleons, es handle sich bei Hohenzollern um ein im Gegensatz zu Österreich“ und damit Preußen nahe stehendes Haus, „hat wesentlich dazu beigetragen, daß die beiden Fürstentümer vom Untergang verschont geblieben sind“, resümiert Fritz Kallenberg in einer detaillierten Untersuchung. „Die Beziehungen der Fürstin Amalie Zephyrine und endlich die Heiratsverbindung haben dann die besondere Begünstigung der Sigmaringer Linie bewirkt.“¹⁰ Erst 1850 wurden die hohenzollerischen Fürstentümer als Regierungsbezirk Preußen einverleibt. Den Vertrag hierzu handelte ein Enkel Amalie Zephyrines aus; er erwies sich unter finanziellen Gesichtspunkten als äußerst günstig für das Haus Hohenzollern-Sigmaringen.

Wirtschaften am Ende der Frühen Neuzeit: geteiltes und bedrängtes Leben

Die Allianz mit dem französischen Usurpator bescherte den Dynastien in Baden und Württemberg beträchtliche Gewinne an Land und Bevölkerung. Um 1800 umfasste die Markgrafschaft Baden rund 3600 km² mit etwa 260 000 Einwohnern. 1810 auf 15 070 km² vergrößert, zählte man im nunmehrigen Großherzogtum 974 000 Untertanen. Nicht ganz so großzügig war der Gebietszuwachs des vormaligen Herzogtums, nun Königreich Württemberg, ausgefallen. Das Land vergrößerte sich von 9500 km² am Ende des Alten Reiches auf mehr als das Doppelte. Die Bevölkerung wuchs von etwa 650 000 auf knapp 1,4 Millionen Einwohner im Jahr 1812.

9 So der württembergische Minister Norman-Ehrenfels, zit. nach Krause (1998), S. 153.

10 Kallenberg (1963), S. 416.

Hinter den schnöden Zahlen verbergen sich neu geschaffene Territorien mit äußerst heterogenen Landesteilen, geprägt von unterschiedlichen Herrschaftsstrukturen, politischen Loyalitäten, sozialen und kulturellen Verhältnissen. Zu den überwiegend agrarisch geprägten tradierten Kerngebieten Badens waren unter anderem die Herrschaftsgebiete von ehemals 14 Abteien, das Hochstift Konstanz, Teile weiterer Reichsstifte, neben dem Fürstentum Fürstenberg eine Reihe mediatisierter Reichsgrafschaften, sieben Reichsstädte und die rechtsrheinischen Gebiete der ehemaligen Kurpfalz mit Heidelberg und der kurpfälzischen Residenz Mannheim hinzuge treten. Vormalige Hessen, Kurpfälzer und Österreicher, Einwohner, die einen Fürstbischof oder Reichsgrafen bzw. Reichsritter ihren Landesherrn genannt hatten, und selbstbewusste Reichsstädter wurden unversehens zu badischen Untertanen. Auch das agrarisch geprägte Altwürttemberg erhielt einen höchst heterogenen Gebietszuwachs. Zu Neuwürttemberg zählten nun Territorien mit fremden Traditionen und Rechtsverhältnissen, so etwa die Herrschaftsgebiete von neun Reichsstädten mit etwa 120 000 Einwohnern, eine Reihe habsburgischer Territorien, reichsfürstliche, reichsgräfliche und reichsritterschaftliche Herrschaften sowie säkularisierte kirchliche Gebiete wie zum Beispiel die Fürstpropstei Ellwangen oder die Reichsabtei Zwiefalten. Nicht zuletzt waren in Baden und Württemberg nun viele katholische Neubürger mit protestantischen Herrscherhäusern konfrontiert. Unterschiede zwischen alten und neuen Gebieten gab es in der Agrarverfassung, den Erbschaftsregeln sowie im regionalen und lokalen Brauchtum.

Der Genremaler Johann Baptist Pflug (1785–1866) hat in zwei Blättern dem Aufeinanderprallen einander fremder Traditionen und Kulturen pointiert und ironisch Ausdruck verliehen. Er beschreibt den großen Einfluss pietistischer Frömmigkeit auf das gesellschaftliche Leben Altwürttembergs. Die Repräsentanten des Staates, das schwäbische Pfarrhaus und die bürgerliche (gelehrte) Honoratiorenschaft geben hier den Ton an. Nichts zu sehen ist von Handel und Gewerbefleiß im Kerngebiet Altwürttembergs, das von der Realteilung und kleinen Höfen geprägt ist. In den zugezogenen, oft katholischen Gebieten scheint dagegen das Leben weniger geordnet, aber auch weiter im Horizont. Alte Bezüge zur Reichskirche und zum Reich werden deutlich. Überregionaler Getreidehandel, Wohlleben und Armut liegen eng beieinander. Nicht nur die Bürger, auch die Repräsentanten der katholischen Kirche nahmen es mit den religiösen Geboten offenbar nicht allzu genau.



„Das Treiben der Altwürtemberger“, ironisch ins Bild gesetzt von Johann Baptist Pflug (1840).



Katholisches Wohlleben als Kontrast zum schwäbischen Pietismus: „Das Treiben der Neuwürtemberger“ von Johann Baptist Pflug (1840).

Auffällig ist, dass in der Straßenszene Neuwürttembergs Frauen präsenter sind als in Pflugs Darstellung von Altwürttemberg. Vielleicht war das keine bewusste Entscheidung des Malers. Doch angesichts der zahlreichen Staatsdiener, die das altwürttembergische Bild beherrschen – sie repräsentieren Ämter, die ausschließlich dem männlichen Geschlecht vorbehalten waren –, und des dargestellten sittenstrengen Pietismus mag der Maler ein gesellschaftliches Phänomen realistisch ins Bild gesetzt haben, das die historische Forschung bislang vernachlässigt hat.

Das Treiben der Altwürtemberger

Vorn Rathaus tanzt der Amtsnotar,
 Die Feder hinterm Ohre;
 Er hat im Arm das Inventar
 Und dampfet con amore,
 Der Pudel trägt ihm den Tabak
 Ein Bauer grüßt mit seinem Sack;
 Die Polizei folgt hinten
 Mit Stock, und Sand und Dinten.
 Ein Förster der am Waldhorn sizt,
 Läßt sich die Flasche reichen;
 Die Stub ist von der Sonn' erhitzt,
 Die Mücken woll'n nicht weichen,
 Ein schmuckes Gretle bringt den Wein
 Und schenkt dem dicken Waidmann ein;
 Sein Pferd scheint's sagt mit Blicken
 Ich darf mich nicht erquicken!
 Vorn sieht man eine ganze Schar
 Von Frommen still versammelt;
 Die Hand reicht der Provisor dar,
 Indem er: Friede! Stammelt.
 Der Vorstand trägt den Blumentopf
 Der rückwärts einen schönen Zopf,
 Sie sprechen nicht vom Weine,
 Vom Geist: Noth thut dieß Eine!
 Links fährt der Meister Schäfer aus
 Mit der geduldgen Heerde;
 Rechts tritt der Pfarrer aus dem Haus
 Mit grimmiger Gebehrde.
 Ihm folgt sein Sohn Fidelio
 Raucht Knaster, als wärs Haberstroh;
 Und hinten an der Sonne,
 Trinkt man des Abschieds Wonne!

Das Treiben der Neuwürtemberger

Sorgt nicht sagt hier im Vordergrund
 Ein reicher Falleehenbauer,
 Und zeigt dabei auf seinen Hund;
 Der macht den Dieben Schauer!
 Behüt euch Gott nach Rohrschach fort,
 Kornhändler sind gern bald am Ort;
 Mein Kamerad im Wagen
 Soll's sonst der Creszenz sagen.
 Am Bildstock sizt die Bettelei,
 Den Rosenkranz in Händen;
 Ein Jäger kommt verliebt herbei,
 Der Alten Geld zu spenden,
 Die Policei sonst Reichssoldat,
 Hat auch das Pferdehalten satt.
 Sie schielt nach dem Almosen,
 Und denkt: hätt ich's in Hosen!
 Drei Juden handeln um den Gaul,
 Sie fühlen, schau'n und schmusen.
 Vorüber fährt der Pfarrer Saul,
 Mit Lust und Lieb im Busen;
 Zur Seite sitze die Hauserin,
 Sie sehnt sich zur Gesellschaft hin
 Um sich zu amusiren.
 Dort sieht man transportiren!
 Fruchtwägen fahren auch vorbei,
 Mit Seegen reich belastet;
 Und oben pranget die Abtei,
 Wo man sich dick gefastet.
 Vorüber ist die Herrlichkeit!
 Wir leben jetzt in andrer Zeit,
 Doch hört man wohl auch sagen:
 Das sei grad zu beklagen!

Trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen waren Baden, Württemberg und die kleinen Hohenzollernfürstentümer unter wirtschafts-

und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten sichtlich von den ökonomischen Kennzeichen des Alten Reiches geprägt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte in kleinen Dörfern und Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung ernährten sich von der Landwirtschaft. Wie überall im Deutschen Reich und in Europa war in den letzten Jahrzehnten vor der Französischen Revolution die Bevölkerung stark gewachsen, ohne dass sich die Erwerbsmöglichkeiten nennenswert verbessert hatten. Der Druck auf den begrenzten agrarischen Nahrungsspielraum war groß. Insbesondere die Höfe in den Anerbengebieten im Nordosten und Osten Württembergs bzw. in den südlichen Landesteilen von Württemberg und Baden produzierten auch für den Markt. Doch die Mehrzahl der Bauernfamilien auf den kleinen Höfen der Realteilungsgebiete erwirtschaftete nur das zur Eigenversorgung Notwendige. Hohe Auswanderungsraten und die verzweifelte Suche nach neuen Wegen, den Nahrungsstand der Bevölkerung zu heben, waren die Folge. Für die Beteiligung von Frauen an Erwerbsarbeit bedeutete dies: Rund zwei Drittel der Frauen waren bis weit ins 19. Jahrhundert hinein in der Landwirtschaft tätig, sei es als Bäuerin, mit-helfende Familienangehörige oder Magd. Zubrot mochte Heimarbeit etwa in der Tabakverarbeitung oder im Textilbereich liefern. Auch im selbständigen Gewerbe arbeiteten die Ehefrauen und Töchter der Handwerker und Händler selbstverständlich mit. Außerhalb der Familienökonomie boten sich neben dem Gesindedienst jedoch kaum Erwerbsmöglichkeiten. Für weibliche Angehörige bürgerlicher Kreise galt außerhäusliche Arbeit ohnehin als unpassend.

Für die Frühe Neuzeit hat Heide Wunder ein anschauliches Bild des gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens des Paares und seiner Angehörigen auf dem Lande entworfen.¹¹ Landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeit, die Aufsicht über das Gesinde, Hauswirtschaft, Geburt, Kindererziehung und Tod waren eng miteinander verwoben und fanden keineswegs in getrennten (Lebens-)Räumen statt. Selbstverständlich trugen alle Familien- und Haushaltsangehörigen das Ihre dazu bei, die Nahrung und das wirtschaftliche Fortkommen zu sichern. Udenkbar war eine Teilung von (bezahlter) Erwerbsarbeit und (unbezahlter) Familienarbeit, wie sie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Leitbild des Bürgertums entwickeln sollte. Eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung war dagegen durchaus üblich.

Im Handwerksbetrieb oblag der produktive Arbeitsbereich im engeren Sinn dem Mann. Zünftig gebunden, ausgebildet in langen Lehr- und Wan-

11 Vgl. Wunder (1992).

der Jahren, stand der Meister für die Qualitätsarbeit in seinem Beruf. Die Führung der Gesellen und die Ausbildung der Lehrlinge gehörten zu seinen Pflichten. Doch die Handwerksbetriebe im Südwesten waren meistens sehr klein. Nicht selten hatte ein Schuster- oder Metzgermeister nur einen Lehrling. Aufgabe der Meisterin, der Ehefrau des Handwerkers, war es, die im Haushalt mitlebenden Lehrlinge und Gesellen zu versorgen. Da die Familienräume und die Produktionsstätten in der Regel im gleichen Haus lagen, war die ganze Familie in die Kundenkontakte eingebunden. In der Stadt übernahm es die Meisterin, Waren, die nicht auf Bestellung gefertigt, sondern im Vorrat hergestellt wurden, auf dem Markt zu verkaufen. Viele Handwerksfamilien im Südwesten betrieben zur Selbstversorgung auch Landwirtschaft. Hier eröffnete sich ein breites Arbeitsfeld für alle Familienangehörigen.

Auf dem Bauernhof verrichteten die Männer die schwere körperliche Feldarbeit. Den Frauen war die Versorgung der Angehörigen des Hofes und die Herstellung und Pflege der Kleidung überlassen. Zum weiblichen Aufgabenfeld gehörten ferner Garten und Hühnerstall, die Milchwirtschaft und die Aufzucht der Jungtiere. Für die Pferde, sofern vorhanden, waren die Männer zuständig. Fertigkeiten, die nicht Kraft, sondern Geschicklichkeit erforderten, so etwa die Verarbeitung von Flachs oder das Spinnen, waren weiblich konnotiert. In stadtnahen Gebieten gehörte zum Aufgabengebiet der Frauen auch der Gang auf den Markt zum Verkauf beispielsweise von Eiern und Milch. Sicherlich galten die Beobachtungen, die Marta Wohlgemuth 1913 über badische Bäuerinnen notierte, auch schon 100 Jahre zuvor. Demnach war der Markttag ein besonderer Frauentag.

„Es ist das Zusammentreffen mit Berufsgenossinnen für die Bäuerin das, was dem Manne das wöchentliche Wirtshausgehen ist. Neben der Erweiterung des Wissens kommt auch das Gemüt nicht zu kurz. In Gesellschaft anderer findet die Frau Vergnügen; sie kann mit ihnen lachen und scherzen.“¹²

Maria Bidlingmaier hat 1918 in einer sozialwissenschaftlichen Studie ein anschauliches Bild der Tätigkeiten von Mann und Frau auf dem württembergischen Bauernhof entworfen. In vielen Bereichen scheint das bäuerliche Arbeiten noch zu dieser Zeit recht traditionell organisiert gewesen zu sein. Es lassen sich daher Rückschlüsse auf die geschlechtsspezifische Arbeitsorganisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts ziehen – zum Beispiel im Weinbau:

12 Wohlgemuth (1913), S. 56.

„Nur schwere Geschäfte, wie das ‚Reuten‘ und Pflanzen neuer Rebstöcke, das Dungladen, Misttragen, das Graben und Überführen mit ‚Leberkies‘, das Tragen schwerer Butten bald mit Vitriol, bald mit Trauben gefüllt, das Hacken bei trockenem Boden, das Anlegen neuer Weinbergstaffeln und Verbessern der alten Weinbergmauern sind ausschließlich Sache des Mannes“,

schreibt die Staatswissenschaftlerin in ihrer Dissertation.¹³ Und weiter:

„Von den ersten Tagen des Vorfrühlings an bis spät in den Herbst hinein sieht man denn auch die Bäuerin hinauswandern in die Rebgelände ihrer Arbeit zu. Im Frühjahr geschieht dies meist mit dem Manne, im Sommer mehr allein, da Sommerbehandlung gewöhnlich der Frau zufällt.“¹⁴

Gemeinsam richteten sie Ende Februar oder im März die Rebstöcke auf und lockerten den Boden.

„Dies sog. Schneiden besorgen Bauer und Bäuerin gemeinsam. Wo die Behandlung unklar erscheint – denn von Stock zu Stock müssen die drei kräftigsten Ruten ausgelesen werden! – beraten beide zusammen über den zweifelhaften Fall.“¹⁵

Bäuerin und Kinder sammelten die abgeschnittenen Rutenstücke, die der Bauer später nach Hause fuhr. Das Biegen der Schösslinge oblag im April der Bäuerin. Das Bestocken der Reben galt dagegen als männliche Arbeit. Für das Aufbinden der Rebstöcke an die Pfähle mit Strohbindern im Mai war dann wieder die Frau zuständig. Beide kümmerten sich in den nächsten Monaten darum, das Unkraut klein zu halten und mit Hilfe von Vitriol Ungezieferbefall zu bekämpfen. Im Sommer heftete die Bäuerin die jungen Triebe an die Pfähle. Gemeinsam mit allen Hausangehörigen und zusätzlichen Leserinnen wurde im Oktober schließlich die Weinernte bewältigt. Bald schon stellten sich die Käufer ein.

„Die Preise werden vor der Bütte ausgemacht, auf Grund der Kostproben aus derselben. Dabei unterstützt die Frau den Mann in seinen Forderungen. Nachgiebigkeit von ihm gibt ihr den Anlass zu stillen und zu lauten Vorwürfen.“¹⁶

Nicht nur im Weinberg wurden in der Erntezeit alle Hände gebraucht. Kinder waren in die Arbeit in dem Maße eingebunden, wie es ihre körperliche und geistige Entwicklung zuließ. Gebären, die Versorgung der Wöchnerinnen und die Pflege der Säuglinge hatten sich den wirtschaftlichen Erfor-

13 Bidlingmaier (1918), S. 26.

14 Ebd., S. 27.

15 Ebd.

16 Ebd., S. 30.

dernissen anzupassen. Natürlich beteiligten sich auch die Alten an den notwendigen Arbeiten, wenn sie dazu noch in der Lage waren. Die Größe des Hofes entschied darüber, wie viel Gesinde beschäftigt werden konnte und erforderlich war und in welchem Maße es möglich war, den Betrieb arbeits- teilig zu organisieren. Wie Wilhelm Riehl noch in der Mitte des 19. Jahr- hunderts berichtete, arbeitete

„bei dem bauerlichen Tagelöhner und dem armen Kuhbauern [...] die Frau ganz das Gleiche wie der Mann. Auch die geistige Bildungsstufe beider wird völlig gleichartig sein. Beide arbeiten im Acker, lenken Pflug und Wagen gemeinsam, säen, ernten und verkaufen gemeinsam oder in zufälliger Abwechslung.“¹⁷

Der Kampf um die alltägliche „Nahrung“ lastete schwer auf den meisten Menschen im Südwesten. Um die Wende zum 19. Jahrhundert ging es in großen Teilen Badens und Württembergs weder den Kleinhandwerkern noch den Bauern wirtschaftlich gut. Die Realteilung hatte die Hofgrößen nicht selten auf ein Maß gedrückt, das lediglich in guten Erntejahren dazu ausreichte, die Familien zu versorgen. Auswege, wie die wachsende Bevölke- rung sich ernähren können sollte, zeichneten sich vorderhand nicht ab. Und nun drückten auch noch die Kriegslasten.

Als Beispiel mag die vorderösterreichische Gemeinde Kiebingen dienen. Sie fiel mit der Napoleonischen Neuordnung an Württemberg. 1781 zählte der Ort 400 Einwohner. Um 1799 waren es schon 511; 616 Kiebinger gab es 1818. Dank der Josephinischen Reformen waren schon im 18. Jahrhundert Leibeigenschaft und Ehebeschränkungen weggefallen. Der Ort wurde in zeitgenössischen Darstellungen als äußerst arm beschrieben. 1786 hatten 35 Kiebinger Bauern den landwirtschaftlichen Grundbesitz eines nahegele- genen aufgelösten Klosters – insgesamt 74 ha – gemeinschaftlich erwor- ben und entsprechende Schulden gemacht. Eine Reihe schlechter Ernten zwischen 1788 und 1793, insbesondere Verluste an Obstbäumen im Winter 1788/89, ließen die wirtschaftliche Lage düster erscheinen. Unruhe brachte 1792 eine Reihe französischer Revolutionsflüchtlinge ins Dorf. In den fol- genden Jahren waren französische Militärkontingente zu verpflegen und Kriegssteuern zu leisten. Einer Viehseuche fielen im Jahr 1795 154 Stück Vieh, nahezu der gesamte Bestand an Großvieh, zum Opfer. Eines war si- cher: Für die Hungerkrise im Winter 1817/18, die den Kriegen folgen sollte, konnten die Kiebinger keine Reserven zurücklegen.

17 Riehl (1889), S. 31 f.

„Die überwiegende, klein- und parzellenbäuerliche Mehrheit der örtlichen Produzenten war an der Endstation ihres langen bäuerlichen Weges angelangt, die lokalen agrarischen Ressourcen waren erschöpft. Auf den kleinen Äckern, Weinbergen, Wiesen und Allmendteilen ließ sich das notwendige Existenzminimum nicht länger in der nötigen Kontinuität erwirtschaften; – auch dann nicht, wenn die familiären Arbeitsanstrengungen noch weiter intensiviert wurden, wenn man selbst untaugliche Allmendabschnitte zu kultivieren versuchte und eine ‚Futterwirtschaft der Chausseegräben und Wegränder‘ organisierte.“¹⁸

Nicht überall war die Lage so dramatisch wie in Kiebingen. Doch dem Zwang, jede sich bietende Möglichkeit für weitere Einnahmequellen zu ergreifen, unterlagen viele Bauern im Südwesten. In Kiebingen lassen sich zahlreiche Bauernfamilien nachweisen, die durch Heimweberei ihre Ökonomie am Laufen hielten – oder waren es Weberfamilien, deren Restlandwirtschaft das gewerbliche Einkommen absicherte?

Auch in den südwestdeutschen bäuerlichen Haushalten, die mit Nebenerwerb das landwirtschaftliche Einkommen aufzubessern versuchten, blieb das Miteinander von Arbeiten, Wohnen und Leben unter Beteiligung aller Familienangehöriger charakteristisch. Es wurde jede Gelegenheit zum Zubrot ergriffen, die sich mit der hauswirtschaftlichen Familienorganisation verbinden ließ. Schon die Kinder der Kleinbauern und ländlichen Tagelöhner verdingten sich als Hirtenbuben oder Gänsemädchen. Ältere Kinder gingen in den Gesindedienst auf den größeren Höfen in Anerbengebieten. Pflegekinder wurden in Kost genommen, und junge Männer arbeiteten saisonal außerhalb etwa beim Straßenbau.

Der Einfallsreichtum war groß. So schilderte beispielsweise Adam Ignaz von Heunisch (1786–1863), Beamter im badischen Kriegsministerium, die traditionelle Holzhuhrenmacherei im Schwarzwald. Wenn man „die Orte und ihre Umgegend durchwandert“, berichtete der Autor der *Beschreibung des Großherzogthums Baden* aus dem Jahr 1836, könnte man „nur wenige Häuser betreten [...], ohne auf diesen Gewerbebezweig zu stoßen. Fast überall findet man ihn durch Familienbetrieb gepflegt, und eigentliche Werkstätten sind nur bei den Spieluhrmachern vorhanden.“¹⁹ Gar als Gewerbe, das „vorzüglich dem weiblichen Geschlecht überlassen sei“,²⁰ beschrieb Heunisch die traditionelle Strohhutproduktion im Schwarzwald:

18 Kaschuba/Lipp (1982), S. 16.

19 Heunisch (1836), S. 94.

20 Ebd., S. 95.



Heimarbeit im Familienbetrieb: Uhrenfabrikation im Schwarzwald.



Heimarbeit als weibliche Domäne: Strohhutfabrikation im Schwarzwald.

„Wie man unsere fleißigen Frauen und Mädchen die halbmüßigen Augenblicke mit dem Strickzeug ausfüllen sieht, so erblickt man die Schwarzwälderinnen auf den Bergen und in den Thälern, auf Spaziergängen und auf dem Weg nach dem Markt mit beladenem Rücken, das Strohflechtwerk in den schnellen Händen.“²¹

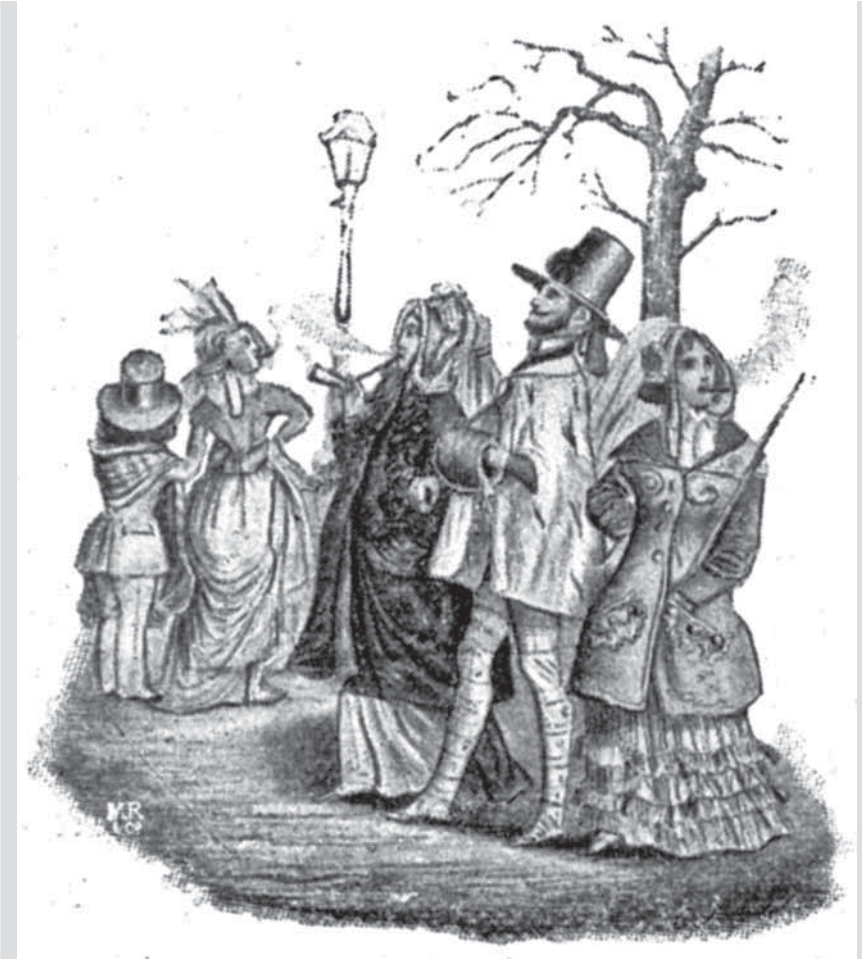
Erst das vorindustrielle Manufakturwesen, vor allem aber der Siegeszug der Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts schufen in neuem Umfang Arbeitsplätze in der Fabrikhalle und dem Kaufmannsbüro, die außerhalb des Familienhaushalts angesiedelt waren. Langfristig trugen sie beträchtlich zur Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten im Südwesten bei. Doch mit der neuen Arbeitsorganisation begann sich auch die Aufteilung von bezahlter, überwiegend männlich konnotierter außerhäuslicher Berufsarbeit und unbezahlter weiblicher Hausarbeit durchzusetzen. Zwar konnten sich die Frauen der Unterschicht oder der selbständigen Handwerks- und Bauernbetriebe den „Luxus“ keinesfalls leisten, keiner Berufsarbeit nachzugehen. Doch außerhalb der Familienökonomie standen nur schlecht bezahlte Frauenarbeitsplätze zur Verfügung, und die bürgerliche Idee der Hausfrauenehe sollte sich zum gesellschaftlichen Leitkonzept mit Ausstrahlungskraft bis ins 21. Jahrhundert entwickeln.

21 Ebd.

Exkurs: Geschlechterrollen im bürgerlichen Zeitalter

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war europaweit ein Begriff in Mode gekommen, der bestens dazu geeignet schien, die philosophischen und politischen Strömungen der Zeit zu kennzeichnen: „Aufklärung“. Ziel war es, Licht in das Dunkel des Aberglaubens zu bringen. Vernunft sollte Gemeinwesen und Staat regieren. Nicht standesgemäße Privilegien oder göttliche Vorsehung, sondern die allen gemeinsame menschliche Natur galt als Grundlage von Familie und Staat. Doch was war unter der viel zitierten menschlichen Natur eigentlich zu verstehen? Zum europaweit bekannten Interpreten menschlicher Wesensmerkmale avancierte Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) mit seinem 1762 veröffentlichten Roman *Émile*. Rousseau zufolge waren alle Menschen von Natur aus gut, doch Mann und Frau grundsätzlich verschieden. Stand er für Verstand, Vernunft und Tatkraft, so entsprachen ihrem Wesen Gefühl, Unvernunft und Passivität. War er für die öffentlichen Belange zuständig, so wurde ihr die Familie als eigentliche Domäne zugewiesen.

Rousseaus Konzept der geschlechtsspezifischen Rollenteilung entfalte die Wirkmächtigkeit auch in der politischen Sphäre. Als am 26. August 1789 die revolutionäre französische Nationalversammlung die berühmte *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* verabschiedete, war zwar in Artikel 1 zu lesen: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es.“ Doch bald schon stellte sich heraus, dass mit dem französischen *hommes* doch wohl eher alle „Männer“ und nicht alle „Menschen“ – zumindest in den politischen Rechten und in der familiären Geschlechtsvormundschaft – gemeint gewesen waren. Die von Rousseau so überzeugend formulierten polaren Geschlechtscharaktere dienten in der französischen Nationalversammlung dazu, dem weiblichen Geschlecht das eben erst erkämpfte politische Rederecht wieder zu entziehen und Frauen von politischen Partizipationsrechten fernzuhalten. Die Rolle, die man in der neu entstehenden bürgerlichen Gesellschaft von nun an Frauen zuwies, war über alle politischen Lager hinweg und über Frankreichs Grenzen hinaus konsensfähig. Frauen sollten ihre Männer unterstützen, ihre Kinder zu guten Republikanern oder Staatsbürgern erziehen und sich in der Öffentlichkeit auf soziale Tätigkeiten beschränken. Höhere Bildung für Mädchen galt im Bürgertum als genauso unschicklich wie außerhäusliche Berufstätigkeit von Frauen oder gar die Übernahme eines politischen Amtes.



Die „Emancipation der Damen“ provozierte über das ganze 19. Jahrhundert hinweg die männlichen Beobachter zu satirischer Kritik. Mehr als weiblicher Anspruch auf Rauchen in der Öffentlichkeit konnte hinter weiblichen emanzipatorischen Forderungen nicht stehen, so der zeichnerische Kommentar zu Frauenforderungen in der Revolution von 1848/49.

Schon in den Anfangsjahren der Französischen Revolution meldeten sich engagierte Beobachterinnen zu Wort und verwiesen auf den drohenden Ausschluss des weiblichen Geschlechts aus den eben erst formulierten Bürgerrechten.

„Mann, bist du fähig, gerecht zu sein? Eine Frau stellt dir diese Frage; zumindest dieses Recht wirst du ihr nicht nehmen können. Sag mir, wer hat dir die selbtherrliche Macht verliehen, mein Geschlecht zu unterdrücken? [...] Wun-

derlich, verblendet, aufgeblasen von den Wissenschaften und degeneriert, will er – in diesem Jahrhundert der Aufklärung und des Scharfsinns in krasseste Unwissenheit zurückfallend – despotisch über ein Geschlecht befehligen, das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt.“²²

Mit diesem Protest leitete die Girondistin Olympe de Gouges (1748–1793) 1791 in Paris die *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin* ein, eine frühfeministische Antwort auf die *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* von 1789.

„Laßt das Weib an den Rechten des Mannes Theil nehmen, so wird sie seinen Tugenden nacheifern – denn sie muß vollkommener werden, sobald sie der Dienstbarkeit entlassen ist“.²³

formulierte die Engländerin Mary Wollstonecraft (1759–1797) in ihrer Kampfschrift für Frauenrechte, die sie 1790 in Frankreich verfasste. In Deutschland meldete sich gar ein männlicher Verteidiger von Frauenrechten zu Wort. Wie der Jurist und Freund der Aufklärung Theodor Gottlieb von Hippel (1741–1796) in seiner Schrift *Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber* 1792 ausführte, war

„es dem männlichen Geschlechte rühmlichst gelungen, die andere Hälfte der menschlichen Schöpfung, welche nach ihrer Bestimmung mit ihm ein Ganzes ausmachen sollte, zu unterjochen und sie an den Menschen- und Bürgerrechten nur bittweise, nur in so weit es seinem Majestätsrechte nicht zu nahe tritt und ihm nicht die Krone bricht, großmüthigen Antheil nehmen zu lassen“.²⁴

Seiner Meinung nach sprachen weder göttlicher Wille noch die Natur dafür, dass dies auch in Zukunft so bleiben müsste. Doch eine Partizipation des weiblichen Geschlechts in politischen Belangen, die sich von Hippel durchaus vorstellen konnte, schien selbst den weiblichen Beobachterinnen der Französischen Revolution in Deutschland gar zu gewagt. Die preußische Pädagogin Amalia Holst (1758–1829) beispielsweise kommentierte diese Vorstellung von Hippels äußerst skeptisch:

„So sehr wir den rühmlichen Eifer mit Dank erkennen, mit welchem er sich unserer Sache annimmt; so kann ich in dieser Meinung ihm nicht beypflichten. Ich glaube vielmehr, daß eine solche völlige Umwälzung in den bürgerlichen Verhältnissen viel Verwirrung hervorbringen möchte.“²⁵

22 www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_411/mid_11655/40208531/Default.aspx (letzter Zugriff am 13.4.2015).

23 Wollstonecraft (1794), S. 390.

24 Hippel (1792), S. 55.

Der Siegeszug des bürgerlichen Geschlechtermodells, die Ausstrahlungskraft bürgerlicher Geschlechterkonzepte auch auf andere soziale Schichten sowie die rechtliche, bildungs- und sozialpolitische Verankerung der Geschlechterschranken sollten das „lange 19. Jahrhundert“ prägen. Kennzeichnend für die letzten Jahrzehnte dieser Epoche war aber auch das zunehmende Bemühen insbesondere bürgerlicher Frauen, die ihrem Geschlecht gesetzten Schranken im Bildungswesen, in Berufarbeit und politischer Betätigung einzureißen. Häufig kam dabei der sozialen Hilfstätigkeit eine Schlüsselrolle zu. In den Vorgängerstaaten des heutigen Baden-Württembergs finden sich für die Emanzipationsbestrebungen bürgerlicher Damen vor allem im Sozial- und Mädchenbildungsbereich frühe Beispiele. Doch erst mit der Revolution 1918 wurde Frauen das politische Wahlrecht zugestanden. Ihre Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen sicherte spät das Grundgesetz 1949.

25 Amalia Holst: Über die Bestimmung des Weibes zur höhern Geistesbildung (1802), zit. nach Weckel (2000), S. 222.

Die Ausstrahlung der Französischen Revolution auf Baden und Württemberg

Der Kampfruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ aus dem fernen Paris hallte auch im Deutschen Reich wider. Eine Durchsicht der zeitgenössischen deutschen Zeitungen belegt, dass über den Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 ausführlich und mit großer Anteilnahme berichtet wurde. Insbesondere aufgeklärt denkende Bürgerinnen und Bürger begrüßten die Deklaration der Menschenrechte und den Verfassungsumbau durch die französische Nationalversammlung. Erst mit der zunehmenden Gewalt seit 1792 mischte sich in die Zustimmung auch Besorgnis über drohende Gewaltexzesse in Paris. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde schließlich die Revolutionsverbreitung mit kriegerischen Mitteln seit 1794. Auch in Baden und Württemberg, in den hohenzollerischen Fürstentümern und in der Kurpfalz entstanden bürgerliche Oppositionsbewegungen. In Mannheim bildete sich eine *Gesellschaft von Freunden der Menschenrechte*. An der Hohen Karlsschule in Stuttgart machte ein Geheimbund um Georg Kerner (1770–1812) von sich reden. An der Universität Tübingen gehörten zu den *Freunden der Freiheit* so illustre Gestalten wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831), Friedrich Hölderlin (1770–1843) und Friedrich Wilhelm Schelling (1775–1854). Doch nicht nur die Bildungseliten rezipierten das revolutionäre Geschehen im benachbarten Frankreich. Zu Unruhen kam es in vielen Reichsstädten, in denen die drohende und bald antizipierte Auflösung des Alten Reiches tradierte städtische Hierarchien in Frage stellte. In den Reichsstädten Reutlingen, Ulm und Esslingen zeigte sich eine Bürgeropposition, die nicht selten von Handwerkern getragen wurde. Es konstituierten sich Bürgerausschüsse, die sich in den folgenden Jahren zu politischen Gegenspielern der althergebrachten Magistrate entwickelten. Meistens ging es um die Verbesserung der städtischen Finanzen. Mitunter aber wurden auch Forderungen laut, die Machtfülle der städtischen Räte zu begrenzen. Dass sich die oppositionellen Ausschüsse als legitime Vertreter der gesamten Bürgerschaft verstanden, verweist auf den Einfluss französischen revolutionären Gedankenguts.

Selbst bildungsferne städtische Unterschichten und die bäuerliche Bevölkerung waren von den Nachrichten aus Frankreich nicht abgeschnitten. Hielten es die Bürger mehr mit dem Reden und Prozessieren, so wurden unterbürgerliche städtische Schichten durchaus auch handgreiflich. In Mannheim errichtete im Oktober 1792 „eine Arbeiterbande“ einen Freiheitsbaum. Wie Ferdinand Kobell berichtete, waren es



Die Quellen berichten von Freiheitsbäumen, die auch im Südwesten aufgestellt wurden. Von den Obrigkeiten wurden sie nicht gerne gesehen. Darstellungen sind selten. Zu einer ähnlichen Szene, wie sie hier auf dem Bild beschrieben wird, war es 1792 auch im kurpfälzischen Mannheim gekommen.

„ihrer ungefähr 60 beiderlei Geschlechts, alle mit dreifarbigem Bändern geschmückt; sie tanzten bei Fackelschein um eine Stange, deren Spitze einen Hut trug. Die Wache kam, aber da sie zu schwach war, wagte sie nicht, das Gaudium zu stören, und zog sich zurück, ohne einzugreifen. Die Orgie dauerte die ganze Nacht, und die Dreifarbenmänner schrien unbehelligt: Es leben die Fischweiber!“²⁶

In Ulm verhinderten im August 1794 mehrere Hundert Frauen und Männer sogar den Transport städtischer Kanonen, die in den Kämpfen gegen Frankreich eingesetzt werden sollten. Eine breite Protestbewegung erhob sich auch gegen den von der Säkularisation bedrohten Fürstbischof von Speyer. Die Bruchsaler Bürgerschaft lag schon seit 1770 mit ihrem Landesherren im Clinch. Im September 1789 übergab sie ihrem Kirchenfürsten einen umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet neben den üblichen Beschwerden über Steuern und landesherrliche teure Bauvorhaben auch die Forderung nach Freizügigkeit und den Appell, „Burger, Zunftannahmen und Heuraths Erlaubnissen nicht zu erschweren“.²⁷ Etliche ländliche Gemeinden im Umkreis von Bruchsal zogen nach und beschwerten sich über Abgaben und zu

26 Zit. nach Schmidt (1993), S. 197.

27 Zit. nach Voss (1988), S. 80.

leistende Frohnden. Oberelsässische Bauernunruhen griffen im August 1789 auf die benachbarte badische Ortenau über. Doch im Allgemeinen war den Protestbewegungen kein langfristiger Erfolg beschieden. In den reichsstädtischen Auseinandersetzungen bewiesen die Magistrate in der Regel den längeren Atem und stärkere Durchsetzungskraft. Die Konflikte in den Frankreich nahen Reichsbistümern „erledigten“ sich durch deren Auflösung. Der Bauernaufstand in der Ortenau wurde mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Zwar bildete das Oberrheingebiet ein Zentrum der demokratischen Bewegung zwischen 1796 und 1798. Von hier aus planten badische Republikaner eine Revolution. 1798 machte auch Stuttgart als Mittelpunkt der Planungen für eine süddeutsche Republik von sich reden. Doch mangels militärischer Unterstützung durch Frankreich waren diese Umsturzprojekte zum Scheitern verurteilt. Das französische Heer, das zu Beginn des Zweiten Koalitionskriegs im Frühjahr 1799 den Rhein bei Kehl und Basel überschritt, hatte die Direktive,

„bei allen Regierungen, wo sie freundschaftliche und friedfertige Gesinnungen finden, anstatt die Aufwiegler zu begünstigen, im Gegenteil mit allen ihren Mitteln beitragen, ihre Hoffnungen und Bemühungen zu enttäuschen“.²⁸

Wir wissen wenig darüber, wie die Bevölkerung jenseits der Haupt- und Universitätsstädte oder der Frankreich benachbarten Regionen auf die Französische Revolution reagierte. Nach Stuttgart und Karlsruhe drangen immer wieder auch Meldungen von Protesten in der Provinz. So spielte sich in Maulbronn ein „schwäbischer Sturm auf die Bastille“ ab, denn im September 1789 befreite die Bürgerschaft der Gemeinde Diefenbach sechs ihrer Mitbürger aus dem Maulbronner Gefängnis. Sie saßen dort ein, weil sie Fuhr- und Handfrohndienste verweigert hatten. Reisende Beobachter wussten zu berichten, dass das schwäbische Landvolk die revolutionären französischen Ereignisse mit Sympathie beobachtete. Dass man auch im heutigen Baden fernab der Metropolen nicht unbeeinflusst von den großen Weltgeschehnissen geblieben war, belegt ein Beispiel aus der Gemeinde Buchen im Odenwald.

Gegen Ende des Alten Reiches gehörte Buchen kirchlich zur Diözese Würzburg. Als Grundherr fungierte der Abt des Klosters Amorbach, als weltlicher Herr das Hochstift Mainz. Die Buchener waren mithin Untertanen eines geistlichen Fürstentums, das mit der Säkularisation und dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 von der deutschen Landkarte gefegt wurde. Für die Buchener gestaltete sich der Untergang des Alten Reiches vorerst als we-

28 Zit. nach Schmidt (1993), S. 299.

nig bedeutsame Veränderung der Landesregierung. Sie scheinen den Herrschaftswechsel relativ gleichgültig hingenommen zu haben. 1803 huldigten sie dem neuen Landesherrn, vorderhand dem Fürsten von Leiningen. Als auch dieser nach wenigen Jahren dem Gebietsschacher und Verteilungskampf zum Opfer fiel, mutierten die Buchener unversehens zu Badenern. Pflichtschuldigt huldigte man 1806 der neuen Landesregierung und stellte deren Hoheitszeichen auf. Konflikte entzündeten sich vorderhand nicht am Herrschaftsgebaren des neuen Landesherrn. Ob dieser sich überhaupt würde halten können, war vorerst nicht abzusehen. Zu Auseinandersetzungen kam es vielmehr wegen der seit der Französischen Revolution zur Disposition stehenden feudalen Herrschaftsordnung. Sie manifestierte sich vor Ort in den Rechtsansprüchen der unmittelbaren Reichsritterschaft, die mit der Mediatisierung 1803 einen Großteil ihrer Herrenrechte verlieren sollte.

Ein Fallbeispiel aus dem Herrschaftsgebiet der Rüdt von Collenberg mag dazu dienen, die bedrohliche Stimmung im Schatten der Ereignisse in Frankreich zu veranschaulichen.²⁹ Die Rüdte waren seit dem 14. Jahrhundert mit dem Würzburger Lehen Burg und Dorf Bödighheim, heute ein Stadtteil von Buchen, belehnt. Hier unterhielten sie ihren Stammsitz. Als Ortsherren zählten sie die Vogtei und das Gericht zu ihren Rechten, ferner Gebot und Verbot in Wald und Feld, Wasser und Wiese, Schatzung und Jagd, Kirchenpatronat und den Zehnt. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts waren die Rüdte überdies alleinige Grundherren in Bödighheim, so dass auch sämtliche grundherrlichen Abgaben und Dienstverpflichtungen der Einwohnerschaft den Rüdten zu leisten waren. Diese enge Bindung zwischen Untertanen und Herrschaft gestaltete sich keineswegs konfliktfrei. Über 250 Jahre hinweg stritten sich Herrschaft und Gemeinde über Eigentums- und Nutzungsrechte am Wald und über das Ausmaß der zu leistenden Frohndienste. Mit einem 1765 geschlossenen Vertrag und der Teilung der Nutzung des Waldes schienen die Streitigkeiten endgültig beigelegt. Doch gegen Ende des 18. Jahrhunderts mehrten sich in Bödighheim schon wieder Holzdiebstähle und Konflikte um die Waldnutzung.

Im Februar 1798, weniger als zwei Monate nachdem Mainz kampfflos an die französischen Truppen gefallen war, erschien schließlich eine Delegation von Bödighheimer Bürgern im herrschaftlichen Schloss und erklärte, das 1765 geschlossene Vertragswerk nicht mehr einhalten zu wollen. Man wisse, dass ältere Urkunden im Besitz der Herrschaft die Rechte und Pflichten der Einwohner für diese günstiger beschrieben, wolle deshalb Einsicht in

29 Das Folgende nach Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK), Bestand 69, Rüdte von Collenberg.

diese Urkunden und zur alten Regelung zurückkehren. Einige kurze Wochen führten Herrschaft und Untertanen ergebnislose Verhandlungen. Danach eskalierte der Konflikt. Die Bödighheimer begannen, auf eigene Rechnung Holz aus den herrschaftlichen Wäldern zu versteigern, beseitigten die herrschaftlichen Markierungssteine und ersetzten sie durch Steine der Gemeinde. Mit einer Beschwerdeschrift wandten sie sich an das freilich nicht zuständige Kurmainz. Die Auführer bedrohten Bauern, denen die Protestformen zu weit gingen, mit Schlägen, und übten wohl auch mehr oder weniger sanften Druck auf die Dorfhonoratioren aus, bei der solchermaßen stattfindenden „Besitzumverteilung“ mitzumachen. Sie vertrieben die herrschaftlichen Holzhauer und blockierten deren Holzfahren. Schließlich beschloss die Gemeinde, die Frohdienste einzustellen und die Steuerzahlungen nach eigenem Gutdünken auszugestalten und zu organisieren. In Bödighheim tobte die Revolution. Verantwortlich hierfür dürfte vor allem die Verpflichtung zu ungemessenen Frohnden nach Bedarf der Herrschaft und die räumliche Nähe zu dieser gewesen sein, ermöglichte sie doch Einblicke in deren „Luxusleben“. Wie die protokollierten Gespräche zwischen den Freiherrn Rüdts von Collenberg und den bäuerlichen Delegationen belegen, waren die Kontrahenten recht unterschiedlicher Meinung über das notwendige Maß der Dienstpflichten. Die Verhandlungen machen deutlich, dass trotz oder gerade aufgrund der persönlichen Nähe zwischen Herrn und Untertanen die traditionell normativ durch Fürsorge und Treue gekennzeichnete Bindung zwischen Orts- und Grundherrschaft auf der einen und abhängigen Bauern auf der anderen Seite aus dem Gleichgewicht geraten war. So monierten beispielsweise die Bauern die herrschaftliche Praxis, heimgefallenen bäuerlichen Boden frei zu versteigern, anstatt diesen an Verwandte des verstorbenen Bauern zu verkaufen. Die seitens der Herrschaft postulierte väterliche Sorgfalt musste sich an den Vorstellungen der bäuerlichen Welt von verwandtschaftlicher Solidarität prüfen lassen. An dieser Latte gemessen, entpuppte sich die grundherrliche Politik als modernes, ökonomisch rationales Handeln jenseits tradiertener Fürsorgeformeln. Agierte der Orts- und Grundherr nicht väterlich, so bedurfte es auch keiner kindlichen Loyalität seiner Untertanen.

Noch waren die Gemeindeglieder von Bödighheim nicht so weit wie ihre Standesgenossen in Frankreich, die schon im August 1789 die Feudalrechte und Privilegien abgeschafft hatten und Mitbestimmungsrechte in der Ausgestaltung bürgerlich verfasster Herrschaft einforderten. Doch im Vertragsverhältnis zwischen Herrn und Untertanen verstanden sich die Bödighheimer nun offenbar als gleichberechtigte Partner. Und so ist der Abglanz der Französischen Revolution auch im Bödighheimer Aufruhr erkennbar. Wie die

Bauern ihrem Ortsherren mitteilten, war zu ihnen das Gerücht vorgedrungen, dass die Württemberger sich reichsritterschaftlicher Herrschaften bemächtigten, und Bödigheim bekäme wohl demnach ebenfalls einen neuen Herrn. Angesichts dieser Sachlage habe man beschlossen, die eigene Rechtsstellung vorab möglichst günstig abzusichern. Wenn Loyalitätsverhältnisse zwischen Herren und Untertanen aufkündbar und Herren nicht nur in Frankreich austauschbar waren, wieso sollten Verträge in Bödigheim nicht in gleicher Weise aufgelöst werden können?

Dieser Sichtweise mochte sich freilich das Geschlecht Rüdt von Collenberg nicht anschließen. Auch der angerufene Ritterkanton und der Reichshofrat sahen Anlass zu schnellem Eingreifen angesichts solcher „unverantwortlichen Anmaßungen“, „zügelloser Ausgelassenheit“ und „aufrührerische(r) Drohungen“.³⁰ Erstaunlich rasch, bereits im Juni 1798, traf eine kaiserliche Kommission in Bödigheim ein, die für Recht und Ordnung sorgen sollte. Sie sah sich mit einer bäuerlichen Gemeinde konfrontiert, die in ihrem eskalierenden Widerstand inzwischen auch nicht davor zurückschreckte, kaiserliche Kommissionen und Dekrete zu missachten. Eine Reihe von Verhandlungen zwischen den kaiserlichen Kommissionsmitgliedern und den Gemeindebürgern machte deutlich, dass die Kontrahenten Unterschiedliches verstanden, wenn sie vermeintlich vom Gleichen redeten. Verwies die Kommission auf den Rechtsweg und die Reichsgerichte, so meinten die Bauern, sie nähmen nun ihr Recht selbst in die Hand. Erläuterten die kaiserlichen Gesandten den Rechtscharakter eines Vertragswerkes, dann erklärten sich die Gemeindebürger zur neuen rechtsetzenden Instanz, zwar nicht im fernen Paris, so doch im heimatlichen Odenwald. Versuche der Kommission, die Aufrührer individuell eindringlich anzusprechen und mit Handschlag an Eidesstatt erneut symbolisch in das persönliche Loyalitätsverhältnis zwischen Herrn und Untertan einzubinden, beantworteten die Aufwiegler mit schnödem Entweichen.

Der Aufruhr wurde mit Hilfe gängiger vormoderner Ordnungsverfahren niedergeschlagen. Die Kommission beorderte so viel Militär in den Ort, dass wohl jedem mehr oder weniger renitenten Einwohner ein Soldat gegenüberstand. Dieses Militär musste von den Gemeindebürgern beherbergt und verpflegt werden, und so fanden sich insbesondere in den Höfen der Rädelsführer bis zu 15 Soldaten, die eifrig daran gingen, die Speisekammern zu leeren. Weitere Bargeldzahlungen zur Finanzierung der Kommissionskosten, inquisitorische Befragungen, Gefängnisstrafen und öffentliche Prügel

30 GLAK, Bestand 69, Rüdt von Collenberg, Nr. 3842, Kaiserliches Dekret gegen die Bürger von Bödigheim, 18.5.1798.

trugen das Ihre dazu bei, den Widerstand in die Knie zu zwingen. Schließlich mussten die Bödighheimer im öffentlichen, entehrenden Aufzug mit soldatischer Begleitung die verrückten Grenzsteine wieder zurückversetzen. Jeder einzelne (männliche) Familienvorstand hatte darüber hinaus ein Dokument zu unterschreiben, in dem er seine Verfehlungen zugab und gelobte, sich in Zukunft als ein gehorsamer Untertan zu verhalten. Die Anführer des Aufstands wurden in Haft genommen, ein wüste Morddrohungen ausstoßender „Halbstarker“ kurzerhand in militärische Dienste geschickt, freilich nicht ins französisch besetzte Mainz, wie er forderte, sondern nach Mergentheim, wo der reichsunmittelbare Deutsche Orden seinen Sitz hatte.

Inwieweit es sich bei diesem Aufstand um traditionellen bäuerlichen Widerstand gehandelt hatte oder um einen Abglanz der Französischen Revolution – diese Frage bereitete der Kommission einiges Kopfzerbrechen. Schließlich machten die Ordnungskräfte im kaiserlichen Auftrag als eigentlichen Initiator einen Notarius aus dem nahe gelegenen Bofsheim (heute Osterburken) aus. Der Repräsentant desjenigen aufgeklärten bürgerlichen Berufsstandes, den die französische Bevölkerung bevorzugt in die 1789 einberufene Versammlung der Generalstände delegiert hatte und der nicht unwesentlich zur weiteren Dynamik der Revolution beitrug – er erschien der kaiserlichen Kommission als „gefährlicher Ratgeber, Schriftsteller und Federführer“ in Sachen Aufstand in der fernen Provinz.³¹ Solchermaßen identifiziert, verlief das weitere Leben des Rechtsgelehrten Pfeiffer wenig revolutionär. Er wurde mit Arrest bestraft, schließlich zu Beginn des Jahres 1800 wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem er versprochen hatte, künftig nicht mehr als revolutionärer Rechtsberater tätig zu sein. Von hier aus verloren sich seine Spuren.

Der schwelende Brand war vorerst gelöscht. Die durchgreifende obrigkeitliche Maßregelung der Bödighheimer mag manchen Wunsch nach Aufbegehren in den benachbarten Gemeinden im Keim erstickt haben. Die Quellen deuten darauf hin, dass das Treueverhältnis zwischen dem reichsritterschaftlichen Orts- und Grundherrschaften und seinen Bödighheimer Untertanen für lange Zeit gestört blieb. Ihre Herrenrechte verloren die vormaligen Reichsritter ohnehin im Zuge der Mediatisierung. Die im Großherzogtum Baden schließlich eingeleitete Ablösung bäuerlicher Abgabenlasten gingen die adeligen Grundherren indes recht langsam an. Nicht zuletzt lieferte dieser Umstand Zündstoff für bäuerliche Unruhen, die sich 1848 entladen sollten.

Folgt man den Quellen, dann erscheinen die revolutionären Diskussionen in den Metropolen und die Scharmützel in der Provinz vordergründig

31 GLAK, Bestand 69, Rüd von Collenberg, Nr. 3409, Bekanntmachung 1798.

als ein rein von Männern geführter Kampf. Die politisch-philosophischen Debatten bestritten zumeist männliche Gelehrte ohne weiblichen Beistand. In den Auseinandersetzungen zwischen Obrigkeiten und Delegationen der Auführer verhandelten männliche Akteure, unterstützt von männlichen Rechtsgelehrten und Soldaten. Auch als Sprecher bäuerlicher Widerstandsbewegungen traten nur männlich besetzte Delegationen auf. Wissenschaft, Philosophie, Rechtskenntnis und öffentliches Amt waren nicht nur in der Vormoderne, sondern noch lange im 19. Jahrhundert nahezu ausschließlich männlich konnotiert. Lässt sich hieraus schließen, dass Frauen am Geschehen keinen Anteil hatten? Diese Folgerung wäre voreilig. Auf „Nebenschauplätzen“, etwa im unhöflichen und renitenten Verhalten der Dorfgemeinschaft gegenüber der obrigkeitlichen Besatzung, wird sichtbar, dass insbesondere der Protest auf der Straße von Männern und Frauen gleichermaßen getragen wurde. Doch die hier beteiligten Frauen gehörten zumeist den unterbürgerlichen Schichten an. Eine Bürgerin tat sich auch in den revolutionären Zeiten der Wende zum 19. Jahrhundert schwer, politisch agierend in die Öffentlichkeit zu treten. Solches Verhalten war mit bürgerlicher Wohlanständigkeit kaum zu verbinden. Selbst im revolutionären Frankreich dauerte der politische Frühling der republikanischen Bürgerinnen nur kurze Zeit. 1794 erließ der Konvent ein Redeverbot im Parlament für Frauen. Auch Schriftstellerinnen, die im Zuge der Aufklärung zunehmend wagten, nicht mehr unter männlichem Pseudonym zu publizieren, traten nur selten als Befürworter oder Gegner der Französischen Revolution in Erscheinung.³² Die nicht nur im Südwesten bekannte Anhängerin der Aufklärung, Herausgeberin einer Frauenzeitschrift und Romanautorin Sophie von La Roche (1730–1807) erteilte in ihrem Roman *Erscheinungen am See Oneida* (1798) der Französischen Revolution eine Absage und schickte ihre Romanhelden, ein französisches Flüchtlingspaar, ins amerikanische Exil. Therese Huber (1764–1829), Schriftstellerin, Revolutionssympathisantin und Redakteurin des *Morgenblatts für die gebildeten Stände* in Stuttgart zwischen 1817 und 1823, veröffentlichte mit *Die Familie Seldorf* (1795/96) den einzigen bekannten zeitgenössischen Roman aus der Feder einer Frau, in dem die Heldin aktiv an der Französischen Revolution teilnahm, ja sich sogar in Männerkleidern an Kampfhandlungen beteiligte. Doch am Ende des Romans kehrt die Revolutionärin zurück in die Provinz. Fern aller politischen Aktivitäten übernimmt sie nun erneut eine gesellschaftlich anerkannte Frauenaufgabe: die Sorge für ein Pflegekind.

32 Vgl. hierzu Meise (1989), S. 55–73.

Biographie: Weiblicher Aufbruch zwischen gestern und morgen – Sophie von La Roche (1730–1807)

Sie gilt als eine der ersten Frauen, die sich als professionelle Autorin deutschlandweite Anerkennung und Ruhm erscrieb. Mit der eigenen Arbeit konnte sie sogar ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Ihr Lebenslauf spiegelt in vielerlei Hinsicht die Lebensumstände und Erfahrungen bürgerlicher Frauen zwischen Aufklärung und den tiefgreifenden Wandlungsprozessen um die Wende zum 19. Jahrhundert. Ihr Werdegang war aber auch zutiefst geprägt von den politischen und kulturellen Kennzeichen des Südwestens.

Sophie kam 1730 als Tochter des Arztes Georg Friedrich Gutermann (1705–1784) und seiner Frau Regina Barbara (1711–1748) zur Welt. Ihre Kindheit in Kaufbeuren, Lindau und Augsburg verlief wohl typisch für Mädchen aus bildungsbürgerlichen Schichten. Eine sorgfältige, auf Halbwissen ausgerichtete Mädchenerziehung mit häuslichem Unterricht vorrangig in Sprachen, Kunst und Literatur fand zeittypisch ihren Abschluss etwa im Alter von 16. Mit 17 Jahren ging sie eine standesgemäße Verlobung mit dem 13 Jahre älteren Universalgelehrten und Mediziner Giovanni Ludovico Bianconi (1717–1781) ein, der als Leibarzt des Fürstbischofs von Augsburg fungierte. Schon an dieser Verlobung lässt sich die Nähe der Familie zur Welt der Reichsbistümer beobachten. Zwar scheiterte die Verlobung, weil ihr Vater diese wegen Religionsstreitigkeiten mit dem Schwiegersohn in spe auflöste, doch auch ihr späterer Ehemann Georg Michael Frank La Roche (1720–1788) entstammte dem gleichen Milieu. Der berufliche Werdegang des Anhängers der Aufklärung, kurmainzischen Hofrats und (vermutlich) illegitimen Sohns des Reichsgrafen Friedrich von Stadion-Warthausen (1691–1768) war eng mit der Karriere seines Vaters verbunden.

Lebensstationen der Familie La Roche unter anderem am kurfürstlichen Hof in Mainz, auf Schloss Warthausen bei Biberach, in Bönningheim, am kurtrierischen Hof in Koblenz bzw. im Bistum Speyer und die Erhebung in den Adelsstand (1780) ermöglichten Sophie tiefe Einblicke in die reichskirchliche/reichsadelige Hofkultur des deutschen Südwestens. Vielleicht war es auch diese Adelswelt, die ihr das Selbstbewusstsein vermittelte, mit dem sie seit 1770 daran ging, sich als professionell schreibende Frau einen Namen zu machen. Die gebildete Salonière und Grenzgängerin zwischen bürgerlicher Aufklärung und feudaler Adelskultur ließ ihren ersten Roman *Geschichte des Fräuleins von Sternheim* von ih-

Mein Schreibetisch.



von
Sophie von La Roche.
An Herrn G. R. F. in D.

erstes Bändchen.
Leipzig 1799.
bey Heinr. Gräff.

Ein zeitgenössisch ungewöhnlicher Frauenarbeitsplatz: Sophie von La Roche
„Mein Schreibetisch“ (1799).

rem Vetter Christoph Martin Wieland (1733–1813) noch anonym veröffentlichten. Die positive Aufnahme, die ihrem Erstlingswerk beschieden war, ermutigte sie, später unter eigenem Namen zu publizieren. Zahlreiche erfolgreiche Romane und die Mädchenzeitschrift *Pomona für Teutschlands Töchter* (1783–1784) zeugen vom Bemühen der Verfasserin, einen spezifisch weiblichen Entwurf des zeitgenössischen aufgeklärten Bildungsprogramms zu entwickeln. Im Zentrum ihres Schaffens stehen Mädchen und Frauen mit ihren Hoffnungen und Schicksalen, auf einem Weg zu sittlich tugendhaften Leben im Sinne der Aufklärung. Zwar war Sophie von La Roche vor allem die Verbesserung der Mädchenbildung ein ernstes Anliegen.

„Ich dachte mit Neid an das vorzügliche Glück der Männer, welche von Jugend auf, zum ordentlichen Erwerb und Genuß dieser Reichthümer bestimmt und angeleitet werden“,

schreibt sie anlässlich der Besichtigung der Mannheimer Hofbibliothek.³³ Doch die Grenzen des zeitgenössischen bürgerlichen idealen weiblichen Lebensentwurfs sprengen ihre empfindsamen Protagonistinnen in der Regel nicht. Charakteristisch für ihre Überlegungen zur (bürgerlichen) Frauenrolle sind die Leitsätze, die sie jungen Bräuten mit auf ihren Lebensweg gab:

„Eine unveränderliche Gleichheit des Gemüths; Ausdruck der Hochachtung für die Verdienste des Gatten; liebreiches, nicht stockendes Schweigen, bey Unannehmlichkeiten; der heitre Ton der Zufriedenheit, bey seinem Anblick; die Ueberzeugung, daß man ihm mit Vergnügen das Glück seines Lebens danke; daß man jede Pflicht der Gattinn, der Mutter, liebe; der Anbau des Verstandes, um die nöthigen Reize der Abänderung in den Unterredungen einstreuen zu können: – dieses, meine artige junge Freundinn, sind die tugendhaften Kunstgriffe, deren ich mich bediente, einen geistvollen, die schöne Welt kennenden Mann, zwanzig Jahre lang zärtlich, und mit seiner Verbindung vergnügt zu erhalten.“³⁴

Sophie von La Roche, selbst Mutter von acht Kindern, von denen fünf das Erwachsenenalter erreichten, veritwete 1788. Ein finanziell wohl sorgenloses Alter in Frankfurt ermöglichten ihre publizistischen Erfolge, obwohl die französische Besetzung der linksrheinischen deutschen Gebiete ihre reichskirchliche Witwenversorgung kappte. Ohnehin begleitete sie die Revolution in Frankreich mit kritischem Blick. Die enge Verbin-

33 La Roche (1791), S. 85.

34 La Roche (1797), S. 32–33.

dung ihres Lebenswegs mit der Reichskirche und dem Reichsadel, die grundsätzliche Bejahung feudaler Rechtsverhältnisse, die Erfahrungen mit dem Kriegsgeschehen im deutsch-französischen Grenzgebiet, aber auch die deutsche bildungsbürgerliche Irritation über die Gewaltexzesse im revolutionären Frankreich dürften mit dafür verantwortlich sein, dass sie den radikalen Umbrüchen der Jahrhundertwende eher distanziert gegenüber stand. Zu ihren Bekannten zählten zahlreiche französische Exilanten. Mit dem ehemaligen französischen Finanzminister Jacques Necker (1732–1804) dinierte sie in der Schweiz und hatte so, nachdem sie „seit 1789 so viel von der französischen Revolution hörte, Gelegenheit, den Mann [zu] sehen und zu sprechen, den man als erste Ursache derselben ansieht.“³⁵ Hatte sie anfangs noch Sympathie für die aufstandswilligen Franzosen aufgebracht, so seufzte sie schon 1792:

„Gott will eine völlige Änderung; deshalb ist alles umgestürzt in den moralischen Empfindungen, in den politischen Ideen, und alles überschlägt sich dergestalt, daß wir schon bald den Ausgang von alle dem sehen werden.“³⁶

Und nach Niederschlagung der Mainzer Republik frohlockte sie:

„Nun ist Mainz wieder deutsch. Dem Himmel sei Dank dafür und halte das Band der Großen zusammen, bis Frankreich in den Grenzen der Ordnung zurück ist.“³⁷

Mit zunehmendem Alter erschienen ihr die vergangenen Zeiten ohnehin die besseren gewesen. „O, was ist aus Deutschland geworden seit Friedrich, der große Einzige, begraben wurde“, schrieb sie 1795 an ihre Brieffreundin Elise Gräfin zu Solms-Laubach. Und weiter:

„Wie froh bin ich, eine alte Frau zu sein, aber doch zu König Friedrichs Zeiten gelebt zu haben und Graf Friedrich von Stadion sechzehn Jahre lang täglich reden und handeln gehört und gesehen zu haben. Denn ich sterbe mit der Überzeugung, daß Größe des Geistes und [der] Taten eine mögliche Sache ist.“³⁸

35 Sophie La Roche, zit. nach Loster-Schneider (2005), S. 203.

36 Sophie La Roche, zit. nach Opitz (2007), S. 128.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 130.

Die Ära der Napoleonischen Kriege: männliche Wehrhaftigkeit und weibliche Fürsorge

Fast ein Vierteljahrhundert waren zahlreiche Länder Europas gegen, mit und wieder gegen Frankreich in Kriege verwickelt, auch wenn die einzelnen Staaten und Regionen in unterschiedlichem Maße in das Kriegsgeschehen involviert wurden. Der deutsche Südwesten war von den Ereignissen im besonderen Maße berührt. Hier gab es viele reichsunmittelbare kleine und kleinste Herrschaften, aber auch große kirchliche Territorien, die von Säkularisierung, Mediatisierung und militärischer Inbesitznahme betroffen waren. Hier sorgte die Umgestaltung der Länder für große Unruhe. Betroffen von direkten Kriegshandlungen war Südwestdeutschland nur 1796, 1799/1800, 1805 und 1809. Doch als Verbündete Napoleons hatten die Rheinbundstaaten mit diesem Kriege zu führen. Spät auf der Seite seiner Gegner, mussten sie erneut Truppen stellen. In den meisten Kriegsjahren – 1792 bis 1797, 1799/1800, 1805, 1806/07, 1809 und 1811 bis 1815 – war der Südwesten Durchmarschgebiet für österreichische, französische und russische Truppen bzw. ihre Alliierten. Kontributionen (Leistungen, die nach einem Friedensschluss den Siegern gezahlt werden mussten) und Kriegssteuern belasteten die gesamte Bevölkerung. Requisitionen, die meistens entschädigungslos zu leistende Versorgung durchziehender alliierter und feindlicher Truppen sowie die Einquartierung von Soldaten betrafen vor allem diejenigen Orte und Regionen, die das Pech hatten, an Heeresstraßen und in Aufmarschgebieten zu liegen. „In den unteren Räumen schliefen die Soldaten auf Strohlagern, in den oberen Gemächern die Offiziere“, so die Erinnerungen einer Mosbacherin.

„Der Vater schlief der Sicherheit wegen bei den Soldaten und oft musste er des Nachts die Offiziere zu Hülfe rufen um Ordnung herzustellen, seine Frau war in ihren Zimmern eingeschlossen und die Mutter des Vaters leitete in solchen Tagen den Haushalt.“³⁹

Schlimmer noch erging es der Zivilbevölkerung, die im Schlachtengeschehen zwischen die Fronten geriet. Es drohten Plünderungen, der Verlust der Ernten, Seuchen und die Zerstörung der eigenen Häuser. Auch die wechselnden Besatzungstruppen drangsalierten die Zivilisten. Frauen mussten damit rechnen, vergewaltigt zu werden.

Anschaulich hat der Biberacher Konrektor des Evangelischen Gymnasiums Johann Konrad Kraus (1755–1835) die Kriegsbedrängnisse zwischen

39 Stadtarchiv Mannheim, Amalie Kauffmann, Biographie, S. 2.

kaiserlichen, badischen, württembergischen und französischen Truppendurchzügen geschildert. In der Reichsstadt wechselten beispielsweise 1796 Truppeneinquartierungen des Schwäbischen Reichskreises mit französischen Besatzungstruppen, gefolgt von kaiserlichem Militär. Angst und Schrecken brachten das alltägliche Leben nahezu zum Erliegen. „Seitdem die Franzosen auf ihrer Retirade [Rückzug] und nachher auch die Kaiserlichen hieher gekommen waren“, so Kraus,

„wurden alle Kaufläden, Werkstätte und Hausthüren verschlossen, weil die ersten, die von einer jeden Parthie ankamen, hie und da einkauften und nichts bezahlten. [...] Auch die Hufschmiede wurden von beiden Theilen sehr geplagt, denn diese Häuser waren den ganzen Tag von den Kavalleristen, Marketendern und Wagenknechten bloquirt, und wenn sie abgefertigt waren, ritten sie davon, ohne nach ihrer Schuldigkeit zu fragen.“⁴⁰

Viele Handwerker stellten aus Furcht vor Übergriffen das Arbeiten ein, und die Schulen waren geschlossen. Selbst der Gottesdienstbesuch war eingeschränkt,

„weil niemand sein Haus gerne verließ, oder vielmehr verlassen konnte, entweder weil man bereits Einquartierungen hatte, oder alle Stunden eine zu bekommen befürchten mußte“.⁴¹

Besonders drückend wirkten sich die Lebensmittellieferungen aus, die den wechselnden Truppen zu leisten waren.

„An den nun immer höher steigenden Preisen aller Gattungen von Lebensmitteln, fing man an zu merken, daß wir und unsere Nachbarschaft seit einigen Wochen viele ungeladene fremde Gäste gehabt hatten. Denn man darf wohl sagen, daß nur seit 14 Tagen, mehr als 200 000 Menschen mit uns und von dem Unsrigen gegessen hatten, dessen nicht zu gedenken, was in dieser Zeit, muthwilliger Weise, an Lebensmitteln verdorben worden ist.“⁴²

Mancher Zivilist bezahlte die wechselnden militärischen Besetzungen gar mit dem Leben.

„Frau Christiane Magdalene, mein des Pfarrers M. Christoph Bened[ikt] Hölders liebteste Ehegattin, das trefflichste Weib dem Herzen nach, das die Sonne beschienen hat, eine andächtige und fromme Beterin, sorgsame Mutter, zärtliche und treue Gattin, ernstlich im Christentum, thätig in der Nächstenliebe, angenehm in Gesellschaften, die mich in meinen vielen Trübsaalen mit Gebett und Trost unterstützte, mit deren ich 24 Jahr in einer friedlichen Ehe zubringen konnte. Bei

40 Kraus (1801), S. 71.

41 Ebd.

42 Ebd., S. 97.

der französischen Plünderung, den 24. Juli, in der die Meute aus der Hölle losgelassen schien, retirirte sie sich in den Taubenschlag, war dort 7 Stunden sicher, endlich von Durst und Hitze matt, suchte sie ihre Freiheit, wurde von einem schwarzen Hund verfolgt, ein mitleidiger Elsässer Unteroffizier rettete sie, hob sie zu mir in Garten, sie sprang über die Mauer unter größter Gefahr herunter.“

Der Sprung löste eine tödlich verlaufende Frühgeburt aus. Mit „Gott wird ihr die vielen Leiden dieser Zeit mit Herrlichkeit ersetzen“ schließt der Eintrag von 1796 im Kirchenbuch der württembergischen Gemeinde Ruith in der Nähe der Reichsstadt Esslingen.⁴³

Insgesamt zwangen die kriegerischen Jahrzehnte zwischen 1789 und 1815 zahlreiche Landessöhne in den Militärdienst. Im Ersten Koalitionskrieg (1792–1797) kämpfte Frankreich gegen Österreich, Preußen, Großbritannien, Holland, Spanien, Neapel, Portugal und das Deutsche Reich. Territorien wie Baden und Württemberg, die 1796 einen Sonderfrieden mit Frankreich schlossen, waren gezwungen, anschließend an der Seite Frankreichs zu kämpfen. Im Zweiten Koalitionskrieg (1799–1802) wurde dem Vormarsch Frankreichs und seiner Verbündeten von Großbritannien, Russland, Österreich, Portugal, Neapel und der Türkei Widerstand geleistet. Badische und württembergische Truppen kämpften auf der Seite Napoleons auch im Dritten und Vierten Koalitionskrieg (1805, 1806–1807). 1806/07 waren badische und württembergische Truppen gegen Preußen eingesetzt, 1809 gegen Österreich und 1812 schließlich im verlustreichen Kampf gegen Russland. Seit 1808 waren Badener auch an Kämpfen in Spanien beteiligt.

Die historische Forschung beschreibt die durchdringende Militarisierung der Gesellschaft in jenen Jahren. Man kann wohl davon ausgehen, dass nun fast jede Familie Soldaten zu den eigenen Verwandten zählte. Über circa 740 Soldaten hatte Baden in den 1770er Jahren verfügt. Um die 1800 dürften es vor Ausbruch des Krieges gewesen sein. Fast 17 000 Mann Landmiliz stellte Baden im Ersten Koalitionskrieg zur Verfügung. 1805 hatte der badische Verbündete Napoleons 3000 Soldaten aufzubringen. Im Krieg gegen Preußen 1806/07 waren 8000 Badener eingesetzt. Rund 3400 badische Landeskinder kämpften ab 1808 in Spanien. Über 6000 Mann mussten gegen den österreichischen Aufstand (1809) kämpfen. Für den Russlandfeldzug waren erneut 7000 badische Soldaten im Einsatz. Ähnlich sah es in Württemberg aus. 6000 Soldaten stellte Württemberg 1805, 10 000 im Krieg gegen Preußen 1806/07. 13 000 Württemberger standen unter französischem Befehl gegen den österreichischen Aufstand 1809 im Feld. Am Russlandfeldzug waren 15 800 württembergische Soldaten beteiligt. Insbesondere der

43 Zit. nach Hermann (1889), S. 55.

Krieg in Russland kostete viele Soldaten das Leben. Doch schon ein Jahr später waren weitere badische und württembergische Truppen, nun gegen Napoleon, zu stellen.

Viele der ausgehobenen Soldaten überlebten die jeweiligen Kriegseinsätze nicht. Von den gegen Preußen eingesetzten 8000 Badenern waren Ende 1807 1351 Mann tot, verwundet, krank oder vermisst. Von den badischen und württembergischen Truppen, die am Russlandfeldzug teilnehmen mussten, kehrten 145 bzw. 500 Mann in die Heimat zurück.

Nicht zuletzt führte der andauernde Kriegseinsatz, verbunden mit Militärreformen nach französischem Vorbild und entsprechender Propaganda, zu Veränderungen im Soldatenbild. Noch wenige Jahrzehnte zuvor hatte das Militär keinen guten Ruf genossen. Soldaten, das waren Abenteurer, die das Spiel mit Waffen braver bäuerlicher Arbeit vorzogen. Sie galten als sittenlose Gesellen, vor denen das eigene Hab und Gut nicht sicher war. „Was für ‚schofle‘ Subjekte meist von den Werberrn aufgebracht wurden, kann man sich leicht denken“, so noch das Urteil des württembergischen Malers und Zeitzeugen Sebastian Pflug zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁴⁴ Preußische und österreichische Werbekommandos waren bis 1805 in den Reichsstädten unterwegs, um Soldaten zu gewinnen.

„Manches saubere Mannsbild blieb an der Leimrute hängen. Auch Biberacher Bürgersöhne, leichtsinniges Volk, das einer stärkeren Zuchtrute als der elterlichen bedurfte, ließen sich anwerben. Gewöhnlich traten die Evangelischen unter den preußischen, die Katholiken unter den doppelten Adler. [...] Viele aus den Zuchthäusern entlassene oder entflozene Burschen wurden ohne weiteres angeworben.“⁴⁵

Im Zuge der Modernisierung der Heere und der Einführung der Wehrpflicht (im Rheinbund 1806) begann sich das Soldatenimage zu verbessern. Soldat zu sein, das war plötzlich ein Schicksal, das jedem jungen Mann drohte. Mit großem propagandistischen Aufwand suchte die Obrigkeit den neu eingeführten allgemeinen Wehrdienst schmackhaft zu machen. Zumindest im gebildeten (preußischen) Bürgertum begann sich ein neues Männlichkeitsideal zu formen, das den (freiwilligen) Einsatz für das Vaterland zur patriotischen Pflicht eines wohlgeratenen wehrhaften jungen Mannes erklärte.

Im Südwesten des vormaligen Deutschen Reiches taten sich die Regierungen schwerer, Patriotismus zu entfachen. Dass 1805 Großherzog Karl Friedrich den sich häufenden Desertionen mit einem veröffentlichten „General-Pardon“, mit Appellen an die Einsicht und Strafandrohung zu begegnen

44 Pflug (1975), S. 43.

45 Ebd.

suchte, spricht für eine um sich greifende Wehrunlust. Auch die Stiftung des Karl-Friedrich-Verdienstordens für entsprechende militärische Verdienste wird die Kriegslust nicht gesteigert haben. Wie sollte die Bevölkerung auch verstehen, dass es einige Jahre zuvor gegen Frankreich gegangen war und man nun mit Frankreich gegen den ehemaligen Deutschen Kaiser kämpfen musste? Wie sollten überdies die Neubadener irgendeine patriotische Loyalität gegenüber dem neuen Landesherrn entwickeln? Als beispielsweise 1807 im Neubadischen Buchen Truppen für den Rheinbund ausgehoben wurden, scheinen etliche zu Soldaten erklärte Buchener „entwichen“ zu sein, was der Gemeinde empfindliche Geldstrafen einbrachte.⁴⁶ Die Bereitschaft der Buchener, in den Krieg zu ziehen, stieg auch nicht an, als Baden Ende 1813 die Seiten wechselte und sich an der antifranzösischen Koalition beteiligte. Die Aushebungslisten aus Buchen sind aussagekräftig. Ende 1813 fanden sich von 20 Gemusterten gerade mal fünf Dienstwillige ein; eine Aushebungsliste vom Februar 1814 benennt fünf „abwesende“ auf neun „gegenwärtige“. Aus dem gleichen Jahr stammt eine Aushebungsliste über 74 Personen, die zum Landsturm eingezogen wurden. Lediglich 20 waren bereit, den Dienst für das neue Vaterland zu übernehmen.

Auch die Württemberger zählten nicht zu den Kriegsbegeisterten. Die Obrigkeit musste beispielsweise 1808 eine Verordnung zur Verhinderung von Desertionen erlassen und ging drakonisch gegen Versuche vor, sich durch selbst beigebrachte Verletzungen dem Kriegsdienst zu entziehen. Strafmaßnahmen wie die folgende aus demselben Jahr sprechen eher für Verzweiflung der Ausgehobenen denn für Patriotismus:

„Johann Michael Bauer, von Göttelfingen, Oberamt Altenstaig, hat sich den halben Zeigefinger rechter Hand selbst abgeschnitten, in der sträflichen Absicht, sich dadurch für den Militärdienst unbrauchbar zu machen. Nach allerhöchster Königl[icher] Verordnung wurde derselbe zur Bestrafung mit 16jähriger Capitulation zum Garnisons-Bataillon eingetheilt.“⁴⁷

Folgerichtig tat man sich auch in Sachen heroische Erinnerung an die Kriegsbeteiligung nach dem Ende der „Befreiungskriege“ im Südwesten schwer. Die gesamtdeutsche Erinnerung, wie sie sich nach 1871 ausprägte und in den geschichtswissenschaftlichen „Meistererzählungen“ aufgegriffen wurde, folgte im Wesentlichen der preußischen Perspektive. Hier hatte man immer auf Seiten der Gegner Frankreichs und Napoleons gestanden. Dementsprechend war militärischer Einsatz und Kriegsleid stets als patrioti-

46 Vgl. zu Buchen Längle (1980).

47 Zit. nach Baden und Württemberg (1987), Bd. 1.1., S. 391.

ches Heldentum interpretierbar, und der Kampf gegen Frankreich ließ sich als Vorstufe zur Gründung des deutschen Nationalstaats deuten. In den vormaligen Rheinbundstaaten konnte sich ein solches Geschichtsbild lange nicht durchsetzen. Unmittelbar nach dem Sieg über Napoleon und dem Wiener Kongress hielten sich die Herrscher Badens und Württembergs mit Bemühungen, den militärischen Einsatz und das soldatische Sterben für und gegen Napoleon zu würdigen, diskret zurück.

Es waren vor allem militärische Traditionsvereine, die das Gedenken an soldatische Leistung und Opfer in Eigeninitiative in die Hand nahmen. Mit auf ihre Bemühungen ist wohl zurückzuführen, dass sich in den 1840er Jahren auch im Südwesten ein verklärtes Erinnerungsbild durchgesetzt hatte. Es stellte den Militäreinsatz für Baden oder Württemberg unabhängig vom Kriegsziel in den Vordergrund und interpretierte jedwedem freiwillige oder erzwungene Kriegsleid neuer und alter Landeskinde als patriotische Tat. Charakteristisch für eine solche Interpretation des Militärdienstes ist ein kolorierter Kupferstich aus dem Jahr 1840. Er entstand anlässlich der Stiftung der württembergischen Kriegsgedenkmünze für „jeden, der in den württembergischen Militär-Diensten einen Feldzug mitgemacht hat“.



In der verklärenden Erinnerung verschmolzen die Kriegseinsätze für und gegen Napoleon zu patriotischen Heldentaten. Gedenkblatt aus dem Jahr 1840.

Das Blatt zeigt Soldaten vor einem Denkmal mit der Büste König Wilhelms. Die Inschrift des Denkmals nennt nur Schlachten der antinapoleonischen Kriegseinsätze zwischen 1813 und 1815. Doch mit der Medaille konnten alle Soldaten auch der vorausgegangenen Kriegseinsätze ausgezeichnet werden.

Ein paar Gedichtzeilen des Gedenkblattes bieten dem Leser eine Interpretationshilfe:

„Wie wir hier euch erscheinen, so kämpften wir, rangen u[nd] siegten,
Machten das Vaterland gross, brachten ihm Ehre u[nd] Ruhm.
Also folgten wir Frankreichs Panier, so erblickte uns Oestreich,
Preussen und Russlands Gefild, also das sächsische Land.
Also schaute uns Gallia selbst zweimalen: als Sieger
Sahn wir das stolze Paris, furchtlos wie immer und treu.
Schaut ihr uns noch in spätester Zeit, so sprecht: sie kämpften,
Machten das Vaterland gross, brachten ihm Ehre u[nd] Ruhm.“

Aus der verklärenden Erinnerung an die eigene Kriegsbereitschaft ließ sich männliches Selbstbewusstsein ableiten. Der kriegerische Dienst fürs Vaterland half auch den Anspruch auf politische Partizipation zu legitimieren. Und die Frauen? Dass eine ehrbare Frau in der Nähe des Schlachtfeldes nichts zu suchen hatte, war eine Vorstellung, die sich erst in den modernen Armeen der Napoleonischen Ära durchzusetzen begann. Nicht wenige Söldner der Heerzüge des 17. und 18. Jahrhunderts waren verheiratet gewesen und hatten ihre Familien im Tross mitgeführt. Die Wehrpflichtigenarmeen des frühen 19. Jahrhunderts setzten sich überwiegend aus jungen unverheirateten Männern zusammen. Doch nach wie vor wurden viele Offiziere von ihren Familien auf den Heerzügen begleitet. Fest institutionalisierte Marketerinnen übernahmen überdies Versorgungsaufgaben bei den Truppenzügen.

Hie und da nahm auch eine Frau in Männerkleidern an den Kriegshandlungen teil. Bekannt ist beispielsweise Eleonore Prochaska. Die 1785 geborene Potsdamer Unteroffizierstochter und Dienstmagd trat unter dem Namen August Renz in das 1. Jägerbataillon des Lützow'schen Freikorps ein. Als Mann verkleidet, nahm sie tatsächlich auch an den Befreiungskriegen teil. Erst anlässlich ihrer tödlichen Verwundung wurde ihr Geschlecht offenbar. Dass eine junge Frau in Männerkleidern als „Heldenmädchen“ für Preußen ihr Leben gelassen hatte, erregte die Phantasie der Zeitgenossen und verhalf dem Ereignis zu breiter Resonanz in den Medien. Unmittelbar nach ihrem Tod begann die poetische Verklärung der Soldatin. Aus dem Südwesten sind solche Beispiele nicht bekannt. Doch auch in Preußen dürften sie eher selten gewesen sein, denn eine kämpfende Frau sprengte vielerlei Normen.



Württembergische reitende Artillerie mit Marketenderin und Feldarzt in den Napoleonischen Kriegen.

Das Waffenhandwerk in männlicher Gesellschaft galt grundsätzlich als unpassend für Frauen. Selbst als Mann verkleidet war eine Frau ohne entsprechende Überwachung unter lauter Männern selbstverständlich dem Verdacht ausgesetzt, die Grenzen weiblicher Sittsamkeit zu verletzen. Dies bedeutete jedoch nicht, dass weiblicher patriotischer Einsatz unerwünscht war. Am 17. März 1813, einen Tag nach der preußischen Kriegserklärung an Frankreich, hatte sich König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) in einem viel beachteten Appell an „sein“ Volk gewandt und zum Kampf gegen Napoleon aufgerufen.

„Es ist der letzte entscheidende Kampf, den wir bestehen für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand; keinen anderen Ausweg giebt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang.“⁴⁸

Auf den Appell des preußischen Königs folgte am 1. April 1813 ein Aufruf der preußischen Prinzessinnen an den weiblichen Teil der Bevölkerung:

„Männer ergreifen das Schwert und reißen sich los aus dem Kreise ihrer Familien, Jünglinge entwenden sich der zärtlichen Umarmung liebender Mütter und diese, voll edlen Gefühls, unterdrücken die heilige Mutterthräne. Alles strömt zu den Fahnen [...] Aber auch wir Frauen müssen mitwirken, die Siege befördern helfen, auch wir müssen uns mit den Männern und Jünglingen vereinen, zur Rettung des Vaterlandes“,

48 Aufruf König Friedrich Wilhelms III. von Preußen, 17.3.1813, zit. nach Spies (1981), S. 255.

heißt es in der Aufforderung, einen *Frauenverein zum Wohle des Vaterlandes* zu gründen.⁴⁹ Erwünscht waren Geld- und Schmuckspenden zur Finanzierung des Kriegsgeschehens, ferner die Produktion von Verbandsmaterial und die Verarbeitung von Stoffen für die Soldaten. Ja sogar die Spende des eigenen Haares war als patriotische Leistung zur Finanzierung des Krieges willkommen. Im Anschluss an die Aufrufe setzte in Preußen eine beispiellose Medienkampagne ein, um den freiwilligen männlichen Kriegsdienst und die weibliche Opfer- und Pflegebereitschaft zu befördern. Solche öffentlichen Kampagnen verliefen im deutschen Südwesten offenbar sehr viel leiser, wenn sie denn überhaupt stattfanden. Die Adoptivtochter Napoleons und Großherzogin von Baden, Stéphanie de Beauharnais, rief 1814 pflichtschuldigst, ganz Landesfürstin, zur Bildung eines Frauenvereins auf, der pflegerische und soziale Aufgaben im Krieg gegen Napoleon übernehmen sollte. Ansonsten ist im Südwesten von weiblichem patriotischem Engagement in Sachen Krieg weder zu Rheinbundzeiten noch danach etwas zu berichten.

49 Der Aufruf ist abgedruckt bei Arndt (1867), S. 7 f.

Biographie: Franz Werner (ca. 1749–1809) aus Markelsheim – ein neuer württembergischer Untertan

„Wenn mein Blick in der Vergangenheit weilt, und die traurigen Ereignisse überschaut, die der verheerendste aller Kriege durch die Umwälzung von Deutschland über so viele Tausend Menschen gebracht hat, so führt mich meine Phantasie stets mit mächtigem Arm in Mergentheims vaterländische Gefilde, und ruht dort in schwermuthsvollen Gefühlen auf den Trümmern vergangenen Glücks.“⁵⁰



Ein friedlich anmutendes Bild von Mergentheim um 1813. Wenige Jahre zuvor hatte der neue württembergische Landesvater seine Herrschaft durchgesetzt.

Mit diesen Worten beginnt 1810 ein anonym gedruckter Bericht, als dessen Autor ein Beamter des Deutschen Ordens, Freiherr von Kleudgen, identifiziert wurde. Im Mittelpunkt der Schilderungen stehen die Ereignisse des Jahres 1809 rund um die württembergische Besitznahme Mergentheims, der Residenz der Hoch- und Deutschmeister des reichsunmittelbaren Deutschen Ordens. Die Geschehnisse sind als Mergentheimer Bauernaufstand in die Geschichte eingegangen. Was bewog die Mergentheimer Bauern zu einer der wenigen Bauernunruhen in dieser Zeit im deutschen Südwesten?

50 Die Württemberger (1818), S. 3.

Das Oberamt Tauber – damals ein Teil des Herrschaftsgebiets des Deutschen Ordens – geriet wie viele vormals reichsunmittelbare Gebiete unter die Räder der Französischen Revolution. Ein Großteil des Gebiets war 1806 in österreichische Herrschaft übergegangen, bevor Württemberg am 20. April 1809 nach der Niederlage Österreichs und dessen Verzicht auf die Deutschordensgebiete die Gunst der Stunde nutzte und die Residenz des Deutschen Ordens militärisch in Besitz nahm. Zu Mergentheim und den zugehörigen Ämtern zählten damals etwa 9500 Einwohner. Sie ernährten sich größtenteils von Landwirtschaft und galten in ihrer Mehrheit eher als arme Leute. Zwar begrüßten die Einwohner und Regierungsbeamten die württembergische Machtübernahme nicht gerade euphorisch, doch sie fügten sich in die neue Ordnung. Zu Ärger kam es erst, als König Friedrich im Juni 1809 Zwangsrekrutierungen im vormaligen Meistertum Mergentheim anordnete. Schon die Erstellung von Listen der kriegstauglichen Männer stieß auf Widerstand, und der Versuch, überfallartig sich in den Dörfern der Rekruten zu bemächtigen, sorgte für Empörung. Der erbosten Dorfbevölkerung gelang es, die Rekrutierungskommission zu überwältigen und in Mergentheim gefangen zu setzen. Mehrere hundert Bauern stürmten die Stadt, versetzten die braven Bürger in Angst und Schrecken und suchten vergeblich, diese zum Aufstand gegen die württembergische Besetzung zu bewegen. Die Bauernrevolte dauerte zwischen dem 26. und 29. Juni nur wenige Tage. Danach setzte württembergisches Militär dem Aufruhr rasch ein Ende. Anschließend verhängte ein sofort eingesetztes „Martialgericht“ drakonische Strafen über die Aufständischen. Einige Bauern wurden zum Tode verurteilt. Zu diesen gehört auch Franz Werner. Was ist über ihn bekannt?

Franz Werner war Bürger und Bauer in Markelsheim. Das Bauerndorf zählte 1812 knapp 1100 Einwohner. Eine zeitgenössische Redensart bekundete: „Die Markelsheimer wären Bauern, doch fehlen die Felder.“⁵¹ Es ging den Bauern also wirtschaftlich vermutlich nicht allzu gut. Franz Werner war katholisch, 1809 60 Jahre alt und verheiratet. Dem Verhörprotokoll vom 1. Juli 1809 zufolge hatte er drei Kinder „in ziemlich mannbarem Alter“.⁵² Wie er den Militärrichtern erklärte, hatte er den Huldigungseid auf den König von Württemberg nur „aus Zwang“ geleistet. Über den Ablauf des Aufstands machte er nach Meinung der Untersu-

51 Zit. nach Seifriz (1925), S. 116.

52 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA St), E 31/1609, Martialgerichts-Protokoll vom 1.7.1809. Hieraus auch die folgenden Zitate.

chungskommission „eine umständliche, höchst confuse Darstellung des ganzen Herganges der Insurrection, wobei er sich von jedem Antheil zu excusieren sucht“. Und er betonte, er „sei immer hintenan gewesen. Seine Buben seien bei der Conscription nicht betroffen worden.“ Bewaffnet war er mit einer Mistgabel gewesen. Vorhaltungen, er habe den von Aufständischen gefangengesetzten, mit der Inbesitznahme Mergentheims beauftragten württembergischen Generallandeskommissar Freiherr von Maucler bedroht und ihn als „Kinderräuber“ beschimpft, wies er energisch zurück. Ansonsten bat er um „Schonung und Gnade“. Doch das Gericht folgte dieser Bitte nicht. Es befand den Markelsheimer Bauern des Hochverrats schuldig, verurteilte ihn zum Tode durch den Strang und beschloss auch die Beschlagnahmung seines Vermögens. Noch am selben Tag wurde er mit einem zweiten Delinquenten hingerichtet. Vier weitere Todesurteile wurden in den nächsten Tagen vollstreckt.

„Bei den Zubereitungen zu den Hinrichtungen waren alle Gemüther von tiefer Trauer gepresst“, berichtet von Kleudgen in seiner Darstellung.

„Ein banges, schmerzhaftes Gefühl war über alle Einwohner verbreitet. [...] Nur durchdrungen von der innigsten Theilnahme und einer ungetheilten Bewunderung waren alle Herzen, als man die unglücklichen Schlachtopfer zum Richtplatze führen sah.“⁵³

Franz Werners Leichnam musste einige Wochen am Galgen hängen bleiben, bis ihn durchziehende französische Soldaten endlich abschnitten. Aus Angst vor der Reaktion ihres Königs hängten die württembergischen Beamten den Leichnam noch einmal auf. Erst am 29. Juli baten sie um die „allergnädigste Erlaubnis“, diesen begraben zu dürfen. Werners Haus wurde wie das der anderen, die mit Vermögensenteignung bestraft worden waren, verkauft. Der Erlös wurde eingezogen. Hier wird deutlich, dass es zwar Sache der Männer war, mit Heugabeln auf württembergische Soldaten einzustechen. Die Folgen solcher „Insubordination“ hatten jedoch auch die Frauen und Kinder zu tragen.

Die Ortschaften, aus denen die Verurteilten stammten, mussten auf höchsten Befehl schwarz angestrichene Schandsäulen errichten, auf denen Schrifftafeln die Delinquenten und Urteile benannten. Drei Jahre später scheinen diese Säulen noch gestanden zu haben. Mehrmals waren die Gemeinden von den württembergischen Behörden aufgefordert worden, sie möchten um die Gnade bitten, diese Säulen entfernen zu dürfen.

53 Die Württemberger (1818), S. 50.

Doch

„im Selbstgeföhle des besseren Wertes entschloss sich noch nicht eine einzige Gemeinde zu diesem Schritte; sie glauben, dass solche Schandsäulen nicht sie, sondern jene allein schänden, die sie setzen ließen“,

so die Geschichtsschreibung des Deutschen Ordens.⁵⁴ Anlässlich der Thronbesteigung König Wilhelms 1816 erging schließlich eine Generalamnestie für die inhaftierten und geflüchteten Bauern. Über das Schicksal der Frau Franz Werners und seiner Kinder ist nichts überliefert. In schnödem Amtsdeutsch sind in den Markelsheimer Akten lediglich die Kosten der Behörde für den Verkauf des Werner'schen Besitzes vermerkt.⁵⁵

54 Zit. nach Hoppe (1887/88), Teil 2, S. 41.

55 Ich danke Frau Christine Schmidt vom Stadtarchiv Bad Mergentheim für entsprechende Auskünfte.

Politische Aufbrüche (1815–1870)

Der gute Wiener Kongress gleicht einem Jahrmarkt in einer kleinen Stadt, wo ein jeder sein Vieh hintreibt, es zu verkaufen oder zu vertauschen“, berichtete genervt ein Zeitzeuge über den europäischen Kongress, der die Französische Revolution und die Napoleonische Ära endgültig beendete.⁵⁶ Die siegreichen Mächte schufen eine restaurative Friedensordnung, die Europa über ein halbes Jahrhundert hinweg vor neuen Kriegen zwischen den Großmächten schützte. Dennoch waren viele Beobachter enttäuscht. Denn die Verhandelnden wiesen die Ansprüche der jungen nationalen und liberalen Bewegungen auf Volkssouveränität und politische Partizipation zurück. Über die nächsten Jahrzehnte hinweg wuchs in Deutschland eine sich immer lauter zu Wort meldende liberale Opposition heran. Sie sollte in den Revolutionsversuchen von 1848/49 kulminieren. Dem deutschen Süden kam in diesem Prozess eine besondere Rolle zu. Die Ständekammern der süddeutschen Staaten und insbesondere Badens bildeten die Plattformen, auf denen sich liberale Abgeordnete und Theoretiker parlamentarisch schulen und einer oppositionellen Öffentlichkeit präsentieren konnten. Nur im kleinen Großherzogtum Baden gab es 1849 für wenige Monate eine republikanische Revolutionsregierung. Dem Scheitern der Revolutionsversuche folgte politische Windstille. Neuer gesellschaftlicher Wandel kündigte sich mit der beginnenden Industrialisierung vorerst eher im Windschatten der politischen Ereignisse an. Eines jedoch war nach Auffassung der meisten Zeitgenossen selbstverständlich: Die Bühne der großen Politik hatte allein (gebildeten und vermögenden) männlichen Akteuren zu gehören. Frauen wurden auf die Zuschauerrolle verwiesen.

56 Generalfeldmarschall von Blücher, zit. nach Treitschke (1927), S. 585.

Liberalismus im Südwesten: Kämpfe mit Dolch ...

Am 19. März 1819 geriet Mannheim, die ehemalige kurpfälzische Residenz, nunmehr badische Provinzstadt und Sitz der frisch verwitweten Großherzogin Stéphanie, in die badischen, deutschen, ja europäischen Schlagzeilen. Ein politischer Mord war geschehen, der wenige Jahre nach dem Wiener Kongress die Gemüter heftig bewegen sollte. Schließlich diente er sogar dazu, die berühmt berüchtigten „Karlsbader Beschlüsse“ zu legitimieren und die Presse in den deutschen Ländern für lange Zeit mit einem Maulkorb politisch zum Verstummen zu bringen.



Der Attentäter Carl Ludwig Sand wird mit dieser zeitgenössischen Abbildung im Stile der Romantik als musischer, religiöser, sensibler, junger Mann charakterisiert. Göttliches Licht scheint ihn zu beleuchten.

Der Meuchelmord ist rasch geschildert: Am Morgen des 23. März 1819 traf der Jenaer Student der protestantischen Theologie und liberale Burschenschaftler Carl Ludwig Sand (1795 – 1820) in Mannheim ein. Am Nachmittag gelang es ihm, den bekannten konservativen Lustspieldichter, politischen Autor und russischen Staatsrat August von Kotzebue (1761 – 1819) in dessen Privaträumen aufzusuchen und diesen mit mehreren Dolchstichen tödlich zu verwunden. Auf dem Fluchtweg stach sich Sand selbst in die Brust und brach von Passanten umringt vor dem Kotzebue'schen Haus zusammen. Der

Ohnmächtige führte ein Flugblatt bei sich, das er offenbar in Erinnerung an Luthers Thesenanschlag an ein Tor hatte nageln wollen. Darin hieß es unter anderem: „Todesstoß dem August von Kotzebue. [...] Auf! Ich schaue den großen Tag der Freiheit! Auf, mein Volk, besinne dich, ermanne, befreie dich!“⁵⁷ Arretiert und halbwegs wieder ins Leben zurückgepflegt, erwartete Sand eine langwierige Kriminaluntersuchung. Sie endete mit seiner öffentlichen Hinrichtung am 20. Mai 1820. „Sand, der Verbrecher ist nicht mehr“, heißt es in einer der zahlreichen zeitgenössisch publizierten Dokumentationen, „aber Sand, der edle und unglückliche Jüngling, wird noch lange leben in Vieler Andenken“.⁵⁸ Der frühe deutsche Liberalismus hatte seinen ersten Märtyrer. In den Medien tobte eine heftig geführte Auseinandersetzung darüber, wie die Mordtat zu interpretieren sei. War die Tat als schnöder Mord zu verdammen oder stellte sie einen legitimen Oppositionsakt, ein Fanal des enttäuschten Liberalismus dar? Den Publikationen der Sympathisanten Sands zufolge war das Attentat den restaurativen Tendenzen der Ära des Wiener Kongresses geschuldet. Der viel gespielte Theaterautor Kotzebue sei ein Gegner liberaler Tendenzen gewesen. Überdies habe er dafür gesorgt, dass sich der russische Zar mit Kritik an den politischen Umtrieben der Studenten in die innerdeutsche Entwicklung einmischte. Da die Regierungen diesem Treiben keinen Einhalt geboten hätten und sich ohnehin nicht genügend für eine freiheitliche deutsche Einigung engagierten, habe der liberale Held selbst tätig werden müssen.

Die Haltung des liberalen Bürgertums, das sich durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses um den erhofften deutschen Nationalstaat und um politische Partizipationsrechte geprellt sah, lässt sich bestens an den Reaktionen der Mannheimer Bürger veranschaulichen. Wie sich der preußische Gesandte am badischen Hof in Karlsruhe, Karl August von Varnhagen von Ense, erinnerte, „kam die Nachricht, in Mannheim sei fast die ganze Bevölkerung für ihn gestimmt, preise den begangenen Mord als die Heldenthat eines edlen vaterländischen Jünglings“.⁵⁹ Tatsächlich avancierte der studentische Mörder bereits während seiner Gefängniszeit zum Helden und Märtyrer des liberal gesinnten Teils der Stadtbevölkerung.

„Die Bewohner Mannheims suchten ihm so viel als möglich seine Lage zu erleichtern. Sie schickten ihm ausgesuchte Speisen [...]. Jeden Morgen erhielt er, so lange es Blumen gab, einen frischen Strauß in das Zimmer gestellt.“⁶⁰

57 Hohnhorst (1820), Beilage III, Todesstoß dem August von Kotzebue, S. 187–191.

58 Nachtrag zu den wichtigsten Lebensmomenten (1820), S. 94.

59 Varnhagen von Ense (1851), S. 657.

60 Ausführliche Darstellung (1820), S. 13.

Die Mannheimer Kutschenvermieter weigerten sich, einen Wagen für die Verbringung des Delinquenten zum Hinrichtungsplatz zur Verfügung zu stellen. Stéphanie de Beauharnais verließ – sei es politisch motiviert oder aus Angst vor Unruhen – die Stadt am Tag der Enthauptung Sands. Das zahlreich erschienene Publikum des blutigen Hinrichtungsspektakels beeilte sich, Devotionalien in Form von blutgetränkten Taschentüchern, Haarlocken Sands oder Holzsplintern der Hinrichtungsbühne zu ergattern. Der Henker soll aus deren Holz ein Gartenhäuschen errichtet haben, in dem sich die Heidelberger Burschenschaftler jährlich am Todestag Sands zu versammeln pflegten. Der Ort der Hinrichtung erhielt im Volksmund den Namen „Himmelfahrtswiese“. Regelmäßig scheinen hier Vergissmeinnichtsträuschen niedergelegt worden zu sein. Der im Anschluss publizierte Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission Karl Levin von Hohnhorst kursierte in den Mannheimer Lesezirkeln als Diskussionsstoff. Die Obrigkeit wollte offensichtlich eine Sand-Wallfahrtsstätte verhindern und ließ den Hingerichteten in der Nacht unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf dem lutherischen Friedhof begraben und die Stätte sogleich ohne jede Kennzeichnung mit den zuvor ausgehobenen Rasenstücken wieder bedecken. Trotzdem kursierten in den Medien genaue Angaben, wo das „Heldengrab“ zu finden sei.

Dass über ein halbes Jahrhundert hinweg in der Stadt die Erinnerung an die „Heldentat“ wachgehalten wurde, belegen die Ereignisse des Jahres 1869. Im Zuge der Stadterweiterung wurde der lutherische Friedhof aufgegeben. Die Gebeine des ermordeten Dichters Kotzebue verbrachte man auf städtische Kosten unter Beisein eines Verwandten und ohne öffentliche Aufmerksamkeit auf den neuen Zentralfriedhof. Aber es meldete sich auf Initiative zweier Mannheimer Honoratioren auch eine Bürgergruppierung zu Wort, die auf ihre Kosten die Gebeine Sands verlegen lassen wollte. Der Vorschlag erregte öffentliches Aufsehen und stieß in Mannheim nicht nur auf Zustimmung, doch Sand erhielt sein „Ehrengrab“. Eine Bürgersammlung finanzierte einen monumentalen Gedenkstein. Er wurde im Rahmen einer Feier unter großer Beteiligung enthüllt. „Nach den ergreifenden Klängen eines Hornquartetts“, berichtete ein Alt-48er

„über Sand's Leben, That und die damaligen politischen Verhältnisse. [...] Hierauf legte man auf dessen Grab einen Immortellenkranz nieder und vertheilte unter den Anwesenden zur Erinnerung an den heutigen Tag zierliche Immortellensträusschen, umwunden von dem deutschen Schwarz-Roth-Gold und versehen mit der Inschrift:

„Carl Ludwig Sand,
dem deutschen Jüngling.

Beseelt von selbstsuchtloser, glühender Liebe
 Zur Freiheit und zum Vaterland,
 Am Tage der Enthüllung dieses Steins,
 Der reden möge, wenn wir schweigend jemals
 Die Sklaven Moskaus würden'.⁶¹

Der Attentäter im Interesse nationaler Einheit und bürgerlicher Freiheitsrechte war inzwischen zum Kämpfer für deutsche nationale Freiheit gegen russische Einflussnahme mutiert. Mit diesem Teil der Interpretation trafen die Mannheimer Festveranstalter durchaus den liberalen Zeitgeist, der sich nach der gescheiterten Revolution 1848 den Nationalstaat von Preußen erhoffte und die Menschen- und Bürgerrechtsfrage zu marginalisieren begann. Schließlich integrierte die lokale Erinnerungspolitik den Meuchelmörder ohne Probleme in die Reihe der 1870/71 für das Vaterland Gestorbenen.

„Als die Friedensfeier im neuen Reich begangen wurde, erhielt auch Sands Grab festlichen Schmuck, wie die Ruhestätten jener, die für Deutschlands Ehre und Einigung gefallen waren“, vermeldete die zeitgenössische Stadtgeschichtsschreibung.⁶²

Die sympathisierende liberale Deutung des Mordanschlags, die in Mannheim vorherrschte, wurde freilich keinesfalls überall in Deutschland geteilt. Von Seiten der Obrigkeiten war man 1819/20 bemüht, das Attentat als Beweis für die gefährlichen umstürzlerischen Pläne der Studentenschaft zu nutzen. Der badische Großherzog hatte eigens eine Untersuchungskommission eingesetzt, welche die politischen Hintergründe des Mordes klären sollte; weitere Untersuchungskommissionen im Deutschen Bund folgten. Zahlreiche Verhaftungen begleiteten die amtlichen Recherchen. Mancher liberale Universitätsprofessor, der sich nicht rasch genug von der Tat distanzierte, verlor sein Amt. Doch der Beweis für eine politische Geheimorganisation, die eine neue, nunmehr deutsche Revolution geplant habe, konnte nicht erbracht werden.

Interessant sind die zeitgenössischen Debatten um das Attentat nicht nur aus politischer, sondern auch aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive. Gegner und Befürworter trugen mit Akribie Informationen über die Persönlichkeit Sands zusammen. Die in den Streitschriften entworfenen Bilder von Sand geben Einblicke in konkurrierende Männlichkeitsentwürfe, die offenbar mit „passenden“ politischen Einstellungen einhergingen. Nach den Darstellungen der sympathisierenden Parteigänger handelte es sich bei dem At-

61 Zeitungsausschnitt vom 20.5.1870, zit. nach: Ein neues Bild (1898), S. 133.

62 Walter (1907), Bd. 2, S. 141.

tentäter um einen Jüngling, der durch zahlreiche Erkrankungen im Kindesalter nur dank seiner eisernen Disziplin und Willensschulung mit stetem Fleiß dazu in der Lage war, versäumten schulischen Stoff nachzuholen und das zum Studium notwendige Vorwissen zu erwerben. Die Liebe seiner Eltern, eine sorgfältige Erziehung, nicht zuletzt die von Eltern und Erziehern eingeflöste Liebe zum Vaterland, tief verankerte Religiosität und Tugendhaftigkeit paarten sich mit der festen Überzeugung, dass Tugend sich in Taten manifestieren müsse. „Tugend und Frömmigkeit, Volk und Vaterland – diese Klänge tönnten schon des Kindes Ohren schön“, heißt es in einer anonym veröffentlichten Verteidigungsschrift von 1821,

„und dem für beide strebenden Jünglinge wurden sie lieb und werth, so daß ihm der Tod für beide nur ein schuldiges Opfer schien. In sein rechtgläubiges Christentum ward früh zum Glauben der Drang zum Handeln geimpft, und je mehr wir ihn sich seiner selbst bewußt werden sehen, findet sich auch dieser thätige Christensinn unter seinen hervorstehenden Eigenschaften.“⁶³

Bei Sand handelte es sich demnach um einen Täter aus tugendhafter Überzeugung:

„Der Irrthum wird entschuldigt und gewissermaßen aufgehoben durch die Festigkeit und Lauterkeit der Überzeugung, und die Leidenschaft wird geheiligt durch die gute Quelle, aus der sie fließt: daß beides der Fall bei Ihrem frommen und tugendhaften Sohne gewesen, bin ich fest überzeugt. Er war sich seiner Sache gewiß, er hielt es für Recht, das zu thun, was er gethan, und so hat er Recht gethan“,

schrieb der Berliner Gelehrte de Wette an Sands Mutter.⁶⁴ Es sind männlich konnotierte Eigenschaften wie „Entschlossenheit“ und „Kühnheit“, „ein reiches warmes Gemüth“ und „männlichste Kraft“, mit denen Sand angeblich alle Widrigkeiten des Lebens und des freiwilligen, wenn auch kampfflosen Kriegseinsatzes 1814/15 meisterte.⁶⁵ Insgesamt wurde ein Bild wehrhafter Manneskraft entworfen, das die militarisierte Männlichkeit der Freiheitskriege mit politischer Religiosität einfärbte und mit Elementen romantischer Sensitivität bzw. Sensibilität anreicherte. Nicht selten war es den sympathisierenden Autoren zufolge die wehrwillige Jugendlichkeit des Helden, die ihn als Repräsentanten einer neuen politisch kampfbereiten Generation in Abgrenzung von den politischen Entscheidungsträgern vorausgegangener Generationen erscheinen ließ.

63 Carl Ludwig Sand (1821), S. 20.

64 De Wette an Wilhelmine Sand, Berlin 31.3.1819, abgedruckt in Heusenstein (1907), S. 250.

65 Carl Ludwig Sand (1821), S. 5, S. 9 und S. 32.

Unter den kritischen Schriften ragt die Monographie Carl Ernst Jarckes (1801–1852) hervor. 1831 meldete sich der bekannte Strafrechtler und Staatswissenschaftler mit einer umfassenden psychologisch-kriminalistischen Erörterung zu Wort. Demnach handelte es sich bei Sand um einen durch Krankheiten in der Kindheit zurückgebliebenen Jüngling, dem von seinen Lehrern nur mittelmäßiges Talent zugebilligt wurde, der aber letztlich durch zähen Fleiß den Anschluss an seine Altersgenossen fand. In seinen Studienzeiten in Tübingen und Jena höchst aktiv für die Sache der Burschenschaft eintretend, habe er immer wieder mit Niedergeschlagenheit, Schwermut und Enttäuschung über den langsamen Fortschritt der burschenschaftlichen Entwicklung zu kämpfen gehabt. Seine Schriften, wie beispielsweise seine anlässlich des Wartburgfestes verteilten burschenschaftlichen *Grundsätze*, lieferten Jarcke zufolge „ein treues Bild von dem Chaos, in welches sich Sand's Inneres um jene Zeit bereits aufgelöst hatte“.⁶⁶ In seinen religiösen Anschauungen setzte er schließlich „die losgerissene individuell menschliche Überzeugung unmittelbar an die Stelle Gottes.“⁶⁷ Es sei ein pseudoreligiöses System,

„auf dem Unwissenheit, Beschränktheit, Hochmuth und gänzliche Unkenntnis der Welt und der menschlichen Verhältnisse in Sand's Seele ein weiteres System von Ansichten über Recht und Staat aufgeführt“⁶⁸

hätten. Dieses legitimierte schließlich, beeinflusst von radikaldemokratischen Zirkeln und Ideen, den politischen Mord. Doch

„bei Sand war der religiös-politische Fanatismus nur zur Hälfte Motiv seiner That; zur anderen Hälfte ging dieselbe aus der Eitelkeit und aus dem Bestreben hervor, als ein Märtyrer des Deutschtums, als ein Held vor der Studentenwelt zu glänzen“.⁶⁹

Jarckes Sand war weit vom politischen Männlichkeitsideal entfernt, das die Aufklärung entwickelt hatte. Zu rationaler Einsicht und vernunftbetontem sittlichen Handeln war der solchermaßen charakterisierte Attentäter nicht fähig.

Gemeinsam ist allen zeitgenössischen Kritikern des Mordes eine ähnliche Charakterisierung des Delinquenten. Sie lässt sich in Bezeichnungen wie „verwirrt“, „schwärmerisch“ oder „fanatisch“ zusammenfassen. Es ist der Begriff des Schwärmertums, den bereits die Spätaufklärung als Gegenpol der

66 Jarcke (1831), S. 50.

67 Ebd., S. 73.

68 Ebd., S. 75.

69 Ebd., S. 222.

eigenen Bestrebungen entwickelte und der weiblich anmutende Charakterisierungen Sands wie „schwach“ oder „schwächlich“, „gefühlbetont“ und „irrational“ anbot. So stand in der zeitgenössischen Auseinandersetzung über die Persönlichkeit Sands unversehens ein jugendlich männlicher Held einem weiblich konnotierten verwirrten Unerwachsenen gegenüber.

Auf die Charakterisierung Sands als Schwärmer konnten sich letztlich Befürworter und Gegner des Attentäters verständigen. Über die politisch gegensätzlichen Lager hinweg erlaubte der Begriff der Schwärmerei den Parteigängern – zensurbedingte oder auch der eigenen Überzeugung entsprechende – Distanzierung vom Mord als politischem Mittel. Nach zeitgenössischer Anschauung handelte es sich bei einem Schwärmer um einen Menschen, der „von seinem Gefühl und seiner Phantasie so sehr beherrscht wird, dass eine vollständige Überlegung und vernünftige Besinnung in Bezug auf den Gegenstand der Schwärmerei nicht Platz greifen kann“,⁷⁰ mithin Eigenschaften, die zeitgenössisch dem weiblichen Geschlechtscharakter verwandter als dem männlichen schienen.

In einem weiteren Punkt schlugen kritische und wohlwollende zeitgenössische Beobachter einen gemeinsamen Kurs ein: im Herausstellen der Mutter als desjenigen Elternteils, der auf den Werdegang des Attentäters besonderen Einfluss ausgeübt habe. Wird der Vater eher als schwerfällig und als arbeitsbedingt familienferner Beamter beschrieben, so betonen viele Kommentare den Einfluss der Mutter, einer hochgebildeten Kaufmannstochter und Geschäftsfrau, auf die Erziehung der Kinder und insbesondere auf den späteren Attentäter, mit dem sie eine besondere Seelenverwandtschaft verbunden habe. Die Abwesenheit des Vaters „gab der ihn sorgfältigst erziehenden Mutter Gelegenheit, das Gemüthliche in ihm auf den höchsten Grad der Verhältnisse des Lebens zu steigern“, schrieb ein Verteidiger Sands.⁷¹ Auch die gegnerischen Schriften wiesen der Mutter hohe Verantwortung für den Werdegang des Sohnes zu. In der Brockhaus-Ausgabe von 1827 schließlich gingen die diagnostizierte Schwärmerei des Delinquenten und der mütterliche Einfluss eine enge Verbindung ein: „Sand“, so ist zu lesen, „erhielt eine sorgfältige Erziehung, die vorzüglich seine (schwärmerischen Ansichten nicht unempfängliche) Mutter geleitet haben mag“.⁷² Fazit: Zum

70 Artikel „Schwärmerei“, in: Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 18, Leipzig 1909, S. 112.

71 Wahrmond (1819), S. 93.

72 Artikel „Sand“, in: Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände, Conversations-Lexikon in 12 Bänden, 7. Aufl., Bd. 9, Leipzig 1830, S. 626–631.

politischen Mord, Symbol der enttäuschten Hoffnungen der Liberalen, kam es 1819 in Mannheim, weil ein femininer Jüngling zu sehr unter dem Einfluss seiner Mutter gestanden hatte.

Der weibliche Einfluss auf den todesmutigen liberalen Studenten speiste sich – von zeitgenössischen Sympathisanten und Kritikern nahezu unmerkelt – offenbar auch aus einer anderen Quelle: 16 Jahre vor Sands Attentat hatte ein anderer politisch motivierter Mord die europäische Öffentlichkeit bewegt. Am 9. Juli 1793 war Marie Anne Charlotte Corday d'Armont (1768–1793), Tochter eines nichterbenden verarmten Adligen und Girondistin nach Paris gereist. Es waren die Tage, in denen sich der *terreur* erhob und das Lager Robespierres begann, sich konkurrierender revolutionärer Parteien blutig zu entledigen. Cordays Angst vor einem Bürgerkrieg zwischen den revolutionären Parteien führte zu ihrem Entschluss, Jean-Paul Marat (1743–1793) als Repräsentanten des terroristischen Flügels der Revolution zu töten. In Paris erkämpfte sie sich am 13. Juli unter einem Vorwand den Zugang zu Marats Wohnung und verwundete ihn mit einem Messerstich tödlich. Die Girondistin wollte das geplante Attentat, so ihr Bekenntnis, als Signal für einen politischen Aufbruch der gemäßigten Revolutionäre gegen den *terreur* verstanden wissen. Ihrer sofortigen Festnahme folgten eine rasch anberaumte Gerichtsverhandlung und die Enthauptung Cordays bereits vier Tage nach ihrem Mordanschlag. Das Attentat stieß insbesondere in Deutschland auf große Sympathie. Zahlreiche Autoren setzten der Mörderin literarische Heldinnendenkmäler. Zu ihnen gehört auch Jean Paul (1763–1825), der übrigens wie Sand aus dem seit 1810 bayerischen Wunsiedel stammte. Jean Paul errichtete der verehrten Attentäterin einen Altar in dem von ihm, Friedrich Gentz (1764–1832) und Johann Heinrich Voss (1751–1826) herausgegebenen *Taschenbuch für 1801*, ein Text, der in überarbeiteter Fassung 1809 im dritten Anhang zu *Dr. Katzenbergers Badereise* erneut erschien.⁷³ Als zehn Jahre später Carl Ludwig Sand nach Mannheim reiste, hatte er den Text Jean Pauls über Charlotte Corday im Gepäck. Der Ablauf seines Mordanschlags folgte in beachtlichem Maße der Vorgehensweise der französischen Attentäterin.

... und Feder

„Freilich weiß ich [...], daß wir in einer Epoche stehen, wo aller literarischer Unterricht in die Breite gehen muß. Jetzt kommt es darauf an, daß viele Menschen lesen, sei es auch zuerst etwas Schlechtes“,

⁷³ Vgl. Jean Paul (1800) und ders. (1809).

schrieb die Schriftstellerin Therese Huber 1835 einer Brieffreundin.⁷⁴ Seit der Aufklärung war im Deutschen Reich ein Zeitungs- und Büchermarkt zuvor unbekanntem Ausmaßes entstanden. Über 500 Lesegesellschaften hatten sich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts gegründet. Lesen und der Austausch über das Gelesene galt dem Bildungsbürgertum als bester Weg, um sich aus Unwissenheit und (politischer) Unmündigkeit zu befreien. Trotz der Kriege und der damit verbundenen Krisen, die mehr als 20 Jahre Europa überzogen hatten, ließ die Wertschätzung des gedruckten Wortes auch nach dem Wiener Kongress nicht nach. Im Gegenteil: Verlagsprodukte, Zeitungen, Gesellschafts- und Vereinsgründungen zur Pflege von Literatur und Künsten wuchsen weiter an. Das Lesepublikum begann sich zu verbreitern. Als die Waffen schwiegen, stellten zunehmend Literatur und Zeitung die Arena dar, in der unterschiedliche politische und gesellschaftliche Konzepte miteinander konkurrierten.

Zum bekanntesten Verleger Südwestdeutschlands hatte sich schon Ende des 18. Jahrhunderts Johann Friedrich Cotta (1764–1832) entwickelt. Der Verlegersohn hatte in Tübingen unter anderem Jura studiert. Ein mehrmonatiger Aufenthalt in Paris 1785 lieferte ihm erste Einblicke in die politischen Ideen, die wenige Jahre später nicht nur Frankreich in Aufruhr versetzen sollten. 1786 übernahm er das familiäre Verlagsgeschäft in Tübingen und baute es im Laufe seines weiteren Lebens zu einem der führenden Verlage Deutschlands aus. Dabei bewies er überzeugendes Gespür für literarische Qualität und „Angesagtes“. Friedrich Schiller und Johann Wolfgang Goethe gehörten zu den Autoren, die sich eng an den Verlag Cotta banden. Werke von Friedrich Hölderlin, Jean Paul, Christoph Martin Wieland und vielen anderen literarischen und philosophischen Größen der Epoche erschienen bei Cotta. Aber der aufstrebende Verlag machte sich auch durch seine politischen Zeitungen einen Namen. Große Bedeutung kommt der *Allgemeinen Zeitung* zu. 1798 unter dem Namen *Neueste Weltkunde* gegründet, versprach sie „Vollständigkeit“ der Information, „Unparteilichkeit“ und damit Unabhängigkeit von obrigkeitlichen Wünschen, „Wahrheit, so weit diese [...] nur irgend gedenkbar ist“, eine analytische Darstellung der Ereignisse und schließlich eine „Sprache [...], welche [...] rein, männlich, ihres Zweckes würdig seyn soll“.⁷⁵ Die gemäßigt liberale Zeitschrift hielt mit ihrer Sympathie für die Französische Revolution nicht zurück. Als ihr dies auf kaiserlichen Befehl das Druckverbot einbrachte, gelang es Cotta, sie von Tübingen nach Stuttgart zu verlegen und unter neuem Namen weiter erscheinen zu

74 Therese Huber an Frau Kerner, 1825, abgedruckt in Geiger (1901), S. 322.

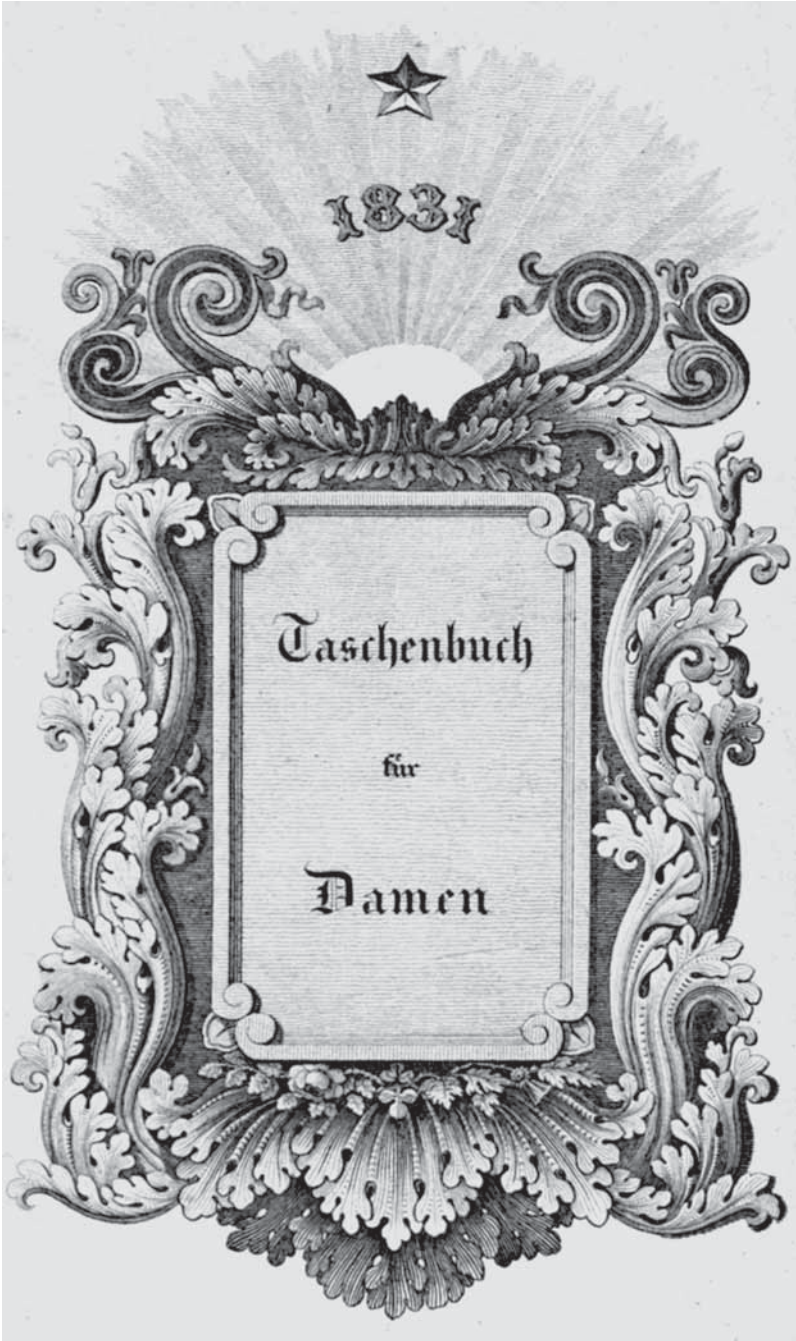
75 Zit. nach Lohrer (1959), S. 78 f.

lassen. Vor der Stuttgarter Zensur wich die Zeitschrift schließlich 1813 ins bayerische Augsburg aus. Hier und nachfolgend in München erschien sie bis 1929. Als liberales Sprachrohr kam ihr besonders im Vormärz und in der Revolutionszeit 1848/49 weit über Süddeutschland hinaus große Bedeutung zu. Cotta selbst machte sich auch als engagierter württembergischer Verfassungspolitiker in den Jahren nach dem Wiener Kongress einen Namen.

Der Verlag Cotta sprach früh schon gezielt die weibliche Leserschaft an. Die Frauenzeitschrift *Amaliens Erholungsstunden* erschien zwischen 1790 und 1792. *Flora. Teutschlands Töchtern geweiht* folgte zwischen 1793 und 1803 und anschließend die *Vierteljährlichen Unterhaltungen* (1804–1805) unter der Regie von Ludwig Ferdinand Huber (1764–1804). Eine Reihe von damals sehr beliebten Almanachen für das weibliche Geschlecht waren im Verlagsprogramm seit 1798. Cottas *Taschenbuch für Damen* erschien mit Unterbrechungen bis 1831 und erreichte Auflagenhöhen von bis zu 6000 Exemplaren – nach Cottas eigener Kalkulation deckte bereits der Verkauf von etwa 250 Exemplaren einer Buchauflage in etwa die Kosten. Im Jahr der Revolution hatte er überdies einen Bestseller im Verlagsprogramm: den Erziehungsratgeber des bekannten Pädagogen Joachim Heinrich Campe mit dem Titel *Väterlicher Rat an meine Tochter*. Dass Cotta keine Berührungängste sogar mit weiblichen Autoren hatte, belegt die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Therese Huber, von der noch die Rede sein wird.

Lästig und nicht selten auch wirtschaftlich bedrohlich wirkte sich für alle Verlage mit kritischem Programm die staatliche Zensur aus. Cotta hatte als Vertreter der Buchhändler auf dem Wiener Kongress die Forderung der „Preßfreiheit“ in einer Eingabe begründet. Doch eine unkontrollierte Presse schien den verhandelnden Herrschern politisch zu gefährlich. Die Zensur war vor dem Attentat Sands in den einzelnen süddeutschen Staaten unterschiedlich intensiv betrieben worden. In Baden und Bayern wurde sie wohl liberaler als in Württemberg gehandhabt. Die Karlsbader Beschlüsse, die der Deutsche Bund in Reaktion auf das Attentat Carl Ludwig Sands auf August von Kotzebue 1819 erließ, griffen in die Presserechte der Einzelstaaten ein und etablierten eine rigide Vorzensur für alle Druckerzeugnisse mit weniger als 20 Druckbogen. Viele politische Zeitungen erschienen von nun an nicht selten mit geschwärzten Seiten. Unerwünschte Verlagsprojekte konnten unversehens vor dem Aus stehen. Dies bekam auch der Verlag Cotta nicht nur in seinen politischen Zeitschriften, sondern auch in seinem sonstigen Verlagsprogramm zu spüren.

Ein Beispiel für Zensurmaßnahmen und Strategien, mit diesen umzugehen, liefert eine geplante Publikation über den Gerichtsprozess gegen Carl



Titelblatt des „Taschenbuchs für Damen“ aus dem überregional berühmten Stuttgarter Verlag Cotta.

Ludwig Sand. Johann Friedrich Cotta war ein publizistischer Coup gelungen, der beste Verkaufszahlen versprach: Im August 1819 hatte er Staatsrat von Hohnhorst für eine Darstellung des Prozesses gewonnen, der gerade in Mannheim gegen den Mörder Kotzebues im Gange war. Hohnhorst war für diese Aufgabe bestens geeignet. Der Kanzler des Mannheimer Oberhofgerichts leitete die Untersuchungskommission und das Verfahren gegen den Attentäter. Hohnhorst hatte folglich Zugang zu allen Akten, Zeugenaussagen und staatlichen Untersuchungsberichten. So wie er das Verfahren führte – nämlich um weitestmögliche Transparenz und Rechtsstaatlichkeit bemüht –, legte er auch seine Publikation an. Das umfangreiche zweibändige Werk wurde für 1820 unter dem Titel *Vollständige Übersicht der gegen Carl Ludwig Sand geführten Untersuchung* angekündigt. Vertragsgemäß lag die Darstellung mit zahlreichen beigegebenen Quellen kurz nach dem Vollzug des Todesurteils bei Cotta vor. Wenige Wochen später gingen die ersten 800 gedruckten Exemplare nach Leipzig. Doch die badische Regierung intervenierte und verweigerte die Druckerlaubnis.

In der Folge begann ein zähes Tauziehen zwischen den badischen Behörden, der involvierten württembergischen Regierung und dem Verlag. Die württembergische Polizei konfiszierte 2200 Druckexemplare in Stuttgart. In Sachsen beschlagnahmte man die dorthin gelieferten Ausgaben. Der Verlag wollte zumindest seine Kosten ersetzt bekommen, wenn das Buch nicht erscheinen dürfe. Hohnhorst wiederum versprach dem badischen Staatsministerium eine Überarbeitung und bat um eine Belehrung, „wie man höchsten Orts die Bekanntmachung für das Publikum unschädlich oder gar möglich halte, damit er nicht ohne seinen Willen wieder einen Fehlgriff tue“.⁷⁶ Doch an einer Überarbeitung war das badische Staatsministerium vorerst wenig interessiert. Es scheint, als hätten Cotta und Hohnhorst auf Zeit gespielt und über finanzielle Forderungen die Verhandlungen weiter in die Länge gezogen. Mitte 1821 erschien im Verlag des literarischen Comptoirs in Kommission bei F. A. Brockhaus in Leipzig anonym das Werk *Akten-Auszüge aus dem Untersuchungsprozess über Karl Ludwig Sand*, das im Wesentlichen aus Hohnhorsts angeblich unzugänglichem Manuskript schöpfte. Es hatte die sächsische Druckerlaubnis erhalten und erlangte rasch Verbreitung. „Das Wahre ist unwiderstehlich“, heißt es in der Vorrede.

„Je mehr es zurückgedrückt wird, desto elastischer springt es hervor. Ihr! Reizet nicht die Sprungfeder. Und Ihr! Spannet den Bogen nicht, daß er breche. [...] O täuscht nicht Euch selbst. Völker sind nicht zu täuschen. Völker sterben nicht.“⁷⁷

⁷⁶ Hohnhorst, zit. nach Walter (1906), Sp. 122.

⁷⁷ Zit. nach ebd., Sp. 153.

Die Kraft des Faktischen veranlasste schließlich auch das badische Staatsministerium, sein starres Druckverbot aufzuheben. Es versuchte Cotta noch einmal zu bewegen, insbesondere zwei beanstandete Stellen – eine Charakteristik Sands und seine Abschlusserklärung vor Gericht, welche die deutschen Regierungen scharf kritisierte – zu entfernen. Doch Cotta weigerte sich aus „finanziellen“ Gründen. Baden schob die lästige Entscheidung schließlich der württembergischen Regierung zu. Als diese erklärte, für Werke über 20 Druckbögen gebe es bekanntlich keine Vorzensur, konnte Hohnhorsts *Vollständige Übersicht* 1823 endlich erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich freilich die öffentliche Aufregung über das Attentat weitgehend gelegt. Der Verlag hat den ganzen Vorgang wohl nicht als ruhmreiche Episode seiner Geschichte interpretiert. Im 1909 veröffentlichten Jubiläumskatalog fehlt der Hohnhorst-Titel.⁷⁸

Insgesamt scheint der Verlag nach dem Tod Johann Friedrich Cottas 1832 in politisch ruhigeres Fahrwasser gesteuert worden zu sein. Cottas Sohn Johann Georg (1796–1863) stellte das Unternehmen auf eine wirtschaftlich solide Basis und erweiterte das Verlagsangebot vor allem im religiösen und naturwissenschaftlichen Bereich. Ähnlich politisch aktiv wie sein Vater, der zwischen 1819 und 1831 kontinuierlich der Zweiten Kammer des Württembergischen Landtags angehört und dort vor allem liberale Wirtschaftsinteressen vertreten hatte, war der eher konservativ eingestellte Sohn und Nachfolger nicht.

Zum überregional bekannten Aushängeschild des südwestdeutschen Liberalismus der Vormärzzeit sollte sich ein schriftstellerisches Projekt entwickeln, das nicht bei Cotta erschien: das Rotteck-Welcker'sche Staats-Lexikon. Der Historiker, Staatswissenschaftler und politische Publizist Karl von Rotteck (1775–1840), dessen Familie im Jahr des Beginns der Französischen Revolution in den Reichsadel erhoben wurde, hatte seit 1798 an der Universität Freiburg Weltgeschichte, seit 1818 Staatswissenschaften, natürliches Privat-, Staats- und Völkerrecht gelehrt. Als Abgeordneter der Ersten Kammer, später der Zweiten Kammer des Badischen Landtags galt er als einer der Wortführer des badischen Liberalismus. Auf Druck des Bundestages war er 1832 ebenso wie sein Freiburger Kollege Karl Theodor von Welcker (1790–1869) in den Ruhestand versetzt worden. Viele seiner oppositionellen Publikationen wie die zusammen mit Welcker herausgegebene Tageszeitung *Der Freisinnige* wurden von der Zensur verboten.

78 Vgl. Jubiläums-Katalog (1909).



„Eine Nation, welche der Freiheit werth ist, weiß sie auch zu erringen und zu behaupten.“ Der Wahlspruch, von Karl von Rotteck selbst signiert, schmückt das Porträt des liberalen Freiburger Professors.

In manchem ähnelt Rottecks Biographie der von Karl Theodor Welcker. Den liberal gesinnten Staats- und Strafrechtler und bekannten Schriftsteller hat-

te seine Universitätskarriere 1819 an die Universität Freiburg geführt. Seit 1831 gehörte er der Zweiten Kammer des Badischen Landtags an und hatte als liberaler Oppositioneller mit politischen Repressalien zu kämpfen. 1848 sollte er sich aktiv am parlamentarischen Strang der deutschen Revolutionen beteiligen, doch das war Mitte der 1830er Jahre noch nicht absehbar.

Die Idee eines umfassenden Nachschlagewerkes über alle Staat, Gesellschaft und Politik betreffenden Fragen geht auf einen württembergischen Liberalen, auf den Nationalökonom Friedrich List (1789–1846), zurück. Er hatte in Altona einen Verleger für dieses Vorhaben gefunden. Als Herausgeber konnte er Rotteck und Welcker gewinnen. Ihnen schwebte ein Sprachrohr des Liberalismus vor, das die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse aus liberaler Perspektive, historisch und rechtlich untermauert, darstellen sollte. Insgesamt 60 Mitarbeiter, davon mehr als die Hälfte aus Südwestdeutschland, konnten sie für das Großwerk gewinnen. Die erste 15-bändige Ausgabe wurde 1844 beendet. Eine zweite Auflage in vier Supplementbänden erschien bis 1847. Die dritte zwischen 1856 und 1866 publizierte Auflage suchte die gesellschaftlichen Änderungen seit dem Vormärz aufzuarbeiten. Das Werk machte Furore. Es galt nicht nur als breit genutztes Nachschlagewerk über die deutschen Staats- und Verwaltungsverhältnisse, sondern als

„Grundbuch des Liberalismus überhaupt. Hier konnte sich jeder Interessent bequem, rasch und gründlich über die Auffassungen des Liberalismus zu allen staatlichen Fragen informieren. Das liberale Programm wurde eingehend dargelegt und mit tiefgreifender historischer Begründung versehen.“⁷⁹

Das im Lexikon entwickelte Programm zielte auf einen konstitutionellen Verfassungsstaat mit Gewaltenteilung und einer gewählten Volksvertretung. Dies bedeutete freilich nicht, dass Rotteck und Welcker der Idee der Volkssouveränität huldigten. Ihnen genügten ein Rechtsstaat, der grundlegende Menschen- und Bürgerrechte garantierte, und eine Volksvertretung mit Rechten in der Haushaltsbewilligung, mit Mitwirkung bei der Gesetzgebung, Verwaltungs- und Regierungskontrolle. Das „Volk“, das das Staatslexikon imaginierte, bestand im Wesentlichen aus dem selbständigen Mittelstand, aus einer Gruppe von wirtschaftlich und politisch mündigen Hausvätern, die frei wirtschafteten und sich frei gesellschaftlich und politisch vereinigen und äußern können sollten. Ohne dass dies eigens vermerkt wurde, standen männliche Bildungs- und Wirtschaftsbürger und ihr vernunft- und vertragsrechtlich auszugestaltender Lebensraum im Zentrum der Betrachtungen.

79 Fenske (1981), S. 78.

Selbstverständlich lieferte das Staatslexikon auch Erläuterungen zu den Geschlechterverhältnissen. „Das allgemeinste und wichtigste Verhältnis der menschlichen Gesellschaft, das schwierigste für eine juristische und politische Theorie ist unstreitig das Verhältnis der beiden Geschlechter“, heißt es zu Beginn des Artikels, den Karl Theodor Welcker selbst verfasst hatte.

„Dieses geheimnisvolle Grundverhältnis ist die immer neue Lebensquelle für die ganze Gesellschaft, für die physische und moralische Bildung oder Verbildung der Gesellschaftsglieder, jeder neuen Generation derselben. Es muß gerecht und weise bestimmt, es muß sittlich rein und gesund sein, wenn es die Gesellschaft selbst sein oder bleiben soll.“⁸⁰

Gegenwärtig, fährt Welcker fort, seien die Menschenrechte die Grundlage des bürgerlichen Rechts und damit das Gleichheitspostulat. Doch schon die Natur des Menschen schaffe Ungleichheit zwischen Mann und Frau in ihren Kräften und Aufgaben.

„Wo aber finden und zeichnen wir nun die richtige, die keines von beiden Geschlechtern verletzende, die beiden und dem Gesamtwohle der Gesellschaft entsprechende Scheidungslinie für diese Verschiedenheiten?“

lautet die Grundfrage des Autors.⁸¹ Neuerdings entstünden Ideen, die auf eine Rechtsgleichheit von Mann und Frau in allen Lebenslagen abzielten. Und Welcker fragt:

„Soll eine weiter fortschreitende Civilisation uns wirklich dahin führen, die Unterordnung der Frau unter den Mann, und somit auch alle Festigkeit des Ehebandes und das wahre Familienleben aufzugeben, dahin, daß wir, statt der Weiblichkeit, Keuschheit und Schamhaftigkeit der Frauen, ihre gleiche unmittelbare Theilnahme an unseren öffentlichen Wahl- und Parlamentsversammlungen und an den Staatsämtern, überhaupt an allen männlichen Bestrebungen und Kämpfen, auch den kriegerischen, als ihre höchsten Ehren und Güter ansehen sollen?“⁸²

In dem 37 Seiten umfassenden Artikel beantwortet der Verfasser seine selbstgestellte Frage nicht weiter überraschend abschlägig. Die Geschichte zeige die zunehmende Versittlichung der Ehevorstellungen. Das Christentum habe die Frau aus der Sklavenrolle befreit. Doch letztlich entscheidend für die Unterschiede zwischen Mann und Frau sei die Natur, die beiden Geschlechtern unterschiedliche Wesensmerkmale und Aufgaben zugewiesen habe. Diese zeige sich schon im Akt der Fortpflanzung.

80 Staats-Lexicon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands, hrsg. von Carl Rotteck und Karl Theodor Welcker, Altona 1838, Bd. 6, S. 629 f.

81 Ebd., S. 630.

82 Ebd., S. 630 f.

„So weiset also wirklich schon die ganze physische Natur die beiden Geschlechter darauf hin, sich übereinstimmend mit der bestehenden Einrichtung gegenseitig zu ergänzen. Sie bezeichnet den stärkeren, kühneren, freieren Mann als schaffenden Gründer, Lenker, Ernährer und Schützer der Familie und treibt ihn hinaus in's äußere Leben zum äußeren Wirken und Schaffen, in den Rechts- und Waffenkampf, zu schöpferischen neuen Erzeugungen, zur Erwerbung und Vertheidigung. Sie bezeichnet die schwächere, abhängigere, schüchterne Frau zum Schützling des Mannes, wies sie an auf das stillere Haus, auf das Tragen, Gebären, Ernähren und Warten, auf die leibliche und humane Entwicklung und Ausbildung der Kinder, auf die häusliche Bewirthung und Pflege des Mannes und der häuslichen Familie, auf Erhaltung des vom Mann Erworbenen, auf die Führung des Haushaltes, auf die Bewahrung der Flammen des häuslichen Herdes.“⁸³

Naturgemäß müsse eine solche biologische Vorgabe auch zu anderen Charakter- und Wesensmerkmalen führen. In der Folge zählt der Artikel die bekannten polaren Wesensmerkmale von Frau und Mann auf, die Rousseau in seinem *Émile* so anschaulich in Szene gesetzt hatte. „Männliche Würde“ steht am Ende „weiblicher Anmut“ gegenüber. Rechte Männlichkeit und Weiblichkeit werden dann vom „Mannweib“ und vom „weibischen Mann“ abgegrenzt. Der ehelichen Liebe weist der Autor die Aufgabe zu, das aus der Fortpflanzung abgeleitete Geschlechterverhältnis zu versittlichen. Und so muss es insgesamt wohl nicht wundern, dass der berühmte liberale Repräsentant des Vormärz zum Ergebnis kommt:

„Kaum bedarf es nun wohl noch besonderer Beweisführung, daß bei solchen Verschiedenheiten der Geschlechter, bei solcher Natur und Bestimmung ihrer Verbindung, eine völlige Gleichstellung der Frau mit dem Manne in den Familien- und in den öffentlichen Rechten und Pflichten, in der unmittelbaren Ausübung derselben, der menschlichen Bestimmung und Glückseligkeit widersprechen und ein würdiges Familienleben zerstören würde, daß dabei die Frauen ihrer hohen Bestimmung im häuslichen Kreise und für die Bildung der nachfolgenden Geschlechter, daß sie dem Schmucke und der Würde der Frauen, der wahren Weiblichkeit und ihrem schönsten Glücke entsagen und sich den größten Gefahren blossstellen müßten.“⁸⁴

Letztlich sei ein geordnetes Familienleben die Grundlage jeder Gesellschaft und des Staates. In ihren Erziehungsaufgaben hätten die Frauen genügend Möglichkeiten, auf die Gesellschaft einzuwirken. Vergessen sollten sie auch nicht: „Wer den Krieg zu beschließen, das Recht haben will, der muß ihn auch zu führen im Stande sein.“⁸⁵ Hieraus folgte der Autor den naturbe-

83 Ebd., S. 638 f.

84 Ebd., S. 644 f.

85 Ebd., S. 650.

dingten und damit letztlich ewigen Ausschluss des weiblichen Geschlechts aus dem politischen Wahlrecht und den öffentlichen Ämtern. Fazit:

„Gewiß also nur unnatürliche weibliche Zwitterwesen, nur glücklicher Weise vereinzelt unglückselige Ausnahmen in ihrem Geschlechte, werden ihre Weiblichkeit, ihre hohe naturgemäße Bestimmung für Tugend und Glück ihrer Familien und ihres Vaterlandes aufopfern, und eine andere Rechtsgleichheit verlangen, als diejenige, welche mit jenen vereinbarlich und ihnen förderlich ist.“⁸⁶

Der Beitrag Welckers in der ersten Ausgabe aus den 1830er Jahren findet sich im Wesentlichen unverändert auch noch in der dritten Auflage des berühmten Staatslexikons von 1862. Damals zeigten sich freilich bereits die ersten Anzeichen, dass die liberale Selbstgewissheit in Sachen Geschlechterverhältnisse nicht mehr lange unhinterfragt bleiben würde. In Leipzig gründete sich 1865 mit dem *Allgemeinen Deutschen Frauenverein* der erste bürgerliche Frauenverein unter weiblicher Leitung. Er setzte sich die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsverhältnisse von Frauen und die Änderung ihrer Rechtsverhältnisse zum Ziel. Zu seinen frühen Mitgliedern zählte Mathilde Weber, eine Tübinger Professorengattin. Denn nicht nur in Sachsen, auch im deutschen Südwesten begannen „weibliche Zwitterwesen“ die öffentlichen Debatten um die Stellung des weiblichen Geschlechts zu befeuern.

86 Ebd.

Biographie: Schreiben gegen die Teilnahmslosigkeit – Therese Huber (1764–1829)

„Die Details unseres versunkenen Zustandes machen mich krittlich. Unser Erziehungswesen in den Familien [...], unser Literaturwesen – der Romanschwall und das Romanlesen –, die Teilnahmslosigkeit der gebildeten Stände an dem allgemeinen Besten, die platte schwerfällige Genußsucht, die bei der Mehrzahl nur in Abwesenheit des Strebens besteht – die nationale, bis zur Verrücktheit gesteigerte Eitelkeit der *gens de lettres*, das Brotschnappende der Autoren *en masse*. – Ich empfinde das alles zu scharf. [...] Der Mann trinkt Bier, die Frau liest Scharteken, die Kinder werden geschult *et vogue la galère!*“⁸⁷

Mit diesen scharfen Worten geißelte Therese Huber 1825 die kulturellen Zustände in Deutschland.

Wer war die Frau, die solchermaßen über das deutsche Bildungsbürgertum herzog? Therese, geboren 1764, war die älteste Tochter des Göttinger Altphilologen Christian Gottlieb Heyne (1729–1812). Sie erhielt wohl die typische Halbbildung höherer Töchter ihrer Epoche. Aber die Bibliothek des Vaters und das akademische Klima der universitären Umgebung boten vielfältige Gelegenheiten zu autodidaktischen Studien.

„Ich las, las, las und schwazte mit meinem Vater, der mich über spekulative Gegenstände alles schwazen ließ, las alles, was mir im Lesen vorgeführt wurde, nur nichts als klaßisches. [...] Ich hörte Archäologie von meinem Vater sprechen, Naturgeschichte von Blumbach, Anatomie u[nd] Medezin von meinem Bruder, Politik Staatengeschichte von meinem Onkel Brandes – mit dem saß ich spät in der Nacht und wir ersannen Reden, die wir auf dem Schaffot halten wollten, wenn wir wie Algemeor sterben dürften“,

schrrieb sie später in der Rückschau.⁸⁸ 21-jährig ging sie eine Ehe mit dem zehn Jahre älteren Naturforscher, aufgeklärten Gelehrten und Freimaurer Georg Forster (1754–1794) ein. Ihm folgte sie zuerst nach Wilna, wo er eine Professur inne hatte, dann 1788 nach Mainz. Hier war er 1793 an der Gründung der Mainzer Republik beteiligt. Therese scheint mit ihrem Mann die Begeisterung für die Ideen der Französischen Revolution geteilt zu haben. Doch die Ehe war nicht glücklich. Liebesbeziehungen, die Therese einging, wurden von ihrem Mann zwar toleriert, letztlich jedoch führten sie zum Ende der Ehe. „Man glaubt und muß glauben, mich habe eine fremde Neigung Forster abwendig gemacht – das war nie der Fall“, schrieb sie später. Und weiter:

87 Therese Huber an Frau Kerner, 1825, abgedruckt in Geiger (1901), S. 322 f.

88 Therese Huber, zit. nach Kleßmann (2008), S. 95.

„Ich bat ihn vergeblich, mich oder den Mann, der mir lieb war, zu entfernen – er bestand darauf, daß er in engstem gesellschaftlichen Verhältnis mit uns bleibe. [...] Aber auch ohne die Dazwischenkunft eines dritten wäre meine Ehe für mich unselig gewesen, weil bei mir Gefühl und Geist allein herrschte, und ihn das harte Geschick mit einer tierischen, heftigen Sinnlichkeit begabt hatte. Deshalb konnte ich seine Ehefrau nicht bleiben, denn die Zeit verstärkte in uns beiden diese ehezerstörende Differenz [...]. Ich wäre Forster in jedem Augenblick seines Lebens in Not und Armut gefolgt – aber als Ehefrau – elend. Wie die Revolution für uns Exaltierte die bürgerlichen Rücksichten aufhob, befolgte ich die große Moral auf Kosten der kleinen – trennte ein unwürdiges Verhältnis und setzte mich in den Stand, meine Kinder zu erziehen, mein Dasein zu retten.“⁸⁹

Bei dem Mann, „der mir lieb war“, handelte es sich um den Journalisten und Schriftsteller Ludwig Ferdinand Huber. Mit ihm zog sie nach der Trennung von ihrem Ehemann zusammen und heiratete ihn 1794 nach Forsters Tod. Diese offenbar glückliche Beziehung zu dem Anhänger der Mainzer Republik und engagierten Literaten führte Therese nach Tübingen, Stuttgart und Ulm – dank Hubers Engagement im Verlag Cotta. Sein früher Tod 1804 beendete nicht nur eine Liebes-, sondern auch eine Arbeitsgemeinschaft, denn Therese hatte unter dem Namen ihres Mannes zu publizieren angefangen. Aus den Jahren 1795/1796 datiert *Die Familie Seldorf*, ihr erster Roman, in dem sie die Ereignisse der Französischen Revolution verarbeitete. Er fand eine breite Leserschaft. Weitere viel beachtete Romane, Erzählungen sowie die Herausgabe von Forsters und Hubers Werken folgten. Dass sie sich erst sieben Jahre nach dem Tode ihres Mannes erlaubte, unter eigenem Namen zu publizieren, verweist darauf, wie realistisch sie den literarischen und publizistischen Spielraum schreibender Frauen im frühen 19. Jahrhundert einschätzte. Den geringen Stellenwert von Autorinnen auf dem journalistischen Markt, ihre Schwierigkeiten, überhaupt einen Verleger zu finden, belegt auch ihre Stellung im Verlag Cotta. Zwar hatte ihr der Verleger 1817 die Redaktion des *Morgenblatts für die gebildeten Stände* übergeben – für damalige Verhältnisse ein erstaunlicher Vorgang. Doch das nur bis 1824 andauernde Engagement bei Cotta verlief nicht spannungsfrei. Der Verleger ließ ihr nie wirklich freie Hand bei der Auswahl der Beiträge und drängte sie schließlich wieder aus der Redaktion der Zeitschrift heraus.

89 Therese Huber an Karl August Böttiger, 1829, abgedruckt in Geiger (1901), S. 390.

Therese Huber war sich der engen Grenzen, die dem weiblichen Geschlecht gesetzt waren, zutiefst bewusst. In ihren intensiv gepflegten Korrespondenzen spielte sie nicht selten ironisch mit der Frauenrolle. „Ich habe heute ein Paar Strümpfe geendigt“, schrieb die professionelle Autorin kokett ihrem Freund Paul Usteri, „habe Wäsche zusammengelegt, habe Clairen eine Fleischgallerte machen lehren, habe Luise ihren Stickrahmen eingespannt; *j’ai fait preuve de mon féminisme*, ich darf gegen einen gütigen diskreten Mann wohl schwatzen.“⁹⁰ Und in einem weiteren Brief an ihn erklärte sie süffisant: „Sagen Sie dem Publikum, daß ich lieber und besser Strümpfe stricke, als redigiere.“⁹¹



Die Schriftstellerin Therese Huber (1776–1829) an ihrem Schreibtisch. Scherenschnitte waren zeitgenössisch äußerst beliebt.

In ihrem Roman *Die Ehelosen*, der in ihrem Todesjahr 1829 erschien, entwarf die Autorin den Lebensraum einer Frau, die sich bewusst gegen eine Heirat entschied. Elisabeth, die Protagonistin des Romans, steht vor der Wahl, eine Vernunftehe einzugehen oder sich auf eine Neigungsbeziehung einzulassen. Als sich beide Kandidaten als charakterlich unfähig erweisen, die Konkurrenzsituation angemessen zu bewältigen, entscheidet sie sich für die Ehelosigkeit. „Ich glaube, daß jeder Mensch bei der Wahl seines Berufes, seine Anlagen – die doch seine Neigungen bestimmen – zuratheziehen muß“, legt Therese Huber ihrer Romanheldin in den Mund.

90 Therese Huber an Paul Usteri, 1808, abgedruckt in: ebd., S. 225.

91 Therese Huber an Paul Usteri, 1817, abgedruckt in: ebd., S. 286.

„Ich bedarf Freiheit in der Liebe, weil diese Empfindung bei mir nur auf Achtung beruht; kein Mann wird dreihundert und fünfundsechzig Tage im Jahre unverletzt meine Achtung besitzen; und da er meiner Ueberzeugung nach dennoch mein Oberhaupt bliebe, wäre meine Freiheit dahin.“⁹²

Die Entscheidung eröffnet der Romanheldin Elisabeth die Möglichkeit zu einem erfüllten, tätigen Leben. Sie gründet eine Schule für arme Mädchen, übernimmt die Verantwortung für ein Waisenkind, später noch für die Kinder eines Verwandten, engagiert sich, wann immer nötig, sozial, stellt sich gesellschaftlichen Vorurteilen, so auch Rassismus, entgegen und pflegt einen anregenden Freundeskreis. Schließlich verbringt sie einen geselligen Lebensabend im Kreis ihrer Wahlverwandten. Mit der Maxime: „Liebenswürdige ehelose Mädchen treten deshalb zu ihrer Umgebung ganz in das Verhältnis der Mütter, wo immer es Noth thut; denn sie tragen die Mutterschaft des gebildeten Weibes im Busen“ entwarf Therese Huber am Ende ihres Lebens das Leitbild, das 50 Jahre später der bürgerlichen Frauenbewegung als „geistige Mutterschaft“ vorschweben sollte.⁹³

Wie ihre Romanheldin Elisabeth fast erblindet und wie diese im Kreise der Familie lebend, starb Therese Huber bei ihrer Tochter Claire von Greyerz 1829 im Alter von 65 Jahren.

⁹² Huber (1829), Bd. 2, S. 86.

⁹³ Ebd., S. 88.

Die deutschen Revolutionen 1848: Startschuss in Baden, Abgang in Württemberg und Baden

Der Startschuss zu den deutschen Revolutionen von 1848/49 erfolgte im Großherzogtum Baden. Hier hatte die Verfassung und die Zweite Kammer des badischen Parlaments im Vormärz eine Arena und Bühne für liberale politische Debatten geschaffen. Viele der Initiatoren und Abgeordneten der Nationalversammlung von 1848 waren vorab durch die badische „politische Schule“ gegangen. Am 12. September 1847 trafen sich im Festsaal des Gasthauses *Salmen* in Offenburg 200 geladene Angehörige der radikaldemokratischen Opposition, „die entschiedenen Verfassungsfreunde“, beobachtet von etwa 700 politisch interessierten Schaulustigen. Ziel war es, einen politischen Forderungskatalog zu diskutieren und zu verabschieden, der nichts weniger als einen demokratischen Rechtsstaat mit sozialer Ausprägung zum Ziel hatte. „Mit der innigsten Theilnahme wohnte ich dieser Versammlung bei“, erinnerte sich später Amalie Struve (1824–1862).⁹⁴

„Unter dem Jubel der versammelten Tausende beim klarsten Himmel zogen die Männer des Volkes in Offenburg ein [...]. Nichtsdestoweniger war der Festsaal dicht als möglich mit Männern, aus allen Theilen des Landes angefüllt. Die Galerien waren von den Frauen eingenommen.“⁹⁵

Die im *Salmen* verabschiedeten 13 *Offenburger Forderungen* gingen als erster deutscher Grund- und Menschenrechtskatalog in die Geschichte ein.⁹⁶ Die Versammlung war unter anderem von Friedrich Hecker (1811–1881), bis März 1847 Abgeordneter der Badischen Zweiten Kammer in Karlsruhe, und dem Mannheimer Anwalt und Redakteur Gustav Struve (1805–1870) initiiert worden. Beide sollten als Galionsfiguren der folgenden drei badischen Aufstände (April 1848, September 1848 und Mai 1849) noch von sich reden machen. Die nationale Revolutionsbewegung indes schlug über das Treffen führender liberaler Abgeordneter vor allem Badens, Württembergs und Hessens im badischen Heppenheim (Oktober 1847), die Einrichtung eines Vorparlaments (März 1848) und die Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung in Frankfurt einen gemäßigeren Kurs ein. Zur gesamtdeutschen Revolutionsbewegung in ihrem parlamentarischen Strang wäre es freilich nicht gekommen, wenn nicht im März 1848 in den großen politischen Zentren in Wien und Berlin Volksaufstände die führenden deutschen Dynastien und ihre Regierungen zum Zurückweichen gezwungen hätten.

94 Struve (1850), S. 14.

95 Ebd., S. 14 f.

96 Schraut/Steinbach u. a. (2015).

Insgesamt unterschieden sich in den deutschen Territorien die Intensität der revolutionären Aktionen und die Radikalität der Forderungen beträchtlich. In Baden verlief die Revolution radikaler als in vielen anderen Staaten. Hier waren die Repräsentanten der Bewegung mehrheitlich republikanisch eingestellt. Wie die Rheinpfalz und das Königreich Sachsen entwickelte sich Baden zu einem Zentrum der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Revolutionstruppen und „fremden“ Heeren aus den „ruhigeren“ Ländern des Deutschen Bundes. Doch nur in Baden konnte eine Revolutionsregierung für kurze Zeit die Macht übernehmen und auf die Unterstützung der Armee und der Beamtenschaft bauen. In Württemberg kam es nicht zu militanten Aufständen. Hier wie in Gesamtdeutschland dominierten die parlamentarischen Debatten. „Die staatliche Vielfalt ließ viele Revolutionsbühnen entstehen, eine davon war Württemberg“, so Dieter Langewiesche. „Auf ihr handelten die Akteure gewaltarm, aber wirkungsvoll.“⁹⁷ Führende Liberale übernahmen Ämter in den Märzregierungen, die Pressefreiheit wurde eingeführt, die Gemeindeverfassungen liberalisiert, die Relikte des Feudalismus, grundherrliche Lasten und adelige Privilegien fielen. Es entstand die in allen Revolutionszentren zu beobachtende politische Öffentlichkeit. Diskutiert, petitioniert und gestritten wurde über die Ausformung der Bürgerrechte und die Neuregelung des wirtschaftlichen Lebens, die Reform der Gemeindeorganisation, der Verfassung des jeweiligen Landes oder gar des Deutschen Bundes.

Bislang war in Sachen Revolution „nur“ von Männern die Rede. Das muss nicht weiter verwundern. Parlamentarische Arbeit und Erfahrung waren im 19. Jahrhundert dem männlichen Geschlecht vorbehalten. Doch die Revolutionen von 1848/49 waren keine rein männliche Domäne. So unterschiedlich diese in den deutschen Territorien, auch in Baden und Württemberg, verliefen, so vergleichbar waren sie in ihren Mitwirkungsmöglichkeiten für Frauen. Die Revolutionen eröffneten auch den Badenerinnen und Württembergerinnen neue Chancen der politischen Partizipation. In den Quellen und allgemeinen Darstellungen zu den Revolutionsereignissen spielen Frauen zwar meist nur eine untergeordnete Rolle, doch sie waren selbstverständlich von Anfang an beteiligt. Schon anlässlich der Offenburger Versammlung wurden auch Frauen im Publikum beobachtet. Bürgerliche Frauen und Frauenvereine stifteten und stickten Fahnen für die Bürgerwehren und politischen Vereine. Nicht selten gaben sie damit ihrer eigenen politischen Haltung in den revolutionären Kämpfen Ausdruck. So hatte man sich beispielsweise im badischen Durlach im Juni 1849 über die Farbe der Fahne der

97 Langewiesche (1998), S. 6.

Bürgerwehr gestritten. Zwar hatte der örtliche Frauenverein für eine weiße gestimmt, doch die Radikaldemokratin Henriette Obermüller (1817–1893) stickte mit ihren Gesinnungsgenossinnen eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Durlachs Democratinnen den Turnern 1849 – Siegen oder Tod.“ Nicht selten schrieben Frauen Presseartikel und eigene Petitionen an die Parlamente. Sie leisteten Öffentlichkeitsarbeit und schufen aktiv die halböffentlichen geselligen Räume, in denen die männlichen Protagonisten der Revolution ihre Programme, Forderungskataloge und parlamentarischen Strategien diskutierten und verabschiedeten. Frauen der Unterschichten beteiligten sich auch an Aktionen öffentlicher Ruhestörung. Sie nahmen Teil an „Katzenmusiken“, so etwa im württembergischen Wildberg, wo eine aufgebrachte Menge im April 1848 zwei auf Lebenszeit gewählte Stadträte zum Rücktritt bewegen wollte. Die Teilnahme am sogenannten zweiten „Wildberger Exzess“, mit dem verhindert wurde, dass die Polizei die Rädelführer festnehmen konnte, brachte beispielsweise der 30-jährigen Wildbergerin Caroline Moser drei Wochen Gefängnis ein. Frauen waren beteiligt an „Zusammenrottungen“ wie etwa im badischen Sulzfeld, wo im April 1848 eine aufgebrachte Menge das örtliche Schloss stürmte. Auch zum Barrikadenbau trugen sie bei. Eines der bekanntesten Bilder zum Bau einer Barrikade am Rheinübergang in Mannheim, die den Einmarsch antirevolutionärer Truppen verhindern sollte, setzt die Beteiligung vor allem der kleinen Leute, von Männern, Frauen und Kindern unterbürgerlicher Schichten, in Szene. Es sind häusliche Alltagsgegenstände, Stühle und Matratzen, die herangezogen und für den politischen Zweck geopfert werden. Dass eine Frau auf der Spitze der Barrikade die revolutionäre Fahne schwenkt, ist jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht als realistische Wiedergabe, sondern als Anspielung auf die symbolische *liberté* der Französischen Revolution zu interpretieren. Als die Gegenreaktion zu siegen begann, erregten erneut Frauen Aufmerksamkeit. Bei den Gerichtsverhandlungen stellten sie wieder Öffentlichkeit her und organisierten – wie das Ulmer *Frauenkomitee zur Unterstützung der Flüchtlinge in der Schweiz* – die Gefangenen- und Flüchtlingsbetreuung nach dem Scheitern der Aufstände. Und schließlich leisteten Frauen die Trauerarbeit um die Toten. Sie pflegten Gräber und hielten die Erinnerung an die Opfer der Revolution wach.

Zwei Aktionsfelder jedoch waren den weiblichen 1848ern in der Regel verwehrt: die parlamentarische Arbeit und die aktive Beteiligung am Kampfgeschehen. Über alle Revolutionsparteien hinweg war konsensfähig: Ein parlamentarisches Rederecht, selbst der Zutritt zum Parlament als Hörerin wurde den Revolutionärinnen nicht erlaubt. In der Paulskirche lauschte versteckt hinter der großen Fahne, die den Saal schmückte, die eine oder



Am Barrikadenbau 1848 in Mannheim beteiligten sich Männer und Frauen vor allem der unterbürgerlichen Schichten.

andere Ehefrau der Abgeordneten den Debatten. So selbstverständlich war der Ausschluss des weiblichen Geschlechts aus den politischen Bürgerrechten, dass das Paulskirchenparlament nicht eigens vermerken musste, ein allgemeines Wahlrecht sei selbstverständlich ein Wahlprivileg für Männer.

Nicht nur für revolutionsfeindliche konservative Kreise, sondern auch für das liberale Bürgertum stand fest, dass die weibliche Teilhabe an der Revolution die Geschlechterschranken nicht verletzen dürfe. Es war insbesondere der Tabubruch der Beteiligung an gewaltsamen Aktionen, der bürgerliche Frauen in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und Kritik gerieten ließ, stellte doch politische Partizipation und Gewaltbereitschaft einen doppelten Bruch mit der zugewiesenen Geschlechterrolle dar. Ehefrauen von Revolutionären, die ihre Männer in den badischen Aufständen begleiteten, waren zeitgenössisch berühmt und berüchtigt. Nicht nur in der politischen Satire aus dem gegnerischen Lager wurde weibliche politische Grenzüberschreitung mit sexueller Grenzverletzung gleichgesetzt. Auch in den eigenen Reihen wies man den Revolutionärinnen nicht selten die Rolle unsittlicher, sexueller Libertinage verdächtiger Frauen zu.

8.

Alle Harfendamen schwiegen,
Alle Orgeln standen still;
Putzschinell muß sich verkriechen,
Weil kein Mensch ihn hören will;
Alles lauscht mit neuem Jubel
Auf den Mund der Frau v. Struwel,
Die im schwarzen Atlaskleid
Auf den Balkon tritt und schreit: —



9.

„Hört, ihr Jungfern und ihr Frauen,
„Ihr dürft auch nicht müßig seyn;
„Geht an's Barrikadenbauen,
„Macht Patronen drauf und drein;
„Helfet uns die Freiheit retten,
„Bringt mir Hemden und Servietten,
„Ich verschmähe so was nie,
„Das giebt treffliche Charpie.“

10.

Damit war Madam zu Ende.
Er rief. „Ist kein Peter da?“
Sieh, nun recket man die Hände,
Hundert Stimmen schreien „ja!“
„Ich — auch ich — und ich, — rief Jeder,
„Kann statthaltern grad wie Peter.“
Also griff er blind hinein
Und setzt' die Regierung ein.

Die Revolutionärin Amalie Struve (1824–1862) als Rednerin in der Perspektive der Karikaturisten.

Ein Beispiel für die wenigen bekannten bürgerlichen Frauen, die die Grenzen weiblicher Wohlanständigkeit im revolutionären Geschehen beständig verletzten, stellt Amalie Struve, geb. Düsar, aus Mannheim dar. Aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammend, eröffnete ihr die Heirat mit dem Juristen und Journalisten Gustav von Struve Zugang zu bildungsbürgerlichen liberalen Diskussionszirkeln. Wie ihr Mann stand sie der deutschkatholischen Bewegung nahe, und wie manche andere Vertreterin des oppositionellen Deutschkatholizismus auch verband sie in ihrem Einsatz religiöse Reformtätigkeit, Bildungsdrang, gesellschaftliches Engagement und emanzipatives Gedankengut. An den politischen Auseinandersetzungen 1848/49 partizipierte sie von Anfang an. Amalie Struve war Teil der revolutionären Kommunikationszirkel und begleitete ihren Mann auf politischen Agitationsreisen. Als eigenständige Rednerin trat sie vor Frauen der Bewegung auf. Schließlich war sie auch in die Kämpfe, etwa mit Munitionstransporten oder Kurierdiensten, involviert. Nach eigenen Angaben saß sie 205 Tage im Gefängnis in Freiburg. Am Ende ging sie mit ihrem Mann ins Exil nach Amerika. Als man sie mehr oder weniger zwang, nicht bewaffnet an den Kämpfen in Baden teilzunehmen, notierte sie:

„Niemals empfand ich so tief die unwürdige Stellung, in welcher sich bis zum heutigen Tage das weibliche Geschlecht gegenüber dem männlichen befindet. Warum sollte die Frau, welche die Fähigkeiten dazu besitzt, nicht arbeiten dürfen im Augenblicke der Entscheidung. Warum sollte die Gattin, welche die Gefahren des Gatten teilte, nicht auch Teil nehmen an seinen Arbeiten? Fürwahr, so lange selbst im Sturm der Revolution so viele Rücksichten auf hergebrachte Vorurteile genommen werden, wird das Joch der Tyrannei nicht gebrochen werden.“⁹⁸

Welche Aufmerksamkeit solches Verhalten in der gemäßigeren liberalen Öffentlichkeit und gar bei den Gegnern der Revolution erregte, ist beispielsweise dem weit verbreiteten satirischen *schönen neuen Lied von dem weltberühmten Struwwel-Putsch* zu entnehmen.

Die hier schon angedeutete Rolle als Manipulatorin und Verführerin baut das Lied in besonderen Strophen aus.

„Züge kaum zu übersehen, Zehntausend mögen's seyn“,

heißt es über den Einzug der Aufständischen in Staufen, und weiter:

„Um den Hals die goldne Kette,
vor den Augen die Lorgnette,
liegt zur angenehmen Schau
breit im Wagen Struwwels Frau.“

98 Struve (1850), S. 68 f.



Unzüchtige Werbung für den bewaffneten Aufstand? Amalie Struve als revolutionäre Verführerin.

Symbolisiert die „goldne Kette“ ein unpassendes Sich-Schmücken angesichts der drohenden Kampfhandlungen, so verweist die Lorgnette auf Frauen ungemäße Bildung und Belesenheit. Die letzten beiden Zeilen eröffnen gar Assoziationen zu Marketenderinnen und Prostituierten, die traditionell Heereszüge begleiteten.

Dass den deutschen Revolutionen letztlich kaum Erfolg beschieden sein würde, hatte sich in den großen Zentren des Deutschen Bundes spätestens im Herbst 1848 abzuzeichnen begonnen. Als der preußische König es am 3. April 1849 ablehnte, sich von einem souveränen Volk zum deutschen Kaiser wählen zu lassen, war das Ende der nationalen Revolution besiegelt. Ein Versuch einiger Abgeordneter der Paulskirche, sich vor den preußischen Truppen nach Stuttgart zurückzuziehen, blieb erfolglos, und so markiert die Auflösung des Rumpfparlaments durch württembergische Truppen am 18. Juni 1849 das endgültige Ende des parlamentarischen Strangs der Revolution. Hier und dort rief man in Württemberg zur Revolution auf. „Die unterzeichneten Frauen und Jungfrauen“, schrieben die Schwäbisch Gmünderinnen in einer Vertrauenserklärung an die Abgeordneten,

„eingedenk der patriotischen und heroischen Frauen des Altertums, lassen sich nicht abhalten, der Erklärung ihrer Männer und Brüder auch ihre Unterschrift nachzutragen, auf daß dem deutschen Vaterlande die Kunde werde, daß auch das weibliche Geschlecht in patriotischer Begeisterung bereit ist, die Männer und Jünglinge für den Kampf um des teuren Vaterlandes Freiheit und Wohl zu ermuntern und zu bestärken. Die Frauen und Jungfrauen von Gmünd fordern außerdem ihre Schwestern in Württemberg auf, ihrem Beispiel zu folgen. Man spricht vom Bürgerkrieg – wir fürchten ihn nicht, wenn es gilt, die Freiheit unserer Kinder zu retten!“⁹⁹

99 Revolution im Südwesten (1997), S. 553.

Doch solche Aufrufe fanden kein Gehör mehr. Die Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juni 1849 vor preußischen Truppen beendete den dritten badischen Aufstand. Dieses Datum markiert auch das endgültige Ende der deutschen Revolutionen. Die Restauration feierte ihren Triumph mit zahlreichen Inhaftierungen und Todesurteilen. Zwischen 1849 und 1854 sollten etwa 1,2 Millionen bzw. etwa 2,6 Prozent der Bevölkerung deutscher Territorien auswandern. Sicherlich verließen nicht alle aus politischen Gründen ihre Heimat. Dass aus dem Großherzogtum Baden 80 000 der rund 1,4 Millionen Einwohner (6 %) ihr Glück im Ausland und insbesondere in den USA suchten, veranschaulicht jedoch das Ausmaß der enttäuschten Hoffnungen.

Die herrschende politische Stimmung im nachrevolutionären Baden mag das *Badische Wiegenlied* wiedergeben.¹⁰⁰

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht, deine Mutter hat er arm gemacht,
und wer nicht schläft in guter Ruh,
dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
dort draußen geht der Preuß! [...]“

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
bis dass die Freiheit aufersteht,
und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei's, mein Kindlein, schrei's:
Dort draußen liegt der Preuß!“

Wie Ordnung verletzend aus konservativer bürgerlicher Sicht die Beteiligung von Frauen an den außerparlamentarischen Aktionen empfunden wurde, belegt die Kollektivbestrafung des weiblichen Geschlechts nach dem Scheitern der Revolution. Mit Hilfe des Vereinsrechts wurde Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen oder gar der Beitritt zu politischen Vereinen grundsätzlich verboten. Gültig unter anderem in Preußen und in Bayern bis 1908, behinderte das Gesetz auf der Ebene des Deutschen Bundes und später des Deutschen Reiches nicht nur die Möglichkeiten von Frauen, auf die sich mehr und mehr ausformenden politischen Parteien Einfluss zu nehmen, es lieferte auch den jeweiligen Ordnungsbehörden die Grundlage, missliebige

100 James/Moßmann (1983), S. 129–131.

Frauenversammlungen nach Bedarf aufzulösen. Insbesondere die bayerischen Behörden bewiesen in der Auslegung des Vereinsgesetzes bemerkenswerte Kreativität. Sie weiteten ihre Definition des Politischen so großzügig aus, dass die neue Frauenbewegung der 1970er Jahre mit ihrem Slogan „das Private ist politisch“ begeistert hätte zustimmen können. Zwar unterlagen die Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung in Baden und Württemberg solchen Pressuren nicht, doch insbesondere die beginnende proletarische Frauenbewegung sah sich auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 nicht nur in Preußen und Bayern zahlreichen Schikanen ausgesetzt.

Die Erinnerungskultur zur gescheiterten Revolution wurde indes durch das Gedenken an die männlichen Akteure dominiert. „In der Figur des badischen Demokraten Hecker lebte die Erinnerung an die Revolution von 1848 im deutschen Südwesten bis in unser Jahrhundert hinein fort“, so der Artikel über Friedrich Hecker in der *Neuen Deutschen Biographie*.¹⁰¹ In Baden entfaltete sich ein weit um sich greifender Hecker-Mythos. Der Rechtsanwalt und Politiker Friedrich Hecker war 1842 in den Mannheimer Gemeinderat und in die Badische Zweite Kammer gewählt worden. Der politische Redner und Agitator des Vormärz gehörte zu denjenigen Parlamentariern, die den Boden für die Revolution vorbereiten halfen. Als Beteiligter am ersten badischen Aufstand im April 1848 blieb ihm nach dessen Niederlage nur die Flucht, zunächst in die Schweiz, dann in die USA. Schon im Vormärz hatte der Baden überziehende Hecker-Kult begonnen. Sein von den belgischen und französischen Revolutionären kopierter Kleidungsstil der „arbeitenden Klassen“ entwickelte sich zur viel getragenen Revolutionsuniform der Radikalen. Zahlreiche Hecker-Lieder und Hecker-Bildnisse kursierten bei den Revolutionsfreunden. Unter der nachrevolutionären preußischen Besatzung waren zwar das Absingen von Hecker-Liedern und das Tragen von Hecker-Hüten strengstens verboten. Doch in den badischen kommunalen Museen sind noch heute viele Bildnisse, Knaufe von Spazierstöcken, Pfeifenköpfe und Tabakdosen mit Hecker-Bildnissen ausgestellt. Anlässlich der Recherarbeiten zu den badischen Ausstellungen zum 150. Jahrestag der Revolution 1998 wurde auch das hier abgebildete Gemälde Heckers und seiner Genossen entdeckt. Es bildet den Revolutionär in einer Szene ab, die an Darstellungen des letzten Abendmahls erinnert.

Heckers Ehefrau ist übrigens nie in den Hecker-Kult einbezogen gewesen. 1839 hatte der angesehene Anwalt in Mannheim Maria Josefine Eisenhardt, die 18-jährige Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns, geheiratet. Bis zur

101 Wolfgang Schieder: Hecker, Friedrich Franz Karl, in: *Neue Deutsche Biographie* 8 (1969), S. 180–182.



Friedrich Hecker, *Symbolfigur der badischen Revolution, im Kreis seiner „Jünger“*. Das Gemälde entstand wohl zwischen 1885 und 1898.

Revolution 1848 hatte Maria Josefine sieben Kinder geboren. Nach dem Scheitern des ersten badischen Aufstandes war Hecker noch alleine in die USA emigriert. Bei seiner endgültigen Übersiedlung in die Vereinigten Staaten 1849 begleiteten ihn dann seine Frau und die Kinder. Über ihr eigenes politisches Engagement ist nichts bekannt. Dass ihr Ehemann von weiblichen politischen Rechten nicht allzu viel hielt, lässt sich an seinem Verhalten in Nordamerika ablesen. Hier traten seit den 1850er Jahren Frauen mit politischen Vereinen verstärkt in die Öffentlichkeit. Mit der traditionsreichen Parole *No Taxation without Representation* begannen sie auch das politische Wahlrecht für das weibliche Geschlecht zu fordern. Zwar setzte sich Hecker für die Emanzipation der Sklaven ein, doch Frauen Rechtsgleichheit zuzugestehen, ging dem Radikaldemokraten dann doch zu weit. In einer Vorlesung über *Weiblichkeit und Weiberrechte* meldete er sich 1871/72 zu Wort und führte alle Argumente gegen das Frauenwahlrecht ins Feld, die auch die Liberalen und Konservativen in Europa teilten. Dazu passt, dass seine Frau in Amerika an öffentlichen Veranstaltungen „so gut wie keinen Anteil genommen“ hat.¹⁰² „Als 1882 und 1883 in St. Louis und Cincinnati Hecker-Denkmäler eingeweiht wurden, waren nur Heckers Söhne und eine Enkelin bei den Feierlichkeiten anwesend“, nicht aber seine noch lebende Witwe.¹⁰³

102 Freitag (1998), S. 29.

103 Ebd.

Exkurs: Südwestdeutsche Identität(en) im Wandel

Gibt es eine südwestdeutsche Identität? Die Suche nach einer regional verankerten Identität mag in Ländern ohne föderale Tradition auf Befremden stoßen. In Deutschland mit seinen jahrhundertealten föderalen Strukturen liegt die Frage nah. Das Miteinander und Gegeneinander kleiner und kleinster Herrschaften prägte gerade den Südwesten des Alten Reiches. Die große Selbständigkeit, die die einzelnen Territorien lange Zeit behaupten konnten, schuf Raum und Akzeptanz für regionale Besonderheiten und Mentalitäten. In den regionalen Erinnerungskulturen wird heute insbesondere der Epochen der Geschichte gerne gedacht, in denen die behauptete Selbständigkeit Raum für gesellschaftliche und politische Handlungsfreiheit erhoffen ließ. Nicht zuletzt schuf und schafft der Rekurs auf eine gemeinsame regionale Identität Zugehörigkeitschancen in der Abgrenzung des „Wir“ von den „Anderen“. Was aber macht die Identität(en) der Bewohner und Bewohnerinnen Badens und Württembergs aus?

Das aus einem Flickenteppich unterschiedlichster Herrschaften und Regierungstraditionen obrigkeitlich zwangsweise zusammengefügte Baden konnte um 1815 keinesfalls beanspruchen, eine homogene Bevölkerung mit einer wie auch immer definierten badischen Identität zu repräsentieren. Eine politische Klammer um Alt- und Neubadener schufen hier vor allem die Verfassung und die politischen Partizipationsmöglichkeiten. „Das Großherzogtum Baden kann man mit noch mehr Recht das Eden Deutschlands nennen, als Württemberg“, schwärmte 1826 der Privatgelehrte Karl Julius Weber in einem Bericht über seine *Reise durch das Großherzogtum Baden*.¹⁰⁴ „Baden ist ein gesegnetes Land, das alles hat, was der Mensch braucht, um reich, glücklich und zufrieden zu sein“, schreibt der Autor, die zeitgenössischen sozialen Probleme elegant übergehend,

„aber wo klagt man nicht nach dem langen Kriege mit seinen Folgen? [...] Die geschwätzige Unzufriedenheit ist ein Zeichen liberaler Regierung – der Sklave schweigt. Es ist noch nicht ausgemacht, ob eine Regierung von Vertrauen oder Mißtrauen ausgehen soll? Jenes System hatte Nestor Karl Friedrich (Großherzog von Baden; d. V.), dieses der verstorbene König Württembergs“,

räsoniert er weiter.¹⁰⁵ Bei Weber finden sich bereits erste Anzeichen, den Badenern einen besonders oppositionellen (liberalen) Geist zu unterstellen. Und von dem Württemberger weiß er zu berichten, er sei „stets stolz

104 Weber (1979), S. 38.

105 Ebd.

auf seine Verfassung“ gewesen, „obwohl Schubart und Moser laut genug predigten, daß ein Hauptpunkt fehle, die *Habeas-Corpus-Akte*“.¹⁰⁶ Die bei Weber bereits angelegte Sichtweise auf badische und württembergische Identitäten lässt sich bis heute weiterverfolgen.

Fest steht: „Der deutsche Südwesten [...] spielte in der Entwicklung des liberalen und demokratischen Denkens und Handelns seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vermutlich eine größere Rolle als die meisten anderen Teile Deutschlands“, so 1981 der Freiburger Historiker Hans Fenske.¹⁰⁷ Die geschichtlichen Ereignisse scheinen ihm Recht zu geben. Die gescheiterte Revolution von 1848/49 unterbrach die regionalen liberalen Traditionen nur für kurze Zeit. In Baden dominierte der gemäßigte Liberalismus die Zweite Kammer des Landtags wieder in den 1860er Jahren. Auch in Württemberg meldete sich zeitgleich die demokratische Linke wieder zu Wort. Nach Rückschlägen in der Reichsgründungszeit entwickelte sie sich bis Ende des 19. Jahrhunderts zur dominierenden politischen Kraft. Auch die südwestdeutschen Sozialdemokraten beharrten im Kaiserreich auf einem eigenständigen Kurs mit Distanz zu den Genossen auf Reichsebene.



Typisch für südwestdeutsche kulturelle Traditionen? Die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm am 22. Oktober 1983.

106 Weber (1978), S. 153.

107 Fenske (1981), S. 11.

Die liberalen Traditionen in Baden und Württemberg scheinen es den sozialdemokratischen Landesparteien erleichtert zu haben, von der Fundamentalopposition zur reformorientierten politischen Mitarbeit umzuschwenken. Zwar verblassten die regionalen Eigenständigkeiten in der Weimarer Republik und vor allem während der Zeit des Nationalsozialismus. Doch man mag versucht sein, von den auf Eigenständigkeit pochenden Schwaben und den aufrührerischen Badenern, von der südwestdeutschen liberalen Tradition des 19. Jahrhunderts lange Linien bis in die Gegenwart zu ziehen. So war der regionale Widerstand im württembergischen Wyhl am Kaiserstuhl gegen das dort seit 1973 geplante Kernkraftwerk bemerkenswert erfolgreich. „Wyhl gilt heute als Geburtsort der Anti-AKW-Bewegung und als stilbildend für die gesamten Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre.“¹⁰⁸ In Sindelfingen gründete sich 1979 der erste Landesverband der Grünen. Auch die Friedensbewegung der 1980er Jahre fand in Baden-Württemberg beachtlichen Widerhall. Die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm am 22. Oktober 1983 gilt als eine der größten Friedensdemonstrationen der Bundesrepublik. Die Proteste der 1980er Jahre im württembergischen Mutlangen gegen das Pershing-Depot wurden „bundesweit zum Symbol des zivilen Ungehorsams und des Protestes gegen den NATO-Doppelbeschluss.“¹⁰⁹ In den letzten Jahren erregten die Auseinandersetzungen um *Stuttgart 21* deutschlandweit Aufsehen. Dass Baden-Württemberg als erstes deutsches Bundesland seit 2011 einen Grünen als Ministerpräsidenten vorzuweisen hat, passt in die lange Linie. Jenseits des konstatierten südwestdeutschen Oppositionsgeistes belegen die Bilder von Wyhl, Mutlangen und Stuttgart auch ein anderes Phänomen: Spätestens in den 1970er Jahren waren Frauen von der politischen Bühne nicht mehr wegzudenken.

108 Weber (2013), Vorwort S. 6.

109 Ebd.

Orientierungssuche zwischen gescheiterter Revolution und Reichsgründung 1871

Das Scheitern der Revolutionen bewirkte in Baden und Württemberg gleichermaßen kurzzeitig eine Schwächung des Liberalismus. Doch auf Dauer ließ er sich hier wie dort nicht unterdrücken. Auf parlamentarischer Ebene zeigten sich die politischen Nachwehen zum Beispiel an den immer wieder aufflackernden Debatten um die Frage, wie eng oder distanziert die jeweiligen Landesregierungen ihre Politik an Preußen ausrichten sollten. In Baden suchte Großherzog Leopold (1790–1852), der sich der preußischen militärischen Hilfe von 1849 dankbar erweisen musste, Anschluss an den starken „Freund“. Den engen Schulterschluss mit Preußen besiegelte 1856 die Heirat zwischen seinem Sohn Großherzog Friedrich I. (1826–1907) und Luise von Preußen (1838–1923), Tochter des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I. (1797–1888). Doch selbst die konservativen Abgeordneten und ihnen folgend die gemäßigten Liberalen, die nun die Zusammensetzung der Badischen Zweiten Kammer des Parlaments prägten, standen einer allzu „preußenfreundlichen“ Politik kritisch gegenüber. In Württemberg blieben König Wilhelm I. und die politische Elite gleichermaßen auf Distanz zu Preußen. Hier kam es um die Jahrhundertmitte noch zu einigen Auseinandersetzungen, welche Verfassung – die von 1819 oder die revolutionäre von 1848/49 – zu gelten hätte. Doch insgesamt verlief im Südwesten das nachrevolutionäre Jahrzehnt im Windschatten der überall dominierenden Restaurationspolitik relativ ereignislos. Mitte der 1850er Jahre begann sich in beiden Ländern das restaurative Klima wieder zu lockern und das politische Leben neu zu entwickeln. Jetzt freilich bestimmten im liberalen Lager eindeutig die Gemäßigten die Debatte.

Gesellschaftlicher Wandel lässt sich nach der gescheiterten Revolution weniger auf dem politischen als auf dem ökonomischen Sektor beobachten. Zwar konnten Baden und Württemberg keine Vorreiterrolle in Sachen Industrialisierung beanspruchen – diese Rolle übernahmen Industrialisierungsräume beispielsweise im preußischen Ruhrgebiet, in Westfalen oder Sachsen. Aber auch im Südwesten begannen sich nun Industrieregionen, etwa um Mannheim, Ulm oder Stuttgart, zu entwickeln. Quasi durch die Hintertür brachten sie denjenigen Wandel der Arbeits-, Wohn- und Familienverhältnisse mit sich, der wenige Jahrzehnte später flächendeckend das Wilhelminische Kaiserreich verändern sollte.

Dies lässt sich am Großraum Stuttgart bestens veranschaulichen. Die Hauptstadt und Residenz der jungen Monarchie machte um die Jahrhundertmitte noch einen etwas verschlafenen Eindruck. Hier setzte die Industrialisierung erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. 1861 beherbergte

die Stadt immerhin schon 173 Fabriken. Aber der industrielle Aufschwung begann erst nach der Reichsgründung das Stadtbild zu dominieren. Ganz in der Nähe hatte sich dagegen die ehemalige Reichsstadt Esslingen bereits in der ersten Jahrhunderthälfte zum Motor der regionalen Industrialisierung gemauert. Hier war es zu kleineren Manufakturgründungen schon in den frühen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gekommen. 1823 hatte ein zugezogener Jungunternehmer mit großen Investitionen sowie der Hilfe französischer Techniker und Maschinen die moderne Textilindustrie in der Stadt etabliert. Schon zwischen 1818 und 1831 war die Zahl der in Esslingen beschäftigten Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen mit 641 Beschäftigten auf das Dreieinhalbfache der Ausgangszahlen gestiegen, 1842 zählte man bereits über 1000 Menschen, die ihr Brot durch Fabrikarbeit verdienten. Legt man die Gewerbezahlungen zugrunde, dann arbeiteten nun bereits vier von zehn Erwerbstätigen in einer Fabrik oder Manufaktur. Zwei Ereignisse kurz vor der Revolution 1848 verursachten schließlich den endgültigen Eintritt der Stadt ins Industriezeitalter. 1845 war die Stadt an die projektierte Bahnverbindung zwischen Stuttgart und Ulm angeschlossen worden. In den Kontext des württembergischen Bahnausbaus ist die ein Jahr später erfolgende Gründung der Maschinenfabrik Esslingen einzuordnen. Zwar prägten heftige Konjunkturschwankungen, kritische Erntejahre und eine Krise der Textilindustrie die folgenden Jahre. Doch die Industriearbeiterschaft stieg weiter an. 1861 arbeiteten rund 2600 Fabrikbeschäftigte in Esslingen. Verdienten 1842 von 100 Einwohnern etwa acht bis neun ihr Brot in einer Fabrik, so stieg ihre Zahl bis 1861 auf das Doppelte.

Mit den neuen Arbeitsplätzen veränderte sich nicht zuletzt die kontinuierlich wachsende Einwohnerschaft der Stadt. Die Mehrheit der alteingesessenen Familien hatte sich als Weingärtner und kleine selbständige Gewerbetreibende ernährt. In der Frühphase der Esslinger Industrialisierung vor der Jahrhundertmitte war vor allem die Textilarbeiterschaft hinzugetreten. Im Wesentlichen setzte sie sich aus jungen Frauen zusammen, die oft aus dem Umland in die Stadt pendelten. Sie begriffen die Fabrikarbeit als nur kurz gedachte Phase in ihrem Lebenslauf. Die saisonale Arbeit in der Fabrik ermöglichte ihnen ein Zubrot zum Familieneinkommen oder das Ersparen der Aussteuer. Die ungewohnte neue Beschäftigung trug auf diese Weise dazu bei, mittelfristig den erwünschten traditionellen Lebensstil aufrechterhalten zu können. Die neu gegründeten metallverarbeitenden Betriebe beschäftigten dagegen seit der Jahrhundertmitte vor allem zugezogene Männer, die die harte körperliche Arbeit verrichten konnten. Jeder siebte ortsanwesende Einwohner der Stadt zählte 1871 zu den zugewanderten Fremden. Drei Viertel von ihnen waren Arbeiter. Mit diesen zog die neue

Zeit mit Macht in die Stadt. Es waren im Wesentlichen ledige Männer, denen die geltenden Heiratsbeschränkungen zumindest bis 1866 die Gründung einer eigenen Familie erschwerten oder gar vereitelten. Und die Fremden, die sich ohne familiäre Bindung in der Stadt aufhielten, in unkontrollierbaren Untermietverhältnissen wohnten und über „zu viel“ Bargeld verfügten, waren den obrigkeitlichen Sittenwächtern sichtlich ein Dorn im Auge. Wie die dem neuen Fabrikwesen durchaus zugeneigte württembergische Centralstelle für Gewerbe und Handel 1857 über die „sittlichen Zustände der Fabrikarbeiter“ berichtete, war zu beobachten, dass

„insbesondere da, wo der Sinn für Fabrikindustrie noch wenig heimisch geworden ist, und das Arbeiten in der Fabrik etwas scheel angesehen wird, zunächst vorzugsweise der leichtsinnige oder bedrängtere Theil der Bevölkerung aus der engeren Umgebung der Fabrik sich zur Arbeit in derselben herabläßt und auch aus weiterer Entfernung der Zuzug vorzugsweise aus Personen sich bildet, bei denen Bedrängnis oder das Streben nach Ungebundenheit ein Beweggrund zur Wanderung ist“.¹¹⁰

Ja, der den Fabriken angelastete Zuzug so vieler Fremder galt als „gefährlich“ für die sittliche Haltung der Bevölkerung,

„weil diese Personen ohne häusliche Aufsicht, namentlich im geschlechtlichen Verkehr sich ungebunden fühlen, auch bei dem geringen Verdienste, der kärglich zum Leben außer der Heimat reiche, für weibliche Arbeiterinnen der Reitz zur Prostitution naheliege“.¹¹¹

Die kritischen Berichte der Centralstelle wurden von einem Großteil der altingesessenen Esslinger Einwohnerschaft geteilt. Insbesondere die bäuerliche Bevölkerung und die traditionelle Handwerkerschaft wahrten Distanz zum Fabrikmilieu. Man verdiente als Vermieter, Kostgeber, Wirt oder Kaufmann an den Arbeitern. Als Mitglieder im eigenen Verein oder gar als Schwiegersohn waren die „Fabrikler“ vorderhand jedoch nicht erwünscht. Wie in anderen vom jungen Fabrikwesen betroffenen Gemeinden auch, reihten sich die Repräsentanten der Kirchen in das kritische Klagekonzert über den Sittenverfall ein.

„In erhöhtem Maße treten die Schattenseiten des hiesigen Gemeindelebens, wie überall in industriellen Städten, in unserer zahlreichen Fabrikbevölkerung hervor, denn sie namentlich ist es, an der die sittliche Erschlaffung und Entartung wie ein böser Wurm nagt“,

so der Esslinger Pfarrbericht von 1866.¹¹² Und weiter heißt es dort:

110 Bericht der Central-Stelle von 1857, zit. nach Schraut (1989), S. 315.

111 Ebd., S. 318 f.

112 Pfarrbericht von 1866, zit. nach ebd., S. 327.

„Wohl fehlt es auch in ihr nicht an manchen wackren Leuten und ernstern Christen, und die kommen dann auch ökonomisch voran, auch an wohlgesinnten Fabrikherren fehlt es nicht, die die besseren Elemente unter ihren Arbeitern zu stärken und zu ermuntern bemüht sind und allerlei Wege einschlagen, sie sittlich und ökonomisch zu heben, aber an der großen Mehrheit scheitern ihre Bemühungen. Kommt dann irgendeine industrielle Krise, eine Zeit der Stockung im gewerblichen Leben, dann tritt das Elend und der sittliche Zerfall grell zu Tage, dann murren die Leute wider Gott und Menschen, nur nicht wider sich selbst.“¹¹³

Nicht nur die neue Fabrikarbeitschaft männlichen und weiblichen Geschlechts wurde von der traditionell wirtschaftenden einheimischen Bevölkerung kritisch gesehen. Auch dem neuen Typus des Selbständigen, dem Unternehmer, begegnete die örtliche Handwerkerschaft nicht selten misstrauisch. Bei einem Großteil der frühen Esslinger Fabrikanten handelte es sich um Angehörige oder Verwandte des ehemaligen reichsstädtischen Patriziats. Auf der Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten für ihr brachliegendes Handelskapital taten sich Repräsentanten der alten Elite mit Unternehmern neuen Typs zusammen, die ihrerseits Kapital für ihre Gründungen benötigten. Oft waren es staatliche Fabrikkonzessionen, die ihnen erlaubten, am örtlichen Gemeinderat vorbei neue Produktionsformen zu etablieren. Häufig reagierten die Angehörigen der traditionellen Gewerbe kritisch auf die befürchtete oder tatsächliche Konkurrenz, die auf vielerlei Weise Traditionen sprengte. Dieses Spannungsverhältnis mag auch erklären, warum die örtliche Unternehmerschaft stets bemüht war, die eigene Arbeiterschaft gegen die kritischen öffentlichen Anwürfe in Schutz zu nehmen. Demonstrativ begangene gemeinsame Firmen- und Familienfeste, die Unterstützung jedweder Bildungsbemühungen der Arbeiterschaft in gemeinschaftlich betriebenen Arbeiterbildungsvereinen und patriarchal organisierte Fürsorge für die eigene Arbeiterschaft waren bis weit nach der Jahrhundertmitte charakteristisch. Dass sich die politisch bewusste Arbeiterschaft Esslingens der liberalen Bewegung 1848 gemeinsam mit den Fabrikanten verbunden gefühlt hatte, ist vielfach belegt. Das politische Bündnis der Esslinger Fabrikanten mit der Arbeiterschaft sollte bis Ende der 1860er Jahre halten. Dann erst wurde auch in Esslingen deutlich, dass politische Arbeiterschaft und liberale Unternehmer in sozialen Fragen nicht (mehr) an einem Strang zogen, auch wenn beide Bewegungen eine nationalstaatliche Orientierung teilten.

Die junge liberale Unternehmerschaft im Südwesten mit ihren die Landesgrenzen überschreitenden wirtschaftlichen Verbindungen, ihrem Bedarf

113 Ebd.



Jugendbildnis einer frühen Unternehmerin: Amalie Kauffmann (1816–1869). Ihre Witwenschaft ermöglichte ihr den selbständigen Aufbau eines Wirtschaftsunternehmens in Mannheim.

nach einheitlichen Zollgebieten und einheitlichen Währungssystemen zählte wohl zu den ersten Gruppierungen, die eine Nationalstaatsgründung – nun von oben – favorisierte. Doch nicht nur das liberale Wirtschaftsbürgertum, der gemäßigte Liberalismus in seiner Gesamtheit, begann spätestens in den 1860er Jahren die politischen Realitäten zu akzeptieren. Zunehmend orientierte man sich an einem von oben geschenkten Nationalstaat unter preußischer Führung und unter Hintanstellung der einst so wichtig genommenen Frage der Volkssouveränität.

Als Beispiel für das südwestdeutsche Wirtschaftsbürgertum mag Amalie Kauffmann (1816–1869) gelten. Die kurz nach dem Wiener Kongress im neuerdings badischen Mosbach geborene Kaufmannstochter sollte im Laufe ihres Lebens zur wohlhabenden Mannheimer Unternehmerin aufsteigen. Liberal erzogen, ging sie 1840 eine passende Ehe mit dem selbständigen Mannheimer Drogisten und Freimaurer Eduard Kauffmann ein (gest. 1849). Der freilich war mehr an ihrer Mitgift als an ihr selbst interessiert. Als im Frühjahr 1849 erneut der Konkurs des Familiengeschäfts drohte, bestieg er ein Schiff nach Nordamerika. Es sollte allerdings sein Ziel nie erreichen. Zurück in Mannheim blieb eine 33-jährige Witwe mit sechs Kindern im Alter zwischen einem und acht Jahren. Amalie Kauffmann hat in den folgenden Jahrzehnten das Geschäft saniert, einen Großhandel etabliert und schließlich den ersten Dampfmühlengroßbetrieb in Mannheim gegründet. Als sie in den 1860er Jahren die Leitung des Familienbetriebs mehr und mehr mit den Söhnen teilte, scheint sie mit der Niederschrift ihrer Lebenserinnerungen begonnen zu haben.

Es war die politische Krise des Jahres 1866 und der drohende Deutsch-Deutsche Krieg, die sie bewogen, die Rückschau zu beenden und ein Kriegstagebuch zu führen. Schockiert reagierte sie auf die preußischen Rechtsbrüche:

„Die Preussen wollten die holsteinische Ständeversammlung nicht dulden und verhaften den Präsidenten [...]. Der Österreichische Gesandte in Berlin hat die Weisung erhalten, unverzüglich Berlin zu verlassen. Ist das wahr, so ist dies eine Kriegserklärung – Gott schütze uns“,

trug sie am 12. Juni 1866 in ihr Tagebuch ein.¹¹⁴

„Gestern war Bundestag-Sitzung; Preussen zeigte seinen Austritt aus dem Bunde an; die anderen Gesandten protestierten dagegen, da es gegen das Bundesgesetz sei, dass ein Mitglied ausscheide, es wurde abgestimmt, für Preussen sind wenige, gegen sie fast alle; sogar Kurhessen und Hannover, – jetzt werden die Feindseligkeiten nicht mehr lange auf sich warten lassen“,

114 Stadtarchiv Mannheim, NL Amalie Kauffmann, 20/2004 (Lfd.-Nr. 6). Hieraus auch die folgenden Zitate.

schrieb sie drei Tage später. Akribisch notierte sie in den folgenden Tagen das wechselnde Kriegsglück und beobachtete den Vormarsch Preußens. Sorgfältig beschrieb sie die Kriegszerstörungen an Straßen, Brücken und Verkehrswegen, die das vorrückende preußische Militär anrichtete. „Diesen Morgen blieb die Frankfurter Post aus“, lautet der Eintrag vom 1. Juli 1866.

„Erst am Nachmittag kam Nachricht; aber welche! In Böhmen wurde eine 3tägige Schlacht geschlagen; die Preußen blieben Sieger. 20 000 Opfer sollen die Wahlstatt bedecken. Der Gedanke ist fürchterlich, dass dies die Wahrheit sein soll.“

An diesem Tag trug sie auch ein Gebet in ihr Tagebuch.

„Allmächtiger Gott erhöere mich gnädiglich; Deutschlands Söhne düngen Deutschlands Erde mit ihrem Blute, mit Bruderblut. O Gott, welcher Schmerz; versöhne, versöhne sie. Erbarme Dich unser, Herr Gott; nur Du kannst es wenden, lass nicht Bruder den Bruder erschlagen, nur Fürsten unseeliger Gelüsten. [...] Vereinige sie nach jenem unseligem Kampfe, im Ende zu Deutschlands Wohl; erbarme Dich unser!“

Doch der Bruderkrieg bot auch Möglichkeiten, das eigene Geschäft gewinnbringend zu betreiben.

„Heute wurde Friedrich (ältester Sohn; d. V.) nach Karlsruhe berufen, um einen Vertrag mit der Militärverwaltung einzugehen; er bekam zu liefern 120 C[en]t[ne]r. Gries und Gerste und 23 Ohm (ca. 150 Liter) Branntwein. Dieses Quantum soll alle 14 Tage geliefert werden zu den Tagespreisen hier an die Bahn geliefert. Wir haben alle Hände voll zu tun, um das Quantum aufzubringen“,

berichtete sie nicht ohne Genugtuung am 27. Juni.

„Wir hatten viel Reis auf dem Rhein, die Schiffe wurden von Preussen zurückgehalten; wir waren sehr bange, die Waren würden konfisziert. Gottlob kamen sie heute glücklich an, ebenso eine Ladung Erbsen vom Main, von denen wir gar nicht wussten, wo sie steckten. Privatgut tasten die Preussen also doch nicht an“,

notierte sie am 9. Juli. Und sie berichtete auch von dem allmählichen Umschwung der politischen Stimmung, der sich angesichts des antizipierten preußischen Sieges abzuzeichnen begann. „Man hat hier einen Club gebildet, worin preussische Sympathien den Volksvereinen entgegengesetzt werden“, heißt es am 13. Juli. „Von dem ganzen Lande laufen bei der Regierung Petitionen ein worin gebeten wird, die Regierung möge sich den Preußen anschließen“, lautet 13 Tage später der Eintrag. Doch sie weiß auch von antipreußischen Demonstration zu berichten: „Dies kann nicht gut tun.“ Es scheint, als habe sie selbst sich zunehmend mit den politischen Realitäten arrangiert.

„Heute ist Friedrich nach Strassburg. Gott segne sein Geschäft. Heute morgen zogen die preußischen Husaren weg, vorher zerschlugen sie in der Dragonerkaserne die Fenster, Oefen, Geschirre, Moebel, zerschnitten Betten und Weißzeug und verunreinigten sie, man weiss keinen Grund dafür. Heute Abend ist Volksversammlung.“

Mit diesem Eintrag vom 16. August endet das Kriegstagebuch der badischen Unternehmerin. Den am folgenden Tag abgeschlossenen Friedensvertrag mochte sie wohl nicht mehr kommentieren.

Den Realitäten des verlorenen Krieges trugen die liberalen badischen Abgeordneten rasch Rechnung. Schon am 21. Juli schickten sie eine Abordnung an den badischen Großherzog und erklärten, dass angesichts des verlorenen Krieges nur Preußen eine deutsche Einigung herbeiführen könne. Entsprechende Anträge des badischen Großherzogs, Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, blieben allerdings vorerst noch ergebnislos. In Württemberg führte der verlorene Krieg zu einem Wandel der Regierungspolitik, die bislang von kritischer Distanz zu Preußen geprägt gewesen war. Auch hier begannen Monarchie und Regierung auf einen Anschluss an den Norddeutschen Bund hinzuwirken, eine Politik, die allerdings im Parlament und in der Bevölkerung nur bedingt geteilt wurde.

Der Mehrheit der Württemberger und sicherlich auch einem Teil der Badener sprach wohl eher Jacob Venedey (1805–1871) aus der Seele. Der radikal-demokratische deutsche Publizist und Politiker, der schon am Hambacher Fest 1832 und den Revolutionen von 1848/49 beteiligt gewesen war, hatte 1854 in Karlsruhe die 1848erin Henriette Obermüller (1817–1893) geheiratet. Als freier Schriftsteller lebte er in Heidelberg und Baden-Baden, während seine Frau mit einer Fremdenpension für den Familienunterhalt sorgte. Schon 1839 hatte er in einer Schrift über *Preussen und Preussenthum* das autoritäre Bildungssystem, das obrigkeitliche Beamtentum, den Untertanengeist und Militarismus in Preußen gegeißelt. 1866 lieferte er sich mit dem preußischen Historiker Heinrich von Treitschke (1834–1896) eine öffentlich geführte Auseinandersetzung um Preußens zukünftige Rolle in Deutschland. In ihr wandte er sich energisch gegen die Hoffnung, dass Preußen von oben den ersehnten deutschen Nationalstaat erreichen könne. Die deutsche Einigung konnte ihm zufolge nur von unten unter Beteiligung des Volkes errungen werden:

„Die Einheit Deutschlands muß noch in etwas Anderem als dem ‚majestätischen Donnerhall der Kanonen‘ – dem ‚guten Schwerte, das in Böhmen gesprochen‘ [gemeint ist die Schlacht von Königgrätz 1866], begründet sein, muß in deutscher Rechtsachtung, deutscher Freiheitsliebe, deutscher Volkshochachtung und Volks-

selbstregierung wurzeln [...]. Die Einheit eines großen Zucht- und Zwangshauses ist es wahrlich nicht, nach der das deutsche Volk sich sehnt“,¹¹⁵

wetterte er gegen die deutschen Einigungsbestrebungen „von oben“ unter preußischer Führung. Aber Venedey hatte auch eine andere Zukunftsvision, die sich rascher als erwartet erfüllen sollte:

„An dem Tage, wo der erste Franzose zu ‚Compensationen‘ oder zur Einmischung in die deutschen Wirren deutschen Boden betrete, würde der Mann des Volkes freiwillig selbst dem Junker, der ihm in Deutschland sein Recht streitig macht, die Hand bieten zum gemeinschaftlichen Kampf gegen das Ausland! Wollte Gott, daß das Ausland komme mit der schnöden Anmaßung vergangener Zeiten, dann wird Deutschland sicher rasch einig werden!“¹¹⁶

Und die Frauen? Die politischen, literarischen und parlamentarischen Debatten um Deutschlands Zukunft zwischen 1849 und 1871 verliefen im Wesentlichen ohne weibliche Partizipation. Zwar meldete sich im Zuge der politischen Liberalisierung, die überall in Deutschland seit den 1860er Jahren spürbar wurde, auch eine neue Frauenbewegung zu Wort. Doch sie beschränkte sich vorderhand auf soziale Fragen und Probleme weiblicher Bildung und Berufstätigkeit. Selbst in ihren eigenen Reihen wurde die Forderung nach einem weiblichen Wahlrecht noch Ende des 19. Jahrhunderts nur von einer radikalen Minderheit vertreten.

115 Venedey (1866), S. 22.

116 Ebd., S. 32.

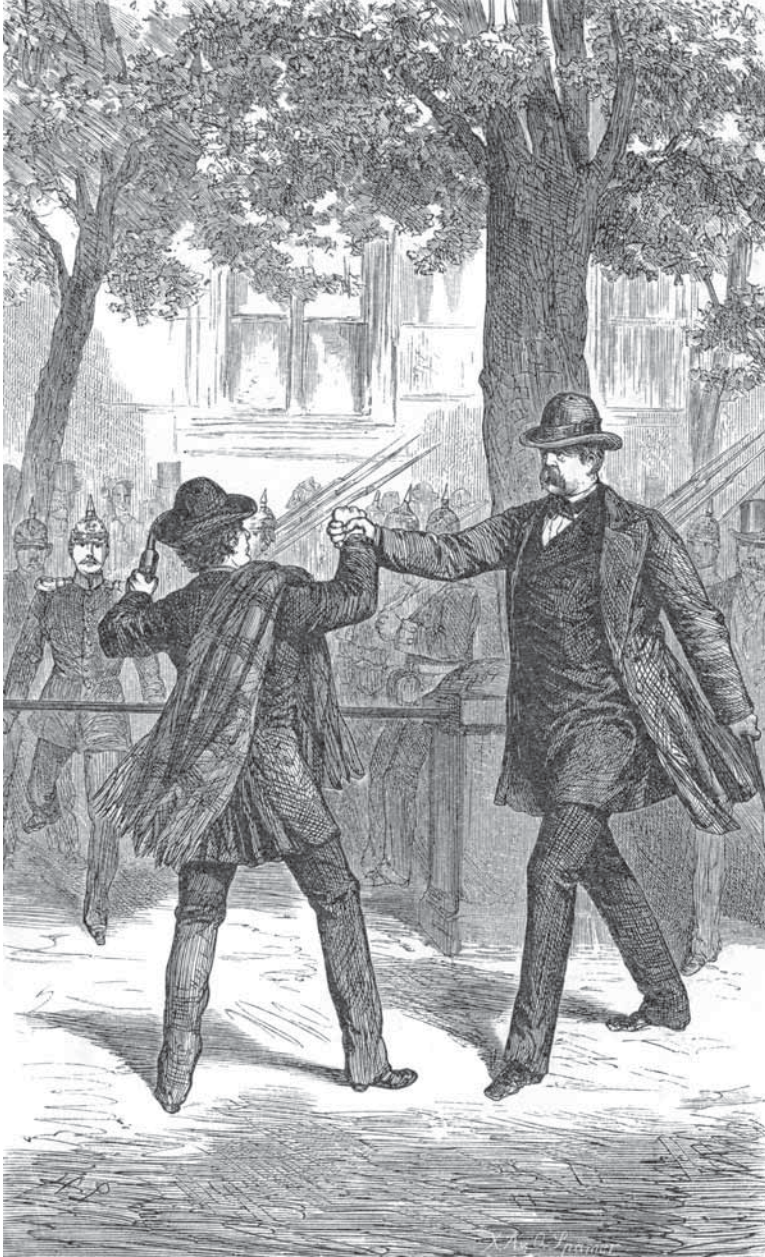
Biographie: Ein Attentäter als Friedensmahner – Ferdinand Cohen-Blind (1844–1866)

Am 7. Mai 1866 feuerte in Berlin Ferdinand Cohen-Blind aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf Otto von Bismarck (1815–1898) ab. Obwohl er diesen traf, blieb der preußische Ministerpräsident ohne große Verletzungen. Wenige Stunden später nahm sich der inhaftierte Attentäter im Gefängnis das Leben. Der Anschlag erregte in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen. Bismarck selbst interpretierte seine Rettung als göttlichen Schutz, der über ihm und seiner Politik läge.

Wer war Ferdinand Cohen-Blind und was motivierte ihn zu seiner Tat? Der hoffnungsvolle, eben examinierte Absolvent der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim entstammte einer 1848er-Familie. Er war ein Sohn des Mannheimer Kaufmanns Abraham Cohen (gest. 1848) und seiner Frau Friederike, geb. Ettlinger (geb. 1819). Seine Mutter war kurz nach der Geburt Ferdinands eine Liaison mit dem Radikaldemokraten Karl Blind (1826–1907) eingegangen. Sie teilte dessen politische Anschauungen, heiratete ihn nach dem Tod ihres Mannes 1848 und begleitete ihn mit ihren Kindern ins Londoner Exil. Ferdinand Cohen-Blind wuchs folglich im radikaldemokratischen, auch anarchistisch geprägten Milieu der deutschen politischen Exilanten in London auf. Politische Märtyrerschaft, ein Sich-Opfern auf dem „Altar der Freiheit“ stand hier sicherlich hoch im Kurs.

Zum Studium war der Stiefsohn Karl Blinds nach Deutschland zurückgekehrt. Einige Semester absolvierte er zunächst an der Universität Tübingen, bevor er sich an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim einschrieb. Während eines Aufenthalts auf dem nahegelegenen landwirtschaftlichen Gut Bläsberg lernte er dessen Besitzer, Mathilde Weber (1829–1901) und ihren Mann Heinrich (1818–1890), kennen. Die Professorengattin, sozial engagiert und früh schon frauenbewegt, scheint ihm eine vertraute Freundin geworden zu sein. An seinen Stiefvater und an Mathilde Weber richtete er dann auch seine Abschiedsbriefe, die er vor dem Attentat verfasste.

Den Entschluss zur Mordtat fasste Ferdinand Cohen-Blind offenbar relativ spontan. Den Anlass bot der drohende Deutsch-Deutsche Krieg, der sich im Frühjahr 1866 abzuzeichnen begann. Schon seit mehreren Jahren tobte in Preußen der Verfassungsstreit. Bismarcks Regierungspolitik unter Missachtung der Mitwirkungsrechte des preußischen Landtags hatte ihm in Süddeutschland viel Kritik eingebracht. Überdies bewegten seit



Otto von Bismarck und sein Attentäter Ferdinand Cohen-Blind – eine von vielen zeitgenössischen Darstellungen.

1864 die österreichisch-preußischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Herzogtümer Schleswig und Holstein die politische Öffentlichkeit. Während Cohen-Blind im März 1866 sein Examen absolvierte, schloss Preußen einen Beistandspakt mit Italien und brach damit die Verfassung des Deutschen Bundes. Das Maß schien nicht nur für Ferdinand Cohen-Blind voll, als Preußen im April beim Deutschen Bund die Bildung eines Nationalstaats unter Ausschluss von Österreich einbrachte. Ein deutsch-deutscher Krieg lag in der Luft.

„Wenn man, wie ich es getan, durch die blühenden Gefilde Deutschlands gewandert ist, die bald unter den harten Fußtritten des Krieges verwüstet sein werden“,

schrrieb Cohen-Blind an Mathilde Weber,

„so fällt es einem nicht schwer, und kommt der Gedanke ganz von selbst, den Urheber dieses Übels zu strafen.“¹¹⁷

Und dazu fühlte sich Cohen-Blind berufen:

„Ein gewöhnlicher Mensch, wenn er den hundertsten Teil von dem begangen hätte, was Bismarck sich hat zu Schulden kommen lassen, wäre schon längst dem Gesetz verfallen. Bismarck, der jedoch hochgestellt ist, kann von den Gesetzen nicht belangt werden und achtet sie nicht. Lässt sich dann nicht ganz logisch der Schluss ziehen, daß derjenige, der außerhalb der Gesetze steht, von dem Einzelnen belangt werden kann?“¹¹⁸

„Was sagen Sie dazu“, fragt er Mathilde Weber,

„und werden Sie mich verachten, daß ich meine Hand in Blut tauchen werde? Wenn Sie mich verachten würden, und alles könnte ich ertragen, nur das nicht. [...] es ist mir ein schrecklicher Gedanke vom Bläsiberg scheiden zu müssen, wo ich die schönste Zeit meines Lebens zugebracht habe.“¹¹⁹

Der Akt der Selbstjustiz konnte im Deutschland der 1860er Jahre grundsätzlich keine Zustimmung mehr finden. Doch der Attentäter genoss in Südwestdeutschland, teilweise sogar in Preußen, große Sympathie. „Montag um 12 Uhr lachten Sie noch bei mir über meine Ansicht von dem Hasse gegen v. Bismarck und schon um 5 Uhr war das Attentat“, schrieb der Publizist Franz Ziegler (1803–1876) an den Nationalökonom Karl Rodbertus (1805–1875). Und weiter:

117 Brief an Mathilde Weber, zit. nach Schoeps (2011), S. 39.

118 Ebd.

119 Ebd., S. 40.

„Ich habe Blind transportieren sehen, ich habe im Volk gehorcht und überall, besonders in den unteren Schichten, ein Bedauern über das Nichtgelingen gehört. Der Haß ist bis zur Unnatur gestiegen, und ich würde mich gar nicht wundern, wenn das Attentat sich wiederholte. [...] Die Welt ist demokratisiert, und das Reich des Durchschnittsmenschen [...] ist angebrochen.“¹²⁰

Und der Sozialdemokrat und spätere württembergische Ministerpräsident Wilhelm Blos (1849–1927) erinnerte sich:

„Als im Mai 1866 der junge Cohen-Blind, ein Stiefsohn des bekannten, aus Mannheim gebürtigen 48er Revolutionärs Karl Blind, ein vergebliches Attentat auf Bismarck unternahm und sich im Gefängnis tötete, war die Aufregung in Mannheim eine ungeheure. Wenn von den Verwünschungen, die über Bismarck niedergingen, soweit ich sie anhörte, nur der tausendste Teil in Erfüllung gegangen wäre, Bismarck hätte noch immer tausend schreckliche Tode sterben müssen.“¹²¹

Wohl die typische südwestdeutsche Sichtweise, die sich in den folgenden Jahrzehnten ausbildete, zeigt sich anschaulich in den Erinnerungen der Schriftstellerin Isolde Kurz (1853–1944):

„Tief war der Eindruck des Attentats in allen Kreisen. Die einen halten den Täter für einen erhabenen Märtyrer, dessen Namen poetische Totenopfer dargebracht wurden, die anderen fluchten ihm als einen verbrecherischen Auswürfling. Heute würde man sagen: ein Fanatiker mit getrübttem Urteil und reinem Glauben. Er hatte durch den Tod des einen Mannes den Krieg noch aufzuhalten gehofft. Darf man es Zufall nennen, was die Kugel des gewandten Schützen ablenkte? Hätte er getroffen, so gäbe es heute kein Deutsches Reich.“¹²²

120 Ziegler, zit. nach ebd., S. 114.

121 Blos, zit. nach ebd., S. 120.

122 Kurz, zit. nach ebd., S. 122 f.

Wirtschaftliche und soziale Umbrüche (1871–1914)

Germania, mir graut vor dir“ lautet eine Zeile des Gedichts *Epilog zum Kriege*, mit dem der linke Alt-1848er und Poet Georg Herwegh (1817–1875) 1871 die Reichsgründung kommentierte.¹²³ Doch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung begrüßte den endlich geschaffenen deutschen Nationalstaat. Für die Landesfürsten bedeutete das neue Kaiserreich zumindest in der Außenpolitik einen Verlust an Souveränität. Die „große“ Politik begann sich auch im Innern zunehmend auf den Kaiser, „seinen“ Reichskanzler Otto von Bismarck und den Reichstag zu verlagern. In der Innenpolitik ging es mehr und mehr um Vereinheitlichung, so beispielsweise der Währung, der Bildungsgänge oder des Zivilrechts. Es blieb nicht mehr viel Raum für eigenständige Landespolitik im Südwesten. Der Siegeszug der Industrialisierung, der Wandel der Arbeitsverhältnisse und die Urbanisierung veränderten die deutsche Gesellschaft in zuvor ungeahntem Ausmaß. Das war auch im Südwesten so. Hier allerdings verlief der gesellschaftliche Wandel langsamer. Die tradierte Agrar- und Gewerbestruktur milderte für viele Einwohner den Übergang ins Industriezeitalter ab. „Echte“, gänzlich besitzlose Proletarier gab es in Baden und Württemberg seltener als beispielsweise in Preußen oder Sachsen. Auch die Schranken zwischen den einzelnen sozialen Gruppen scheinen niedriger und manchmal auch überwindbarer gewesen zu sein. Dies führte zu frühen Kooperationen zwischen den bürgerlichen Parteien und der neu entstehenden Arbeiterbewegung. Insbesondere in Baden entfaltete sich auch eine Frauenbewegung, die reichsweit beachtete Erfolge erzielen konnte und durchaus Einfluss auf Reichsebene besaß.

123 Herwegh (1967), S. 272.

Der Wandel der Arbeitswelten im Industrialisierungsprozess

Der Südwesten hat über das 19. Jahrhundert hinweg keine Vorreiterrolle in der Industrialisierung Deutschlands übernommen. Anders als in Preußen, wo die schon 1810 eingeführte Gewerbefreiheit den Weg für Innovationen in der Produktion freimachte, hatten die Regierungen in Baden und Württemberg bis in die 1860er Jahre an Gewerbebeschränkungen und Zunftrecht festgehalten. Lange war die staatliche Wirtschaftspolitik darum bemüht gewesen, das selbständige Handwerk zu schonen. Auch die liberalen Oppositionellen hatten ihre Wirtschaftsforderungen eher am gewerblichen Mittelstand als an den Interessen großer Unternehmen ausgerichtet. Zwar gab es schon vor der Reichsgründung regionale Zentren der Industrialisierung – in Baden beispielsweise in Pforzheim und Mannheim, in Württemberg rund um Stuttgart und Ulm –, doch erst im Kaiserreich entfaltete sich der industrielle Wandel, lokale Schwerpunkte übergreifend, auch im Südwesten.

Noch 1875 allerdings arbeiteten in Württemberg drei Viertel der im Gewerbe Beschäftigten in kleinen Betrieben. Charakteristisch für Baden und Württemberg waren nach wie vor Mischformen zwischen Landwirtschaft und Heimgewerbe. Saisonale Arbeit in der Fabrik oder beim Eisenbahnbau wurde ergänzt mit landwirtschaftlichem oder heimgewerblichem Zubrot. Zwar setzte der industrielle Wandel in Baden etwas früher als im Nachbarland ein, doch auch hier arbeiteten 1875 noch zwei Drittel aller gewerblich Beschäftigten in kleinen Gewerbebetrieben. Von den großen Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeitern waren zu dieser Zeit lediglich fünf Prozent im Südwesten angesiedelt. 118 Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern zählte man im Reich. Nur zwei von ihnen hatten ihren Standort in Württemberg, einer in Baden. Erst in den 1880/1890er Jahren begann sich die regionale Gewerbestruktur nachhaltig zu wandeln. Baden und Württemberg gelang es nicht nur, ihren Rückstand aufzuholen. Bis 1925 zogen die beiden „Entwicklungsländer“ in der Gewerbedichte mit den höchst entwickelten preußischen Provinzen gleich. Jetzt erwies sich der verspätete Eintritt in die Hochindustrialisierung als Vorteil. Moderne Maschinen- und innovative Chemieunternehmen machten in Mannheim von sich reden. Pforzheim stieg zum Zentrum der badischen und deutschen Schmuckwarenindustrie auf. In Heilbronn, Esslingen und Heidenheim florierte nun neben der krisenanfälligeren Textilindustrie der Maschinen-, Apparate- und Instrumentenbau, und Stuttgart entwickelte sich von der Residenz- zur Industriemetropole. Mannheim galt überdies als wichtigster Handelsplatz Süddeutschlands.

Von staatlicher Seite beobachtete man das industrielle Wachstum im Südwesten zwar zustimmend, dennoch aber eher mit vorsichtiger Distanz als mit euphorischer Begeisterung. Mit Hilfe staatlicher Überwachung wurde zumindest versucht, manchesterkapitalistisch anmutende Auswüchse der Industrialisierung zu beschränken. Das war freilich nicht nur in Baden und Württemberg der Fall. Die meisten Staaten installierten seit den 1870er Jahren Kontrollorgane, um Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft nehmen zu können. Ersten staatlichen Überwachungsmaßnahmen seit den 1850er Jahren, bezogen auf jugendliche Arbeiter, folgten Debatten nach der Reichsgründung über eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle der Fabrikarbeit. Verordnungen über die Sonntagsruhe oder zum Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter lieferten schließlich die Legitimation für die Verankerung staatlicher Überwachung in der Gewerbeordnung. Seit 1878 war die obligatorische Einrichtung einer Fabrikinspektion für die Einzelstaaten des Reiches vorgeschrieben. Sie wurde allerdings in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet. Darüber, ob die Fabrikinspektion sinnvoll sei und tatsächlich zur sozialen Abfederung der Arbeiterschaft beitragen könne, gingen zeitgenössisch die Urteile weit auseinander. Doch insbesondere die badische Fabrikinspektion erregte durch umfangreiche frühe sozialgeschichtliche Studien reichsweite Aufmerksamkeit. Ihre Untersuchungen lieferten anschauliche Analysen der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, so beispielsweise auch der Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe im frühen 20. Jahrhundert. Die hier aufgelisteten Familienbiographien zeigen die im Südwesten zu beobachtende Nähe von Landwirtschaft und Industriearbeit. Typisch mag die Geschichte von *Familie Nr. 4* erscheinen.¹²⁴ Der Fräser in einer Möbelfabrik, wohnhaft in Durmersheim, war zum Untersuchungszeitpunkt 35 Jahre alt. Mit 23 hatte er eine zwei Jahre jüngere Frau aus dem gleichen Dorf geheiratet.

„Trieb Landwirtschaft, hat Unglück mit dem Vieh gehabt und kam ferner durch einen Prozeß sehr zurück. Hiedurch wurde er in die Fabrik gedrängt, wo er die Fraismaschine bedient.“

Die Familie hatte fünf Kinder im Alter zwischen zwei und zwölf Jahren. Drei weitere Kinder waren bereits gestorben. Der Mann arbeitete im Tagelohn.

124 Fuchs (1904), *Familie Nr. 4*, S. 225–226. Hieraus auch die folgenden Zitate.

„Teils weil der Mann für Besorgung der Feldgeschäfte häufig zu Hause bleiben muß, teils weil die Fabrik einige Zeit feierte, können nicht mehr als 270 Arbeitstage pro Jahr in Rechnung gestellt werden.“

Doch die Familie betrieb zusätzlich Landwirtschaft. 55 Ar eigener Acker und 20 Ar Allmende lieferten ausreichend Kartoffeln für das ganze Jahr und Brotgetreide für die Hälfte des Familienbedarfs. Auch eine Kuh und manchmal ein bis zwei Schweine für den Verkauf wurden gehalten. „Die Frau, welche kränklich ist, kann nur einen Teil der Landwirtschaft besorgen, im übrigen tut das der Mann.“ Die siebenköpfige Familie wohnte bei der Mutter der Frau.

„Zur Verfügung stehen ihr 1 Zimmer, 1 Kammer, Küche, Speicher, Keller, Stall, Scheuer für jährlich 80 M. Die Schwiegermutter hat ein besonderes Zimmer und führt getrennten Haushalt.“

Die Ernährung bestand aus Brot und Gemüse. Zwei bis dreimal pro Woche aß die Familie sogar Fleisch.

„Abends gibt es regelmäßig Griessuppe aus Mais mit Kartoffeln und manchmal Sauermilch. Am Samstag und Montag Abend geht der Mann ins Wirtshaus, ebenso am Sonntag Mittag und Abend. [...] Seit Aufgabe der Landwirtschaft bzw. Eintritt in die Fabrikarbeit ist die Familie weder rückwärts noch vorwärts gekommen.“

Weniger deprimierend wirkt die Familienbiographie von *Familie Nr. 5*.¹²⁵ Der Familienvorstand, ein 40-jähriger Schreiner, arbeitete wohl in der gleichen Möbelfabrik und wohnte ebenfalls in Durmersheim. Der gebürtige Württemberger aus Korb „war lange in der Fremde als Schreiner und Glaser“ (neun Jahre in Paris; d. V.)“ und hatte mit 36 Jahren in Durmersheim eine 29-jährige Putzmacherin geheiratet. Die einzige Tochter war zum Zeitpunkt der Erhebung neun Jahre alt. Mann und Frau arbeiteten beide in ihren jeweiligen Berufen. Auf 15 Ar Pachtgelände wurden zusätzlich Kartoffeln für den eigenen Bedarf und Hafer zum Verkauf gepflanzt. Jedes Jahr zog man zwei Schweine zum Verkauf auf. Der Mann besorgte den „kleinen Feldbau“ nach Feierabend. Eine respektable Mietwohnung mit drei Zimmern, Küche, Keller, Speicher, Stall und Scheueranteil konnte sich die Familie dank doppeltem Arbeitsverdienst leisten.

„Der Mann geht abends sehr selten, am Sonntag Nachmittag mit der Familie aus. Das Mitnehmen der Familie ist sonst nicht üblich am Orte. Sie kommen vorwärts, haben sich eine durchaus vollständige Haushaltung eingerichtet und ca. 400 M. Bargeld erspart; sind mit ihrer Lage zufrieden. Die Tochter soll ebenfalls Putzmacherin werden.“

125 Fuchs (1904), *Familie Nr. 5*, S. 226–227. Hieraus auch die folgenden Zitate.

Der Mann war früher Gewerkschaftsmitglied gewesen, war aber

„ausgetreten, weil am Orte keine Zahlstelle sei und die Beitragserrstattung in Karlsruhe erfolgen müsse; da man immer nur nach mehreren Wochen dahin komme, so wachse die Beitragsleistung jedesmal zu einer Höhe an, die nur ungenügend bezahlt würde. Es fehle auch die stetige Aufmunterung, wenn man als Mitglied einer Gewerkschaft vereinzelt am Orte stehe.“

Dass der Arbeitsverdienst eines Fabrikarbeiters zeitgenössisch in der Regel nicht ausreichte, eine Familie auskömmlich zu ernähren, zeigen die Beispiele anschaulich. Erfolgversprechender war es, wenn die Ehefrau zum Familieneinkommen beitragen konnte. Landwirtschaft im Nebenerwerb sicherte eine Arbeiterfamilie weiter ab. War man gar schon zu moderner, zeitgenössisch in der öffentlichen Debatte misstrauisch beobachteter Familienplanung vorgedrungen, ließ sich unter Umständen sogar gut leben.

Die badische Fabrikinspektion machte im Reich nicht nur durch ihre sozialwissenschaftlichen Analysen von sich reden. Sie gehörte auch zu den ersten staatlichen Überwachungsorganen, die für diese Aufgabe Frauen, nicht nur als Hilfspersonal, sondern sogar als Inspektorinnen einstellten. Die Debatten um weibliches Inspektionspersonal hatten im Reich bereits 1884 begonnen, als sich Arbeiterinnenvereine für Inspektorinnen einsetzten. Auf den sozialdemokratischen Parteitag 1892 bis 1894 wurden entsprechende Anträge erarbeitet. 1895 begann auch der *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) in allen Bundesstaaten für Fabrikinspektorinnen zu petitionieren. Doch wie der spätere Leiter der badischen Fabrikinspektion Karl Bittmann (1851–1936) erläuterte:

„Gerade die vorliegende Frage war verwickelt genug, um die vorsichtigsten und eingehendsten Erwägungen zu rechtfertigen. Wies die Tätigkeit der männlichen Gewerbeaufsichtsbeamten eine Lücke hinsichtlich des Schutzes der Arbeiterinnen auf? [...] War es empfehlenswert oder ein Bedürfnis oder eine Notwendigkeit, Frauen zur Ausfüllung dieser Lücke beizuziehen? [...] Sollte dem weiteren Eindringen der Frau in bisher ausschließlich männliche Berufsarten Vorschub geleistet werden? Sollte überhaupt der Frau ein Platz in der Beamtenhierarchie eingeräumt werden? [...] Welcher Art sollten diese Frauen sein? Wie sollte ihre Tätigkeit geregelt und mit welcher Autorität sollten sie ausgestattet werden?“¹²⁶

Eine Reihe von Ländern lehnte den Antrag vorerst ab. Der Hessische Landtag forderte 1896 die Regierung immerhin auf, weibliche Assistenten in der Gewerbeaufsicht anzustellen, und auch in Bayern begann man weibliches Hilfspersonal zuzulassen. In Württemberg öffnete man die Türe für weibli-

126 Bittmann (1905), S. 123.

che Inspektionsbeamte zumindest einen Spalt, als Diakonissen und Barmherzige Schwestern als „Hilfsbeamte“ für die Gewerbeinspektoren zugelassen wurden. Die badische Regierung setzte vorderhand auf die bewährte Zusammenarbeit mit dem *Badischen Frauenverein* und bat diesen, Beratungsstellen für Arbeiterinnen einzurichten. Doch die Praxis zeigte, dass Fabrikarbeiterinnen wenig Lust verspürten, ihre Sorgen zu den bürgerlichen Damen zu tragen.

Im Jahr 1900 war es dann so weit. Mit der promovierten Nationalökonomin Else von Richthofen (1874–1973) nahm die badische Fabrikinspektion die erste Frau im Deutschen Reich als Fabrikinspektorin in ihren Reihen auf. Nach ihrer Heirat 1902 übernahm Marie Baum (1874–1964) diese Position. Sie hatte in der Schweiz Chemie studiert und promoviert. Sie sollte sich in den nächsten Jahrzehnten zu einer der bekanntesten deutschen Sozialpolitikerinnen entwickeln. Zunächst nur als „wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin“ eingestellt, eroberte sie sich zwei Jahre später den Titel „Fabrikinspektorin“, der sie mit ihren männlichen Kollegen zumindest formal gleichstellte. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Überwachung vor allem der Betriebe, in denen vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt waren. Schon 1874 hatte es in Baden über 1261 fabrikmäßige Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern gegeben. Bei einem Drittel der Arbeiterschaft hatte es sich um erwachsene Frauen gehandelt. 1892 zählte man 4872, im Jahr 1903 gar 8339 Betriebe. Die Fabrikbeschäftigten stiegen im gleichen Zeitraum von 126 395 auf 193 590 an. Sie stellten nun etwa zehn Prozent der badischen Bevölkerung. Bei jedem dritten in der Fabrik Beschäftigten handelte es sich um eine Frau.

Marie Baum machte mit einer Fülle kleinerer und größerer Publikationen auf die Lage der Fabrikarbeiterinnen aufmerksam. 1906 legte sie mit dem Titel *Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe* eine umfassende Darstellung weiblicher Arbeitsbedingungen in der badischen Residenz vor. Als Untersuchungsobjekte hatte sie Fabrikarbeiterinnen, Konfektionsarbeiterinnen und „Geschäftsgehilfinnen in offenen Verkaufsstellen“, mithin Verkäuferinnen, herausgegriffen. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches beschäftigte sich mit den Schwierigkeiten, Erwerbstätigkeit und Hausfrauenberuf zu kombinieren. Ihrer Untersuchung zufolge waren um 1900 in Karlsruhe bei den städtischen weiblichen Arbeitssuchenden die expandierenden Arbeitsmöglichkeiten im Handel oder im Konfektionsgewerbe weitaus beliebter als die Fabrikarbeit. Selbst städtische Arbeitertöchter zogen die Arbeit als Ladnerin (Verkäuferin) einer Arbeit in der Fabrik vor. Dabei waren die Anfangslöhne in der Fabrik höher und es entfielen Ausbildungszeiten, in denen kein Lohn erworben werden konnte.



Typische fabrikmäßige Frauenarbeit: Zigarrenarbeiterinnen in Mannheim um 1900.

Lockte nicht der schnelle Verdienst, dann versprochen Konfektionsgewerbe und Handel allerdings bessere Aufstiegs- und Lohnsteigerungsmöglichkeiten als die Fabrik. Die Analyse beschrieb weibliche Fabrikarbeit auch noch um 1900 im Wesentlichen als Lebensdurchgangsstufe ländlicher Bevölkerung. Folgerichtig handelte es sich bei den Karlsruher Fabrikarbeiterinnen mehrheitlich um junge ungelernete Frauen, die täglich vom Land in die Stadt pendelten. Sie gingen ihrer Arbeit „zur Erhöhung der Bareinnahmen der Familie“ nach und blieben als verheiratete oder ältere unverheiratete Frau der Fabrik wieder fern.¹²⁷

„Schon aus dieser Tatsache erhellt [sich], daß das Schwergewicht des Interesses und des persönlichen Lebens der auf dem Lande lebenden Arbeiterin in der Familie, in den Fragen des Hauses und der Landwirtschaft wurzeln muss. [...] Aus persönlicher Beobachtung und Unterhaltungen mit zahlreichen Vertreterinnen dieser Klasse wurde auch stets der Eindruck gewonnen, daß sie sich nicht sowohl als industrielle Arbeiterinnen, sondern als vorübergehend industriell verdienende Glieder ihrer Familien fühlten, deren einzelne Angehörige je nach Bedarf entweder bei der Erzeugung der Naturalgüter oder bei der Beschaffung des baren Geldes Verwendung finden.“¹²⁸

127 Baum (1906), S. 215.

Selbstverständlich brachte die unverheiratete Tochter ihren Lohn in das Familieneinkommen ein. Mehrfacher Wechsel zwischen Fabrik- und Landarbeit war üblich und gesellschaftlich akzeptiert, genauso wie die Hoffnung, nach der Heirat nicht mehr zur Fabrikarbeit gezwungen zu sein.

„Das schließt nicht aus, daß wenigstens die vom Landbesitz völlig losgelöste Nur-Fabrikarbeiterin eine gewisse soziale Minderschätzung erfährt. Man kann von solchen Frauen, obwohl auch sie nach der Heirat der Fabrikarbeit in der Regel fernbleiben, aussprechen hören, daß sie vorteilhaftere Heiratsaussichten gehabt hätten, wenn sie von ihren Eltern statt in eine Fabrik in landwirtschaftliche oder häusliche Dienststellen geschickt worden wären.“¹²⁹

Jenseits der Beschäftigungsart macht die Untersuchung Marie Baums deutlich, dass ein Großteil der Frauenlöhne nicht ausreichte, um ein selbständiges Leben führen zu können. Die finanzielle Misere mochte hier und da die Türe zur Gelegenheitsprostitution öffnen, sorgte aber vor allem dafür, dass die Mehrheit der ledigen Frauen nicht selbständig leben konnte, sondern in der Herkunftsfamilie und im Herkunftsmilieu verblieb. Geringe Bildung und mangelnde „geistige Regsamkeit“, Desinteresse am Lesen merkte Marie Baum als typisch für die durchschnittliche Arbeiterin an.

„Dass für Fragen beruflicher oder allgemeiner Natur, insbesondere auch für Organisationsbestrebungen unter diesen Umständen nur wenig Teilnahme zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Und wenn etwa einmal ein Interesse aufflackert, erlischt es schnell unter dem Einfluß der streng gebundenen Dorfsitte.“¹³⁰

„Zur Vertiefung des persönlichen und beruflichen Lebens gehört Zeit“, so Baums abschließendes Fazit. „Verkürzung der Arbeitsdauer ist die unerlässliche Grundbedingung für ihre Durchführung.“¹³¹

Die Studie Baums fand rege Aufnahme im reformorientierten Bürgertum. Der berühmte Heidelberger Soziologe Max Weber (1864–1920) nutzte eine von ihm anonym verfasste Rezension, um gegen Vorbehalte gegen weibliche Fabrikinspektionsbeamte zu wettern.

„Innerhalb der Fabrikinspektion erhob sich damals die bedrohte männliche ‚Geschlechtseitelkeit‘ bei dem fürchterlichen Gedanken, daß eine Frau den Staat ‚nach außen repräsentieren‘, womöglich gar ‚Verfügungen‘ erlassen solle, die dann von Männern [...] auszuführen wären“,

schrrieb er.

128 Ebd., S. 215 f.

129 Ebd., S. 216.

130 Ebd., S. 217.

131 Ebd., S. 223.

„Wie es immer zu geschehen pflegt, wurde dabei die ‚generelle‘ Überlegenheit des männlichen Geistes am stärksten betont von solchen Leuten, die in ihrer konkreten Person am allerwenigsten als Repräsentanten gelten konnten“,

so sein Kommentar zur Geschlechterdebatte in der Fabrikinspektion.¹³²

„Man kann nur mit dankbarer Genugtuung feststellen, daß die maßgebenden Instanzen im vorigen Jahr durch etatmäßige Anstellung einer Inspektorin [...] diesen den Anspruch auf jene selbstverständliche völlige Gleichordnung zugebilligt haben, ohne die ein kollegiales Zusammenwirken dauernd nicht möglich wäre, – und die übrigens auch die einzige, des männlichen Geschlechts selbst würdige Behandlung dieses ‚Problems‘ ist.“

Marie Baums Engagement in der badischen Fabrikinspektion blieb jedoch eine Episode in ihrem Lebenslauf. Als sie erkennen musste, dass ihr Vorgesetzter sie bei aller formalen Gleichstellung den jüngeren männlichen Kollegen nachordnete, bat sie 1907 um die Entlassung aus dem badischen Staatsdienst. Im gleichen Jahr übernahm sie die Geschäftsführung des *Ver eins für Säuglingsfürsorge* in Düsseldorf. Erst in der Weimarer Republik kehrte sie nach Baden zurück. Ihrer Beschäftigung als Regierungsrätin im Innenministerium stand nun nichts mehr im Wege.

Ihre Erfahrungen in der Fabrikinspektion und in der Sozialarbeit motivierten Marie Baum schon 1910, grundlegende Thesen über den *Einfluß der gewerblichen Arbeit auf das persönliche Leben der Frau* zu formulieren.¹³³ Der industrielle Wandel zeigt weitgehenden Einfluss auf die individuellen Lebensverhältnisse der Frau, erläutert Baum.

„Während die Arbeiterin sich die aus der veränderten Lage erwachsenen Vorteile nur ausnahmsweise voll zu eigen gemacht hat, haben die Nachteile oft fast bis zur Grenze des Ertragbaren auf ihr gelastet.“

Es seien vor allem zwei Lebensstufen, in denen die gewerbliche Arbeit sich „verkümmern“ auf das Frauenleben auswirke: die Jugendzeit sowie die Phase der Mutterschaft und Kindererziehung. Die kommunale und freie Wohlfahrtspflege müsse mehr und mehr durch Fortbildungsschulunterricht, Lehrwerkstätten, Jugendorganisationen, Jugendspiele und Jugendbibliotheken für die Verbesserung der Lebensbedingungen von jugendlichen arbeitenden Frauen sorgen. Ferner ginge es um die „Vertiefung und Lehrlingsausbildung in gelernten Berufen, denen die weibliche Jugend mehr als bisher zuzuführen wäre.“ Nahezu aktuell wirken die Forderungen, die

132 Max Weber, in: Frankfurter Zeitung vom 13.8.1906, abgedruckt in Baum (2000), S. 42 f. Hieraus auch das folgende Zitat.

133 Baum (1910), hieraus auch die folgenden Zitate.

Marie Baum für die berufstätige Frau in der Phase der Mutterschaft und Kindererziehung formulierte:



Die Chemikerin und badische Fabrikinspektorin Marie Baum machte im Deutschen Reich mit ihren sozialen Analysen der Frauenarbeit von sich reden.

„c) [...] Gewährung größerer Bewegungsfreiheit für die industriell arbeitende Frau und Mutter innerhalb des Betriebes (fakultative Einführung der Halbtagschicht, Berücksichtigung der Bedürfnisse stillender Mütter usw.); d) [...] Entlastung der im Beruf stehenden Frau und Mutter in bezug auf ihre häuslichen Pflichten und zwar soweit, als dies ohne vermeidbare Lockerung des Familienzusammenhanges nur irgend möglich ist. (Wirtschaftliche Erleichterungen, Schulspeisungen, Überwachung der Kinder usw.).“¹³⁴

134 Ebd., S. 2.

Biographie: Robert Bosch (1861–1942) – der „rote Fabrikant“

Sie nannten ihn den „roten Bosch“. Das elfte von zwölf Kindern einer schwäbischen Gastwirtfamilie wuchs auf dem Lande in Albeck in der Nähe von Ulm auf. Seine Eltern gehörten zur dörflichen Oberschicht. Der Vater war Freimaurer und hielt als liberaler Demokrat die Erinnerung an die Ideen von 1848 hoch. Zur Mitgift der Kinder gehörten jedoch nicht nur liberale Traditionen, sondern auch Wertschätzung von Bildung, schwäbischer Geschäftssinn, Arbeitsdisziplin und Verbindung zur Landwirtschaft. „Sei Mensch und ehre Menschenwürde‘ – dieses von ihm selbst geprägte Motto schrieb Robert Bosch auch seinem Vater zu.“¹³⁵ Ungewöhnlich für seine Herkunft war sein Bildungsgang. Er besuchte in Ulm die Realschule und absolvierte anschließend eine Feinmechanikerlehre. Einige Jahre sammelte er berufliche Erfahrungen in unterschiedlichen Firmen in Köln, Stuttgart und Hanau, absolvierte 1880 seinen Militärdienst in Ulm und arbeitete anschließend in Nürnberg und Göppingen, immer zwischen Feinmechanik und Elektrotechnik hin- und herwandernd. 1884 schiffte er sich gar nach Amerika ein, um sich

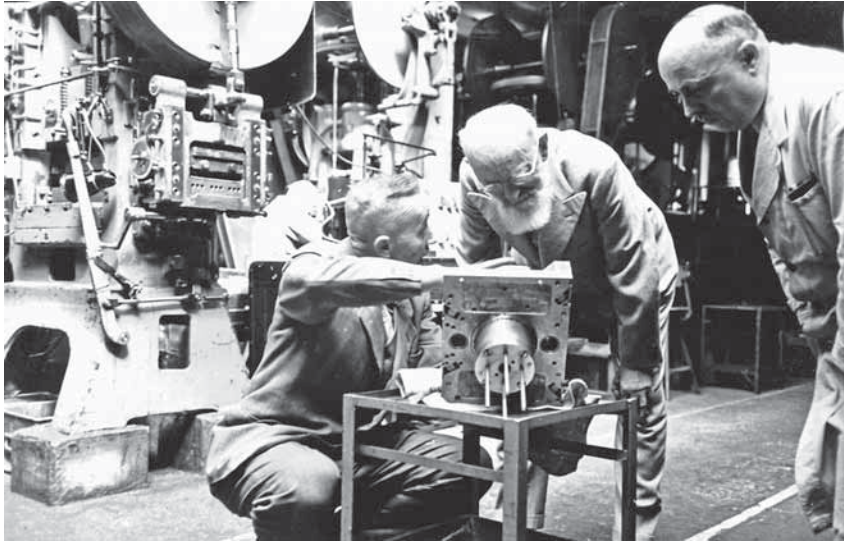
„in der Welt umzusehen, dann aber auch, weil den jungen Demokraten, der ich aus Erziehung und nach dem Vorbild meines Vaters und meiner älteren Brüder war, dieses Land der Freiheit, besonders lockte“,

schrrieb er in der Erinnerung.¹³⁶

Der Beginn seiner Karriere als Unternehmer fällt nach einem beruflichen Intermezzo in England in das Jahr 1886. In diesem Jahr gründete er in Stuttgart eine „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“. Damals beschäftigte er einen Gesellen und einen Lehrling. Kapital und Kredite seiner Herkunftsfamilie ermöglichten ihm, die Durststrecke der Anfangsjahre durchzuhalten und bald schon zu expandieren. Installations- und Reparaturaufträgen folgte 1887 die Verbesserung von Magnetzündern für Verbrennungsmotoren. Dazu traten die Heirat und die Geburt der Kinder, ohne dass die Werkstätte eigentlich ein Einkommen erwirtschaftete, das die Familie ernähren konnte. Ein innovativ weiterentwickelter Magnetzündler, der für die sich gerade entwickelnde Kraftfahrzeugtechnik genutzt werden konnte, stellte schließlich das Produkt dar, mit dessen Hilfe sich der Handwerksbetrieb zum weltbekannten Unter-

135 Bähr/Erker (2013), S. 19.

136 Robert Bosch: Lebenserinnerungen (1921), zit. nach Bähr/Erker (2013), S. 21.



Sie nannten in den „roten Bosch“: Robert Bosch, hier mit Werkleiter Paul Grundler, schuf in Stuttgart aus einer kleinen Werkstatt heraus ein Weltunternehmen.

nehmen mauserte. Wichtig blieb Robert Bosch über alle Erfolge hinweg seine Firmenphilosophie:

„Immer habe ich nach dem Grundsatz gehandelt: Lieber Geld verlieren als Vertrauen. Die Unantastbarkeit meiner Versprechungen, der Glaube an den Wert meiner Ware und der an mein Wort standen mir stets höher als ein vorübergehender Gewinn.“¹³⁷

Und so beruhte sein unternehmerischer Erfolg auch auf der qualifizierten Ausbildung und Förderung talentierter Mitarbeiter. Seit 1892 schrieb das Unternehmen Bosch schwarze Zahlen. 1896 schließlich lag der Gewinn eines Jahres höher als alle Verluste der Anfangsjahre. Die Statistik weist für das Jahr 1900 37 Beschäftigte aus. Zehn Jahre später waren es bereits 3002, im Jahr 1913 waren es 4542. Im Jahr des Todes von Robert Bosch beschäftigte das Unternehmen über 25 000 Menschen. Der Umsatz war von 295 000 Mark im Jahr 1900 schon vor dem Ersten Weltkrieg auf knapp 27 Millionen Mark gestiegen. 1942 wurde ein Umsatz von fast 329 Millionen Reichsmark erreicht.

Doch nicht nur der rasante Aufstieg des Unternehmens Bosch erregte zu Beginn des frühen 20. Jahrhunderts Aufmerksamkeit. Es war vor al-

137 Robert Bosch, zit. nach ebd., S. 32.

lem sein Unternehmerstil, der im späten Kaiserreich diskutiert wurde. Robert Bosch war der Meinung, Unternehmer hätten die Arbeiter als Vertragspartner anzuerkennen. Unternehmerbündnissen, die sich gegen die Arbeiterbewegung richteten, blieb er fern. Anders als viele seiner Standesgenossen akzeptierte er Arbeiterausschüsse und Betriebsräte als Teile des Unternehmens und legitime Gesprächspartner, auch wenn er sich von diesen Unternehmenskultur und Richtlinienkompetenz nicht aus der Hand nehmen ließ. „Vater Bosch“, wie er von vielen frühen Werksangehörigen genannt wurde, stand staatlichen Interventionen in unternehmerische Freiheit ganz im Sinne wirtschaftsliberaler Ideen kritisch gegenüber. Doch er zahlte höhere Löhne als üblich und führte als erster Unternehmer im Deutschen Kaiserreich den Achtstundenarbeitstag ein. In geselliger Nachbarschaft mit den Sozialisten Karl Kautsky und Clara Zetkin lebend, wählte er sozialdemokratisch.

Erst 1913 sollte Boschs Unternehmensphilosophie vom gemeinsamen großen Interesse von freien Unternehmern und freien Arbeitern an ihre Grenzen geraten. Einen vom *Deutschen Metallarbeiter-Verband* (D.M.V.) im Bosch-Werk in Feuerbach organisierten Streik im Juni/Juli 1913 beantwortete Robert Bosch über wirtschaftliche Interessen hinweggehend mit der zeitweisen Schließung des Werkes. Der Stopp der Produktion kostete das Unternehmen Bosch rund 700 000 Mark. Letztlich gewann Robert Bosch den Machtkampf. Doch dieser sollte zur nachhaltigen Entfremdung zwischen Bosch und der Sozialdemokratie führen. In Zukunft standen sich nicht mehr Betriebsratsmitglieder und „Vater Bosch“ in familiärer persönlicher Bekanntschaft gegenüber, sondern Gewerkschaft und Unternehmensführung.

Robert Boschs politische Sympathien galten in der Weimarer Republik der linksliberalen *Deutschen Demokratischen Partei*. Im Gegensatz zu vielen anderen Angehörigen des Wirtschaftsbürgertums hielt er an seinen demokratischen Grundüberzeugungen in der Weimarer Republik und auch während des Nationalsozialismus fest. Einerseits von Kriegsaufträgen wirtschaftlich profitierend, unterstützte er andererseits Juden und den Widerstandskreis um Carl Goerdeler.

Robert Boschs „Züge waren sehr schwäbisch-heimatlich bestimmt“, schrieb sein Biograph Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der Bundesrepublik in der *Neuen Deutschen Biographie* 1955. Und weiter heißt es dort:

„Neben der Weltläufigkeit seines Denkens stand eine gewisse Scheu im Gesellschaftlichen, eine Ablehnung alles bloß Konventionellen [...]. Ein sehr scharfer

kritischer Verstand, ein ungewöhnliches Gedächtnis, die konkrete, allem Spekulativ-Abstrakten fremde Art des Denkens waren ihm eigentümlich – eine rasche Erregbarkeit, vor allem, wo er Unrecht sah oder witterte, ließ ihn manchmal schroff und herb auftreten; aber dahinter verbargen sich Züge einer verhaltenen Mitleidensfähigkeit.“¹³⁸

138 Robert Bosch, in: NDB 2 (1955), S. 479–481.

Arbeiterbewegung

Seit den 1860er Jahren meldete sich im Deutschen Bund eine neue politische Kraft zu Wort, die sich mehr und mehr von der bürgerlichen demokratischen und nationalliberalen Bewegung abzusondern begann: die Arbeiterbewegung. Eine Reihe konkurrierender Arbeitervereine, so der 1863 in Leipzig gegründete *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein* (ADAV) oder der im gleichen Jahr in Frankfurt ins Leben gerufene *Vereinstag Deutscher Arbeitervereine* (VDAV) begannen um Einfluss auf die Arbeiterschaft und ein zukunftsweisendes politisches Programm des neuen Berufsstandes zu ringen. Mitglieder der *Sächsischen Volkspartei*, des VDAV und des ADAV fanden sich schließlich 1869 in Eisenach zur *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) zusammen. Dass sich diese Neugründung relativ rasch zu der politischen Partei der Arbeiterschaft im Kaiserreich entwickeln sollte, war zur Zeit der Reichsgründung noch nicht absehbar. Bei der ersten Reichstagswahl 1871 entfielen lediglich 40 000 Stimmen auf die SDAP. Dreiviertel der Stimmen kamen aus Sachsen. Doch die nächsten Reichstagswahlen zeigten, dass die neue politische Kraft selbst mit Hilfe des berühmt-berüchtigten Sozialistengesetzes nicht mehr aus der Welt zu schaffen war. Bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg konnten die Sozialisten 34,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Angesichts des Rückstands in der Industrialisierung muss es nicht verwundern, dass sich auch die Arbeiterbewegung im Südwesten anfangs nur zögerlich entwickelte. Die verhältnismäßig geringe Zahl an Großbetrieben, die damit gegebene größere Nähe zwischen Arbeitern und Fabrikherren und die agrarische Verwurzelung vieler Arbeiter sorgten lange für einen vergleichsweise geringeren Organisationsgrad in der Arbeiterschaft. Das gemäßigte süddeutsche Klima spiegelte sich auch in den Mitgliedszahlen der Arbeiterpartei. Die Statistik weist zu Beginn der 1890er Jahre 1500 Mitglieder der SDAP in Baden und etwa 4000 Parteimitglieder in Württemberg aus. Doch seit der Jahrhundertwende stiegen die Mitgliederzahlen rasant an. Knapp 13 000 Badener und annähernd 19 000 Württemberger besaßen 1907 ein Parteibuch der Sozialdemokraten. Davon waren lediglich drei Prozent bzw. ein Prozent Frauen. In den wenigen Jahren bis zum Kriegsbeginn verdoppelten sich die Parteiangehörigen im Südwesten und die weiblichen Mitglieder zeigten Nachholtendenzen. 1914 war der Anteil der Frauen auf elf Prozent der badischen und acht Prozent der württembergischen Parteimitglieder angewachsen. Damit lag das weibliche Parteiengagement im Südwesten freilich noch immer unter dem Reichsdurchschnitt. Schon 1911 hatte die Sozialdemokratie reichsweit knapp 13 Prozent weibliche Mitglieder vorzuweisen.

Überdies wurden im Südwesten den freien (sozialistischen) Gewerkschaften von christlichen und genossenschaftlich orientierten Arbeiterorganisationen stärker als in anderen Regionen des Reiches Konkurrenz gemacht. Nach den Erhebungen der badischen Fabrikinspektion waren 1903 24 Prozent der Arbeiter organisiert. 17 614 der Sozialdemokratie nahestehende Gewerkschaftsmitglieder wurden gezählt. Nur ein Prozent von ihnen waren Frauen. Dagegen wies die Gewerkschaftsstatistik auf Reichsebene schon im Jahr 1900 3,3 Prozent weibliche Mitglieder auf. Weiterhin gab es in Baden *Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine* mit 4174 Mitgliedern und christliche Gewerkschaften mit 6762 Angehörigen. Immerhin 5,5 Prozent bzw. 4 Prozent von ihren Mitgliedern waren weiblich. Gewerkschaftsmitgliederzahlen für Württemberg sind kaum veröffentlicht. Der *Deutsche Metallarbeiterverband* in Württemberg brachte es 1903 erst auf 4445 Mitglieder. Rund 30 Prozent von diesen waren in Stuttgart organisiert. Bis 1913 war dann immerhin die 5,6-fache Mitgliederzahl erreicht. Doch nach wie vor lag der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Organisation in der württembergischen Hauptstadt. Vier von zehn Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes gehörten in diesem Jahr dem Stuttgarter Zweigverein an. Wie viele von ihnen Frauen waren, ist nicht bekannt. Auf Reichsebene brachten es die Gewerkschaften 1913 insgesamt auf 8,8 Prozent weibliche Mitglieder.

Die detaillierte badische Statistik belegt, wie lange es dauerte, bis sich auch Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu organisieren begannen. Vor 1908 war in Preußen die politische Organisation für Frauen ohnehin verboten. Im Südwesten waren die Regierungen zwar liberaler, doch auch hier war der Weg für Arbeiterinnen in die Gewerkschaften und in die sozialdemokratische Partei lang und dornig gewesen. Verwundern muss die Distanz der Arbeiterinnen eigentlich nicht. Die junge Gewerkschaftsbewegung und ihr sich entfaltender politischer Partner standen bis in die 1880er Jahre hinein den weiblichen Erwerbstätigen eher kritisch als positiv gegenüber. Zwar hatte der erste Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine 1865 die Einbeziehung von Arbeiterinnen in zukünftig zu gründende Arbeiterorganisationen gefordert, und August Bebel (1840–1913) legte 1868 ein Musterstatut für die gemeinsame Organisation von Arbeitern und Arbeiterinnen in Gewerksgenossenschaften vor. Doch die Mehrheit der gewerkschaftlichen Neugründungen und die politisch organisierte Arbeiterschaft lehnten weibliche Fabrikarbeit entschieden ab. So stand 1867 auf der sechsten Generalversammlung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) in Berlin auch die Frage der Frauenarbeit auf der Tagesordnung. Der Kongress nahm mehrheitlich eine Resolution gegen weibliche Fabrikarbeit an und konstatierte: „Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der

empörendsten Missbräuche unseres Zeitalters.“¹³⁹ „Mit großem Beifall und einstimmig“ beschloss fünf Jahre später ebenso der in Erfurt tagende Gewerkschaftskongress, „gegen alle Frauenarbeit in den Fabriken und Werkstätten zu wirken und dieselbe abzuschaffen“.¹⁴⁰ Auch auf dem Gründungskongress der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) 1869 in Eisenach und auf dem Vereinigungskongress 1875 in Gotha debattierten die Delegierten über Frauenarbeit und entschieden sich mehrheitlich dafür, ein Verbot der Kinderarbeit und eine Beschränkung der Frauenarbeit zu fordern. Eine Durchsicht der ausgetauschten Argumente zeigt, dass es den Beteiligten zwar auch um die Einschränkung von Billiglohnkonkurrenz ging, doch vor allem sollte weibliche außerhäusliche Lohnarbeit das angestammte Familienmodell und die Geschlechterhierarchie in der Familie nicht gefährden. An dieser Schranke scheiterte auch die Forderung für ein allgemeines geheimes politisches Wahlrecht beider Geschlechter.

Die da und dort, in Berlin und in Sachsen, in Nischen entstehenden Organisationen von Arbeiterinnen hatten es schwer, sich die Akzeptanz der männlichen Berufskollegen zu erwerben. Dabei mangelte es nicht an berühmten Fürsprechern im eigenen Lager, die sich für die wirtschaftliche und politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts einsetzten. August Bebel publizierte 1879 eine grundlegende Darstellung zur Rolle der Frau im Kampf für den Sozialismus, Friedrich Engels (1820 – 1895) machte in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) klar, dass Familienformen und damit zusammenhängende Geschlechterrollen historisch bedingt und deshalb veränderbar seien.

August Bebels 1879 während des Sozialistengesetzes publiziertes Buch *Die Frau und der Sozialismus* lieferte vor dem Hintergrund einer historischen Herleitung patriarchaler Strukturen und der Minderberechtigung von Frauen in Familie, Wirtschaft und Gesellschaft eine Begründung, warum Frauen eine gleichberechtigte Stellung zustünde. Aber nur die Frau, die selbst bezahlter Lohnarbeit nachging, konnte Bebel zufolge zur gleichberechtigten Partnerin ihres Ehemannes werden, nur diese mit ihm zusammen den Kampf für den Sozialismus und die Emanzipation beider Geschlechter aufnehmen und schließlich Gleichberechtigung im Sozialismus erreichen. Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes illegal als *Bericht der Fabrikinspektion* 1883 oder als *Engels Statistik, 5. Heft* verbreitet, provozierte Bebels Werk weit über das sozialistische Lager hinaus eine Diskussion der gesellschaftlichen Rolle

139 Protokoll der 6. Generalversammlung des ADAV in Berlin vom 23. bis 25. November 1867, abgedruckt in: Dowe (1980), S. 82.

140 Lion (1926), S. 30.

der Frau im Allgemeinen und der Arbeiterbewegten Frau im Besonderen. Nicht zuletzt trug das Buch dazu bei, in der Arbeiterbewegung die Abwehrfronten gegen weibliche Lohnarbeit und Politikfähigkeit abzubauen. Es schuf eine Basis dafür, eine proletarische Frauenbewegung zu legitimieren, die eigenständige Antworten auf die Emanzipationsbestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung formulieren konnte. Denn diese trat seit den 1860er Jahren zunehmend sichtbarer auf die politische Bühne und forderte bessere Bildungsmöglichkeiten für Mädchen, den Zugang zu Abitur und Studium, die Eröffnung qualifizierter Berufsmöglichkeiten für das weibliche Geschlecht und weibliche Partizipation an den öffentlichen Aufgaben. Doch in den Programmdiskussionen und in der parlamentarischen Politik wussten die (männlichen) Meinungsführer der Sozialdemokratie zwischen erwünschten Frauenanliegen und zu vernachlässigenden klar zu unterscheiden. Seit dem Erfurter Programm (1891) forderte die Partei das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen. Seit 1892 kämpfte sie gegen das in Preußen noch immer gültige „Koalitionsverbot“, das Frauen die Betätigung in einer politischen Organisation verbot. Es war auch die sozialdemokratische Partei, die als erste die Forderung nach dem Frauenwahlrecht im Reichstag (1895) einbrachte, und sie verschaffte dieses den Frauen erstmals in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919. Die Aufnahme von Forderungen, welche die gesellschaftlichen Handlungsspielräume von Frauen erweitern wollten und die tradierten Geschlechterrollen in der Familie zu sprengen drohten, war jedoch in der Partei nicht durchsetzbar.



August Bebel als Redner auf der sozialistischen Frauenkonferenz in Mannheim 1906.

Der schließlich gegen alle parteiinternen Widerstände doch stattfindende Aufbau der proletarischen Frauenbewegung ist eng mit dem Namen einer Wahlwürttembergerin verbunden. In Württemberg, genauer: in Stuttgart lebte seit 1890 eine Repräsentantin der proletarischen Frauenbewegung, die weit über die Landesgrenzen und das Deutsche Reich hinaus Ruhm erlangte und die maßgeblich an der Ausformung der sozialdemokratischen Frauenbewegung des Kaiserreiches beteiligt war. Clara Zetkin (1857–1933) verdankte ihre qualifizierte Ausbildung zur Lehrerin den frühen Einrichtungen der bürgerlichen Frauenbewegung in Leipzig. Das Jahr ihres Lehrerinnenexamens (1878) markiert den Eintritt in die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei*. Bis zum Fall des Sozialistengesetzes im Exil in Paris lebend, engagierte sie sich zunehmend für den Aufbau einer sozialdemokratischen Frauenbewegung, vor allem aber dafür, dass sich die Sozialdemokratie auf internationaler Ebene der sozialen und politischen Frauenfrage annahm. Politisch bekannt wurde Clara Zetkin 1889. Auf dem Gründungskongress der *Zweiten Internationalen* in Paris warb sie erfolgreich für die proletarische Frauenbewegung: „Die Sozialisten müssen wissen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist“, belehrte sie die Genossen.¹⁴¹ Und weiter:

„Die Sozialisten müssen vor allem wissen, daß auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht. Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung all dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechts durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen. Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne.“¹⁴²

Clara Zetkin entwickelte sich zur tonangebenden Galionsfigur der sozialdemokratischen Frauenbewegung, und sie bestimmte – durchaus nicht ohne Sinn für Machtpolitik – die Ausgestaltung des Frauenprogrammes der Partei. Dies bedeutete die konsequente Anbindung der Sozialistinnen an die Partei, im Gegenzug die klare Verpflichtung der Partei, auf die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in Politik und Arbeitswelt hinzuwirken, freilich um den Preis der „reinlichen Scheidung“ der proletarischen Frauenbewegung von der bürgerlichen. Für die sozialdemokratische Frauenorganisation unter Führung Clara Zetkins stand fest, das Hauptziel der Bewegung hatte der gemeinsame Kampf für den Sozialismus zu sein. Diesem

141 Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, 1889, S. 80, zit. nach Zetkin (1955), S. 10 f.

142 Ebd.

Kampf nachgeordnet waren alle Forderungen für die Verbesserung der Lage der Frauen.

Der Partei rang sie ab 1900 das Recht ab, parallel zu den Parteitag eigenständige sozialistische Frauenkonferenzen abhalten zu können. An der Zahl der weiblichen Delegierten zu den Frauenkonferenzen lässt sich der mühsame Weg der Frauen in die und in der Partei ablesen. 20 Delegierte (16 Frauen und vier Männer) waren auf der ersten Frauenkonferenz im Jahr 1900 vertreten, nahezu die Hälfte von diesen kam aus den Räumen Berlin und Hamburg. Den Südwesten vertrat Clara Zetkin alleine. Erst auf der Frauenkonferenz 1906 mit 58 Teilnehmenden waren neben ihr mit Marie Geck (1865–1927) aus Offenburg für den dritten badischen Wahlkreis, Stephanie Hoffmann aus Mannheim und Laura Schradin (1878–1937) aus Reutlingen vier Delegierte aus Baden und Württemberg vertreten. Auf 75 gewählte Vertreter und Vertreterinnen (48 Frauen und 27 Männer) brachte es die sechste und letzte Frauenkonferenz vor dem Ersten Weltkrieg 1911. Ihnen standen im gleichen Jahr 338 mehrheitlich männliche Delegierte gegenüber, die den eigentlichen Parteitag in Jena besuchten. Lediglich Delegierte aus Stuttgart, Mannheim und Heidelberg vertraten den Südwesten auf der Frauenkonferenz. Doch die südwestdeutschen Genossen scheinen ohnehin keine Vorreiter in Sachen gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den weiblichen Parteimitgliedern gewesen zu sein. So konnte die Vertreterin Reutlingens, Laura Schradin, auf der sozialistischen Frauenkonferenz 1906 in Mannheim

„leider nicht über große Erfolge in der Frauenbewegung berichten. Daran trägt die Hauptschuld die Gleichgültigkeit der männlichen Genossen in Württemberg, die der Meinung sind, die Frauen betrieben die Agitation nur als Sport. Der Gewerkschaftssekretär Naether in Stuttgart meinte, erst sollte man die Männer zu organisieren suchen, dann erst kämen die Frauen dran. Die Frauen seien zu dumm, um in den Versammlungen die Referate zu verstehen. (Hört, hört!) Es gehört eine Roßnatur dazu, um bei solchen Redensarten kühl und ruhig zu bleiben. Beim Landesvorstand stellten wir den Antrag, er möge einige Hundert Mark auswerfen für eine Person, die mich in der Agitation unterstützen sollte. Er wies mich an das städtische Komitee, von da wurde ich zum Parteisekretariat geschickt. Es tut mir leid, daß ich hier über die Rückständigkeit der württembergischen Genossen Klage führen muß.“¹⁴³

143 Bericht über die Frauenkonferenz in Mannheim am 22. und 23. September 1906, in: Protokoll (1906), S. 407.



Clara Zetkin am Rednerpult auf der sozialistischen Frauenkonferenz in Mannheim 1906.

Die in Sachen Frauenfrage vermutlich nicht sonderlich progressive Haltung der Sozialisten und Gewerkschaftler im Südwesten verhinderte freilich nicht, dass sich in einzelnen großstädtischen Zentren ein reges politisches Leben in der organisierten weiblichen Arbeiterschaft entwickeln konnte. Zwar konstatierte der Leiter der badischen Fabrikinspektion Friedrich Wörishoffer (1839–1902) 1891, die Arbeiterinnen beklagten ihre soziale Situation. Sie empfänden diese als demütigend und als eine Zwangslage, „von welcher aber häufig die eigene Person ausgenommen wird“.¹⁴⁴ Sie seien auf der anderen Seite aber wenig bereit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. So habe der *Verband deutscher Schneider* in Mannheim beschlossen, auch Schneiderinnen aufzunehmen, doch nur zwei Schneiderinnen hätten von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Doch bereits ein Jahr später gründete sich vor Ort ein selbständiger Arbeiterinnenverein. Selbstbewusst erklärten die Organisatorinnen:

„Der Verein schließt sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an und wirkt gemeinschaftlich mit dieser für die ökonomische wie politische Freiheit des weiblichen Geschlechts. Zur Aufklärung werden geeignete Vorträge gehalten.“¹⁴⁵

Vielleicht kamen aus diesem Verein die weiblichen Delegierten, die auf den späteren sozialdemokratischen Frauenkonferenzen die Mannheimer Arbeiterinnen-

144 Wörishoffer, zit. nach Lindemann (1993), S. 114.

145 Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands (1893), zit. nach ebd., S. 115.

terinnenbewegung repräsentierten. Mit Hilfe der Vereinsbeiträge der 235 Mitglieder wurden schon im Gründungsjahr des Vereins Abonnements der *Gleichheit* finanziert, die Clara Zetkin in Stuttgart herausgab.

Clara Zetkin hatte die Entscheidung, nach ihrem Aufenthalt in Frankreich ihre neue deutsche Heimat in Stuttgart aufzubauen, sehr bewusst getroffen. Im sozialdemokratischen Presse- und Verlagszentrum um den Verlag J. H. W. Dietz hoffte sie auf bezahlte journalistische „Parteiarbeit“, eine Erwartung, die rasch in Erfüllung ging. In Stuttgart hob Clara Zetkin 1891 zusammen mit dem Stuttgarter Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz (1843–1922) eine Zeitschrift aus der Taufe, die bis 1917 auf das engste mit ihrem Namen verbunden blieb. Ihr sollte es in den folgenden Jahrzehnten gelingen, *Die Gleichheit* zum zentralen Presseorgan der Sozialdemokratinnen auszubauen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Auflagenzahl der Zeitschrift wider. Sie stieg zwischen 1900 und 1913 von 4000 auf 112 000 Exemplare an.

In Stuttgart von der lokalen Obrigkeit misstrauisch beobachtet, reihte sich Zetkin alsbald innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie in den linken Flügel ein, der in den zunehmenden Auseinandersetzungen um Reform und Revolution die Praktiker an die revolutionstheoretische Kandidate nahm. Doch Clara Zetkins politischer Fokus war primär nicht auf die Landespolitik ausgerichtet. Selbst Berlin war nicht ihre bevorzugte Bühne. 1907 wählte sie die in Stuttgart parallel zum Internationalen Sozialistenkongress tagende Erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zur Internationalen Frauensekretärin und machte *Die Gleichheit* zu ihrem Presseorgan.



Ein großer Vertrauensbeweis: Die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen wählte Clara Zetkin 1907 zur Internationalen Frauensekretärin.

Auf Clara Zetkins Initiative hin beschloss schließlich der Internationale Sozialistische Frauenkongress in Kopenhagen 1910 die Einrichtung des Internationalen Frauentages, der der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen sollte. „Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag“, hieß es im Aufruf der *Gleichheit* zum 1911 erstmals veranstalteten Internationalen Frauentag im Wilhelminischen Kaiserreich. Und weiter hieß es dort:

„Er gilt eurem Recht. Hinter Eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muß euer Ehrentag sein.“¹⁴⁶

Der Erfolg des Aufrufs gab Clara Zetkin Recht. Im ganzen Deutschen Reich, aber auch in Österreich, Dänemark, der Schweiz und in den USA fanden Versammlungen statt und Resolutionen zum Frauenwahlrecht wurden verabschiedet.

„Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung, die die Stellung der Frau von Grunde aus umgewandelt hat“,

heißt es in der deutschen Resolution. Und weiter:

„Zehn Millionen Frauen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozess tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mütter Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.“¹⁴⁷

Gegen Widerstände in der eigenen Partei setzte die proletarische Frauenbewegung in den folgenden Jahren durch, dass der Frauentag jährlich begangen wurde. Mehr und mehr entwickelte er sich auch zu einer Manifestation einer Antikriegsbewegung. Der konsequente Internationalismus Clara Zetkins sollte während des Ersten Weltkriegs schließlich zur Abkehr der Gründungsmutter der sozialdemokratischen Frauenbewegung von der Mehrheitssozialdemokratie führen. 1917 musste die entschiedene Pazifistin und nunmehrige Parteigängerin der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD) die Redaktion der *Gleichheit* niederlegen.

146 Die Gleichheit vom 13.3.1911.

147 Ebd.

Urbanisierung im Südwesten

Der rapide industrielle Wandel veränderte in der Epoche des Kaiserreiches nicht nur die Arbeitsverhältnisse. Er schlug sich auch in einem Verstädterungsprozess nieder, der die Wohn- und Lebensverhältnisse in kaum vorstellbarem Maße veränderte. Zur Zeit der Reichsgründung hatten erst acht Städte im Reich mehr als 100 000 Einwohner. Bis 1910 war die Zahl der Großstädte auf 48 angewachsen. Jeder fünfte Einwohner Deutschlands lebte jetzt in einer Großstadt. Es war das Arbeitsplatzangebot, das die Menschen in die Städte zog. Die Infrastruktur im städtischen Raum begünstigte neue Fabrikniederlassungen. Mit den Fabriken wanderte die Arbeiterschaft zu. Nicht selten erwiesen sich Industrieunternehmen gar als Städtegründer. Manches Dorf mauserte sich dank der neuen Arbeitsplätze innerhalb kürzester Zeit zur Großstadt. Auch im Südwesten führten die sozialen Dynamiken der Industrialisierung zu Städtewachstum und dem rapiden Wandel städtischer Aufgaben und Lebensweise. Doch das Tempo war gemächlicher als in den hochindustrialisierten Verdichtungsräumen des Deutschen Reiches. Nur jeder neunte Einwohner Württembergs lebte 1910 in einer Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern. In Baden zählte jeder Siebte zu den Großstädten. Die meisten Klein- und Mittelstädte präsentierten sich noch als traditionelle Ackerbürgerstädte. Daneben gab es freilich einige Metropolen, in denen die neuen Arbeits- und Lebenschancen zahllose Menschen angelockt hatten. Bis 1910 stiegen Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart in den Rang von Großstädten auf. Seit der Reichsgründung hatte sich die Bevölkerung Karlsruhes fast vervierfacht. Die Einwohnerzahl Mannheims verfünffachte sich nahezu. Dank umfangreicher Eingemeindungen war auch Stuttgarts Einwohnerzahl seit der Reichsgründung mit 286 218 im Jahr 1910 auf das Dreifache gestiegen.

Die positiven und negativen sozialen und baulichen Folgen des rapiden Stadterweiterungsprozesses zeigten sich in den südwestdeutschen Metropolen genauso wie in den anderen Großstädten des Reiches. Die Stadtverwaltungen erkämpften sich Richtlinienkompetenzen gegenüber den privaten Bauherren. Sie hatten neue Wohnquartiere zu planen und die Elektrizitätsversorgung zu organisieren. Wasserwerke und Müllbeseitigung, Schulen und Krankenhäuser für die wachsende Bevölkerung mussten in Angriff genommen werden. Dabei erwies sich insbesondere der Gesundheitssektor als Schrittmacher, denn in den Urbanisierungszentren des 19. Jahrhunderts entwickelten und fokussierten sich viele aktuelle gesundheitliche Problemlagen. Hier entstand die wissenschaftliche und sozialmedizinische Infrastruktur, um Krankheit und frühem Tod den Kampf anzusagen. Hier

nahmen sich vor allem die (männlichen) Mediziner und das sozialreformerrisch engagierte (männliche) Bildungsbürgertum der Krankheitsprobleme an, und sie nutzten die öffentliche Diskussion, um Stadtentwicklungsprogramme vorwärts zu treiben. Das war auch in Stuttgart so.

Die württembergische Residenzstadt und Industriemetropole war in Sachen Gesundheit von den gleichen Problemen betroffen, die insgesamt die sozialmedizinische Lage expandierender Städte im Urbanisierungsprozess kennzeichneten. Die großen Seuchenzüge, die gesundheitliche Lage der Arbeiter, die Sterberisiken von Frauen in der Gebärrhase und die Säuglingssterblichkeit, kurz die soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod sowie die sanitären Erfordernisse der Stadtentwicklung beschäftigten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Ärzteschaft und Stadtreformer in Stuttgart ähnlich wie in München oder Berlin. Insbesondere die im Urbanisierungsprozess sich verstärkenden Seuchenzüge lieferten eine wirkmächtige Argumentationshilfe gegenüber zögerlichen städtischen und staatlichen Behörden, um kostenträchtige Sanierungsmaßnahmen durchzudrücken.

Dies lässt sich am Beispiel des Ineinandergreifens von Stuttgarter Debatten über Typhuserkrankungen und Stadtentwicklung veranschaulichen. Bis ins späte 19. Jahrhundert hinein herrschte in den Städten beständig eine hohe Sterblichkeit durch Typhus. Die Medizin befasste sich bereits seit den 1830er Jahren verstärkt mit den Ursachen der Krankheit, konnte sie aber vorerst nicht klären. Da zunehmend die lokale Wasserqualität für die Seuche verantwortlich gemacht wurde, lieferten Typhusausbrüche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts allmählich überzeugende Argumente für die Forderungen der Stadtsanierer und Sozialreformer. Auch in Stuttgart waren Typhusausbrüche während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder verzeichnet worden. Auf eine schwache Epidemie 1855 folgte erst 1868/69 ein erneuter Typhusausbruch (40 Tote), doch ein weiterer bereits wenige Jahre später (1872/73) mit 85 Toten. Er traf angesichts einer zeitgleich herrschenden Pockenepidemie auf eine sensibilisierte Öffentlichkeit. Anders als bei früheren Ausbrüchen ließ sich diesmal die Ursache plausibel erklären und konkret an den sanitären Verhältnissen der Stadt festmachen.

„Zu der hier noch immer bestehenden Pockenepidemie hat sich in der letzten Zeit noch eine Typhusepidemie hinzugesellt, welche energisch sanitätspolizeiliche Maßregeln erfordert, wenn die Epidemie nicht größere Dimensionen annehmen soll“,

so der Stuttgarter Mediziner Burkart in einer eingehenden Analyse im *Medizinischen Correspondenzblatt*.¹⁴⁸

148 Burkart (1872), S. 9 ff. Hieraus auch die folgenden Zitate.

„Die Ursache der Entstehung des Typhus ist hier in lokalen Verhältnissen zu suchen, sei es nun mangelhafte Reinigung und Entleerung der Kloaken, mangelnde Ventilation der Wohn- und Schlafgemächer, Zusammenleben von vielen Menschen in engen und schlecht ventilierten Räumen.“

Die Seuche erweiterte sich von einer Hausinfektion zu einer Straßenepidemie. Sie griff allmählich auf die umliegende Wohngegend über und führte im betroffenen Stadtteil durchschnittlich in jedem zweiten Haus zu einer Erkrankung. Der engagierte Mediziner leitete die Typhusepidemie von einer nachweisbaren Jauchefektion des Trinkwassers her. Offenbar gab es von Seiten der Gemeindebehörden Versuche, den Zusammenhang zu leugnen, denn Burkart kommentierte empört:

„Und wenn es noch duzendmal von officiöser Seite versucht wird, den Eindruck, welcher die Epidemie auf die Stimmung der Bevölkerung gemacht hat, zu verwischen, es wird nimmermehr gelingen; die Bevölkerung im westlichen Stadttheil hat zur Genüge Gelegenheit gehabt, diese Thatsachen mitanzusehen, mit dem Geschmacks- und Geruchssinn zu percipieren; diese sinnlich wahrnehmbaren Thatsachen läßt sich niemand wegdisputieren.“

Dem kämpferischen Artikel folgten weitere.

„Es ist unbegreiflich, mit welcher Gleichgültigkeit von vielen Leuten, in Stadt und Land, schlechtes, übel-schmeckendes Trinkwasser getrunken und zu der Bereitung von Speisen verwendet wird“,

so der Stuttgarter Mediziner Otto Köstlin (1818–1884).¹⁴⁹ In der anschließend geführten medizinischen Debatte einigten sich die Mediziner darauf, trotz der gegenteiligen Thesen des berühmten Münchener Hygienikers Max Pettenkofer (1818–1901), für Stuttgart den Zusammenhang der Seuche mit der Trinkwasserqualität als gegeben anzunehmen.

„Und dann bildet gewiss die möglichste Herabsetzung der Mortalitätsziffer eine dankbare Aufgabe, nicht nur in hygienischer, sondern auch in nationalökonomischer Beziehung; soll man sich für Stuttgart dabei beruhigen, daß jährlich nur 21,9 von 1000 Einwohnern sterben? Sollte nicht vielmehr der Versuch gerechtfertigt sein, durch Beseitigung offener Mängel diese Ziffer noch weiter herabzudrücken?“,

hatte ein anderer Mediziner bereits vor dem erneuten Ausbruch des Typhus 1872 öffentlich gefragt.¹⁵⁰

„Organische Fäulnisstoffe, Trinkwasser und Grundwasser stehen jetzt überall im Vordergrund bei der Erklärung vieler und namentlich der typhösen Erkrankun-

149 Köstlin (1873), S. 19.

150 Reuss (1872), S. 13.

gen. Möchte es dem Zusammenwirken der Behörden und der Ärzte gelingen, auch für Stuttgart die Ursachen jener Krankheiten immer mehr in umfassender und tiefgehender Weise zu erheben“,

mahnte 1873 Köstlin.¹⁵¹ Es ist „in unsere Hand gelegt“, so Burkart im gleichen Jahr,

„den Typhusstand auf noch niederere Zahlen zu reduciren. Es wird also Aufgabe der mit der Gesundheitspflege der Stadt betrauten Behörden sein: [...] Vorsorge zu treffen, daß in Zukunft Infectionen des Trinkwassers vermieden werden können.“¹⁵²

Vermutlich war auf die neue Konfrontation mit dem Seuchengeschehen zurückzuführen, dass sich 1872 der Stuttgarter *Ärztliche Verein* gründete, der sich als Hauptaufgabe „die Anregung und Förderung von Fragen aus dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege“ setzte. Die Mitglieder debattierten über die 1872 herrschende Typhusepidemie und die Trinkwasserfrage, besprachen medizinische Präventivmaßnahmen bei ausbrechenden Seuchen im Stuttgarter Hinterland, diskutierten über das Latrinenwesen und die Kanalisation oder die Organisation des Leichenhauses. „Die diesfälligen Wünsche und Anschauungen des Vereins wurden zum öfteren den städtischen Behörden mitgeteilt.“¹⁵³ Bereits 1864 hatte man auch mit der Kanalisierung eines bis dahin als Abwasserkloake benutzten Baches angefangen. Mitte der 1870er wurde schließlich ein Abwasserkanalsystem in Angriff genommen. Die Kloakenreinigung und Fäkalienabfuhr übernahm die Stadt ab 1873 in kommunaler Regie. Damit galt die Abfuhr der Fäkalstoffe für die nächsten Jahrzehnte als in befriedigender Weise gelöst. Neue diesbezügliche Debatten flammten erst wieder um die Jahrhundertwende auf. Entsprechend spät, um 1910, ging die Stadt an den Ausbau des Kanalsystems, um die moderne Form der Fäkalienbeseitigung durch die Ausstattung der Toiletten mit Wasserspülung zu ermöglichen.

Die heftigen öffentlichen Debatten innerhalb der Ärzteschaft dürften das ihre dazu beigetragen haben, die Kommune zu entsprechenden finanziellen Anstrengungen und dem Ausbau einer einschlägigen kommunalen Infrastruktur zu bewegen. Zwar verzeichnete die Medizinalstatistik auch in den 1880er Jahren Typhuserkrankungen in Stuttgart, 1882 kam es noch einmal zu einer kleineren Epidemie mit über 200 Typhuserkrankungen und immerhin 27 Typhustoten. Doch die öffentlichen Behörden wussten nun ge-

151 Köstlin (1873), S. 24.

152 Burkart (1873), S. 11.

153 Franck (1882), S. 7.

zielt und effektiv durch Brunnenuntersuchungen, Reinigung- und Desinfektionsmaßnahmen die Typhusherde einzudämmen.

Das gewachsene sozialpolitische Bewusstsein der (männlichen) Mediziner und Stadtreformer wandte sich im späten 19. Jahrhundert auch einem Thema zu, das wie kein anderes die Lebenswelten von Frauen betraf: der Säuglingssterblichkeit. Sie war während der beginnenden Industrialisierung bis in die 1860er/70er Jahre kontinuierlich angestiegen. Gerade in den Lebenschancen der kleinen Kinder zeigten sich besonders deutlich soziale Problemlagen in der Hochindustrialisierungsphase des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts. Armut, unhygienische Wohnverhältnisse und die Arbeitsbelastung der Frauen forderten zunehmend ihren Preis. In Württemberg erreichte die Säuglingssterblichkeit im Landesdurchschnitt in den 1850er/60er Jahren ihren Höhepunkt, als nahezu vier von zehn Kindern ihren ersten Geburtstag nicht erlebten. In den folgenden Jahrzehnten begann sie sich sichtlich abzusenken (1915/18: 15 %). Doch bis zum Beginn der 1880er Jahre kam Württemberg im Kaiserreich die unrühmliche Rolle des Spitzenreiters in der Säuglingssterblichkeitsrate zu. Tatsächlich war bis in die 1850er Jahre die Stuttgarter Säuglingssterblichkeitsziffer im Vergleich zu Württemberg und anderen großen Städten im Reich ganz passabel gewesen und überdies kontinuierlich gesunken. Doch die relativ hohen Überlebenschancen der Kleinkinder in Stuttgart verringerten sich in der ersten großen Wachstumsphase der Stadt in den 1860er Jahren mit einem drastischen Anstieg der Säuglingssterblichkeit um rund 20 Prozent auf die Ausgangswerte der 1830er Jahre. Die wieder wachsende und im Vergleich zu anderen Städten nun hohe Säuglingssterblichkeit in Stuttgart ließ die einheimische Ärzteschaft auf den Plan treten.

Der Mediziner Georg Cless (1815–1884), Spross einer alteingesessenen Beamten- und Ärztesfamilie, verfasste 1868 eine Schrift über die Kindersterblichkeit in Württemberg, die er selbst ausdrücklich als „Mahnruf an das Volk“ verstanden wissen wollte.¹⁵⁴ Die Säuglingssterblichkeit in Württemberg sei die höchste in ganz Europa. Diese Tatsache laste „als ein schwerer Vorwurf auf dem ganzen Volke“.¹⁵⁵ Cless machte, wie in der zeitgenössischen medizinischen Diskussion üblich, hauptsächlich die seiner Meinung nach in Württemberg verbreitete Unsitte, die Kinder nur wenig oder gar nicht zu stillen, für die hohen Darmerkrankungsraten besonders in der Sommerzeit verantwortlich. Er verstand die hohe Säuglingssterblichkeit als Merkmal geschlechtsspezifischer Arbeitsverhältnisse, einer Arbeitsorganisa-

154 Cless (1868).

155 Ebd., S. 3.

tion, die die Entlastung stillender Frauen durch Gesinde anscheinend nicht gestattete.

„Die Bauersfrauen verwerfen das Säugen als Unbequemlichkeit, als eine Störung der Arbeit und des Erwerbes, [...] aber wer Hände hat, soll arbeiten und wer Brüste hat, soll säugen, denn dazu sind sie ihm von der Natur gegeben.“¹⁵⁶

Im Konflikt zwischen Mutterliebe und Arbeit müsse sich die Mutter für erstere entscheiden. Es mag auf die städtisch-bürgerliche Herkunft des Arztes zurückzuführen sein, dass ihm die Umorganisation weiblicher Arbeiten in den Handlungsspielraum der betroffenen Familien gestellt schien, doch sah Cless durchaus auch die Zwangslage ärmerer Frauen. Unmittelbare Folge des mahnenden Artikels war die Gründung der ersten Kinderkrippe Stuttgarts 1868. Die freilich konnte wenig dazu beitragen, die üblichen Arbeitszwänge der Bauernfamilien und der Arbeiterbevölkerung zu beeinflussen.

Erneut auf die mangelnde Pflege der Säuglinge zielte 1879 ein weiterer Artikel. Der in Sachen Säuglingspflege äußerst engagierte Stuttgarter Stadtdirektions- und Stadtarzt Ernst Gussmann (1841 – 1911) problematisierte explizit die Stuttgarter Säuglingssterblichkeit.¹⁵⁷ Stuttgart, so bemängelte er, übertreffe mit seinem Anteil von 41,2 Prozent der gestorbenen Säuglinge an der Gesamtzahl der Gestorbenen 1878 die meisten deutschen Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern.

„Mangel an Einsicht, Bildung und Gesittung gehen mit Armuth und Noth Hand in Hand; beim Armen aber wie beim Wohlhabenden ist die Nichtschätzung des jungen hilflosen Lebens das hauptsächlichliche Mittel, das Übel zu fördern.“

Gussmann schätzte, dass höchstens jeder zweite Säugling über längere Zeit gestillt wurde. Wie seine Vorgänger setzte auch er mit seinen Initiativen zur Verbesserung der Säuglingsernährung am Stillverhalten an. Die Stuttgarter Ärzteschaft bemühe sich seit Jahren, die Hebammen dafür zu gewinnen, die Mütter zum Stillen anzuhalten. Auf Gussmanns Initiative hin erhielt seit 1879 jede junge Mutter vom Stuttgarter Standesamt eine „belehrende“ Broschüre. Doch anders noch als Cless zehn Jahre zuvor beließ es Gussmann nicht bei Appellen und Aufklärungsarbeit. Er war sich bewusst, dass gerade ärmere, auf außerhäusliche Arbeit angewiesene Mütter, den zeitgenössisch durchaus üblichen Stillappellen nur bedingt zugänglich sein konnten. Stuttgart sei daher bei der Versorgung der nicht gestillten Kinder mit der Einrichtung einer Milchkur-Anstalt „den meisten deutschen Städten mit gutem Beispiel vorangegangen“. Die städtische Anstalt versorgte

156 Ebd., S. 6.

157 Gussmann (1879). Hieraus auch die folgenden Zitate.

vor Ort mit frischer hochwertiger Kuhmilch eine ganze Reihe von Säuglingen. Freilich gestatte der hohe Preis dieser Milch „gerade der ärmeren Bevölkerung, die es am meisten bedürftig wäre, nur in Ausnahmefällen davon nachhaltigen Gebrauch für ihre Kinder zu machen“. Diesem Widerspruch stand jedoch auch Gussmann hilflos gegenüber.

Offensichtlich war die sozial engagierte private Kinderfürsorge, die beispielsweise der örtliche *Kinderrettungsverein* und der *Verein für Kinderfreunde* leisteten, dem Problem keinesfalls gewachsen. Höchstens 60 Krippenplätze standen für entwöhnte Kinder auf außerhäusliche Beschäftigung angewiesener Mütter Ende der 1870er Jahre zur Verfügung. Doch der wachsende Druck der kritischen Öffentlichkeit zeitigte allmählich Folgen. 40 Jahre später gab es in Stuttgart immerhin sechs Krippen und eine Säuglingsfürsorgestelle mit beratenden Aufgaben. Ein Säuglingsheim betreute ernährungskranke Säuglinge, beschäftigte selbst drei bis vier Ammen, vermittelte weitere und informierte über Säuglingsernährung und -pflege. Eine kostenneutral arbeitende Milchküche betreute jährlich etwa 360 Kinder und lieferte 1907/09 immerhin 50 000 Tagesportionen hygienisch einwandfreier Milch, die an Arme kostenlos abgegeben, ansonsten gestaffelt nach dem Einkommen zu bezahlen waren.

Festzustellen ist insgesamt, dass die Säuglingssterblichkeit in Stuttgart dem Trend der Großstädte des Reiches folgte und sich seit der Wende zum 20. Jahrhundert beträchtlich reduzierte. Verantwortlich hierfür mag eine Mischung aus sozialer Unterstützung und allmählicher Übernahme bürgerlicher Säuglingspflegekonzepte auch durch andere Bevölkerungskreise gewesen sein. Anlässlich der öffentlichkeitswirksamen, für ein überregionales Publikum ausgerichteten *Ausstellung für Gesundheitspflege* präsentierte sich die Stadt schließlich 1914 stolz als Metropole mit nur noch mittlerer Säuglingssterblichkeit im deutschen Städtevergleich. Die noch vorhandene Sterblichkeit der kleinen Kinder

„nach Möglichkeit zu bekämpfen, hat sich die Säuglingsfürsorge zur Aufgabe gemacht, und sie hat als sog. ‚offene‘ durch Belehrung, Beaufsichtigung der Ziehkinder, Förderung des Stillens, Abgabe zweckmäßiger Säuglingsnahrung usw., und als ‚geschlossene‘, durch Aufnahme von Kindern in Krippen und Kinderhorten und Unterbringung kranker Kinder in Säuglingsheimen, mit Erfolg den Kampf aufgenommen“.¹⁵⁸

158 Ausstellung für Gesundheitspflege (1914), S. 151.



Zu einem Motor der Stadtentwicklung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Gesundheitsfragen. Hier eine Werbemarke für die „Ausstellung für Gesundheitspflege“, die 1914 in Stuttgart stattfand.

Es waren in der Regel männliche Angehörige des Bildungsbürgertums, Experten in Stadtverwaltung und Medizinwesen, die sich in den großstädtischen Reformprozessen erfolgreich zu Wort meldeten. Weibliche Akteure spielten in den Debatten um Stadterweiterung und kommunale Dienstleistungen so gut wie keine Rolle. Das einzige kommunale Betätigungsfeld, das wohlbeleumundeten bürgerlichen Damen zugebilligt wurde, war das private Armenwesen. Hier war ihre Mitarbeit erwünscht. Doch die Mehrheit der lokalen Honoratioren wehrte sich entschieden dagegen, Frauen in die öffentlichen Wohlfahrtsorgane zu integrieren. Viele der Herren befürchteten „die Beeinträchtigung der freien Aussprache in ihren Sitzungen, eine Verweichlichung und Verteuerung der Armenpflege“.¹⁵⁹ Doch der Einzug der Frauen in die kommunalen Armenverwaltungen war langfristig nicht mehr aufzuhalten.

Zum Vorreiter weiblicher Mitarbeit im kommunalen Armensystem entwickelte sich der reichsweit agierende *Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit*. Er war 1880 auf Initiative der verantwortlichen Kommunalpolitiker großer Städte gegründet worden. Auch die badischen und württembergischen (Groß-)Städte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Konstanz und Baden-Baden, Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd und Biberach waren in ihm vertreten.¹⁶⁰ Schon in seiner ersten Vereinschrift aus dem Jahr 1881 publizierte der Verein einen Bericht des *Vaterländischen Frauenvereins* in Preußen über die Gestaltung der Verbindung zwischen der behördlichen Armenpflege und die Tätigkeit der privaten Frauenvereine. Die Mitglieder des Vereins beschlossen ein wenig zögerlich, dazu beitragen zu wollen, dass eine regere Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege erreicht werde. 1896 schließlich wurde die Heranziehung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege eigens auf die Tagesordnung gesetzt. Es zeigte sich, dass die professionellen Armenverwaltungsvertreter inzwischen einhellig der Meinung waren, auf eine Frauenbeteiligung an der kommunalen Armenbetreuung nicht mehr verzichten zu können. Ausdrücklich forderte die Versammlung die Einbeziehung von Frauen in die öffentliche Armenverwaltung mit gleichen Rechten und Pflichten, 1905 schließlich berief der männliche Honoratioren- und Professionalistenverein zum ersten Mal eine Frau zur offiziellen Berichterstatterin.

159 Münsterberg (1905), S. 98.

160 Stand 1896 nach Generalbericht (1896), S. 114 ff. Außerhalb Preußens (116) waren 66 Kommunen im Verein organisiert, davon neun badische und sechs württembergische. Zum Vergleich: Es gab nur zwei bayerische kommunale Mitglieder.

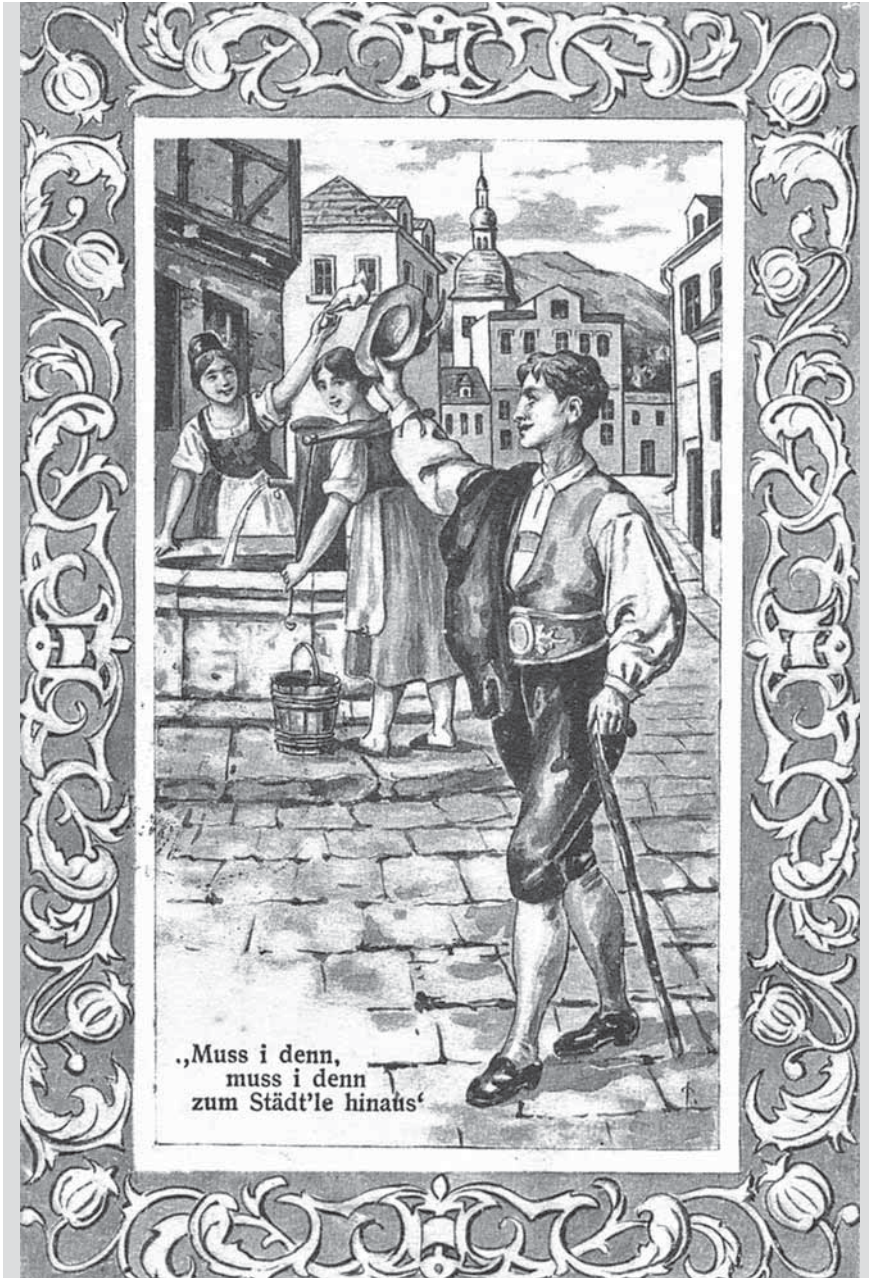
Exkurs: Von Baden und Württemberg in die weite Welt

„Muss I denn, muss I denn zum Städtele naus, und Du, mein Schatz, bleibst hier?“ lautet die erste Zeile eines schwäbischen Volksliedes, das 1827 erstmals publiziert wurde. Es sei „das beste, wirksamste und beliebteste Volkslied des schwäbischen Stammes“ schwärmte August Holder, Experte der schwäbischen Literaturgeschichte, im Jahr 1892.¹⁶¹ „Wo immer sich 2 oder 3 Schwaben zusammenfinden, erklingen die Töne dieses stammheitlich-herzigen Schiboleths.“¹⁶² Das Volkslied ist tatsächlich auch heute noch bekannt. Elvis Presley adaptierte es 1960. Zahlreiche andere Sänger nahmen es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihr Repertoire auf. Zwar passt der Text des Liedes in erster Linie auf einen wandernden Handwerksburschen oder Wanderarbeiter, denn der Sänger will „über's Jahr“ zu seiner Angebeteten zurückkehren. Doch es ist im Laufe des 19. Jahrhunderts wohl auch deswegen im Südwesten so beliebt geworden, weil es ein Zeitphänomen beschrieb, das den Alltag in Baden und Württemberg nachhaltig bestimmte: die Auswanderung.

Seit dem 18. Jahrhundert war der Südwesten Deutschlands von beeindruckenden Auswanderungswellen betroffen. Die Hoffnung auf ein besseres Leben, wirtschaftliche Not, aber auch religiöser und politischer Druck ließen seit dieser Zeit Wanderungsströme nach Osteuropa entstehen. Im 19. Jahrhundert dominierte die Auswanderung nach Amerika. In den 100 Jahren, die dem Wiener Kongress folgten, haben wohl mehr als sechs Millionen Deutschland verlassen. Sie stellten in den USA die größte nationale Gruppierung. Badener und Württemberger waren stark an der Auswanderung aus Deutschland beteiligt. Zwischen dem Wiener Kongress und der Reichsgründung verließ ein Viertel der württembergischen Bevölkerung ihre Heimat. Allein innerhalb der zehn Jahre von 1845 bis 1854 verließen zehn Prozent der Einwohner das Großherzogtum Baden. Noch im Zeitraum 1871 bis 1890 wanderten aus Württemberg mehr als 104 000 Personen und aus Baden zwischen 1880 und 1890 über 94 000 Personen aus. 260 000 Auswandernde, unter Umständen mit Familienangehörigen, verzeichnet die (keinesfalls vollständige) Auswanderungsdatenbank des Landesarchivs Baden-Württemberg.

161 August Holder, zit. nach Schell/John (2003), S. 259.

162 Ebd.



Die Trennung der Geliebten. Das beliebte zeitgenössische Postkartenmotiv reflektiert die hohen Migrationsraten im 19. Jahrhundert.

Zumeist standen die Behörden dem Bevölkerungsverlust ambivalent gegenüber. Sie suchten die Auswanderungsverfahren zu reglementieren und zumindest zu verhindern, dass in der Heimat Schulden zurückblieben. Die Auswanderung veränderte ganz Landstriche. Sie sorgte für langsamere Bevölkerungswachstumsraten, wenn nicht gar für Bevölkerungsrückgang auf dem Land. Vor Ort veränderte sie die Zusammensetzung der Einwohnerschaft, denn es wanderten die Jungen. Zurück blieben die Alten und es zogen mehr Männer als Frauen in die Fremde. Auswandern, das bedeutete für viele den endgültigen Abschied von den Verwandten und der Heimat. Von vielen glücklosen Auswanderern verloren sich rasch die Spuren, so zum Beispiel die von Anna Maria Ruoff, geb. Diel aus dem Dorf Rüdern, nahe bei Esslingen. 1813 hatte die Angehörige einer recht wohlhabenden Weingärtnerfamilie den verwitweten Esslinger Weingärtner Johann Eberhard Ruoff geheiratet. Sechs Jahre später beschloss Ruoff, mit seiner Familie „sein Vaterland zu verlassen und nach Amerika auszuwandern“, wie der Amtsschreiber mit kritischem Unterton vermerkte.¹⁶³ Zu diesem Zeitpunkt galt das Paar bereits als arm. Nachrichten von einem geglückten Start in Übersee blieben aus. Offenbar hatte Anna Marias Familie die Auswanderung missbilligt. Denn ihre Mutter setzte in den nächsten Jahren in einem komplizierten und trickreichen Verfahren durch, dass ihre Tochter vom beträchtlichen Familienerbe ausgeschlossen wurde. Wie die Ruoffs darauf reagierten, ist nicht überliefert.

Andere Auswanderer wie Johann Jakob Astor aus Walldorf bei Heidelberg erarbeiteten sich in Amerika ein Vermögen. Der Metzgerssohn zog 16-jährig zu seinem älteren Bruder nach England, der dort einen Musikalienhandel unterhielt. 1783 schiffte er sich 20-jährig nach Amerika ein. Astor erwirtschaftete ein Vermögen im Pelzhandel, erwarb bedeutenden Grundbesitz in New York und gründete die Niederlassung Astoria am Columbia-River. „Es fehlte ihm nicht an humanitärer Gesinnung“, ist in der *Neuen Deutschen Biographie* zu erfahren. „Von dem ungeheuren, noch vor dem industriellen Zeitalter erworbenen Vermögen von 20 Millionen Dollar stiftete er [...] seinem Geburtsort Walldorf 50 000 Dollar, die für die Errichtung eines Erziehungs- und Altersheims verwendet wurden.“¹⁶⁴

163 Stadtarchiv Esslingen, Teilung 930.

164 Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode: Astor, Johann Jakob, in: NDB 1 (1953), S. 423 f.

Mit dem Siegeszug der Industrialisierung auch im Südwesten gingen die Auswanderungszahlen allmählich zurück. Schließlich kam sie während des Ersten Weltkrieges zwangsweise zum Erliegen. Doch insbesondere während des Nationalsozialismus stellte die Auswanderung für viele politisch und rassistisch Verfolgte die einzige Chance dar, das eigene Leben zu retten. Auch heute noch ist sie ein Thema. Mit der Sendereihe *Goodbye Ländle* porträtierte der Südwestrundfunk 2013 einen Ulmer Biobäcker in Lima, einen Backnanger Duftdesigner in New York, badische Rinderfarmer in Namibia und zwei Schriesheimer Edelgastronomen in Südafrika.

Zwischen weiblicher Sozialarbeit und Kampf für Frauenrechte

Das Wilhelminische Kaiserreich stellt diejenige Epoche in der deutschen Geschichte dar, in der sich nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die Frauenbewegung eindrucksvoll zu Wort meldete. Es waren vor allem Frauen aus bildungsbürgerlichen Kreisen, die den Kampf für eine bessere Mädchenbildung und qualifizierte Frauenberufe aufnahmen. Dabei knüpften sie mit ihren Bestrebungen geschickt an der ehrenamtlich betriebenen weiblichen Sozialarbeit und damit an dem Tätigkeitsbereich an, den Frauen traditionell besetzten. Bereits die letzte dramatische Agrarkrise vorindustriellen Typs 1816/17 hatte klar gezeigt, dass breite Bevölkerungskreise auch in Baden, Württemberg und Hohenzollern nicht in der Lage waren, Krisenzeiten ohne fremde Hilfe zu überstehen. Traditionell oblag die Armenversorgung den Gemeinden. Doch diese fühlten sich für Ortsfremde nicht zuständig. Um die bestehenden Versorgungslücken zu füllen, setzten die Herrscherhäuser, ihre Regierungen und Verwaltungen vorderhand auf den Ausbau der freiwilligen privaten Nächstenliebe. Hier bot sich ein reiches Betätigungsfeld gerade auch für bürgerliche Frauen, galt doch ehrenamtliche Sozialarbeit als bestens vereinbar mit dem weiblichen Geschlechtscharakter.

In Württemberg hatte 1816 die frisch gekrönte Königin Katharina einen Kreis von adeligen und bildungsbürgerlichen Männern und Frauen zusammengeholt, um mit ihnen Pläne zur Schaffung eines landesweiten *Wohltätigkeitsvereins* zu entwickeln. Zunächst hatte die Königin an einen ständeübergreifenden, vor allem aber reinen Frauenverein gedacht. Der schließlich tatsächlich institutionalisierte Verein setzte auf Frauen, staatliche Beamte und kirchliche Funktionsträger. Ziel war es, einen in allen Oberamtsstädten und größeren Ortschaften wirkenden Wohlfahrtsverein unter maßgeblicher Beteiligung der bürgerlichen und geistlichen Spitzen zu schaffen und ihm zur Koordinierung, Anregung und Förderung eine einheitliche Leitung überzuordnen. Die Organisation fand große Zustimmung. Doch die Frauen, denen die Königin ursprünglich eine starke Rolle im *Wohltätigkeitsverein* zugeordnet hatte, wurden von den staatlichen und kommunalen Amtsträgern rasch in den Hintergrund gedrängt. So konstatierte Wilhelm Ferdinand Leube (1812–1864), der Herausgeber der *Blätter für das Armenwesen*, in einem Überblick zur Vereinsgeschichte 1850 wenn nicht beschönigend, dann zumindest vorsichtig:

„In neuerer Zeit haben aber die Frauen sich von dieser mehr allgemeinen Armenpflege zurückgezogen und in besonderen Vereinen sich einzelne wohltätige Zwecke für ein weites und schönes Feld für ihre mitleidige Liebe geschaffen.“¹⁶⁵

165 Leube (1850), S. 6.

Mehr Erfolg in Sachen weiblicher Sozialarbeit war fast ein halbes Jahrhundert nach der Initiative Königin Katharinas einer Vereinsgründung der badischen Großherzogin Luise beschieden. In Kooperation mit den badischen Behörden bediente sie sich nun explizit der Frauenvereine zur landesweiten Verbesserung der Armenhilfe. 1859, im Jahr des italienischen Einigungskrieges gegen Österreich hatte Großherzogin Luise den *Badischen Frauenverein* ins Leben gerufen. Der zentral von Karlsruhe aus koordinierte Verein entwickelte in den 1870er Jahren ein weit verzweigtes privates Wohlfahrtssystem, das allmählich alle Bereiche sozialer Hilfstätigkeit übernahm, die später vom öffentlichen Fürsorgesystem getragen wurden. In den Anfangsjahren des Kaiserreiches umfasste er 63 Ortsvereine mit mehr als 7000, in der Regel weiblichen Mitgliedern. Bis ins frühe 20. Jahrhundert stieg die Zahl der Mitgliedsvereine auf über 400 Ortsvereine mit rund 90 000 Mitgliedern an. In unterschiedlichen Abteilungen organisierte der *Badische Frauenverein* Ausbildungsmaßnahmen für Frauen niederer Stände wie etwa in Handarbeits- oder Hauswirtschaftskursen, später auch in kaufmännischen Lehrgängen. Er betrieb Volksküchen und Stellenvermittlungen, bemühte sich auch um Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und engagierte sich in vielfältiger Weise in der Armenfürsorge, etwa in der Tuberkulosebekämpfung oder in der Säuglingsfürsorge, schließlich in der Krankenpflege und in der Kriegsfürsorge während des Ersten Weltkriegs.

Seinen Erfolg verdankte der Verein dem Konzept, weibliches Ehrenamt unter hohe staatsnahe Protektion zu stellen. Systematisch und geschickt nutzte die Großherzogin eine brachliegende bürgerliche Ressource. Die lokalen Zweigvereine lebten im Wesentlichen vom finanziellen und ehrenamtlichen Engagement ihrer weiblichen Mitglieder aus den sogenannten besseren Familien. Angesichts der hohen Protektion konnte sich keine Kommune leisten, nicht mit dem *Badischen Frauenverein* zusammenzuarbeiten. Die ehrenamtliche soziale Vereinstätigkeit eröffnete bürgerlichen Frauen ein wohl beleumundetes Betätigungsfeld. Nicht zuletzt kamen die Aktivitäten des Vereins auch den ehrenamtlich engagierten Damen zugute. Soziale Liebestätigkeit stellte ein Übungsfeld für öffentliches Auftreten von Frauen aus gehobenen Kreisen dar. Hier wurden Netzwerke im geselligen und sozialpolitischen Rahmen geknüpft, die weit über die engen Vereinsziele hinauswiesen. Weiblichen Angehörigen der niedrigeren Schichten eröffneten die sozialen Unternehmungen der Frauenvereine die Möglichkeit, Lohnarbeit im sozialen Umfeld aufzunehmen und sich zu qualifizieren. Moralisierenden ehrenamtlich tätigen Amateurrinnen folgten gut ausgebildete Krankenschwestern und Fürsorgerinnen nach.



Auch die Großherzogin Luise Haushaltungsschule war eine Institution des Badischen Frauenvereins. Unter Leitung von Großherzogin Luise organisierte er in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg landesweit, systematisch und effektiv die sozialen Aktivitäten der badischen Bürgerinnen.

Insgesamt gehörte es keineswegs zu den Zielen des Vereins, die zeittypischen Vorstellungen vom weiblichen Wesen in Frage zu stellen. Weder die Initiatorin des Vereins noch seine führenden Mitglieder betrachteten sich als Teil der bürgerlichen Frauenbewegung. Doch die Schnittstellen zwischen der engagierten privaten Nächstenliebe und den Reformprogrammen der

Frauenbewegung waren im Bildungsbereich und in der kommunalen Sozialarbeit offensichtlich. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass gerade in Baden vor Ort der staatsnahe Frauenverein und die bürgerliche Frauenbewegung häufig zusammenarbeiteten und viele Führungspersonen sich in den Aktivitäten beider Bewegungen nachweisen lassen. Dass sich Baden zum Vorreiter in Sachen Frauenstudium, und insbesondere der Raum Mannheim/Heidelberg um die Wende zum 20. Jahrhundert zu einem Zentrum der reichsweiten bürgerlichen Frauenbewegung entwickeln sollten, mag sich auch aus dem staatlich geförderten „frauenfreundlichen“ badischen Klima in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erklären.

Die bürgerliche Frauenbewegung entfaltete im Wilhelminischen Kaiserreich vielfältige Aktivitäten. Nicht zuletzt verschrieb sie sich der Förderung weiblicher Bildungsmöglichkeiten. Waren es in Sachsen und Preußen vor allem der auf Initiative von Louise Otto-Peters (1819–1895), Henriette Goldschmidt (1825–1920) und Auguste Schmidt (1833–1903) 1865 in Leipzig gegründete *Allgemeine Deutsche Frauenverein* (ADF) sowie der von Helene Lange (1848–1930) in Berlin 1890 initiierte *Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein*, die den Kampf für das Frauenabitur, das Frauenstudium und die qualifizierte Ausbildung von Lehrerinnen aufnahmen, so gingen im Süden des Deutschen Reiches diese Bestrebungen vor allem vom Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* aus. 1888 von Hedwig Kettler (1851–1937) in Weimar als *Deutscher Frauenverein Reform* gegründet, 1891 in *Frauenbildungsreform*, 1898 in *Frauenbildung – Frauenstudium* umbenannt, entfaltete der Verein seit den 1890er Jahren eine rege Tätigkeit. Den Verein leitete im frühen 20. Jahrhundert die Mannheimerin Julie Bassermann (1860–1940), Tochter des jüdischen Bankiers Carl Ladenburg (1827–1909) und Ehefrau Ernst Bassermanns (1854–1917), des langjährigen Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Ihr zufolge war die Anfangszeit des Vereins nicht immer einfach gewesen. Es war nicht nur der Kampf gegen die gesellschaftlichen Vorurteile aufzunehmen, auch innerhalb der Frauenbildungsbewegung herrschte kein Konsens über den „richtigen Weg“ zu qualifizierter weiblicher Bildung. Anders als der ADF, der einen frauenspezifischen Zugang zu höherer Bildung propagierte und für die Öffnung frauengemäßer Studienfächer petitionierte, setzte der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* auf die grundsätzliche Beseitigung der Geschlechterschranken auf dem Bildungssektor und war damit letztlich auch erfolgreich. „Und eine der mächtigsten Waffen unserer Zeit heißt Wissen“, schrieb Julie Bassermann 1907 in der Rückschau.¹⁶⁶

166 Bassermann (1907), S. 526 f.

„Um auch der Frau Bildung und Wissen im weitesten Maß zugänglich zu machen, schloß sich ein Kreis von Frauen im Jahr 1888 zusammen [...]. Man wollte die Frauen der inneren und äußeren Selbständigkeit zuführen durch Hebung der allgemeinen Bildung und durch Erschließung der wissenschaftlichen Studien und Berufe. [...] Mit manchen Schwierigkeiten hatte der Verein zu kämpfen; er wechselte Namen und Vorsitzende.“¹⁶⁷

Doch in Baden fand der Verein gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein politisch vergleichsweise günstiges Klima vor, das zu der Hoffnung Anlass bot, hier die rechtlichen Schranken, die dem Frauenstudium entgegenstanden, brechen zu können. Es waren daher vor allem Badenerinnen, welche die Politik des Vereins im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert bestimmten.¹⁶⁸ Rund 3500 Mitglieder in 23 Zweigorganisationen zählte der Verein 1907; die größte Mitgliederzahl verzeichnete mit 400 der Mannheimer Ortsverein.

Der ADF und der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* versuchten in den späten 1880er Jahren vergeblich, mit Hilfe von Petitionen, die an die Landtage von Preußen, Bayern, Baden oder Württemberg gerichtet waren, Frauen den Zugang zum Studium zu eröffnen. Beide Bildungsbewegungen wechselten deshalb zu Beginn der 1890er Jahre ihre Strategie und verwandten ihre Energie vorerst darauf, Mädchen auf dem Privatschulwege auf das Abitur vorzubereiten. Helene Lange institutionalisierte 1893 in Berlin Gymnasialkurse für Mädchen. Im gleichen Jahr eröffnete der Verein *Frauenbildungsreform* ein privates Mädchengymnasium in Karlsruhe. 1898 von der Stadt übernommen und 1904 in seinen Berechtigungen ausdrücklich den humanistischen Jungengymnasien gleichgestellt, markiert das Karlsruher Mädchengymnasium den ersten Riss in den staatlichen und universitären Abwehrbarrieren. 1899 petitionierte der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* in Baden erfolgreich für die Zulassung von Mädchen zu höheren Knabenschulen. Ein Jahr später öffnete das Großherzogtum Baden als erster deutscher Bundesstaat Frauen den regulären Weg an die Universitäten. Die preußische Regierung rang sich zu diesem Schritt erst acht Jahre später durch und sie versuchte lange, spezifische Mädchenbildungswege zu institutionalisieren, die als Konkurrenz zu Abitur und Studium gedacht waren.

167 Ebd., S. 527.

168 Zu dem elfköpfigen Vorstand der reichsweit operierenden Organisation zählten im Jahr 1904 sieben Badenerinnen.



Was heute eine Selbstverständlichkeit ist, galt um 1900 noch als kritikwürdige vermännlichende Erziehung von Mädchen: eine Klasse des ersten deutschen Mädchengymnasiums in Karlsruhe um 1905.

Auch in Stuttgart agierte der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* erfolgreich. 1899 konnten „unterstützt von namhaften Schulmännern“ einer höheren Mädchenschule Gymnasialklassen angeschlossen werden. 1902 wurden sie zu einem selbständigen Mädchengymnasium ausgebaut. Schließlich wurde „die Bitte des Vereins Frauenbildung an das Kultusministerium und den Senat der Hochschule Tübingen um Zulassung weiblicher Studierender an der Landeshochschule [...] gewährt, seit 1904 ist die heimische Hochschule den Frauen geöffnet“, so der stolze Bericht in der Festschrift für den württembergischen König Wilhelm II. (1848–1921) anlässlich seines 25-jährigen Thronjubiläums im Jahr 1916.¹⁶⁹ Vor dem Ersten Weltkrieg war der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* auf 28 Zweigvereine angewachsen. Mit seinen lokalen Organisationen in Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim zeigte er seinen badischen Schwerpunkt. Die Zweigvereine Marburg, Kassel und Wiesbaden sowie Stuttgart, Tübingen und Ulm verweisen auf weitere regionale Schwerpunkte in Hessen und Württemberg. Im zwölköpfigen Vorstand saßen zu diesem Zeitpunkt mit

169 Göz (1916), S. 333.

Julie Bassermann als erster Vorsitzenden, Marie Bernays (1883–1939) als Schriftführerin, Else Hinsberg als Schatzmeisterin und Marianne Weber (1870–1954) vier Frauenrechtlerinnen aus Mannheim und Heidelberg. Mit Vehemenz setzte sich der Verein nun gegen den preußischen Weg ein, spezifische höhere Mädchenbildungswege zu stärken, die mit den Jungengymnasien in der Ausbildungsqualität nicht vergleichbar waren. Die Diskussionen auf der Mitgliederversammlung in Frankfurt 1918 veranschaulichten schließlich, dass die Protagonistinnen einer gleichberechtigten Mädchenbildung nach wie vor – oder schon wieder – mit Abwehrkämpfen gegen männliche Kritik beschäftigt waren. Offenbar häuften sich öffentliche Stellungnahmen gegen eine zu große Ausweitung des Frauenstudiums. Schon 1916 hatte der Verein erfolgreich gegen einen Versuch der badischen Regierung gekämpft, die Zulassung von Mädchen zu den Knabengymnasien in Heidelberg und Mannheim wieder aufzuheben.

In dieser Frage sollte die bald entstehende Weimarer Republik eine neue, für Frauen positive Rechtslage schaffen. Das konnten die diskutierenden Damen freilich nicht wissen. Ihre Lobbyarbeit für eine qualifizierte Mädchenbildung und das Frauenstudium erledigte sich vorerst ohnehin nicht.

„Unser Verein muß verstärktes Gewicht auf die weibliche Leitung der höheren weiblichen Bildungsanstalten legen. Nur dann werden wir sicher sein, daß der seelisch-kulturelle Wert und die praktische Bedeutung der höheren weiblichen Berufsbildung voll erfaßt wird und die Mädchen nicht etwa mit einer Warnung vor dem Studium oder vor dem Beruf überhaupt aus der Schule in ein Leben entlassen werden, daß vielen von ihnen Jahre lang, manchen das ganze Leben hindurch, nichts Höheres und Besseres zu bieten hat, als treu erfüllte Berufspflicht“,

erläuterte die Schriftführerin des Vereins und Leiterin der Sozialen Frauenschule in Mannheim Marie Bernays.¹⁷⁰ Es sollte noch Jahrzehnte dauern, bis die hier formulierte Orientierung einer höheren Mädchenbildung an entsprechenden Berufen üblich wurde.

Die zentrale Organisation der reichsweit agierenden Frauenbewegung stellte gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch in Baden und Württemberg der *Bund deutscher Frauenvereine* (BDF) dar. 1894 gegründet, bemühte sich der BDF, die in unterschiedlichen Regionen und mit variierender Zielsetzung arbeitenden Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung auf Reichsebene zu koordinieren. Der Dachverband entwickelte eine rege Tätigkeit auf sozialen und frauenpolitischen Gebieten. Neben der Förderung weiblicher Bildung und Berufstätigkeit ging es um die Änderung des Zivilrechts im Sinne der

170 Jahresbericht des Vereins Frauenbildung – Frauenstudium 1918, S. 5.

Gleichberechtigung, um die Mitarbeit von Frauen in der kommunalen Verwaltung, aber auch um die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs oder das Verbot der Prostitution. Das *Jahrbuch der Frauenbewegung* von 1913 gibt einen Überblick über die Verbreitung von Mitgliedsvereinen des BDF vor dem Ersten Weltkrieg. Kurz vor Kriegsbeginn scheint in Baden und Württemberg neben den in Landesdachverbänden organisierten allgemeinen Frauenbestrebungen vor allem die jeweils landesweit operierende Stimmrechtsbewegung, gefolgt vom Verein *Frauenbildung – Frauenstudium*, Aktivitäten entfaltet zu haben. Doch die Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung waren keinesfalls überall vertreten. Es waren die Mittel- und Großstädte, unter ihnen vor allem die Residenz- oder Universitätsstädte bzw. die Städte, in denen das Wirtschaftsbürgertum neben dem Bildungsbürgertum Einfluss ausübte, in denen die bürgerliche Frauenbewegung Fuß gefasst hatte. Auf dem flachen Lande und in den meisten kleineren Städten blieben sozialpolitische Frauenaktivitäten wohl auf die staatsnahen, in Baden von der fürstlichen Landesmutter geleiteten Wohltätigkeitsvereine beschränkt.

Dass die bürgerliche Frauenbewegung Badens insbesondere im frühen 20. Jahrhundert über das vergleichsweise kleine Land hinaus Ausstrahlungskraft besessen hat, zeigt sich nicht nur in den Erfolgen des Vereins *Frauenbildung – Frauenstudium*. Seit 1904 bzw. 1910 waren rund ein Vierteljahrhundert lang mit Alice Bensheimer (1864–1935) und Elisabeth Altmann-Gottheiner (1874–1930) zwei Mannheimerinnen im siebenköpfigen Vorstand des BDF vertreten. Mit Marianne Weber hatte seit 1919 für einige Jahre eine Heidelbergerin den Vorsitz im BDF-Vorstand übernommen.

Wer waren die „Baden-Württembergerinnen“ im BDF? Von Alice Bensheimer, der langjährigen Schriftführerin des BDF, wird noch gesondert die Rede sein. Die Bauratstochter Elisabeth Gottheiner stammte aus Berlin. Sie erhielt eine qualifizierte höhere Privatschulbildung, studierte in London und promovierte schließlich 1904 in Zürich. Mit ihrem Mann, dem an der Mannheimer Handelshochschule lehrenden Wirtschaftswissenschaftler Sally Altmann (1878–1931), teilte sie die wissenschaftlichen Interessen. Seit 1908 lässt sich auch Elisabeth Altmann-Gottheiner unter den Lehrbeauftragten, seit 1924 als Professorin der Mannheimer Handelshochschule nachweisen. Die Förderung weiblicher Berufsarbeit lag ihr besonders am Herzen. Als Mitglied des erweiterten Vorstands, seit 1910 des engeren Vorstands des BDF und Herausgeberin des Jahrbuchs des BDF seit 1912, dürfte sie im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Politik der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung in Fragen weiblicher Berufsausbildung deutlich mitbestimmt haben.

Die Arzttochter Marianne Schnitger (1870–1954) kam 1870 in Oerlinghausen bei Bielefeld zur Welt. Die spätere Ehefrau Max Webers hatte in ih-

rer eigenen Jugend erfahren, was es bedeutete, als Frau von qualifizierter höherer Bildung ausgeschlossen zu werden und sich den Zugang zu Bildung und öffentlicher Betätigung nur über die Heirat und die Berufsstationen des professoralen Ehemanns an den Universitäten Freiburg und Heidelberg eröffnen zu können. Als universitäre Gasthörerin erwarb sie sich an der Universität Freiburg das Wissen, das ihr auf regulärem Wege verschlossen blieb. Später machte sie sich durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, unter anderem zur Rechtsstellung und Rollendefinition von Frauen, einen eigenen Namen und wurde sogar mit dem Dokortitel geehrt. Seit ihren frühen Ehejahren in der Frauenbildungsbewegung insbesondere in Heidelberg engagiert, war sie zwischen 1919 und 1923 Vorsitzende des BDF.

Auch eine Württembergerin hatte es zumindest in den erweiterten Kreis der Vorstandsdamen des BDF geschafft. Mathilde Planck (1861–1955), eine Lehrerstochter, hatte in Ulm nur die Volksschule besuchen dürfen, wenn auch ergänzt und erweitert durch Fortbildungskurse. Nach dem Tod des Vaters und dem Umzug der Familie nach Stuttgart konnte die nun 23-Jährige durchsetzen, sich in einem Privatinstitut zur Lehrerin ausbilden zu lassen. Später unterrichtete sie an Privatschulen, unter anderem am bereits erwähnten ersten württembergischen Mädchengymnasium. Zur Lehrerinnen-tätigkeit trat rasch das frauenbewegte Engagement für die Professionalisierung des Berufsstandes der Lehrerin und für die Verbesserung der höheren Mädchenbildung. Seit 1890 war sie Vorsitzende des Stuttgarter Ortsvereins *Frauenbildung – Frauenstudium*, seit 1906 Vorsitzende des *Württembergischen Lehrerinnenvereins*. Zahlreiche weitere Frauenorganisationen Stuttgarts und Württembergs wurden von ihr mitbegründet. Zum frauenpolitischen Kampf gesellte sich sozialpolitisches Engagement und journalistische Tätigkeit. Mathilde Planck, die „frauenbestrebte“ Lehrerin, Politikerin und Schriftstellerin, repräsentiert mit ihrem eigenen Lebensweg die typische berufstätige „Frauenrechtlerin“, die für viele Jahre den Charakter der bürgerlichen Frauenbewegung prägte.

Es waren vor allem Lehrerinnen wie Helene Lange (1848–1930), Gertrud Bäumer (1873–1954) und auch Mathilde Planck, die in ihrem eigenen beruflichen Werdegang schmerzlich die Mängel der Mädchenbildung erfuhren. Verwiesen auf den einzigen „akzeptablen“ Beruf für höhere Töchter, den der Lehrerin, aber dennoch von der regulären staatlichen Lehrerausbildung ausgeschlossen, blieb ihnen die Arbeit in höheren öffentlichen Schulen verwehrt. Aus der kritischen Bewertung des eigenen Bildungsweges erwuchs folgerichtig ihr Engagement für eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen.



Mathilde Planck, engagierte Lehrerin, Vorsitzende des Vereins „Frauenbildung – Frauenstudium“ in Stuttgart und Vorsitzende des „Württembergischen Lehrerinnenvereins“.

Auf eines jedoch konnte sich die Mehrheit der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht verständigen: auf die Forderung des allgemeinen politischen Wahlrechts für Frauen. Selbst der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* setzte sich bis zum Ende des Kaiserreichs nur das kommunale Frauenwahlrecht zum Ziel. Offenbar war der Mehrheit der engagierten Damen der politische und gesellschaftliche Gegenwind auch im frühen 20. Jahrhundert noch zu groß.

Biographie: Alice Bensheimer (1864–1935) – ein Mittelpunkt der deutschen Frauenbewegung

Im Sommer 1930 feierte Alice Bensheimer ein ganz besonderes Jubiläum. Seit 25 Jahren amtierte sie als Schriftführerin des *Bundes Deutscher Frauenvereine*, der Dachorganisation der Vereinigungen der bürgerlichen Frauenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Würdigungen anlässlich ihres 70. Geburtstags im Jahr 1934 betonten ihren unermüdlichen Einsatz für die Sache der Frauenbewegung und weisen ihr die Rolle einer kompetenten, auch liebenswürdigen grauen Eminenz im Netzwerk bürgerlicher Frauenbestrebungen zu, die sich insbesondere der „Pfleger des Zusammenhangs unter den Vereinen“ verschrieben habe.¹⁷¹ Im Nachruf anlässlich ihres Todes 1935 heißt es gar, sie sei „ein Mittelpunkt für die deutsche Frauenbewegung im *Bund Deutscher Frauenvereine*“ gewesen.¹⁷² Dass sie Jüdin war und sie lediglich der Tod vor der nationalsozialistischen Verfolgung bewahrte, mag mit erklären, warum sie in der Erinnerungskultur zur deutschen Frauenbewegung mehr oder weniger vergessen wurde.

Was wissen wir über Alice Bensheimer? Alice Coblentz, Tochter des jüdischen Weinhändlers und Kommerzienrats Simon Zacharias Coblentz in Bingen, heiratete 1885 im Alter von 21 Jahren nach Mannheim. Ihr Ehemann, der liberale Verleger Julius Bensheimer (1850–1917), gab die dezidiert demokratisch orientierte und weit über Mannheim hinaus bekannte *Neue Badische Landes-Zeitung* heraus und gehörte der *Fortschrittlichen Volkspartei* an. Der liberale, sozial engagierte bildungsbürgerliche Lebensstil der Familie lieferte den Hintergrund für Alice Bensheimers eigenes feministisches und kommunalpolitisches Engagement. 1897 scheint sie zu den Gründungsmitgliedern der Mannheimer Vereinsabteilung des Vereins *Frauenbildungsreform*, 1898 umbenannt in *Frauenbildung – Frauenstudium*, gehört zu haben. Politisch im Sinne der überregionalen bürgerlichen Frauenbewegung fassbar wird Alice Bensheimer ab 1899. Als sie 1905 das Amt der Schriftführerin im Vorstand des BDF übernahm, hatte sie sich zur reichsweit bekannten Frauenrechtlerin entwickelt. Daneben war sie seit 1899 in Mannheim Armenpflegerin und Mitglied der städtischen Armen- und Jugendamtskommission, Mitglied einiger lokaler Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung und des regierungsnahen *Badi-*

171 Gertrud Bäumer: Alice Bensheimer, in: *Die Frau* 41 (1933/34), S. 551.

172 Emma Ender: Alice Bensheimer, in: *Die Frau* 42 (1934/35), S. 426 f., hier S. 426.

schen Frauenvereins. Im Ersten Weltkrieg fungierte sie als Leiterin der *Zentrale für Kriegsfürsorge*, ein Engagement, das 1922 in die Leitung der *Notgemeinschaft* einmündete, der Dachorganisation der Mannheimer Wohlfahrtsverbände. Wie ihr Mann liberaldemokratisch engagiert, wurde sie nach dem Ersten Weltkrieg in den weiteren Vorstand der Mannheimer Ortsgruppe der *Deutschen Demokratischen Partei* gewählt.

Für Alice Bensheimer lag die Notwendigkeit für sozialpolitisches Engagement auf kommunaler Ebene auf der Hand. Doch es ging ihr nicht nur um soziale Liebestätigkeit. Nicht zuletzt sollte solches Engagement auch dazu beitragen, dem weiblichen Geschlecht den Zugang zu staatsbürgerlicher Partizipation und Bürgerrechten zu eröffnen. In einem Artikel in der *Frau* zu Beginn des Jahres 1908 erläuterte Alice Bensheimer dieses Programm: Frauen, ausgegrenzt aus stadtbürgerschaftlicher Mitverantwortung, sollten sich Kenntnis sozialer Fragen in der ehrenamtlichen Vereinsarbeit erwerben, denn „es ist grundfalsch, die Vereinsarbeit zu unterschätzen, wie das jetzt manche Frauen tun. Sie ist die beste Vorbereitung zur sozialen Arbeit im Dienste der Gemeinde.“¹⁷³ Auf solchermaßen geschulte Kräfte würden die Kommunalverwaltungen im Bedarfsfall gerne zurückgreifen, „und es müsste mit Wunderdingen zugehen“,¹⁷⁴ wenn nicht über kurz oder lang Frauen im Dienst der städtischen Verwaltung ihren Platz einnehmen könnten. Überdies führe vom kommunalen Ehrenamt und von praktischer Tätigkeit auch ein direkter Weg zur beruflichen Professionalisierung und zum Erwerb des kommunalen und allgemeinen Wahlrechts.

„Anpacken müssen die Frauen überall, mit dem frischen Mut, den ihre ungebrochene Arbeitskraft noch hat und mit dem Blick fürs Kleine, der ihnen eigen. Zuerst muss die Tatsache weiblicher Mitarbeit kommen; die Form, in der sich Stadt und Staat dieser dann bedienen, wird sich finden und anpassen; freilich: sich nicht an die Wand drücken lassen – gewissenhaft sein Pflicht erfüllen, aber dann auch Rechte verlangen!“¹⁷⁵

Alice Bensheimers Artikel spiegelt das Konzept, das der BDF zu Beginn des 20. Jahrhunderts entworfen und reichsweit propagiert hatte. Vielleicht hat die Mannheimer Frauenrechtlerin dieses Programm in ihrer langjährigen BDF-Vorstandstätigkeit maßgeblich mitentwickelt – mitgetragen hat sie es in jedem Fall.

173 Bensheimer (1908), S. 195.

174 Ebd.

175 Ebd., S. 198.



Vorstandsdamen des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ (BDF) 1919: Elisabeth Altmann-Gottheiner (u. l.), Gertrud Bäumer (u. r.), Alice Bensheimer (o. l.) und Emma Ender (o. r.).

Seit 1906 bestimmte das Mannheimer Ortsstatut, dass

„die Kommissionen für [...] Aufgaben, bei denen nach der Art des Gegenstandes die Mitwirkung von Frauen wünschenswert ist, bis zu einem Viertel der Mitglieder Frauen mit Sitz und Stimme angehören sollen oder können“.¹⁷⁶

In acht der 76 städtischen Kommissionen waren ein Jahr später weibliche Mitglieder eingezogen. Damit scheint Mannheim zeitgenössisch durchaus eine Vorreiterrolle eingenommen zu haben. Alice Bensheimer selbst verbuchte den weiblichen Einbruch in die Mannheimer, bislang dem männlichen Geschlecht vorbehaltenen Selbstverwaltung als Erfolg der Strategie der bürgerlichen Frauenbewegung.

176 Ebd., S. 196.

Einbrüche (1914–1945)

Es sind unruhige, blutige Zeiten zwischen dem Beginn des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur. Zwei politische Systemwechsel, die Geburt und das Scheitern einer Demokratie, Wirtschafts- und Modernisierungskrisen, schließlich die Errichtung einer menschenverachtenden, alle Lebensbereiche beeinflussenden Diktatur kennzeichnen die drei Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945. Zwei Weltkriege rahmen die Epoche ein. „Der Vater aller neuen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts war der Krieg“, so der Nationalismus- und Liberalismusforscher Dieter Langewiesche.¹⁷⁷ Der Erste Weltkrieg, Ergebnis aggressiver Konkurrenz der europäischen Großmächte in Europa und in der kolonialen Welt, begonnen mit beachtlich aktiver Beteiligung des Wilhelminischen Kaiserreichs, und der Zweite, losgetreten vom nationalsozialistischen Deutschland, brachten mehr als 80 Millionen Menschen den Tod. Und die kriegerischen Ereignisse spalteten mehr denn je männliche und weibliche Erfahrungswelten.

Hatte die Nation der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts neben dem kriegerischen Vater auch eine Mutter? Der Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreichs eröffnete den Frauen mit aktivem und passivem Wahlrecht den Zugang zur politischen Bühne. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verhiess neue Handlungsspielräume für Mädchen und Frauen in Bildung, Beruf, Gesellschaft und Politik. Doch die gesellschaftlichen Kampfarenen der Weimarer Epoche und mehr noch der nationalsozialistischen Diktatur erscheinen in der Rückschau als männlich dominierte Räume, nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auch auf regionaler Ebene.

177 Langewiesche (2008), S. 208.

„Der größte Wahnsinn der Geschichte“: Die Weltkriege 1914–1918 und 1939–1945

Der Erste und Zweite Weltkrieg überschatteten in Europa in bislang unbekanntem totalen Zugriff das Leben und Sterben der Soldaten und Zivilisten. Sie führten zum Untergang politischer Systeme und Staaten. Sie waren Ursache von Grenzverschiebungen, auch der Flucht und Vertreibung von Millionen. Nicht zuletzt sorgten sie für tiefgreifende Zäsuren in den Lebenswegen vieler Menschen, und sie hinterließen schmerzhaft Narben in den Erinnerungen der Betroffenen. Vor den alle Lebensbereiche beeinflussenden kriegerischen Auseinandersetzungen der Nationen verblassen die regionalen landesgeschichtlichen Besonderheiten. Lässt sich überhaupt landesgeschichtlich Spezifisches über die Weltkriege aussagen oder spiegeln sich nicht einfach die großen Weltkriege auch in der Region wider?

„Der Krieg zwingt die Lenker des Staats dazu, das Individuum so lang zu beeinflussen und zu belügen, bis es im Ernst glaubt, es sei sein Glück, dem sozialen Verband seine Existenz opfern zu dürfen. [...] Welcher Mensch, der nicht vom Massenwahnsinn der Kriegslust besessen ist, hält im Ernst seine Existenz für weniger wichtig, als die des Staates? [...] Jeder Soldat stirbt gegen seinen innersten Willen.“¹⁷⁸

Das Kriegstagebuch von 1915 des Rastatter Oberförsters und Reserveleutnants Karl August Zweifelhoffer, geboren 1884, zeugt wenig von der Kriegsbegeisterung, die angeblich große Teile der deutschen Bevölkerung 1914 ergriff. Als der Erste Weltkrieg über die europäische Zivilbevölkerung hereinbrach, hatten sich unversehens junge Studenten und Berufstätige, ja selbst arbeitende Familienväter in mittlerem Alter in kampfbereite Soldaten zu verwandeln. Zweifelhofer konnte sein Kriegstagebuch nicht vollenden. Er fiel am 4. Mai 1917. Besser erging es vorerst dem württembergischen Zentrumsmann und Reichstagsabgeordneten Eugen Bolz, geboren 1881. „Ich halte auch den jetzigen Krieg für den größten Wahnsinn der Geschichte“, schrieb er wohl 1915 in sein Kriegstagebuch.

„Drum hab ich mich auch nicht angestrengt. Ich mache meinen Dienst und tu meine Pflicht. Ich melde mich nirgends, ich lasse mich kommandieren; das waren meine offen ausgesprochenen Grundsätze.“¹⁷⁹

Der Kriegsskeptiker Bolz überlebte den Ersten Weltkrieg und stieg 1928 zum württembergischen Staatspräsidenten auf. Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 brachte ihm einige Wochen „Schutzhaft“ auf dem

178 Zit. nach Fastnacht der Hölle (2014), S. 18.

179 Ebd.

Hohenasperg ein. Seine Verbindung mit den Widerstandskämpfern des 20. Juli kostete ihn im Januar 1945 das Leben.

Wie viele im deutschen Südwesten die kriegskritische Haltung der beiden Zitierten teilten, lässt sich schwer sagen. Es gibt auch genügend Zeugnisse für gegenteilige Einstellungen. Als Beispiel mag die Lebensgeschichte des Crailsheimer Otto Wetzel, geboren 1898, dienen. Er wurde zwei Mal in den Krieg geschickt, 1918 und 1942. Als der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach, wollte er sich 16-jährig freiwillig zum Kriegseinsatz melden. Bis er endlich mitkämpfen „durfte“, vergingen jedoch noch zweieinhalb Jahre. Seine 1946 verfassten Kriegserinnerungen schildern nüchtern den zermürbenden Stellungskrieg an der Westfront.

„Ich konnte und wollte nicht glauben, dass Deutschlands stolze Wehr so sang- und klanglos, so schändlich verraten nach all den Opfern und Ruhmestaten an allen Fronten untergehen und abtreten sollte vom Schauplatz der Geschichte“,

so sein Kommentar zum Ende des Ersten Weltkriegs.¹⁸⁰ Otto Wetzel gehörte nicht zu den Jungen, die sich in der Zivilgesellschaft nach 1918 nicht mehr zurechtfinden. Nach dem Studium bekam er eine Anstellung als Lehrer. Politisch fand er seine Heimat jedoch nicht in der Demokratie, sondern in der SA und der NSDAP. 1942 holte ihn sein Vaterland erneut an die Kriegsfrente. Kritik an der deutschen Kriegsführung lässt sich in seinen Aufzeichnungen nicht ausmachen. Doch von Kriegsbegeisterung scheint der nun 44-jährige Rottenburger Schulrektor und Vater von vier Kindern nicht mehr viel gehalten zu haben. Otto Wetzel überlebte den Zweiten Weltkrieg. Mit dem Satz „Möge deutsches Blut nicht wieder Dünger auf fremdem Acker sein“ beendete er seine Aufzeichnungen 1946.¹⁸¹

Von allgemeiner Kriegsbegeisterung kann wohl im deutschen Südwesten zu Beginn des Ersten Weltkriegs kaum gesprochen werden. Weite Teile der katholischen Zentrumspartei und der Sozialdemokratie standen dem Krieg zumindest skeptisch gegenüber. Aber auch für andere Teile Deutschlands hat die Forschung mittlerweile herausgearbeitet, dass es sich bei der viel beschworenen Kriegseuphorie wohl eher um das Selbstbild und die Wunschvorstellungen des national gesinnten Bürgertums als um reale Kriegslust breiter Bevölkerungskreise gehandelt hat. Im Südwesten wurden rund 300 politische Veranstaltungen gezählt, in denen die Sozialdemokratie vor dem Krieg warnte. Aber auch in Baden und Württemberg fügten sich letztlich die Sozialdemokraten den Beschlüssen ihrer Parteileitung und knickten vor der Verhei-

180 Wetzel (2014), S. 104.

181 Ebd., S. 101.

ßung der Zugehörigkeit zum großen nationalen Projekt ein. Mit der Kriegserklärung ging der Oberbefehl über die badischen und württembergischen Truppen an den Kaiser. Von nun wurde nicht mehr in Baden und Württemberg, sondern in Berlin über deren Einsatz beschlossen. Er sollte länger dauern und mehr Opfer verlangen, als man 1914 ahnte.

Schon zu Beginn des Krieges zeigten sich die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die an der „Heimatfront“ entstanden. In Industrie und Gewerbe, auch in der Landwirtschaft fehlten die männlichen jungen Arbeitskräfte. Viele kleine Gewerbebetriebe mussten schließen, weil ihre Inhaber eingezogen worden waren. Arbeitslosigkeit griff um sich, während gleichzeitig vielerorts Fachkräfte fehlten. Die Umstellung auf die Kriegsproduktion, die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel, Hunger und die Überwachung von Presse und etwaigen oppositionellen Bestrebungen kennzeichneten die folgenden Jahre. Nun begann die Kriegseuphorie auch in denjenigen Kreisen zu schwinden, die sich noch zu Beginn des Krieges zu heldenhaftem Patriotismus aufgeschwungen hatten.



Württembergische Soldaten im Schützengraben während des Ersten Weltkriegs. Von Kriegseuphorie war mit zunehmender Dauer des Krieges im Südwesten wie überall im Reich nicht viel zu spüren.

Bedeutete der Krieg für die Männer in erster Linie die Auseinandersetzung mit Gewalt, Angst, Not und Verwundungsgefahr, so schuf die „Heimatfront“ für Frauen zuvor ungeahnte Handlungsspielräume. Sie wurden freilich nicht selten mehr gezwungen als freiwillig ausgefüllt. Der Erste Weltkrieg

brachte eine beachtliche Steigerung von Frauenarbeit mit sich. Zwar hatte sich mit Kriegsbeginn auch die Frauenarbeitslosigkeit erhöht. Doch mit der Umstellung auf die Kriegswirtschaft gab es mehr und mehr offene Stellen. Sie boten insbesondere den Frauen der Arbeiterschicht, deren Männer an der Front waren, die Chance das Familieneinkommen zu erhöhen. Denn die Frage war ungeklärt, wie sich über einen längeren Krieg hinweg die Familien der Soldaten ernähren sollten. Immerhin erhielten die Eingezogenen einen Sold, doch der wurde an der Front ausgezahlt und nur selten nach Hause geschickt. Das Reich und die Länder finanzierten Unterstützungshilfen für die Familienangehörigen. Doch sie reichten bei Weitem nicht aus, die steigenden Lebensmittelpreise zu bezahlen. Viele Hausfrauen waren daher gezwungen, Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Auf Reichsebene erhöhte sich der Frauenanteil zwischen Juli 1914 und Juli 1916 in der Hütten-, Metall- und Maschinenindustrie von sieben Prozent auf neun Prozent und in der chemischen Industrie von sieben Prozent auf 23 Prozent. In der elektrischen Industrie wuchs er im gleichen Zeitraum gar von sieben Prozent auf 55 Prozent an. Spätestens seit August 1916 ging die Oberste Heeresleitung daran, für die Kriegsproduktion planmäßig Frauen zu rekrutieren. Es fehlt an aussagekräftigen zeitgenössischen Statistiken, die das Ausmaß der weiblichen Fabrikarbeit vor und im Ersten Weltkrieg exakt belegen. Manches spricht dafür, dass es sich eher um eine Verlagerung von weiblicher Arbeit vom Dienstleistungssektor auf kriegswichtige „Männerberufe“ in der Fabrik handelte. Doch lokale Fallstudien belegen auch die zahlenmäßige Zunahme weiblicher Fabrikarbeit. In Mannheim beispielsweise erhöhte sich die Zahl der Arbeiterinnen in der Metallindustrie von 560 im Jahr 1914 auf 7547 im November 1918. In allen Berufszweigen zusammen stieg die Zahl der Mannheimer Arbeiterinnen von 4377 auf 10 388 an. Sie arbeiteten für geringere Löhne als sie den Männern gezahlt wurden. Auch waren die Arbeitsschutzbestimmungen zur Arbeitszeit oder Nachtarbeit kriegsbedingt ausgesetzt. Zu den langen Arbeitszeiten trat angesichts von Versorgungsengpässen und Lebensmittelmangel der Kampf um die Ernährung der Familie. Aber nicht nur in der Fabrik ersetzten Frauen die kriegseingezogenen Männer. Auch im öffentlichen Dienst übernahmen sie nun Funktionen, die wenige Jahre zuvor als ungeeignet für Frauen gegolten hatten. Kriegsaushelferinnen wurden im Reich und im Südwesten bei der Eisenbahn, im Telefon- und Telegraphendienst eingesetzt. So sah sich die Mannheimer Straßenbahnverwaltung gezwungen, auf Schaffnerinnen und Wagenführerinnen zurückzugreifen. 719 der 1056 Beschäftigten der Mannheimer Verkehrsbetriebe waren 1918 weiblich. Die große Mehrheit der weiblichen Beamtinnen hatte freilich nach Kriegsende den Heimkehrern wieder Platz zu machen.



Frauen versehen 1915 den städtischen Dienst als Straßenbahnschaffnerinnen in Karlsruhe.

Die bürgerliche Frauenbewegung interpretierte den Krieg als nationale Aufgabe, aber auch als große Chance, die staatsbürgerliche Verantwortung des weiblichen Geschlechts unter Beweis zu stellen. Vielleicht hofften die Frauenrechtlerinnen, das weibliche Engagement an der „Heimatfront“ legitimierte nach Kriegsende die Forderung auf ein Frauenwahlrecht? In Berlin ging der *Bund Deutscher Frauenvereine* mit gutem Beispiel voran. Er organisierte zusammen mit den patriotischen vaterländischen Frauenvereinen im *Nationalen Frauendienst* (NFD) überparteiliche Frauenbündnisse zur Aufrechterhaltung der „Heimatfront“. Im Südwesten wurde die Initiative sofort aufgegriffen. Die Ortsgruppen des NFD sahen sich zuständig für

- „1. Mitarbeit an der Erhaltung einer gleichmäßigen Lebensmittelversorgung
2. Fürsorge für Familien, deren Ernährer im Feld oder durch den Krieg arbeitslos geworden sind
3. Arbeitsvermittlung für Frauen, die durch die Abwesenheit des Ernährers auf einen Erwerb angewiesen sind; Frauen, die bereit sind, vertretungsweise ‚männliche Posten‘ auszufüllen; freiwillige Hilfskräfte
4. Auskunftserteilung.“¹⁸²

182 BDF-Programm, zit. nach Guttman (1989), S. 132.

In den kleineren Städten des Südwestens und auf dem flachen Land übernahmen die vaterländischen Frauenvereine unter dem Dach des Roten Kreuzes die Kriegsfürsorgeaufgaben. Doch insbesondere in den Residenzen und den größeren Industrie- und Universitätsstädten, den Hochburgen der bürgerlichen Frauenbewegung schon seit dem späten 19. Jahrhundert, entfalten die Frauenrechtlerinnen ein breitgefächertes Kriegshilfeangebot. Die vorhandenen Volksküchen wurden ausgeweitet und neue Verköstigungsmöglichkeiten geschaffen. Durchreisende Soldaten wurden gepflegt und Verbandswatte gezupft. Der NFD richtete Lazarette ein und bildete Krankenpflegerinnen aus. Nähstuben, in denen Uniformen genäht wurden, schufen Verdienstmöglichkeiten für notleidende Soldatenehefrauen. Ausgefeilte Kochvorschläge wurden veröffentlicht, um die Ernährung der Bevölkerung in der Krise zu verbessern. Zum NFD-Programm gehörten Kriegskinderheime, Tagesheime für arbeitslose Mädchen und Auskunftsstellen. Kaiserin Augusta hatte zweifellos Recht, wenn sie die Damen des NFD als „weibliche Heilmarmee“ bezeichnete.¹⁸³

Nicht zuletzt schulte das kriegsbegleitende Engagement die Aktivistinnen im Umgang mit den kommunalen und staatlichen Behörden, die zuvor häufig der Frauenbewegung kritisch gegenübergestanden hatten. Hatten die Frauenrechtlerinnen nicht schon vor dem Krieg Eingang in die kommunalen Kommissionen gefunden, so gelang es ihnen spätestens jetzt. In Freiburg beispielsweise waren die Frauenorganisationen Mitglieder im Kriegsfürsorgeausschuss, und die Vorsitzende des NFD saß im Fürsorgeausschuss. In Karlsruhe durften Frauen im Kriegsunterstützungsamt und in der Kriegsunterstützungskommission mitarbeiten. Drei Damen waren in der Preisprüfungsstelle stimmberechtigt. In Mannheim saßen Frauen im übergeordneten „Arbeitsausschuss“. Sie hatten Stimmrecht in der städtischen Lebensmittelkommission und der Preisprüfungsstelle. Beachtliche 18 Frauen saßen in Heidelberg stimmberechtigt im städtischen Hauptausschuss, im Unterausschuss für Kriegsfürsorge, im Ausschuss zur Überwachung der Preise und der Preisprüfungsstelle. Seit 1916 band die Oberste Militärbehörde gezielt die Frauenvereine des NFD in die Kriegsplanung ein. Im Dezember 1916 erging aus Berlin die Aufforderung an die Akteurinnen, dem *Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Kriege* beizutreten. In der Militärbehörde wurden mit der *Frauenarbeitszentrale* eigenständige überregionale und regionale Referate geschaffen, die den Einsatz von Frauen in der Kriegsproduktion organisieren sollten. Hier übernahmen die bekannten Repräsentantinnen der

183 Ebd., S. 130.

Kriegskochbuch

Bearbeitet:

Vorwort von Frau Dr. E. Ingelfinger
Rezepte vom Schwäbischen Frauenverein



Herausgegeben von der Stadtverwaltung Stuttgart

Auch der „Schwäbische Frauenverein“ erarbeitete ein Kriegskochbuch, das dazu beitragen sollte, trotz Armut und kriegsbedingter Versorgungsengpässe die Familie zu ernähren.

vaterländischen Frauenvereine, der konfessionellen Frauenbewegungen wie des BDF neue organisatorische Aufgaben.

Auch Sozialdemokratinnen reihten sich in die Aktivitäten des *Nationalen Frauendienstes* ein – oder sie ergriffen selbständige Initiativen, um das Los der Arbeiterinnen zu verbessern. Als sich beispielsweise in Reutlingen die kriegsbedingte Frauenarbeitslosigkeit in der Textilindustrie abzeichnete und Fabrikarbeiterinnen nur noch zu Niedriglöhnen in der mit Heeresaufträgen beschäftigten Konfektionsindustrie Arbeit fanden, organisierte Laura Schradin zusammen mit ihrem Mann Kriegsflickwerkstätten. 1917 gab es in Reutlingen in den leeren Sälen der Gaststätten zehn solcher Werkstätten. 2200 Frauen reparierten hier Soldatenkleidung zu wesentlich höheren Löhnen als in der Industrie üblich. Auch für die Betreuung ihrer Kinder wurde gesorgt. Dass frauenrechtlerische Forderungen vor der großen nationalen Aufgabe zurückzustehen hatten, war für die Aktivistinnen jedweder Richtung selbstverständlich. Angesichts des nationalen Schulterchlusses wurden im Reich und im Südwesten nur wenige Frauenstimmen laut, die sich grundsätzlich gegen den Krieg wandten. Es war im Südwesten im Wesentlichen Clara Zetkin vorbehalten, für den Frieden zu kämpfen.

Hat das Engagement der Frauenbewegung an der „Heimatfront“ den Krieg verlängert? Die Forschung ist sich in der Einschätzung der Bedeutung des weiblichen Kriegseinsatzes nicht sicher. Ohnehin ist die Frage spekulativ. Wie auch immer der freiwillige weibliche Kriegseinsatz zu beurteilen ist, im konkreten Einzelfall trug der NFD dazu bei, die Not und das Leid zahlreicher Frauen zu lindern. Doch letztlich konnten die Hilfsunternehmungen der engagierten patriotischen Damen die soziale Misere im Reich, in Baden und Württemberg nur mildern, nicht aber beseitigen. Erschöpfung, Entbehrungen und die Kriegsmüdigkeit entluden sich hier wie dort bereits seit dem Frühjahr 1917 in Streiks. Erst ging es um Lebensmittelzuweisungen und Löhne, seit der Jahreswende 1917/18 zunehmend häufiger auch um die große Politik. In der ersten Jahreshälfte von 1918 kam es in allen größeren Industriestädten Badens und Württembergs zu Streiks. Die politische Wende, die sich seit dem Kieler Matrosenaufstand Ende Oktober 1918 und der Ausrufung der Republik am 9. November vollzog, fand nicht nur in den Zentren des Reiches, sondern auch im Südwesten statt.

Nur zwei Jahrzehnte später lag Deutschland erneut im Krieg. Wieder einmal scheint die Mehrheit der südwestdeutschen Bevölkerung zwar nicht von Kriegseuphorie befallen, nichtsdestotrotz auch nicht auf der Seite der Kriegsgegner zu finden gewesen zu sein. Die Forschung geht davon aus, dass die Zustimmung der „Volksgenossen“ zum nationalsozialistischen Regime zwischen Kriegsbeginn 1939 und 1941 auf dem Höhepunkt war. An

der „Heimatfront“ dominierten rasch die Versorgungsprobleme, die die Älteren noch aus dem Ersten Weltkrieg kannten. Nun freilich blieb es der nationalsozialistischen Partei und der NS-Kriegsmaschinerie überlassen, die „Heimatfront“ und den weiblichen Kriegseinsatz zu organisieren. Der BDF, das Dachorgan der bürgerlichen Frauenbewegung, hatte sich, um der Gleichschaltung zu entgehen, 1935 selbst aufgelöst.

Schon im Ersten Weltkrieg war Baden durch seine Grenzlage zu Frankreich stärker belastet, als dies Länder ohne lange Grenze zum „Feind“ gewesen waren. Erfahrungen mit Bombardierungen hatte es ebenfalls bereits im Ersten Weltkrieg gegeben. Seit der Westoffensive 1940, vor allem aber seit 1943 erreichten die Bombardierungen von neuem die deutschen Städte im Westen. Sie sollten sich bis zum Kriegsende in einem zuvor unvorstellbaren Maße steigern und viele südwestdeutsche Städte in Schutt und Asche legen. Stuttgart, Heilbronn, Ulm und Friedrichshafen, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Bruchsal und Pforzheim verzeichneten Todesraten bei der Zivilbevölkerung und Zerstörungen im Baubestand, die mit den berühmt-berüchtigten Bombardierungen von Dresden und Hamburg verglichen werden können. Ende des Krieges lieferten sich französische und amerikanische Truppen einen „Wettlauf“ bei der Besetzung des deutschen Feindgebietes. Für Frankreich ging es darum, möglichst viel Einfluss auf die deutsche Nachkriegsordnung zu gewinnen. Zwar mussten die französischen Truppen die Hauptstädte Badens und Württembergs dem amerikanischen Militär räumen, doch die alliierte Besetzung führte zu einer Teilung Badens und Württembergs in südliche, französisch besetzte und nördliche, amerikanisch besetzte Teile. Erst nach dem Ende der Besetzungszeit konnten die getrennten Landesteile wieder vereinigt werden.

Insgesamt haben im Zweiten Weltkrieg mehr als 225 000 südwestdeutsche Wehrmachtsangehörige ihr Leben gelassen. Etwa 40 000 Zivilisten, 90 Prozent davon Frauen, starben an der „Heimatfront“ vor allem im Bombenhagel. Noch in den letzten Kriegsmonaten führte das sinnlose Aufrechterhalten eines verlorenen Krieges zu zahllosen Opfern. Allein in Heilbronn kamen im Dezember 1944, drei Monate vor der Besetzung, bei einem Großangriff innerhalb weniger Minuten über 6500 Menschen um. Zwei Monate vor Kriegsende starben in Pforzheim rund 20 000 Menschen bei einem Bombenangriff. Heute beschwören Gedenkveranstaltungen und Erinnerungsfeiern in Deutschland das Leid, das die Bombenangriffe über die (überproportional weibliche) Zivilbevölkerung brachten. Es scheint, als erlaube das gemeinsame Erinnern an die Kriegslast die Bildung einer „Volksgemeinschaft“ in der Erinnerung, die es so allerdings in den Kriegsjahren nicht gegeben hatte. Kommunisten, Widerständler und vor allem der jüdische Teil

der Bevölkerung litten nicht unter den Bomben. Sie hatten zuvor schon notgedrungen Deutschland verlassen müssen oder waren in den Konzentrationslagern umgekommen. Rund eine halbe Million Menschen lebten bei Kriegsende unfreiwillig als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im heutigen Baden-Württemberg. Auch für sie bedeutete der Kriegseinsatz der Alliierten nicht Kriegsleid, sondern Hoffnung auf Befreiung.



Die Kriegszerstörungen während des Zweiten Weltkriegs, hier in Pforzheim, waren in den südwestdeutschen Großstädten durchaus mit den berühmt-berüchtigten Bombardierungen in Hamburg oder Dresden vergleichbar.

Die Einheimischen im heutigen Baden-Württemberg erlebten das Kriegsende vor allem als Auflösung aller staatlichen und militärischen Ordnung. Etwa eine Million Menschen wohnten nicht an ihrem eigentlichen Heimatort. Viele waren aus den kriegszerstörten Städten in Landgemeinden evakuiert worden. Vorerst würden sie nicht an ihre Herkunftsorte zurückkehren können. Wohnungsnot, Mangel an allen Gütern und der Zusammenbruch des Verkehrssystems machten deutlich, dass dieser Krieg viel stärker noch als der Erste Weltkrieg alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens beeinflusst und die Zivilgesellschaft zerstört hatte.

Exkurs: Kriege – das Auseinanderbrechen männlicher und weiblicher Handlungsspielräume und Erfahrungen

Kriege, gerne als „Fortsetzung der Politik“ mit anderen Mitteln verharmlost, stellen diejenigen Phasen in der Geschichte dar, in der männliche und weibliche Lebenswelten am meisten auseinanderklaffen. Kriege trennten und trennen häufig Paare und Familien über viele Jahre hinweg. Sie stellen die zumeist männlichen Kriegsteilnehmer und die Frauen in der Heimat vor gänzlich andere Aufgaben, lassen die Erfahrungen auseinanderdriften und erzeugen nicht selten ein innerfamiliäres Beschweigen von traumatisierendem Erlebten. Kriegserfahrungen blieben und bleiben nicht ohne Einfluss auf die zeitgenössischen Entwürfe von „echter“ Männlichkeit und Weiblichkeit. Kriege besaßen und besitzen sichtbaren Einfluss auf die geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Nachkriegsepochen. Nicht zuletzt scheinen sie tradierte Geschlechterordnungen aufzubrechen, um sie nach Ende der Gewalt erneut zu zementieren.

Schon in den Kriegen der Napoleonischen Ära hatte sich abgezeichnet, dass die neue Bereitschaft, (mehr oder weniger) freiwillig das Vaterland zu verteidigen, nicht ohne Folgen für das Männlichkeitskonzept der betroffenen Generationen blieb. Regierungen und Veteranenvereine wetteiferten in den nachfolgenden Jahrzehnten in der nostalgischen Verklärung männlichen heldenhaften Kriegsmutes. Nicht nur in Preußen, auch in Baden und Württemberg trennten sie den Soldateneinsatz von den jeweiligen Kriegszielen, so als adle jedes Kriegsziel die männliche Bereitschaft, kämpfend das eigene Leben zu riskieren. Der kriegsbereite Einsatz fürs Vaterland diente im 19. Jahrhundert als Legitimation für (männliche) politische Partizipationsforderungen. Andererseits galt nicht nur in Preußen der Militärdienst als Chance, breite (männliche) Bevölkerungskreise zu disziplinieren und mit staatstragenden Tugenden zu versehen. Die Militarisierung, die im Wilhelminischen Kaiserreich um sich griff, und das hohe gesellschaftliche Ansehen des befehlsgewohnten Offiziers waren der Herausbildung einer demokratischen *Civil Society* sichtlich abträglich.

Der Erste Weltkrieg entließ schließlich eine traumatisierte Jugend in eine zivile Welt, in der es vielen schwer fiel, wieder Fuß zu fassen. Manche „Militärkarriere“ führte nach dem verlorenen Krieg in die demokratiefeindlichen Freikorps, von dort in die SA und folgerichtig in den Zweiten Weltkrieg. Die Verherrlichung des Krieges als Schmelzofen, in dem



König Wilhelm von Württemberg unterhält sich bei einem Besuch an der Westfront mit Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes.

wahrhafte Männlichkeit geschmiedet wurde, prägte die europäische Kultur der Zwischenkriegszeit.

„Und doch, wie viele habe ich kennengelernt, die unter dem grauen Tuch ein Herz von Gold und einen Willen von Stahl bargen, eine Auslese der Tüchtigsten, die sich dem Tode in die Arme warf — mit stets gleichbleibender Freudigkeit“,

schrieb Ernst Jünger in seinem autobiographischen Werk über den Ersten Weltkrieg *In Stahlgewittern*. Und weiter heißt es dort:

„Ihr seid nicht umsonst gefallen. Wenn auch vielleicht das Ziel ein anderes, größeres ist, als ihr erträumtet. Der Krieg ist der Vater aller Dinge. Kameraden, euer Wert ist unvergänglich, Euer Denkmal tief in den Herzen eurer Brüder, die mit Euch standen, vom flammenden Ringe umschlossen.“¹⁸⁴

Es bedurfte der Erfahrung der Zerstörung jeglicher Humanität im Zweiten Weltkrieg, um zumindest in Deutschland den Männlichkeit stählenden Nimbus des Soldatentums zu zerstören. Zurück aus dem Zweiten Weltkrieg und aus langer Gefangenschaft kamen freilich Männer, denen die verordnete Demokratie kein neues Männlichkeitskonzept bot. Die Krise der Männlichkeit, die in den Sozialwissenschaften derzeit debattiert wird, mag auch auf diese Lücke zurückzuführen sein.

Für die Frauen bedeuteten die langen allumfassenden Kriege des 20. Jahrhunderts die Erweiterung ihrer Tätigkeiten auf bislang männlich konnotierte Aufgabenbereiche. Über viele Jahre hinweg übernahmen sie die Verantwortung für die Familie mehr oder weniger auf sich selbst gestellt. Sie drangen in Männerberufe vor, versorgten ihre Familien unter Bedingungen extremer Not und lernten die Entscheidungen alleine zu fällen, die in Friedenszeiten nicht selten der „Herr des Hauses“ bestenfalls mit ihrem Beistand zu fällen pflegte. Als Kriegerwitwen standen sie auch in den nachfolgenden Friedenszeiten ihren Mann und ihre Frau. Doch nach beiden Weltkriegen lassen sich massive gesellschaftliche Bestrebungen nachweisen, die durcheinandergebrachte Geschlechterordnung wieder herzustellen. Aus der eben eroberten männlichen Berufswelt wurden Frauen nach dem Ersten Weltkrieg wieder systematisch ausgegrenzt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg appellierten in seltener Einmütigkeit staatliche Behörden, Kirchen und Gewerkschaften an die Frauen, ihrem mütterlichen Wesen gemäß wieder zurückzutreten. Es galt die körperlichen und seelischen Wunden der heimkehrenden Männer zu pflegen, ihre geschwächte väterliche Autorität zu stärken und mit weiblichem Feinsinn das männliche Wertgefühl zu stabilisieren. Dass den wohlmeinenden Appellen nicht selten die familiären Realitäten widersprachen, zeigen die Scheidungsraten, die sich in der Nachkriegszeit im Vergleich zu vorausgegangenen Friedenszeiten verdoppelten.

184 Jünger (1922), S. VI.

Standortsuche in der Weimarer Republik

Die Revolution auf Reichsebene im November 1918 hallte im Südwesten wider, doch hier vollzog sich der politische und gesellschaftliche Wandel vergleichsweise „geordnet“. In Baden und Württemberg saßen von Anfang an auch Repräsentanten der bürgerlichen Parteien in den Revolutionsregierungen. Nur das protestantisch-konservative Lager, dem man den langen Krieg anlastete, wurde in die Revolutionsregierungen nicht integriert. Anders als in manchen anderen Regionen des Reiches beruhte der Übergang zur parlamentarischen Demokratie auf einem relativ breiten gesellschaftlichen Konsens. Einig war man sich darin, dass die Monarchien nicht zu halten waren. Offenbar war aber auch die Vorstellung vorherrschend, dass nicht die Räterepublik, sondern die parlamentarische Demokratie das Ziel aller politischen Wünsche darstellte. Es waren Sicherheitskompanien des Landessoldatenrats, die den Versuch der württembergischen Spartakisten vereitelten, vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 die Macht zu ergreifen. Auch als im Februar 1919 in Mannheim in Reaktion auf die Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) die Räterepublik ausgerufen wurde, sorgten regierungstreue Kräfte rasch für die Entwaffnung der Revolutionäre.

Wenige Tage vor der Wahl zur reichsweiten Nationalversammlung fanden die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung und zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg statt. Die Wahlergebnisse auch in den folgenden Wahlen spiegelten im Wesentlichen die politischen Lagerbildungen auf Reichsebene. Ähnlich wie in Berlin wurden in Baden und Württemberg Verfassungen entworfen, die stärker liberale als sozialdemokratische Tendenzen zeigten. Welche breite Akzeptanz die badische Übergangsregierung in der Bevölkerung genoss, lässt sich am Verfassungsgebungsprozess ablesen. In Baden setzte sich ein von der Regierung erarbeiteter Verfassungsentwurf durch, den die Badische Nationalversammlung im März 1919 einstimmig annahm. Wenige Wochen später wurde sie in der ersten demokratischen Volksabstimmung, die in der Weimarer Republik stattfand, bestätigt. Etwas heftiger verliefen die politischen Auseinandersetzungen um die Landesverfassung in Württemberg. Hier grenzte die Sozialdemokratie die USPD früh schon aus der Regierungsbeteiligung und der Verfassungsgebung aus. Aber auch hier gelang eine rasche Verabschiedung der Verfassung mit Zustimmung weiter Teile des bürgerlichen Lagers schon im April 1919.

Lassen sich landesspezifische Besonderheiten in den südwestdeutschen Verfassungen ausmachen? Im Detail sicherlich. Doch der mit der Weimarer



Revolution ohne Frauen? Blick auf eine Menschenmenge im Hof der Rotebühlkaserne in Stuttgart: Verteilen der Waffen am 9. November 1918.

Reichsverfassung eingeführte Grundsatz „Reichsrecht bricht Landesrecht“ verhinderte größere Abweichungen. Die tradierten Erfahrungen mit der Forderung nach liberalen Freiheitsrechten und der Begrenzung der Staatsmacht hatten in Baden dazu geführt, ein im Vergleich zur starken Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung schwaches Landesoberhaupt zu kreieren. Der badische Staatspräsident wurde vom Landtag im jährlichen Turnus aus der Reihe der Minister gewählt und er besaß keinerlei Richtlinienkompetenz gegenüber den übrigen Ministern. Regieren nach badischer Vorstellung bedeutete das Aushandeln von Kompromissen im Landtag und innerhalb der Ministerriege.

Doch grundsätzlich wurde die tradierte föderale Struktur Deutschlands in der Weimarer Republik eher geschwächt als gestärkt. Die Zeichen der Zeit standen auf Zentralismus. Große Chancen, landestypische Profile zu entwickeln, hatten die relativ stabilen Regierungen – zumeist gebildet aus SPD und Zentrum in Baden bzw. aus Zentrum und DNVP in Württemberg – in den Weimarer Jahren nicht. Ohnehin waren es nicht landesspezifische Fragestellungen, sondern Problemlagen auf Reichsebene – Versailler Vertrag, Wirtschaftskrise, Hyperinflation, Arbeitslosigkeit, Polarisierung der politischen Lager, Anwachsen des rechtsradikalen Lagers –, die die Menschen umtrieben.



Gruppenbild ohne Dame: die Vorläufige Badische Volksregierung 1919.

Lassen sich tatsächlich keinerlei regionale Besonderheiten, noch dazu in geschlechtergeschichtlicher Perspektive ausmachen, die die Zwischenkriegszeit im Südwesten charakterisieren? Einige Probleme der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in Baden sind auf die Nähe zur französischen Grenze zurückzuführen. Deutsche, die aus dem Elsass und Lothringen ins benachbarte Baden zurückkehrten, verschärfte die soziale Not in den Anfangsjahren der Republik. Der Versailler Vertrag hatte eine entmilitarisierte, 50 km breite Zone entlang der französischen Grenze festgelegt. 1923 entwickelte sich Baden dann zum Nebenschauplatz des Ruhrkampfes. Offenburg, Teile der Ortenau sowie die Rheinhäfen in Karlsruhe-Maxau und Mannheim wurden von Franzosen besetzt. Der Rheinhafen in Mannheim blieb bis 1925 unter französischer Kontrolle. Kehl stand gar bis 1930 unter französischer Besatzung. Das alles brachte nicht nur beträchtliche wirtschaftliche Probleme mit sich, sondern lieferte auch als „Stachel im Fleisch“ Stoff für nationale Demütigungsphantasien und Revanchegeanken. Das Schlagwort von der „Grenzlandnot“ machte die Runde. Die regionale Sonderstellung Badens mag mit erklären, warum die NSDAP hier rascher als in Württemberg Zulauf erhielt. Immerhin wählten bei der Reichstagswahl 1930 19,2 Prozent der Badener die Nationalsozialisten (Reich: 18,3 %). In Württemberg dagegen konnte die NSDAP nur 9,4 Prozent erringen. Bis 1933

passte sich jedoch der gesamte Südwesten den reichsweiten Tendenzen mehr und mehr an. Letztlich zeichnete sich in den Landesparlamenten Badens und Württembergs seit Ende der 1920er Jahre die gleiche linke und rechte Radikalisierung ab, die auch die große Politik bestimmte. Und auch außerhalb der Parlamente blieb der Südwesten von dem sichtbaren Rechtsruck im politischen und kulturellen Klima der Endphase der Weimarer Republik nicht verschont. Charakteristisch für die politischen Auseinandersetzungen in und außerhalb der Parlamente waren nicht die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, sondern hier wie dort die erstaunlich geringe Sichtbarkeit von Frauen.

„Nun kamen Personen zu politischem Einfluß, die bis dahin beiseite gestanden hatten. Jugend und Frische strömten herzu, unversehens auch die Frauen“, schrieb Marianne Weber in ihren Erinnerungen über die Aufbruchsstimmung 1919. „Es war Ehrensache, auch die Frauenmassen an die Wahlurnen zu bringen.“¹⁸⁵ Für die Frauen brachte die Gründung der Weimarer Republik tatsächlich ein Recht, für das sich zuvor die Sozialdemokratie eingesetzt hatte, das aber von der bürgerlichen Frauenbewegung nur zögerlich in das eigene Forderungsprogramm aufgenommen worden war: das aktive und passive politische Wahlrecht. Wenn sie es nicht schon im Wilhelminischen Kaiserreich getan hatten, spätestens jetzt suchten sich die Frauenrechtlerinnen des Kaiserreiches eine politische Heimat in den Parteien. Und diese wiederum entdeckten das weibliche Wählerpotential. Auf Reichsebene konnten Frauen in der Nationalversammlung 1919 immerhin 8,7 Prozent der Abgeordneten stellen. Von den Mandatsträgern der SPD waren 11,5 Prozent weiblich, von den Parlamentariern der USPD sogar 13,6 Prozent. War das ein hoher Frauenanteil? Gemessen daran, dass breite Kreise der männlichen Bevölkerung über ein Jahrhundert hinweg Frauen die Politikfähigkeit abgesprochen hatten, sicherlich. Überdies war es eine neue Erfahrung in den Parteien, dass für jeden Listenplatz, der einer Frau zur Verfügung gestellt wurde, ein männlicher Kandidat zurückstehen musste.

Die Wahlforschung kann allerdings zeigen, dass die Wahlchancen von Frauen selbst auf aussichtsreichen Listenplätzen nicht selten geringer als die ihrer männlichen Kollegen waren. Darüber hinaus war der politische Frühling in Sachen weibliches politisches Mandat kurz. Schon bei den Wahlen zum Reichstag 1920 sank der Anteil der gewählten Mandatsträgerinnen auf 7,8 Prozent. Im 1933 gewählten Reichstag betrug der Anteil der weibli-

185 Marianne Weber: Lebenserinnerungen, zit. nach Hochreuther (1992), S. 49.

chen Abgeordneten gerade noch 4,5 Prozent. Die 29 Parlamentarierinnen brachten bestenfalls etwas Farbe in die Reihen ihrer 618 männlichen Kollegen. Zu einer eigenständigen Frauenpolitik konnten die weiblichen Reichstagsabgeordneten in den wenigen Jahren der ersten deutschen Demokratie ohnehin nicht vordringen. Neben großen weltanschaulichen Konflikten verblassten die „Nebenwidersprüche“. Fraktionszwang und das Abdrängen der weiblichen Abgeordneten in den tradierten Frauenaufgabenbereich der sozialen Frage verhinderten in der Regel, dass weibliche politische Mandatsträgerinnen deutlich sichtbar wurden.

Nur fünf Frauen aus Südwestdeutschland waren zwischen 1919 und 1933 im Reichstag vertreten. Anna Blos (1866–1933), schon im Kaiserreich in der sozialdemokratischen Frauenbewegung aktiv und Ehefrau des ersten württembergischen Ministerpräsidenten, saß für die SPD lediglich 1919/20 im Reichstag. Klara Philipp (1877–1949, Zentrum), von 1919 bis 1922 Stadtverordnete in Pforzheim, seit 1922 Abgeordnete im Kreistag von Karlsruhe, rückte 1926 für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten und kurzfristigen Reichskanzler Constantin Fehrenbach (1852–1926) im dritten Reichstag nach. Weil ihre Partei sie bei den Wahlen 1928 und 1930 auf relativ unsicheren Landeslistenplätzen platzierte, konnte sie ihr Mandat nicht halten. Die Lehrerin Clara Siebert (1873–1963, Zentrum), die sich 1907 an der Gründung des *Katholischen Frauenbundes* beteiligt hatte und langjährig ein Mandat im Badischen Landtag hielt, eroberte erst 1932 ein Reichstagsmandat. In Sieberts Fall sorgte die nationalsozialistische Machtübernahme dafür, dass ihrem politischen Wirken auf Reichsebene rasch Grenzen gesetzt waren. Die Sozialdemokratin Anna Ziegler (1882–1942), die schon während des Ersten Weltkriegs der USPD beigetreten war, wurde 1919 Mitglied des Gemeinderats in Heilbronn. Für die USPD konnte sie 1920 in den Reichstag einziehen. Sie verließ ihn allerdings nach einer Rückkehr zur SPD 1924 vor Ende der Legislaturperiode bereits wieder, um in Leipzig „als Parteisekretärin die *Frauenagitation* zu übernehmen“.¹⁸⁶ Und so blieb es Clara Zetkin als Abgeordnete der KPD zwischen 1920 und 1933 vorbehalten, die politischen Frauen des Südwestens im Reichstag kontinuierlich zu repräsentieren. Doch die alte Dame der proletarischen Frauen- und Friedensbewegung, scharfe Kritikerin der sozialdemokratischen Politik und der parlamentarischen Demokratie, verstand sich im Reichstag sicherlich nicht als Vertreterin spezifischer Fraueninteressen. Insgesamt lässt sich feststellen: Der Reichstag war traditionell eine männliche Bühne. Er blieb es in der jungen Demokratie,

186 Ebd., S. 48.

an deren Ende sich ohnehin abzuzeichnen begann, dass der neue nationale völkische Staat ohne weibliches Mandat organisiert werden würde.

Die geschlechtsspezifischen politischen Tendenzen des Reichstags spiegelten sich letztlich auch in den Landesparlamenten von Baden und Württemberg. Schon bei den Wahlen zu den regionalen verfassunggebenden Versammlungen blieb der Anteil von Mandaten, die Frauen erwarben, unter dem, den Frauen auf Reichsebene erobern konnten. Insgesamt bildeten Baden und Württemberg mit ihrer Frauenquote in den Landesparlamenten der Weimarer Epoche die Schlusslichter im Ländervergleich. 19 Württembergerinnen und 17 Badenerinnen schafften zwischen 1919 und 1933 den Sprung in die jeweiligen Landesparlamente. Aber auch in den südwestdeutschen Landtagen gelang es Frauen nicht, über die Sozialpolitik hinaus sichtbar Einfluss auszuüben.

Zu den Mandatsträgerinnen in den südwestdeutschen Landtagen zählt beispielsweise die Nationalökonomin Marie Bernays. Sie hatte sich schon im Kaiserreich in der bürgerlichen Frauenbewegung engagiert und 1916 in Mannheim zusammen mit Elisabeth Altmann-Gottheiner die *Soziale Frauenschule* gegründet, eine Vorläuferin der modernen Fachhochschulen für Sozialarbeit. Von 1921 bis 1925 bekleidete sie für die DVP ein Mandat im badischen Landtag. Nicht weiter verwunderlich war, dass der Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit im sozialen Bereich lag.

Zu den kurzzeitigen Landtagsmandatsträgerinnen in der Weimarer Republik zählte auch Laura Schradin, die sozialdemokratische Aktivistin im Kaiserreich, die sich in Reutlingen mit der Gründung der Kriegsflickwerkstätten hervor getan hatte. Sie war reichsweit als Repräsentantin der südwestdeutschen proletarischen Frauenbewegung bekannt. 1919 wurde sie in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg gewählt. Ein Jahr später gab ihr die SPD zur ersten Reichstagswahl den fünften Platz auf der württembergischen Landesliste. Für den Einzug in den Reichstag reichte diese Platzierung jedoch nicht aus. Die nächsten fünf Jahre engagierte sie sich im Stadtrat von Reutlingen. Danach gab sie wohl aus gesundheitlichen Gründen ihr Mandat zurück. Ihre aufrechte politische Haltung auch ohne politisches Mandat bezahlte sie 1936 während der nationalsozialistischen Diktatur mit drei Monaten Gefängnis. Ein Jahr später ist sie gestorben. Ihr Schwiegersohn hat ihr in einer gedruckten Grabrede ein Denkmal gesetzt. 1937 durfte sie anlässlich der Beerdigung nicht verlesen werden. Erst 41 Jahre später erschien sie in den *Reutlinger Geschichtsblättern*.¹⁸⁷

187 Vgl. Rieth (1978).

Die Marginalisierung von Politikerinnen in der Weimarer Republik mag angesichts des 1919 endlich durchgesetzten Frauenwahlrechts erstaunen. Offenbar gelang es den politischen Aktivistinnen des Kaiserreiches nicht, in der demokratischen Parteienlandschaft adäquat Fuß zu fassen. Der nun eröffnete Zugang zu den alten und neuen Parteien und ihren Wahlritualen führte anscheinend zu einer Schwächung selbständiger Frauenpolitik. Vor diesem Phänomen warnte bereits im April 1919 Marie Wegner (1859–1920), eine der Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung des Wilhelminischen Kaiserreiches.

„Wiederholt bin ich in letzter Zeit gefragt worden, ob wir nun, nachdem wir das Wahlrecht haben, nicht unsere Frauenorganisation auflösen würden, wir hätten doch die Endforderung erreicht“,

schrrieb sie in einem Artikel. Und weiter:

„Die Ahnungslosen! Als ob wir nicht das Frauenstimmrecht brauchten, um für die Gleichstellung der Frau mit Nachdruck arbeiten zu können!“¹⁸⁸

In vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren der Nachkriegsgesellschaft beobachtete sie Konkurrenzen und Verteilungskämpfe zwischen Männern und Frauen, die in der Regel zu Ungunsten der Frauen ausgingen.

„Jahrzehntelang haben die weiblichen Angestellten ihren männlichen Kollegen gegenüber die schwersten Kämpfe durchzumachen gehabt, die heute noch zu Tage liegen, indem geflissentlich die weiblichen Kolleginnen aus dem Beruf herausgedrängt werden. Dennoch unterstützt man von den weiblichen Verbänden lieber Angestelltenlisten der Männer, als im eigensten Interesse solche der Frauenbewegung aufzustellen. [...] Aus Österreich und dem Königreich Sachsen kommt die Nachricht, dass in neuester Zeit den Lehrerinnen die größten Schwierigkeiten gemacht werden, wenn es sich um die Besetzung von Direktoratsstellen an den Mädchenschulen handelt, [...] Ist es der Anfang dazu, dass uns die wenigen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wieder genommen werden sollen? [...] Durch die Einreihung in die Parteien ist den Frauen sicher ein gemeinsames Vorgehen erschwert.“

Im „Gedränge um die Futterkrippe“ garieten nach Kriegsende „die geistig Arbeitenden gegenüber den körperlich Arbeitenden, die Frauen gegenüber den Männern ins Hintertreffen“. So jedenfalls charakterisierte Elisabeth Altmann-Gottheiner die Verteilungskämpfe in der Weimarer Republik.¹⁸⁹ Die Schwächung, die selbst die gemäßigte bürgerliche Frauenbewegung in der jungen Demokratie erfuhr, lässt sich an der Entwicklung des *Badischen*

188 Zit. nach Bettin (2003), S. 166. Hieraus auch die folgenden Zitate.

189 Altmann-Gottheiner (1920), S. 38.

Frauenvereins veranschaulichen. Der staatstragende Frauenverein hatte Baden während der Wilhelminischen Epoche mit einem dichten Netz regionaler Zweigvereine überzogen und ein beeindruckendes Engagement in weiblich konnotierter Sozialarbeit und Frauenbildungsbestrebungen entfaltet. Doch seine Geschicke waren eng mit der Person der Landesfürstin verbunden. Großherzogin Luise hatte ihn groß gemacht und die Verbindung der Frauenvereine mit der Staatsverwaltung und den kommunalen Selbstverwaltungsorganen garantiert. Mit dem Ende der Monarchie war folgerichtig die große Zeit des *Badischen Frauenvereins* vorbei. Die Abdankung des badischen Herrscherhauses beraubte den Verein der selbstverständlichen und bevorzugten Förderung durch die Landesregierung. Nun vollständig eingliedert in das *Rote Kreuz*, begann der *Badische Frauenverein* zunehmend sein eigenständiges Profil zu verlieren. Viele der von den Zweigvereinen aufgebauten sozialen und medizinischen Einrichtungen übernahmen nach und nach die Kommunen im Zuge des Ausbaus des Sozialstaats. Andere Einrichtungen mussten mangels finanzieller Ressourcen einfach aufgegeben werden. Für die „fürsorgliche Belagerung“ sozial „Minderbemittelter“ durch Bürgerdamen verschwand zudem mehr und mehr die Akzeptanz. Entsprechend sank auch die Mitgliederzahl von fast 95 000 Mitgliedern (1920) auf 73 000 (1937) ab.

Deutlicher noch als der Rückgang der Mitglieder ist in der Zwischenkriegsepoche zu beobachten, dass der Verein als unselbständige Organisation des *Roten Kreuzes* offenbar keine Aktivitäten mehr entfaltete, die über geschlechtsneutrale Sozialarbeit hinausgingen. Landesweite Bemühungen, weibliche Bildung und Berufstätigkeit spezifisch zu fördern, lassen sich nicht mehr ausmachen. Im „Dritten Reich“ als Untergliederung des *Roten Kreuzes* wie der Dachverband gleichgeschaltet, „arisiert“ und in erster Linie auf kriegsbegleitende und -vorsorgende Dienste verpflichtet, verlor der *Badische Frauenverein* 1934 seine Selbständigkeit und zwei Jahre später seine eigene Zeitung. Ende 1937 wurde er zwangsaufgelöst. Es scheint keine ernsthaften Bestrebungen gegeben zu haben, ihn nach dem Ende der Diktatur wieder aufleben zu lassen.

Vielen Einrichtungen der bürgerlichen Frauenbewegung erging es ähnlich wie den Institutionen des staatsnahen *Badischen Frauenvereins*. Ein Beispiel liefert der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium*. 1893 hatte es der Verein geschafft, das erste deutsche Mädchengymnasium mit Abschluss Abitur in Karlsruhe zu installieren. Bald schon zeichnete sich jedoch ab, dass der Verein finanziell mit der Schule überfordert war. 1897 übernahm die Stadt Karlsruhe die Schule in den städtischen Haushalt. Die kommunale Unterstützung war durchaus zweischneidig. Sie sicherte das erste Mädchengym-

nasium finanziell ab, brachte aber den Rückzug der Frauenrechtlerinnen aus der Leitung der Schule. Der Verein konnte 1920 immerhin 25 Zweigvereine mit über 4000 Mitgliedern aufweisen. Die Vorsitzende des Vereins, die Mannheimerin Julie Bassermann, war nach wie vor über den Verein hinaus in der reichsweiten Frauenbewegung einflussreich. 1920 saß sie im erweiterten Vorstand des BDF und leitete den *Badischen Verband für Frauenbestrebungen*, die badische Dachorganisation der bürgerlichen Frauenvereine mit 25 angeschlossenen Vereinen und 11 540 Mitgliedern. In ihrer Heimatstadt konnte der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* beachtliche 382 Mitglieder vorweisen. Hier trug der Verein organisatorisch und finanziell die von Marie Bernays und Elisabeth Altmann-Gottheiner 1916 gegründete *Soziale Frauenschule*. Sie bildete in zweijährigen Kursen Frauen für soziale Berufe aus. 1921 erhielt die Einrichtung die staatliche Anerkennung. Aber auf Dauer war auch die *Soziale Frauenschule* auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Mit 260 Schülerinnen, drei haupt- und zwölf nebenamtlichen Lehrkräften wurde sie 1928 von der Kommune übernommen. Es ist zu vermuten, dass spätestens seit dieser Zeit spezifische, mehr oder minder feministische Fraueninteressen nicht mehr zum Lehrstoff der Schule gehörten.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde auch diese Einrichtung gleichgeschaltet, ihre jüdischen Leiterinnen entlassen und die Schule mit NS-Lehrinhalten an das nationalsozialistische Frauenbild angepasst. Von den 25 Ortsvereinen, die der Verein *Frauenbildung – Frauenstudium* 1920 hatte vorweisen können, waren 1931 noch elf übrig, die Mitgliederzahl scheint von 4000 auf um die 1000 gesunken zu sein. Selbst in Mannheim, einer der Hochburgen des Vereins, hatte sich die Zahl der Vereinsdamen halbiert. Zum Stand der Frauenbewegung hatte Elisabeth Altmann-Gottheiner schon 1920 geschrieben:

„Wir wissen heute, daß die gegenwärtige Generation ebenso schwere Kämpfe, ja wahrscheinlich schwerere auszukämpfen haben wird, als die Frauen, auf deren getane Arbeit wir stolz sind.“¹⁹⁰

Neue und alte Welten

Der verlorene Krieg und die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 in Berlin zeigten nicht nur den Untergang der Monarchien im Reich und seinen Ländern an. Die doppelte Proklamierung einer Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann (1865–1939) und den Spartakisten Karl Liebknecht (1869–1919) leitete symbolträchtig die radikalen und ge-

190 Ebd., S. 50.

waltsamen weltanschaulichen Auseinandersetzungen ein, die die folgenden Jahrzehnte prägen sollten. Doch nicht nur in der Arena der großen Politik trafen kommunistische, sozialdemokratische, gemäßigt bürgerliche, konservative und nationalchauvinistische Ideen und Lager aufeinander. Sie spiegelten sich auch in der Kultur der Weimarer Republik. Die kulturelle Umbruchphase schuf den Freiraum für wegweisende neue Ideen, Experimente in der Kunst und auf den Theaterbühnen oder im Kabarett. Sie bot aber auch Raum für die nostalgische Verklärung der untergegangenen Epoche, heftige kulturpessimistische Abwehr der Moderne und sich zunehmend aggressiver gebärdend rassistisch aufgeladene Volkstümelei. Die Kulturszene brodelte, nicht nur in der Hauptstadt Berlin, sondern auch in den Großstädten fernab vom nationalen Zentrum der großen politischen Auseinandersetzungen.

Eines der kulturellen Kampffelder, in denen moderne Kunstvorstellungen und engagierte Überlegungen zur praktischen Ausgestaltung des Alltagslebens für breite Bevölkerungskreise ineinander griffen, stellten Architektur und Möbelgestaltung dar. Schon während der letzten Jahrzehnte des Wilhelminischen Kaiserreiches hatten Industrialisierung und Urbanisierung zu großer Wohnungsnot und einem bedrückenden Mangel an bezahlbaren kleinen Wohnungen für einkommensschwache Familien geführt. Die öffentliche Hand tat sich schwer damit, in den privaten Wohnungsmarkt im Interesse der Stadtentwicklung einzugreifen. Nach dem Kriegsende und dem Systemwechsel wurden jedoch in vielen Städten ehrgeizige kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsbauprogramme aufgelegt. In Stuttgart beispielsweise setzte sich der parteilose Oberbürgermeister Karl Lautenschlager (1868–1952) mit Unterstützung der Sozialdemokraten und liberalen Demokraten mit Nachdruck für den kommunalen Wohnungsbau ein. Hier wurden zwischen 1919 und 1932 18 730 Wohnungen gebaut, davon jeweils 30 Prozent in städtischer bzw. in gemeinnützig-genossenschaftlicher Regie.

Wie die Wohnbedürfnisse breiter einkommensschwächerer Bevölkerungskreise in der Großstadt befriedigt werden könnten, wurde in Architektenkreisen vehement diskutiert. Künstler- und Architekturvereinigungen wie der *Deutsche Werkbund*, gegründet 1907 in München, strebten schon im Kaiserreich eine Erneuerung und Modernisierung der Formgebung im Kunstgewerbe und in der Architektur an. In der Weimarer Republik traten sie dazu an, mit ehrgeizigen Projekten endgültig der Moderne zum Durchbruch zu verhelfen. Die erste Nachkriegstagung des *Werkbundes* fand bereits 1919 in Stuttgart statt. Hier arbeiteten an der Technischen Hochschule und

der Kunstgewerbeschule eine Reihe von Künstlern, Möbelbauern und Architekten, die sich dem *Werkbund* verbunden fühlten. Zur Gründung einer württembergischen *Arbeitsgemeinschaft* als Abteilung des *Werkbundes* kam es in Stuttgart 1920.

„Wenn die Siedlungen [...] bei den Erweiterungen der Städte sich breiten, sollen sie von den besten Meistern gestaltet werden, ohne sentimentale Biedermeierei, ohne kleinlichen Schmuck, aber groß, frisch, sachlich, einfach“,

erklärte Peter Bruckmann (1865–1937), Heilbronner Unternehmer, Vorsitzender des *Werkbundes* und der *Deutschen Demokratischen Partei* Württembergs ab 1921, in der Ankündigung der Gründung der *Arbeitsgemeinschaft*.¹⁹¹

Auf die Initiative der Stuttgarter *Arbeitsgemeinschaft* geht die berühmte Weißenhofsiedlung zurück, die 1927 in der württembergischen Hauptstadt errichtet wurde. Die Idee, eine gemeinsame Ausstellung zur modernen Architektur und zum modernen Wohnen zu organisieren, scheint im Atelier des Stuttgarter Malers Willi Baumeister (1889–1955) entstanden zu sein, „als man aus Anlaß des Besuchs von Mies van der Rohe ein Fest mit ‚Matratzen‘ und ‚Gramophon‘ veranstaltete“.¹⁹² Der Gemeinderat Stuttgarts griff die Initiative des *Werkbundes* auf und stellte Gelände und finanzielle Mittel zur Verfügung. Neben Ausstellungen zum modernen Wohnen entstanden auf dem Weißenhof 21 Häuser mit 63 Wohnungen, mit denen Architekten von internationalem Rang – unter anderem Peter Behrens (1868–1940), Le Corbusier (1887–1965), Walter Gropius (1883–1969), Ludwig Mies van der Rohe (1886–1969) – veranschaulichten, was sie unter modernem Wohnen verstanden. „Es kann nicht bestritten werden“, schrieb Werner Gräff (1901–1978), der Pressechef der Ausstellung,

„daß im Laufe der Jahrzehnte die Lebensart nicht nur einer intellektuellen Elite, sondern in Ansätzen auch bereits die der großen Masse (insbesondere der jüngeren Generation) weitgehende Wandlungen erfahren hat. Schon die sinnfälligsten Faktoren: gesteigerter Sinn für Luft, Farbe und Mechanik, Drang zu sportlicher Betätigung, soziale Umschichtung, wirtschaftliche Nöte müssen auf die Dauer unlegbar zu starken Umbildungen des Wohnwesens führen. Indessen: klare neue Wohnformen konnten sich bis heute noch nicht herausbilden [...]. Vielleicht weiß die neue Generation nur darum nicht, wie sie wohnen will, weil sie Möglichkeiten gar nicht ahnt. Also zeige man ihr die neuen technischen Voraussetzungen des Wohnungsbaus, man mache sie mit den zweckmäßigsten Wohnungsausstattungen und Apparaten bekannt, man führe ihr auch vor, was die wirklichen Köpfe unter den Baukünstlern aus aller Welt Neues erstreben“.¹⁹³

191 Peter Bruckmann, 1920, zit. nach Kirsch (1987), S. 12.

192 Ebd., S. 13.

Und der Stuttgarter Architekt Richard Döcker (1894 – 1968) propagierte:

„Das Neue hat keine Klagen über böse Zeiten und schlechte Menschen von heute, das Neue hat keine Sehnsucht nach allem der guten alten Zeit. Die Menschen von heute und die Menschen der Zukunft sind froh, gesund und mutig, frei lebensbejahend und ohne ‚Paragraphen‘.“¹⁹⁴



Die berühmte Weißenhofsiedlung in Stuttgart, zu der die zeitgenössisch bekanntesten Architekten der Moderne beitrugen, als Postkartenmotiv.

Die Weißenhofsiedlung gilt noch heute als eine der bedeutendsten Architektursiedlungen der Neuzeit. Unter den beteiligten Experten lassen sich neben den internationalen Architekturgrößen viele Architekten aus dem deutschen Südwesten nachweisen. Der Stuttgarter Maler Willi Baumeister gestaltete die Werbeplakate und die Kataloge der Ausstellung. Auch waren Wohnungen unter anderem Le Corbusiers, Victor Bourgeois' (1897 – 1962) und Richard Döckers mit seinen Bildern dekoriert.

An der Ausstellung beteiligte Frauen sucht man allerdings nahezu vergeblich. So hatte beispielsweise der Berliner Architekt Peter Behrens eigentlich geplant, eine der von ihm gebauten Wohnungen durch die bekannte Innenarchitektin Else Oppler-Legband (1875 – 1965) einrichten zu lassen.

193 Werner Gräff: Zur Stuttgarter Weißenhofsiedlung, in: *Bau und Wohnung* (1927), S. 8 f.

194 Richard Döcker, in: *Bau und Wohnung* (1927), S. 42.

Doch den Zuschlag erhielten schließlich doch die Architekten und Gebrüder Heinz (1902 – 1996) und Bodo Rasch (1903 – 1995). Weibliches Expertentum scheint letztlich nur in spezifisch weiblich konnotierten Räumen vorstellbar gewesen zu sein. So hatten die Ausstellungsmacher daran gedacht, die berühmte *Frankfurter Küche*, die Margarete Schütte-Lihotzky (1897 – 2000) kurz zuvor entworfen hatte, in einer der ausgeführten Wohnungen auszustellen. Doch da das dafür vorgesehene Gebäude nicht fertiggestellt wurde, konnte das Publikum die Reformküche, die auf kleinstem Raum Hausarbeit so rationell wie irgend möglich organisieren wollte und „heute noch so aktuell wie damals“ ist, nur „ein wenig versteckt“ in einer Gewerbehalle bewundern.¹⁹⁵

In Genderperspektive stellt sich die avantgardistische Architektur und Kunst der 1920er Jahre ohnehin als dominant männliches Projekt dar. Frauen hatten es schwer in der modernen Architektur- und Designbranche. Im berühmten *Staatlichen Bauhaus*, das Walter Gropius 1919 in Weimar als Studienstätte für die Avantgarde der Klassischen Moderne gründete, wurden Frauen eigentlich nur in der traditionell weiblich konnotierten Weberei akzeptiert. Im ersten Semester 1919 hatten sich im *Bauhaus* 84 Studentinnen und 79 Studenten eingeschrieben. Gropius proklamierte „keine Unterschiede zwischen dem schönen und starken Geschlecht“ machen zu wollen.¹⁹⁶ Wenig später warnte er jedoch bereits vor zu vielen Experimenten und forderte „eine scharfe Aussonderung gleich nach der Aufnahme, vor allem bei dem der Zahl nach zu stark vertretenen weiblichen Geschlecht“.¹⁹⁷ Der Stuttgarter Maler und Bildhauer Oskar Schlemmer (1888 – 1943), der im *Bauhaus* 1920 die Leitung der Werkstatt für Wandbildmalerei übernahm, gefiel sich gar als Poet mit dem bemerkenswerten Reim: „Wo Wolle ist, ist auch ein Weib, das webt, und sei es nur zum Zeitvertreib.“¹⁹⁸ Eine gewisse (männliche) Herablassung gegenüber weiblichen Künstlerinnen spricht auch aus dem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* über die Stuttgarter *Werkbund-Ausstellung Die Form*, die 1924 der *Wohnen-Ausstellung* von 1927 vorausging. Gezeigt, heißt es da, wurden neben den Beispielen der „technischen Form“ auch solche der „primitiven Form“.

„Die Primitiven sind fast alle Frauen. Und die ausgezeichneten Beispiele für technische Formen rühren von Männern her. Das leuchtet ein. Denn die Technik ist bis jetzt eine einseitig männliche Angelegenheit.“¹⁹⁹

195 Kirsch (1987), S. 33.

196 Walter Gropius, zit. nach Müller (2009), S. 9.

197 Ebd., S. 10.

198 Oskar Schlemmer, zit. nach Müller (2009), S. 11.

Und so mag das (künstlerische) Schicksal von Margarete Oehm (1898–1978) symptomatisch für den Handlungsspielraum von Frauen in der künstlerischen Avantgarde der Zwischenkriegszeit sein. Die junge Stuttgarter Malerin hatte in der Weimarer Republik Anschluss an die Moderne in Kunst und Architektur gefunden. Sie verkehrte in den gleichen Kreisen wie Willi Baumeister. An zwei Ausstellungen, an der *Stuttgarter Sezession* 1924 und einer Ausstellung im *Kunstkabinett* Stuttgart 1925 war sie mit eigenen Werken beteiligt. Sie beendete „ihre künstlerischen Ambitionen nach der Eheschließung“ 1926 mit Willi Baumeister, heißt es auf der Homepage der Willi Baumeister-Stiftung. „Das malerische Werk von Margarete Oehm (1898–1978) ist heute weitgehend unbekannt. Ihre künstlerische Schaffensphase umfasst nur eine kurze Zeit. Vielmehr ist sie als Frau des Künstlers Willi Baumeister – als Margrit Baumeister bekannt.“²⁰⁰ Ihre Graphik *Augenblick und Dauer* indes ist noch heute in vielen Varianten zu beziehen.

Die Arbeit der modernen Architekten und Möbelbauer der Weißenhofsiedlung stieß in der Zwischenkriegszeit keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Der Kampf zwischen Moderne und Tradition, Aufbruch und Sehnsucht nach dem Verlorenen spiegelt sich auch in der Rezeption der Weißenhofsiedlung. „Das gutmütige schwäbische Volk“, erklärte 1932 die Zeitschrift *Die deutsche Bauhütte*, lehne die „orientalischen Imitationen“ und „Einfamilienhäuser im Quetschsystem“ ab.²⁰¹ Dem Nationalsozialismus galt die Weißenhofsiedlung als „Schandfleck Stuttgarts“.

„Auf dem Begrüßungsabend vor der Eröffnung dieser Bauausstellung, die mit Betonung gegen die vom Heimatschutz vertretene heimische Bauweise gerichtet war, machte sich auch der damalige Geschäftsführer des württembergischen Werkbundes über das traditionsverbundene Bauen des Heimatschutzes lustig“,

ereiferte sich 1941 der Architekt und „Heimatpfleger“ Felix Schuster (1876–1950) im *Schwäbischen Heimatbuch*, der Vereinszeitung des Schwäbischen Heimatbundes.

„Aber die Herrlichkeit der Sieger dauerte nicht lange. Es hieß nur zu schnell: ‚Ach wie bald schwindet Schönheit und Gestalt! Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen.‘ – Jetzt macht man sich über die Erzeugnisse der Weißenhofsiedlung lustig.“²⁰²

199 Süddeutsche Zeitung vom 30.6.1924, zit. nach Kirsch (1987), S. 13.

200 www.margarete-oehm.net/#sthash.nnQgobDy.dpuf (Zugriff am 13.4.2015).

201 Zit. nach Kirsch (1987), S. 207.

202 Schwäbisches Heimatbuch (1941), zit. nach Kirsch (1987), S. 207.



Die Malerin Margarethe Oehm stellte nach ihrer Heirat mit Willi Baumeister 1926 ihr eigenes künstlerisches Schaffen ein. Sie gilt als „vergessen“, obwohl Kunstdrucke von ihr noch heute im Handel erhältlich sind.



Die Weißenhofsiedlung in der völkischen Verunglimpfung (vgl. Abbildung S. 190).

Die Ideen der sogenannten Heimatschutzbewegung lagen nicht nur den Nationalsozialisten am Herzen. Sie fanden in breiten modernisierungskritischen Kreisen Zustimmung. Schon 1897 hatte sich der Berliner Komponist Ernst Rudorff (1840–1916) medienwirksam für die Erhaltung der Natur und die Bewahrung alter Bau- und Lebensformen einzusetzen begonnen. Er prägte den Begriff „Heimatschutz“ als Gegenbewegung gegen „Materialismus“ und sozialistisches Gedankengut. Auf seine Initiative hin fand sich 1904 der *Bund Heimatschutz* zusammen. 1914 umbenannt in *Deutscher Bund Heimatschutz*, setzte sich die Dachorganisation der Naturschutzbestrebungen die Erhaltung und Pflege traditioneller Bauweise, den Schutz des Landschaftsbildes und der einheimischen Natur und Tierwelt, die Pflege der Volkskunst und der tradierten Sitten und Gebräuche zum Ziel. Auch in Baden und Württemberg kam es noch vor dem Ersten Weltkrieg zur Gründung von Landesvereinen.

1909 formierte sich der *Schwäbische Heimatbund*. Er engagierte sich unter anderem für die „Wahrung und Förderung der heimischen Bauweise, die Warnung vor aufdringlichen Verunstaltungen der Landschaft, die Pflege der heimischen Eigenart in all ihren Ausdrucksformen“.²⁰³ Bis in den Ersten Weltkrieg hinein vor allem mit der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Organisationen befasst, entwickelte sich der *Bund für Heimatschutz* in

203 Arnold (2014), S. 28.

Württemberg und Hohenzollern in der Weimarer Republik zum lautstarken Gegner der modernen Architektur. Dabei lieferte mehr und mehr völkisches Gedankengut Argumentationshilfen. 1927 meldete sich Paul Schultze-Naumburg (1869–1949), Gründungsmitglied der Heimatschutzbewegung, im *Schwäbischen Heimatbuch* zu Wort. Die Flachdächer der Weißenhofsiedlung provozierten ihn zu rassistischen „Klarlegungen“. Ihm galt das „südländische Haus [...] sofort als Kind eines anderen Himmels und eines anderen Blutes“, und er hoffte,

„daß das Gefühl für den Ausdruck des Daches beim nordischen Hause bei den überragend meisten Deutschen zu tief sitzt, um sich dauerhaft in das Gegenteil zu verkehren.“²⁰⁴

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde dann auch im *Schwäbischen Heimatbuch* als „großes deutsches Wunder“ begrüßt. Dem NS-Staatspräsidenten Wilhelm Murr (1888–1945) diente sich der *Heimatsbund* als Kampfpartner im Geiste an und hoffte,

„daß der begonnene Kampf gegen Überfremdung, gegen öde Gleichmacherei und Seelenlosigkeit, gegen artfremde Kunst und Literatur und gegen jeden Mißbrauch der Heimat zu einem vollen und raschen Erfolg führen möge“.²⁰⁵

Mit dieser Hoffnung traf der *Schwäbische Heimatbund* durchaus den Zeitgeist. Seine Mitgliederzahlen stiegen von circa 4200 im Jahr 1926 auf 7253 im Jahr 1939 an. Nennenswerten Einfluss auf die nationalsozialistische Baupolitik konnte der Verein dennoch nicht erreichen.

Ähnlich wie in Württemberg verlief die Entwicklung des Heimatschutzes in Baden. 1909 schlossen sich der *Badische Verein für Volkskunde* (gegr. 1904) und der *Verein für ländliche Wohlfahrtspflege* (gegr. 1902) zur *Badischen Heimat* zusammen. Satzungsgemäß ging es dem badischen Verein um

„Erhaltung, Pflege und wissenschaftliche Erforschung des heimischen Volkstums, Förderung der ländlichen Wohlfahrt auf geistigem und materiellem Gebiete, Schutz der heimischen Landschaft, ihrer Kultur- und Naturdenkmäler, ihrer Tier- und Pflanzenwelt und dadurch Weckung und Vertiefung der Heimatliebe“.²⁰⁶

Seit 1914 erhielten die Mitglieder des Vereins kostenlos die volkstümlich gehaltene Zeitschrift *Mein Heimatland*. Sie erreichte 1925 immerhin eine Auflage von 15 000 Exemplaren. Ganz im Sinne der allgemeinen Heimatschutz-

204 Schultze-Naumburg, zit. nach Blümm (2014), S. 80.

205 Zit. nach ebd., S. 84.

206 § 2 der Satzung des Vereins „Badische Heimat“, in: *Mein Heimatland* 1 (1914), S. 129.

bewegung war es die nostalgisch verklärte bäuerliche Welt des vorindustriellen Dorfes, die die Autoren der badischen Vereinszeitung schon vor dem Krieg beschworen. „Denn alles in einem solchen Ort paßt in seiner Anlage wie seiner Durchführung und Ausbildung zusammen, da steht nichts als Fremdling und als Fremdkörper darinnen“, schwärmte der Überlinger Maler und Restaurator Viktor Mezger (1866–1936) in *Mein Heimatland* im Jahr 1914.²⁰⁷ Die Architektur des traditionellen Dorfes schien ihm geboren aus „schlichten Gedanken und Gefühl“, das einheimische Haus „immer ein Landbewohner und nimmer ein Stadtherr“.²⁰⁸ „Wir haben in den letzten Jahren das Gefühl“, konstatierte 1925 Hermann Eris Busse (1891–1947), Heimatschriftsteller, Geschäftsführer und Schriftleiter des Vereins *Badische Heimat*,

„als zerrinne alles Gut, das wir in Hast und Last dem Tag abgerungen, in unseren Händen, als sei alles Feste ins Gleiten geraten und wir damit. [...] Die Feinfühlig-
en, Hellsichtigen, deren Seelen heil geblieben, hoben aus den reichen Gründen der Vergangenheit ihre Bausteine und bauten auf satter Scholle der Heimat ihr Leben neu. [...] Die Heimat in Landschaft und im Vaterland wird ihnen zum Sammelbecken alles Kostbaren, aus dem endlos geschöpft werden kann.“²⁰⁹

Seit 1924 begann sich der Verein zeitgeistgemäß verstärkt der Familienforschung zu widmen. Wie der Freiburger Anatomieprofessor, „Rassenhygieniker“ und Vorsitzende der *Badischen Heimat*, Eugen Fischer (1874–1967), 1927 erläuterte, ging es nun auch um „die Erhaltung und Vermehrung gesunder deutscher Erbstämmen, die Vermehrung ihrer Zahl, die Hebung der Qualität“.²¹⁰ Von hier aus war der Weg zur Begrüßung der nationalsozialistischen Machtübernahme auch in der badischen Heimatschutzbewegung nicht weit:

„Wenn uns so Heimat alles ist, Trägerin von Volkstum und Rasse, Boden, aus dem wir wurden, Erde, die uns nährt, Grund, der uns bergen wird, dann haben wir das leidenschaftlich empfundene Recht, diese Heimat unantastbar zu machen für jeden, der ihr nicht gehört. [...] Und dann schaut aus allen Heimatgauen jedes Auge auf den Führer, der uns dieses Recht wahren und schaffen will, im felsenfesten Vertrauen, daß er's kann. Die Heimat hat wieder ihren Führer, und die Heimat wird unseres Volkes und seiner Rasse bleiben.“²¹¹

207 Viktor Mezger, in: *Mein Heimatland* 1 (1914), S. 2, zit. nach Müller (2001), S. 149.

208 Ebd.

209 Hermann Eris Busse, in: *Mein Heimatland* 12 (1925), S. 53, zit. nach Müller (2001), S. 156.

210 Eugen Fischer, in: *Mein Heimatland* 20 (1933), S. 216, zit. nach ebd., S. 159.

Gibt es Informationen über die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Heimatschutzbewegung? Es fehlt bislang an entsprechenden Forschungsergebnissen. Zumindest im Vereinsvorstand und in der Leitung der Ortsgruppen oder im Kreis der Referenten dominierten offensichtlich männliche bildungsbürgerliche Honoratioren. Schon bei der Gründung des *Bundes Heimatschutz* 1904 hatte der geistige Vater der Bewegung, Ernst Rudorff, gegen die Aufnahme von Juden und Frauen interveniert. Frauen scheint man in der Weimarer Republik die Vereinsmitgliedschaft gestattet zu haben. Angesichts der Wirtschaftskrise 1930 betätigte sich der badische Vereinsvorsitzende Hermann Eris Busse gar als engagierter Mitgliedswerber und schrieb: „Wir brauchen alle: Bauern, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, Lehrer, Künstler, Männer und Frauen.“²¹² Doch unter den zahlreichen Autoren, die sich beispielsweise 1930 bis 1932 in *Mein Heimatland* zu Wort meldeten, ist nur eine Frau zu finden. Sie lieferte eine Mundartanekdote über *En Buwestreech*.²¹³ „Lehrer und Pfarrer, Ärzte und Apotheker, Architekten und Rechtsanwälte sowie Unternehmer und Geschäftsleute, aber auch Bürgermeister und Behördenleiter“ gaben die Mitglieder des *Schwäbischen Heimatbundes* in den 1920er Jahren als Berufsbezeichnungen an, so eine neue Untersuchung über den *Schwäbischen Heimatbund*, die sich jedoch zur geschlechtsspezifischen Zusammensetzung des Vereins nicht äußert.²¹⁴ Der vorläufige Befund sagt freilich nichts Fundiertes darüber aus, ob und inwieweit die Heimatschutzbewegung tatsächlich nur von Männern getragen wurde. Frauen einzig die Rolle passiver Mitglieder zuzuweisen, hätte durchaus dem traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverständnis (wert-)konservativer Kreise entsprochen. Letztere stellten zweifellos die Mehrheit der Mitglieder der Heimatschutzbewegung.

211 Eugen Fischer, in: *Mein Heimatland* 21 (1934), S. 3, zit. nach ebd., S. 160.

212 Hermann Eris Busse, in: *Mein Heimatland* 18 (1931), S. 210.

213 Erne Reidel: *En Buwestreech*, in: *Mein Heimatland* 18 (1931), S. 264 f.

214 Schönhagen (2014), S. 105.

Biographie: „Unter Ihnen gab es viele mutige Frauen“ – Lina Haag (1907–2012)

„Nein. Ich will nicht schlappmachen. Ich darf nicht schlappmachen. Ich habe einen Mann und ein Kind. Die brauchen mich nachher, wenn dieser Wahnsinn zu Ende ist. Ich will nicht umsonst durch zwanzig Gefängnisse gegangen sein. Ich war nicht umsonst elf Jahre lang tapfer.“²¹⁵

Diese verzweifelte Selbstermutigung schrieb Lina Haag während der NS-Diktatur. 1944 hatte sie sich entschlossen, ihre Verfolgungserfahrungen in einer Autobiographie niederzuschreiben. Sie wählte dafür die Form eines fiktionalen Briefes an ihren damals als vermisst geltenden Ehemann. Wer war Lina Haag, geb. Jäger?



Lina Haag, Autorin eines eindrücklichen Erfahrungsberichts über die nationalsozialistische Diktatur, hier mit ihrem Mann Alfred, aufgenommen 1940 in Berlin.

Die Tochter eines Arbeiters und einer Magd stammte aus dem ostwürttembergischen Altersberg. Sie wuchs in einem sozialistisch geprägten politischen Milieu auf. Ihren späteren Mann Alfred Haag (1904–1982) lernte sie im *Kommunistischen Jugendverband Deutschlands* (KJVD) kennen. 1927

215 Haag (2013), S. 7.

heirateten die Fabrikarbeiterin und der Schreiner, bald wurde die Tochter Käthe geboren. Lina und Alfred waren in der KPD aktiv. Für beide brachte die Parteizugehörigkeit schwere Stunden in der NS-Diktatur. Alfred Haag, seit 1932 Abgeordneter der KPD im Württembergischen Landtag, überlebte die Haft im Landesgefängnis in Ulm, im KZ Oberer Kuhberg, im KZ Dachau und schließlich im KZ Mauthausen zwischen 1933 und 1940, um sich anschließend an der Ostfront „bewähren“ zu dürfen. Zwischen 1944 und 1948 war er russischer Kriegsgefangener. Lina Haag engagierte sich in der kommunistischen Flüchtlingshilfe und bezahlte Solidarität und Menschlichkeit mit Gefängnis- und KZ-Aufenthalten 1933 und 1936 bis 1939.

Ihre Aufzeichnungen vermitteln einen sensiblen Einblick in eine inhumane Gesellschaft und den alltäglichen Terror der NS-Diktatur. „Nun haben wir also auch keine Wohnung mehr“, erfährt sie, als sie von ihrem ersten Gefängnisaufenthalt zurückkommt.

„Keinen Halt. Nichts, wo wir hingehören. Du bist im KZ, die Möbel stehen auf dem Speicher. Wohin soll ich, alles ist auseinandergebrochen, ich spüre keinen Boden mehr unter den Füßen, wie ausgestoßen komme ich mir vor. Wo wirst du mich suchen, wenn du wiederkommst?“²¹⁶

Mit wachen Augen notierte sie die Verhörmethoden der Gestapo, die subtilen und die brutalen, und die menschenverachtende Behandlung in den Gefängnissen. Sie dachte nach über Mut und Zivilcourage:

„Ich habe mir in meiner Einzelhaft eine eigene Meinung über Mut und Tapferkeit gebildet. [...] Tapfer war ich nur, wenn ich bewusst alle Ängste durchlitt und mich klagend und hadernnd gegen das Schicksal auflehnte. [...] Tapfer ist nur der Sensible, der Mensch, dessen Phantasie die ganze Tragweite einer Gefahr zu erkennen vermag und der trotzdem standhält.“²¹⁷

Und sie berichtete vom Schicksal der Gefangenen, die zum Tode verurteilt wurden, so zum Beispiel über Lilo Herrmann (1909–1938), die ehemalige Studentin der Technischen Hochschule Stuttgart, die auf die Kriegsvorbereitungen der Nazis hatte aufmerksam machen wollen und wegen Landesverrat zum Tode verurteilt wurde.

„Drüben überm Gang sitzt eine junge Frau, die ihr Bekenntnis zur Menschenliebe mit dem Leben bezahlen wird. Aber kein Mensch bekennt sich zu ihr. Keiner der vielen Bekenner, die jetzt in den Kirchen knien, bekennt sich zu ihr, keine Christenheit und kein Papst. Sie sitzt gottverlassen in ihrer Zelle

216 Ebd., S. 22.

217 Ebd., S. 121 f.

und hat sich mit ihrem Todesurteil ganz allein abzufinden, ohne Trost und ohne Dank für ihr Opfer.“²¹⁸

Mit großem persönlichem Mut drang Lina Haag 1940 zu Reichsführer SS Heinrich Himmler (1900–1945) vor und erreichte, dass ihr Mann aus dem KZ entlassen wurde. Doch nur ein Jahr war den beiden vergönnt, bevor er an die Ostfront musste.

Lina Haag hat 1940 ihr Krankengymnastikexamen an der Berliner Charité gemacht und anschließend bis zum Kriegsende in unterschiedlichen Lazaretten gearbeitet. Die Nachricht, dass ihr Mann an der Ostfront als vermisst galt und die Hoffnung auf das Kriegsende haben sie wohl dazu bewogen, mit ihren Aufzeichnungen zu beginnen.

„Im Mai 1944, als es endlich so weit war, dass man das Ende des furchtbaren zwölfjährigen Nazimordens und ihres angezettelten Krieges mit Gewissheit voraussagen konnte“,

schrrieb sie später in einem Vorwort zu ihrem Buch,

„wurde mir klar, dass danach sofort Stimmen da sein mussten, die Zeugnisse und lautstarke Wahrheitsbeweise dokumentieren müssten: Überlebende aus den Gefängnissen und den Konzentrationslagern. Es mussten Menschen sein, denen geglaubt werden konnte. Persönlich und ideell integre Menschen, die beweisen konnten, dass sie gegen eine unwahrscheinliche Übermacht der Rechtlosigkeit und Gewalt mit nichts als ihren empörten Fäusten zurückschlagen konnten. Und auch das war wichtig: Unter ihnen gab es viele mutige Frauen.“²¹⁹

Unter dem Titel *Eine Handvoll Staub* sind Lina Haags Aufzeichnungen seit 1947 wiederholt publiziert worden. 2007 erhielt sie den *Dachau-Preis für Zivilcourage*, den die Stadt Dachau seit 2005 im zweijährigen Rhythmus vergibt.

„Der *Dachau-Preis* soll Zivilcourage und Mitmenschlichkeit im Alltag auszeichnen“, so ist auf der Homepage der Stifter zu lesen. Weiter heißt es dort:

„Die Trägerinnen und Träger des Dachau-Preises für Zivilcourage sollen durch ihr Handeln Aufforderung und Ansporn sein, couragiert gegen Ausgrenzung und Unterdrückung einzugreifen. Im Wissen um die Schreckensgeschichte, die mit dem Namen der Stadt Dachau verbunden wird, soll dieser Preis ein Zeichen setzen gegen das Wegsehen, das Schweigen, die Gleichgültigkeit.“²²⁰

218 Ebd., S. 75.

219 Ebd., S. 236.

220 www.dachau.de/uploads/Broschuere_Lina_Haag.pdf (letzter Zugriff am 13.4. 2015).

Nationalsozialistische Diktatur und Widerstand im „Dritten Reich“

Über die nationalsozialistische Machtübernahme wurde 1933 in Berlin, nicht in den Ländern entschieden. Die Ernennung Adolf Hitlers (1889–1945) zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und mehr noch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März des gleichen Jahres gaben den nationalsozialistischen Machthabern das politische Instrumentarium in die Hand, mit dem sie die Gleichschaltung auch in den Ländern rasch vollziehen konnten. Sogenannte Reichsstatthalter bzw. Staatspräsidenten von Hitlers Gnaden sorgten nun dafür, dass die Anordnungen aus Berlin auch in Baden und Württemberg reibungslos umgesetzt wurden. Von einer eigenständigen Landespolitik konnte keine Rede mehr sein. Der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 lieferte auch im Südwesten den Vorwand, um jegliche Opposition auszuschalten. Württemberg tat sich kurz nach der Machtübernahme mit der Meldung hervor, gemessen an der Bevölkerung die höchste Zahl von „Schutzhäftlingen“ in den deutschen Ländern vorweisen zu können. Es folgte das Verbot aller Parteien außer der NSDAP und die Gleichschaltung aller politischen und kulturellen Organisationen, sofern sie sich nicht selbst schon aufgelöst hatten. Auch auf kommunaler Ebene konnten sich Gemeinderäte und Bürgermeister des Südwestens dem NS-System nicht entziehen. Nur etwa ein Drittel der alten Bürgermeister in Baden durfte – weil unverdächtig – im Amt bleiben. In Württemberg waren offenbar die Widerstände auf lokaler Ebene gegen den Austausch der politischen Amtsträger stärker. Hier haben etwa drei Viertel der Bürgermeister – nicht selten parteilose Fachleute – die Gleichschaltung überstanden.

Letztlich spielte es keine nennenswerte Rolle, wer die kommunalen Ämter innehatte. Der übermächtige NS-Staat sorgte mit seinen Parteiführungen, mit gleichgeschalteter Polizei und Gestapo auch in den Landesteilen fern von Berlin dafür, dass sich der Austausch der Eliten, die „Säuberung“ des Beamtentums und die Drangsalierung des jüdischen Bevölkerungsteils rasch und nahezu geräuschlos vollzogen. Charakteristisch für den Südwesten scheint es gewesen zu sein, dass die Funktionseliten, die dem bürgerlichen Lager zugehörig oder parteilos waren, ihre Ämter behalten konnten. Je nach Perspektive lässt sich dies als vergleichsweise größere regionale Freiheit oder als Beleg für die Anpassungsfähigkeit des Bürgertums an die NS-Diktatur interpretieren. Auch die südwestdeutschen Universitäten taten sich keinesfalls als Zentren der Opposition hervor. In Baden hatte das Kultusministerium schon vor dem Erlass entsprechender Reichsgesetze dafür gesorgt, dass jüdische Wissenschaftler ihre Universitätsstellen verloren. In Württemberg gab es nicht viele jüdische Hochschullehrer zu entlassen. Hier hatte schon in den

Weimarer Republik latenter Antisemitismus bewirkt, dass nicht allzu viele Professoren jüdischer Konfession eingestellt worden waren.

So hielt man sich auch insgesamt in der Frage der Judenverfolgung im Südwesten keinesfalls zurück. Wenige Wochen nach der Machtergreifung kam es in Creglingen zum reichsweit wohl ersten Gewaltexzess gegen Juden. Zwei jüdische Männer starben an den Folgen ihrer Verletzungen. Die Bedrückung der „Nichtarier“, ihre Ausgrenzung und die „Arisierung“ jüdischen Besitzes verliefen in Baden und Württemberg genauso reibungslos wie andernorts. 1940, rund ein Jahr, bevor im Reich die großen Judendeportationen begannen, organisierten der badische Gauleiter Robert Wagner (1895–1946) und der Gauleiter der Saarpfalz Josef Bürckel (1895–1944) die Deportation der badischen, pfälzischen und saarländischen Juden in das französische Internierungslager Gurs. Wagner war stolz darauf, das erste „judenfreie“ deutsche Land präsentieren zu können.



Am helllichten Tag werden am 22. Oktober 1940 die Lörracher Juden in das südwestfranzösische Internierungslager Gurs deportiert.

Auch die Maßnahmen zur Durchsetzung des NS-Frauenbildes folgten im Südwesten den zentralen Vorgaben auf Reichsebene. Im Zentrum aller NS-staatlichen Bemühungen stand die Bestimmung der Frau zur Mutter „arischen“, erbgesunden Nachwuchses. Ehestandsdarlehen sollten zur Stärkung traditioneller Familienmodelle beitragen. Sie wurden seit 1933 an heiraten-

de Paare ausgezahlt, wenn die Ehefrau auf eine Berufstätigkeit verzichtete. Die Reduzierung der rückzuzahlenden Summe um 25 Prozent pro Kind und die Erhöhung der Steuern für kinderlose Paare sollten die Gebärfreudigkeit anregen. Frauen verloren das passive Wahlrecht und wurden nicht mehr zu Justizberufen zugelassen. Im öffentlichen Dienst mussten sie Leitungsfunktionen räumen. Im Schuldienst wurde versucht, sie durch männliche Lehrer zu ersetzen. Ab 1934 durften Ärztinnen keine Praxen mehr eröffnen. Ihr Anteil an den Studenten wurde auf zehn Prozent begrenzt, eine Beschränkung, die kriegsbedingt später wieder aufgehoben wurde. Auf der anderen Seite sorgte die Einführung des sogenannten Pflichtjahres für Schulabgängerinnen dafür, dass genügend billiges weibliches Hilfspersonal für die Landwirtschaft und die häuslichen Dienste zur Verfügung stand. Organisatorisch im *Bund Deutscher Mädel* (BDM) und in der *NS-Frauenschaft* erfasst, unterlag die weibliche Bevölkerung der gleichen ideologischen Indoktrination, die für die männliche Bevölkerung bereitgestellt wurde. Ihre Überhöhung als „arische Mutter“ sollte Frauen für die Beschränkungen ihrer politischen und beruflichen Handlungsspielräume entschädigen. Dass im Zuge des Krieges eine Reihe der „Berufsverbote“ mangels männlichen Personals wieder aufgehoben werden musste, war in der Vorkriegszeit nicht abzusehen.

Erstaunlicherweise wurde das vom nationalsozialistischen Regime proklamierte Frauenbild von vielen, wenn nicht gar den meisten Frauen akzeptiert. Der größte Teil der Frauenbewegungsorganisationen wurde widerstandslos gleichgeschaltet. Dies betraf die zentralen Dachorganisationen, aber auch die Landes- und Ortsverbände im Südwesten. Eine der bekanntesten Führerinnen des BDF, Gertrud Bäumer, diente sich dem NS-System so sehr an, dass sie noch bis 1944 die ehemalige Verbandszeitschrift des BDF, *Die Frau*, herausgeben durfte. Ihrer Meinung zufolge, war es

„im letzten Grund vollkommen gleichgültig [...], wie der Staat beschaffen ist, in dem heute die Frage der Einbeziehung der Frauen besteht: ob es ein parlamentarischer, ein demokratischer, ein faschistischer ist“.²²¹

Zur Ehrenrettung der deutschen Bevölkerung ist zu betonen, dass nicht alle das NS-System mehr oder weniger vorbehaltlos bejahten. „Widerstand“, so ist auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung auch heute noch zu lesen, „bezeichnet ein politisches Verhalten, das sich gegen eine als bedrohlich und nicht legitim empfundene Herrschaft richtet“.²²² Lange Zeit dominierte in der Bundesrepublik tatsächlich eine Widerstandsdefini-

221 Gertrud Bäumer, zit. nach Hervé (1996), S. 112.

222 www.bpb.de/nachschlagen/lexika/18481/widerstand (letzter Zugriff am 13.4. 2015).

tion, die vor allem oder ausschließlich politische Aktionen gegen die nationalsozialistische Diktatur als Widerstand begriff. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Verständnis, was unter widerständigem Verhalten zu verstehen sei, jedoch beträchtlich geweitet. So erklärt der aktuelle Brockhaus, eine Widerstandsbewegung sei eine

„im weiteren Sinn organisierte Form der Auflehnung gegen ein Regierungs- oder Besatzungssystem, dessen Herrschaftsanspruch als unrechtmäßig, dessen Herrschaftsausübung als diktatorisch oder darüber hinaus als menschenrechtsfeindlich betrachtet wird“.²²³

Wie Widerstand definiert wird, bleibt nicht ohne Auswirkungen darauf, welche Verhaltensweisen als oppositionell gegen die nationalsozialistische Diktatur interpretiert werden. Gehört das Verstecken von jüdischen Flüchtlingen aus rein humanen Erwägungen zum Widerstand? Muss das Widerstandsrepertoire tatsächlich immer im Fundus politischer Aktionen verankert sein, oder leistete ein Lehrer, der seine Schüler ausrechnen ließ, wie viele deutsche Soldaten (zu viele) es bräuchte, um Russland besetzt zu halten, schon widerständiges Verhalten? Nicht zuletzt entscheidet die Definition von Widerstand darüber, ob oppositionelle Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus sichtbar werden.

Der Widerstand im Südwesten gegen den Nationalsozialismus zeigt keine besonderen landesspezifischen Merkmale. Wie in anderen Teilen Deutschlands auch, wurde er im Wesentlichen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitgliedern und Angehörigen der KPD getragen. Von ihren überregionalen Funktionären nicht selten allein gelassen, leisteten die Mitglieder vor Ort tätige Hilfe für Verfolgte. Sie suchten den Zusammenhalt unter den Oppositionellen zu stärken, Informationen zu sammeln und zu verbreiten. Nur wenige beschritten den gefährlichen Weg in die Öffentlichkeit, schrieben Flugblätter oder bemühten sich darum, sichtbar Sand ins nationalsozialistische Getriebe zu streuen. Angesichts der breiten Zustimmung, die der Nationalsozialismus in der Bevölkerung fand, gelang es dem Regime, die meisten Widerstandsgruppen der Arbeiterbewegung bis 1935/36 zu zerschlagen. Durchgreifende Verhaftungswellen entmutigten die widerständigen Akteure und zwangen zum Rückzug ins Private.

Zu den Städten, in den der Widerstand der Arbeiterbewegung besonders stark verankert war, zählt Mannheim. Eine Gruppe von Parteilosen, Sozialdemokraten und Kommunisten um Georg Lechleiter (1885–1942) schaffte es hier sogar, zu Beginn der 1940er Jahre noch einmal eine Widerstands-

223 Brockhaus Enzyklopädie online, Wissensservice (letzter Zugriff am 13.4.2015).



1941 in Horb am Neckar: Öffentliches Anprangern einer Frau wegen ihrer Kontakte zu einem polnischen Zwangsarbeiter. Hatte sie bereits widerständiges Verhalten gezeigt?

gruppe aufzubauen. Der KPD-Funktionär hatte nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau 1935 in Mannheim versucht, die eigentlich zerschlagene Opposition nicht gänzlich untergehen zu lassen. Schwerpunkte der Arbeit seiner Widerstandsgruppe lagen in den Mannheimer Großbetrieben, doch die KPD-Gruppe suchte auch den Kontakt zur SPD in Mannheim und Heidelberg. Die Idee zu einer Widerstandszeitung mit dem Titel *Der Vorbote – Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus*. Herausgeber: KP entstand 1941. In der Wohnung von Käthe (1894–1942) und Alfred Seitz (1903–1942) in Heidelberg wurde sie im Juni 1941 aus der Taufe gehoben. Vier Ausgaben konnten im Herbst und Winter des gleichen Jahres erscheinen. Käthe Seitz (SPD) erstellte die Matrizen in Heidelberg. Johann Kupka (1899–1942, KPD) transportierte sie zwischen Mannheim und Heidelberg, Philipp Brunnemer (1867–1942, SPD), der Vater von Käthe, sorgte in seinem Mannheimer Keller für die Vervielfältigung der Matrizen. Jakob Faulhaber (1900–1942, KPD) organisierte die Verteilung. Für den Gesamttext übernahm vor Gericht Georg Lechleiter die alleinige Verantwortung. Mitten in den Vorbereitungen zur fünften Ausgabe im Februar 1942 flog die Gruppe auf. Mehr als 60 „Verdächtige“ wurden verhaftet, gegen 28 Beteiligte wurden wenige Monate später Gerichtsverfahren eröffnet. Sie endeten mit 19 Todesurteilen und langjährigen Gefängnisstrafen für die übrigen Angeklagten.

Auch bürgerlicher Widerstand hatte sich im Südwesten formiert. Eine Karlsruher Gruppe um den Rechtsanwalt Reinhold Frank (1896–1945) zum Beispiel unterhielt Kontakte zur Oppositionsgruppe des 20. Juli 1944. Reinhold Frank war nach dem geplanten Attentat auf Hitler die Position des politischen Beauftragten in Baden zugeordnet. Er teilte das Schicksal der anderen Verschwörer des 20. Juli und wurde kurz vor Ende des Weltkrieges 1945 hingerichtet. Professoren der Freiburger Universität formierten sich 1938 zum *Freiburger Kreis*. Sie diskutierten Pläne für die Neuorganisation Deutschlands nach dem Untergang der Diktatur „auf christlicher Grundlage und zur Sicherung des Friedens“.²²⁴ Kontaktgruppen zu den Widerständlern des 20. Juli gab es auch in Heidelberg und Stuttgart. Die heute prominentesten überregional bekannten Vertreter des südwestdeutschen Widerstands sind sicherlich die in Forchtenberg, Ludwigsburg und Ulm aufgewachsenen Geschwister Hans und Sophie Scholl (1918 bzw. 1921–1943) oder der in Stuttgart und Albstadt-Lautlingen aufgewachsene Offizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944). Ergänzt wurde der (partei-)politisch moti-

224 Zit. nach Weber (2008), S. 212.

vierte Widerstand der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Oppositionsgruppen um zahlreiche Beispiele religiöser und weltanschaulicher Resistenz, zu der einzelne Personen fanden.

Ob parteipolitisch, religiös oder humanistisch motiviert, gemeinsam war den Oppositionellen eine tiefe persönliche Vereinsamung angesichts der alle Lebensbereiche durchdringenden Propaganda der nationalsozialistischen Diktatur. Konfrontiert mit zahlreichen systemstabilisierenden Massenveranstaltungen, einer gleichgeschalteten Presse und der öffentlichen Informationskontrolle, bedroht von Bespitzelung am Arbeitsplatz und im privaten Leben, wurde den Dissidenten tagtäglich vor Augen geführt, dass die Mehrheit der Mitbürger die eigenen Überlegungen nicht teilte. Dissens, Renitenz und Widerstand waren gefährlich – nicht nur für das eigene Leben. Sie gefährdeten auch die Mitglieder der eigenen Familie und die Freunde. Abweichendes Verhalten angesichts einer Mehrheitsbevölkerung, die sich von Unterdrückung nicht betroffen fühlte, „Ariern“ vorbehaltenen Vorteile nicht ungerne nutzte und es vorzog, „nichts zu wissen“, erforderte eines sicherlich: großen persönlichen Mut.

Über die Beteiligung von Frauen am Widerstand gibt es keine exakten Zahlen, weder auf Reichsebene noch im Südwesten. Unter denjenigen, die bis zum Kriegsbeginn aus politischen Gründen festgenommen wurden, scheinen etwa 15 bis 20 Prozent Frauen gewesen zu sein. Diese Schätzzahl dürfte den zeitgenössischen weiblichen Anteil an Parteien und Gewerkschaften übersteigen. So zählte man beispielsweise 1929 lediglich knapp 13 Prozent Frauen unter den SPD-Mitgliedern in Baden bzw. Württemberg. Vielleicht lässt sich hieraus vorsichtig der Schluss ziehen, dass politisch engagierte Frauen widerstandsbereiter als ihre männlichen Partei- und Verbandsgenossen waren. Rechnet man die vielen, von Polizei und Gestapo nicht entdeckten alltäglichen Formen des „unpolitischen“ Dissenses zum Widerstand hinzu, dann dürfte der Anteil von Frauen am Widerstand weit über 20 Prozent gelegen haben. Denn in Baden und Württemberg wie in anderen Teil des „Dritten Reiches“ traten zu den vergleichsweise wenigen bekannten aktiven Frauen unzählige Geschlechtsgenossinnen hinzu, die den Widerstand ihrer Väter, Brüder, Söhne und Männer deckten. Sie nahmen Nachteile und Gefährdungen für sich und die Familie in Kauf, ohne dass „man“ ihr Widerstehen als Widerstand etikettierte. Untersuchungen, die sich mit oppositionellen Frauen während des „Dritten Reiches“ beschäftigen, betonen häufig die spezifische Arbeitsteilung, die den Frauen die Aufgaben zuwies, die mit dem traditionellen Rollenverständnis vereinbar waren. Gerade die dem weiblichen Geschlecht antrainierten und zugeschriebenen reproduktiven und kommunikativen Ressourcen ließen Frauen für die Wider-

standssituation, das Untertauchen und die Illegalität als besonders geeignet erscheinen. Da lediglich die Quellen der Verfolger Aufschluss über die „aufgeflogenen“ Widerstandsgruppen geben können, gibt es kaum aussagekräftiges statistisches Material über die weibliche Beteiligung an den „unpolitischen“ Oppositionsformen. Versuche, dem vorherrschenden Bild des männlich dominierten Widerstandes den Entwurf einer spezifisch weiblichen Resistenz entgegenzusetzen, endeten nach 1945 über viele Jahrzehnte hinweg bei der Hinterfragung des gängigen Politik- und Öffentlichkeitsbegriffs. Solche Überlegungen ändern jedoch an der faktischen Unterrepräsentation widerständiger Frauen in den meisten wissenschaftlichen Dokumentationen des Widerstands wenig. Es war und ist der populären kommunalen Erinnerungskultur vorbehalten, die Erinnerung an widerständige Frauen zu stärken. Dies lässt sich am Beispiel der wissenschaftlichen Erforschung des Mannheimer Widerstandes aufzeigen.²²⁵

Mannheim „gehört zu jenen Städten in Deutschland, in denen der Widerstandskampf gegen die NS-Diktatur deutliche Zeichen setzte“, so die Einleitung zu einer umfassenden Dokumentation des lokalen Widerstands.²²⁶ Zu den Aktionen im Umkreis von Sozialdemokratie und KPD traten während der zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ zahlreiche Beispiele gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulich-religiösen Dissenses. Die genannte Dokumentation listet unter 1323 namentlich bekannten verfolgten Widerständlern 174 bzw. 13 Prozent Frauen auf, die sich während des Nationalsozialismus politisch oder religiös motiviert, mitunter auch aus purer „Menschlichkeit“ verweigerten. Der Geschlechterproporz im überlieferten Mannheimer Widerstand scheint das allseits bekannte Bild zu erhärten, dass wesentlich weniger Frauen als Männer aktiv in oppositionellen Bewegungen gegen den Nationalsozialismus vertreten waren. Dabei erweist sich im konkreten Fall der Mangel an dokumentierten weiblichen Widerstandskämpferinnen auch als Ergebnis einer erstaunlichen Allianz zwischen zeitgenössischem Frauenbild der Gestapo – zu dem politisch aktive Frauen nicht passten – und aktuellem Frauenbild des darstellenden Historikers. Das Beispiel von Eva Hermann (1900–1997) mag dies belegen.

Im Sommer 1943 stand das Ehepaar Carl (1898–1961) und Eva Hermann vor dem Sondergericht in Mannheim. Wegen „absichtlichen Abhörens von Auslandssendern“ wurde Eva Hermann zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihr Mann, dem man zusätzlich die „Verbreitung zersetzender Nachrichten ausländischer Sender“ vorwarf, erhielt insgesamt eine Zuchthausstrafe von

225 Vgl. zum Folgenden Schraut (1996).

226 Hermann Weber: Vorwort in Matthias/Weber (1984), S. 11.

acht Jahren.²²⁷ Dass das Gericht die Tätigkeit des Mannes weitaus stärker wertete als die der angeklagten Frau, ist offensichtlich. Fassbare Belege für härter zu beurteilende „Straftaten“ Carl Hermanns lagen dem Gericht indes wohl nicht vor. Der Privatdozent und Physiker und seine Frau waren bekennende Quäker und gehörten den überregionalen Leitungsgremien der Quäker an. Sie leisteten tätige Hilfe für die verfolgten Juden der Stadt. Wie ihr Ehemann entstammte die Lehrerin Eva Hermann, die nach der Heirat in zeitgenössisch üblicher Manier ihren Beruf hatte aufgeben müssen, einem evangelischen Pfarrhaus. Sie galt als äußerst wohlthätig. In Mannheim organisierte sie die Quäker-Auswanderungshilfe für Juden und engagierte sich für die materielle Versorgung der 1940 nach Gurs zwangsverschleppten jüdischen Einwohner der Stadt. Sie dokumentierte die Vorgänge um die Zwangsverschleppung der Mannheimer Juden und benannte die Selbstmorde der Betroffenen. In einem intensiv betriebenen Kommunikationsnetz sorgte sie für den überregionalen Informationsfluss zur Unterstützung jüdischer Familien. „Nie habe ich vorher so um die Größe Israels gewusst wie in dieser schweigenden Stunde“, schrieb sie in ihrem Bericht über die Verschleppung der Juden aus Mannheim.

„Sie half mir mehr als alles andere wieder zu glauben, dass Gott errettet nicht aus der Not, sondern in der Not. Und ich will gern weiter mit Israel im Kalten, aber unter Gottes freiem Himmel stehen, wenn wir dessen gewürdigt werden.“²²⁸

Den Boden des im Nationalsozialismus Erwünschten hatte damit Eva Hermann schon lange verlassen. Kriminell im Sinne des Systems wurde ihr Verhalten, als das Ehepaar im Frühjahr 1943 dazu überging, flüchtige Juden zu beherbergen und ihnen ihre eigenen Ausweispapiere zur Verfügung zu stellen.

Lange Zeit war Eva Hermann in Mannheim kaum bekannt. Aus der Dokumentation zum Mannheimer Widerstand von 1984 ist zu erfahren:

„Um Dr. Carl Hermann, einen prominenten Wissenschaftler der BASF, hatte sich seit 1936 ein Kreis von jüdischen Arbeitskollegen bzw. solchen, die mit Jüdinnen verheiratet waren gebildet. [...] Familien dieses Kreises unterstützten und versteckten jüdische Familien. Durch Bereitstellung von zu diesem Zweck erworbenen Ausweispapieren verhalf man einzelnen jüdischen Personen zur Flucht.“²²⁹

227 Auszug aus dem Urteil des Sondergerichts Mannheim vom 9. Juli 1943, abgedr. in: Fließner (1991) als Dokument Nr. 276, S. 612–616.

228 Brief Eva Hermanns, abgedr. als Dokument 39 in ebd., S. 327–333, hier S. 328.

229 Matthias/Weber (1984), S. 459 f.

Eva Hermann fand mit keinem Wort Erwähnung. Dabei hatte bereits 1976 Yad Vashem dezidiert Carl *und* Eva Hermann den Ehrentitel *Gerechte unter den Völkern* zuerkannt. Es blieb der regionalen Frauengeschichte vorbehalten, die Geschichte Eva Hermanns wieder in Erinnerung zu rufen. Im Juli 2014 beschloss der Gemeinderat der Stadt Mannheim, eine Straße nach ihr zu benennen.

Biographie: „Ich bin der einzige, der noch normal ist“ – Martin Bader (1901–1940)

„So hart und grausig habe ich mir das Schicksal nicht vorgestellt. Nämlich wenn da nur ein Brosamen in den Dreck fällt, dann schlecken sie's vom Dreck auf, so voller Hunger sind die Leute. [...] Da ich nicht gescheit gehen kann, sitze ich zusammengekauert wie ein rechtes Häuflein Elend auf einer Gartenbank und friere. [...] Fußstritte und Schläge sind auf dieser Abteilung an der Tagesordnung.“²³⁰

Solch bittere Worte schrieb der Schustermeister Martin Bader an seine Frau 1939 aus der Heilanstalt Schussenried. Ein Jahr später war er tot, verstorben angeblich infolge eines Hirnschlags.

Martin Bader gehört zu den Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen. Mindestens 70 000 psychisch kranke und behinderte Menschen – rund 20 Prozent der Anstaltsinsassen – wurden in Deutschland 1940/41 ermordet. Hierfür waren eigens sechs Anstalten zu Tötungszwecken „aufgerüstet“ worden. Eine von ihnen, Schloss Grafeneck, liegt im heutigen Landkreis Reutlingen. Seit 1928 hatte die Samariterstiftung Stuttgart das Schloss für die Versorgung „krüppelhafter und gebrechlicher Leute“ genutzt. Das württembergische Innenministerium beschlagnahmte 1939 die Anstalt und ließ sie in eine Tötungsanstalt mit Gaskammer umwandeln. 10 654 Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen sind in Grafeneck ermordet worden, unter ihnen auch Martin Bader. Von Protesten aus der Umgebung Grafenecks gegen das Morden ist nichts bekannt.

Über Martin Bader, den Schuhmachermeister aus Giengen an der Brenz, ist dank seiner eigenen Aufzeichnungen und der Erinnerungsarbeit seines Sohnes viel bekannt. Martin, geboren 1901, entstammte einer Fabrikarbeiterfamilie. Arbeit bestimmte den Tagesablauf nicht nur der Erwachsenen, sondern auch der sieben Kinder. Härter noch dürften die Lebensverhältnisse geworden sein, als 1909 der Vater starb. Nach der Schulentlassung 1915 begann Martin eine Schuhmacherlehre bei seinem späteren Stiefvater. Auf deren Abschluss folgten Wanderjahre in Süddeutschland und Österreich. Schließlich schufen die Übernahme des stiefväterlichen Geschäfts und die Meisterprüfung 1925 die wirtschaftliche Grundlage für eine eigene Familiengründung. Zwei Kinder wurden dem Giengener Schuhmachermeister und seiner Frau Marie 1925 und

²³⁰ Aus den Aufzeichnungen und Briefen Martin Baders, zit. nach Bader (2007). Hieraus auch die folgenden Zitate.



Der Schuhmachermeister Martin Bader, hier mit Ehefrau Maria und Sohn Helmut, aufgenommen Ende 1934. Der an Parkinson Erkrankte wurde 1940 in Grafeneck in einer Gaskammer ermordet.

1934 geboren. Eigentlich hatte nichts auf die Krisen hingewiesen, die Martin Baders Leben seit 1926 begleiteten. Als Spätfolge einer grippalen Erkrankung entwickelte er ein Parkinson-Syndrom. Das unkontrollierbare Zittern auf der linken Körperhälfte und Lähmungserscheinungen zwangen den Schuhmachermeister dazu, sein Handwerk aufzugeben. Wirtschaftliche Probleme dürften die Folge gewesen sein. Schlimmer noch: Parkinson wurde letztlich ohne Heilungsaussicht in psychiatrischen Anstalten behandelt. Und so stellen sich die Lebensjahre Martin Baders nach 1926 als Wechselfolge von Anstaltsaufenthalten und verzweifelten Versuchen dar, als Landarbeiter und Seifenverkäufer die Familie zu ernähren.

Die Einweisung in die Heilanstalt Schussenried 1938 beendete endgültig sein Leben in Freiheit. „Wenn Ihr nur wüßtet, was es heißt, Tag und Nacht unter lauter Geisteskranken zu sein“, schrieb er verzweifelt 1939.

„Jetzt stelle Dir mal vor, Du hättest lauter verrückte Leute um Dich, mit denen Du kein vernünftiges Worte reden kannst. Ja vor denen man nicht einmal bei Nacht seine Ruhe hat. Denn ich bin der einzige, der noch normal ist.“

Zu Kriegsbeginn hoffte er noch einmal, den Zwangsaufenthalt in Schussenried beenden zu können.

„Da ich fast vergehe vor Not, muß ich Euch heute wieder schreiben. Denn jetzt, wo die meisten Männer fort sind, muß ich hier sitzen und nichts tun u[nd] draußen gäbe es sicherlich viel Arbeit. Jetzt gäbe es doch sicher einen Posten für schriftliche Arbeiten. [...] Gestützt auf prima Schulzeugnisse, habe ich doch im 1. und 2. Jahr der Gewerbeschule eine Belobigung erhalten u[nd] im 3. Jahr einen Preis bekommen, ferner auch den Erfolg der Meisterprüfung im Schuhmachergewerbe, auch beherrsche ich die amerikan[ischen] Buchführung, getraue ich mir einen Posten für schriftl[iche] Arbeiten zu übernehmen. Ich wäre mit ganz wenigem Gehalt zufrieden. Möge sich das Sprichwort bewahrheiten: Dem Aufrichtigen läßt es Gott gelingen.“

Im Mai 1940 brachen die Nachrichten aus Schussenried ab. Neun Krankentransporte verließen die Heilanstalt mit Ziel Grafeneck. Martin Bader ist in der Transportliste vom 14. Juni 1940 aufgeführt. Der Hinweis „arbeitsfähig 0 Prozent“ stellte sein Todesurteil dar.

Bleibt noch zu erwähnen, dass sich seine Frau nach Kriegsende vergeblich beim Landesamt für Wiedergutmachung darum bemühte, eine Entschädigung zu erhalten.

„Euthanasie begründet jedoch nicht ohne weiteres einen Entschädigungsanspruch wegen Schadens am Leben nach § 15 BEG. [...] Verfolgter im Sinne des § 1 BEG ist jedoch nur derjenige, der aus Gründen politischer Gegnerschaft

gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist“,

heißt es im Ablehnungsbescheid von 1957. Auch ein Versuch des Sohnes, Helmut Bader (*1934), einen Gedenkstein für seinen Vater und die „Euthanasie“-Opfer in Grafeneck anbringen zu lassen, wurde 1963 abschlägig beschieden. Noch wollte die Klinik nicht mit nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen in Verbindung gebracht werden.

Und die Täter? Dr. Horst Schumann (1906–1983) zum Beispiel, seit 1939 leitender Arzt und Direktor der neu einzurichtenden Landespfleganstalt Grafeneck, ab Herbst 1942 Lagerarzt in Auschwitz, floh 1951 aus Deutschland, um der Verhaftung zu entgehen. 1966 wurde er von Ghana an die Bundesrepublik ausgeliefert. Das 1970 gegen ihn eröffnete Verfahren wurde ein Jahr später wegen Schumanns „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt. Bis zu seinem Tod 1983 verbrachte er seinen Lebensabend in Frankfurt in Freiheit.

Erst das allmähliche Sterben der Tätergeneration scheint ein Erinnern an die NS-Opfer ermöglicht zu haben. Seit 1982 rief in Grafeneck eine Texttafel die Ermordeten ins Gedächtnis. Eine offene Kapelle dient seit 1990 als Ort des Mahnens und Gedenkens. Im Jahr 2005 wurde schließlich das Dokumentationszentrum Grafeneck geschaffen. Dafür, dass sein Vater nicht in Vergessenheit geriet, sorgt Helmut Bader mit Vorträgen und Publikationen.

Neuanfänge (1945–1980)

Die Besetzung des besiegten Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs zerstörte das geographische Gefüge der Weimarer Republik und ihrer räumlichen Expansionen während des „Dritten Reiches“. Die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen tangierte auch die südwestdeutschen Territorien. Ihre Zerstückelung in zunächst vier, später drei Länder der französischen und amerikanischen Besatzungszonen leitete einen Neuorientierungsprozess ein, der in der Gründung Baden-Württembergs 1952 sein Ende fand. Doch nicht nur die räumliche Neugestaltung stand in der von den Besatzungsmächten von neuem etablierten Demokratie zur Debatte. Die Aufnahme und Eingliederung von rund zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in den Nachkriegsjahren, die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Demokratie nach Ende der Besatzungszeit und die nur schwer in Gang kommende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Täter- und Mitläufertum während des Nationalsozialismus betrafen ganz Westdeutschland, nicht nur Baden und Württemberg. Doch auch in den Jahrzehnten nach 1945 steuerten die langen kulturellen Traditionen des Südwestens den gesellschaftlichen Entwicklungen landestypische Einfärbungen bei. „Sich regen bringt Segen.“ Der schwäbische Spruch passt gut

„für die Phase des tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandels in den 1970er und 1980er Jahren. Denn nur allzu oft wird vergessen, dass Baden-Württemberg in diesen ‚bewegten Jahren‘ ein Zentrum der Proteste sowie ein dynamischer Impulsgeber für bundesweite Entwicklungen war.“²³¹

Es waren Protestbewegungen, in denen erstmals in der Geschichte des Südwestens Frauen ohne geschlechtsspezifische Einschränkungen aktiv wurden.

231 Weber (2013), S. 6.

Die „Stunde Null“ im Südwesten

Unterscheidet sich die viel diskutierte „Stunde Null“ im Südwesten vom Neuanfang in anderen Teilen Westdeutschlands? Zunächst ist festzuhalten, dass die konkurrierenden Besatzungsmächte die Republik Baden und den Volksstaat Württemberg jeweils in einen Nord- und Südteil auseinanderrissen und unterschiedlichen Besatzungszonen zuwiesen. Als neue Länder entstanden zunächst Nordbaden und Nordwürttemberg in der amerikanischen Besatzungszone, (Süd-)Baden und Württemberg-Hohenzollern im französischen Machtbereich. Die Zerstörung gewachsener Länderstrukturen betraf freilich nicht nur den deutschen Südwesten, sondern auch andere Teile Deutschlands. Etablierte Verwaltungsstrukturen und -hierarchien waren unterbrochen, traditionsreiche Wirtschaftsverbindungen gestört, wenn nicht gar vorerst zerstört. Selbst Verwandte und Freunde in der jeweiligen anderen Besatzungszone zu besuchen, erforderte den bürokratisch untermauerten Gang über eine „Zonengrenze“. Dass die beiden nördlichen Landesteile in der amerikanischen Zone bald zu Württemberg-Baden zusammengefasst wurden und Nordbaden die Position des „kleineren“ Partners im oktroyierten Länderverbund zugewiesen bekam, mag als Vorentscheidung für die spätere Entwicklung zum Südweststaat interpretiert werden. Vorerst kümmerten solche Fragen die Bevölkerung jedoch wenig.

In den ersten Jahren der Besatzungszeit forderten vor allem grundlegende Versorgungsprobleme die Aufmerksamkeit der Menschen. Es ging um Nahrungsbeschaffung, Heizmaterialien und die Herstellung oder das Organisieren von Gütern des alltäglichen Bedarfs. Da viele der wehrfähigen Männer, die den Krieg überlebt hatten, nun in Kriegsgefangenschaft waren, stellte sich die „Stunde Null“ in der Alltagsbewältigung vorderhand eigentlich als „Stunde Null der Frauen“ dar. Im Grunde ähnelte ihr alltägliches Leben den Endzeiten des „Dritten Reiches“. Die Sorge für die Kinder und die Alten, der Kampf ums tägliche Überleben lag im Wesentlichen auf ihren Schultern. In den ersten Wochen nach Kriegsende kam noch die durchaus berechtigte Angst vor Vergewaltigungen und sonstigen gewaltsamen Übergriffen seitens der Besatzer hinzu. Insbesondere die Tage, in denen die französische Besetzung erfolgte, erwiesen sich für Frauen als gefährlich. In Stuttgart beispielsweise ließen sich in der Zeit des Einmarsches zwischen 21. und 30. April 1945 vergewaltigte Frauen medizinisch erstversorgen. Sicherlich wurden nicht alle Vergewaltigungen angezeigt. Es war zeitgenössisch üblich, dass viele Ärzte bereit waren, mehr oder weniger in der Grauzone des Erlaubten, ungewollte Schwangerschaften als „Spätfolgen“ der Vergewaltigungen zu beenden. Dabei scheint nicht selten das Bestreben, heimkehrenden Ehemän-

nern die Aufzucht der Frucht einer Vergewaltigung zu ersparen, mehr Gewicht besessen zu haben als die Gemütslage der betroffenen Frauen. „Sehr häufig erlebe ich“, berichtete der Referent des Stuttgarter Wohlfahrts- und Gesundheitswesens,

„dass die Männer den Frauen erklären, sie würden sich scheiden lassen, oder sie würden wegziehen, sie würden niemals einen derartigen Bastard in ihrer Familie belassen und ähnliche Ausbrüche des Zorns und der Verärgerung“.²³²

Eine öffentliche Diskussion des Problems war kaum denkbar und so konnte auch die Geschichtswissenschaft lange diese in erster Linie Frauen betreffenden Folgen der frühen Besatzungszeit ignorieren.

Die „Stunde Null der Frauen“ hatte im Übrigen wenig Auswirkungen auf den politischen Neuanfang. Die Besatzungsmächte setzten beim Wiederaufbau der Verwaltungen vor allem auf unpolitische Fachleute. Da das nationalsozialistische Regime Frauen aus den Führungsetagen der Verwaltungen entfernt hatte, mussten es zwangsläufig überwiegend männliche Sachverständige sein, die in die demokratisierten Verwaltungsspitzen einzogen. Ähnlich sah es auf der politischen Bühne aus. Die Militärregierungen rekrutierten die deutschen politischen Führungskräfte der „Stunde Null“ vor allem aus dem Kreis der Politiker mit „weißer Weste“, die sich in der Weimarer Republik als Demokraten bewährt hatten. Angesichts der männlichen Dominanz in den Weimarer Parlamenten und Regierungen waren es folgerichtig nach 1945 vor allem alte Männer, die sich nun als Gestalter des demokratischen Neuanfangs betätigten. Deren Vorstellungen von rechter Männlichkeit und Weiblichkeit sollten die Bundesrepublik und den Südstaaten bis weit in die 1950er Jahre prägen. Dass in den Entscheidungsebenen der Verwaltung und Politik Frauen kaum präsent waren, ist den Besatzungsmächten nicht weiter aufgefallen. Zumindest lässt sich eine diesbezügliche Diskussion in Militärregierungskreisen nur selten nachweisen. Dabei setzte eigentlich zumindest die amerikanische Militärregierung auch auf Frauen, wenn sie Überlegungen zur demokratischen *reeducation* der deutschen Bevölkerung anstellte. So gab es in Württemberg-Baden eigens eine Abteilung der Militärregierung, die sich darum bemühen sollte, der bürgerlichen Frauenbewegung wieder auf die Sprünge zu helfen. Mit dieser Aufgabe war unter anderem die Mannheimer Sozialdemokratin Hedwig Wachenheim (1891 – 1969) betraut. Sie war während des Nationalsozialismus in die USA emigriert und mit der Militärregierung wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Welche Erfolge bzw. Misserfolge ihre Arbeit zeitigte, ist bislang erst in An-

232 Zit. nach Hosseinzadeh (1998), S. 43.

fängen erforscht. Da bei der Verfilmung der amerikanischen Militärakten (OMGUS) für die deutschen Archive in den 1970er und 1980er Jahren das Frauenreferat ausgenommen wurde, sind entsprechende Untersuchungen zumindest in Deutschland auch schwer zu bewerkstelligen.

Bei der Unsichtbarkeit von Frauen in der Politik blieb es auch, als seit Herbst 1946 Wahlen für eine demokratische Legitimation der Politik zuerst auf kommunaler, dann auf Landesebene sorgten. Erstaunlicherweise wirkte sich der allenthalben festzustellende hohe Frauenüberschuss nicht im Sinne einer Stärkung weiblicher Präsenz in den politischen Gremien aus. In Heidelberg beispielsweise waren im Mai 1946 anlässlich der Gemeinderatswahl annähernd doppelt so viele Frauen wie Männer wahlberechtigt. Doch aus der dortigen ersten kommunalen Wahl nach Kriegsende gingen ausschließlich männliche Ratsmitglieder hervor. In Stuttgart waren im Oktober 1945 in den ersten, noch nicht demokratisch gewählten kommunalen Gemeindebeirat vier Frauen und 32 Männer berufen worden. Nach der Gemeinderatswahl im Mai 1946 repräsentierten fünf Frauen das weibliche Geschlecht im 48-köpfigen Gemeinderat. In der Regel hatten die Gemeinderätinnen weniger Wählerstimmen als ihre männlichen Kollegen erhalten. Untersuchungen in Stuttgarter Wahlbezirken zeigten, dass Frauen häufiger als Männer Kandidatinnen von den Listen strichen. Das lokale Bild bestätigt sich auf Landesebene. In den Vorparlamenten in Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern, die in der Besatzungszeit daran gingen, Landesverfassungen zu erarbeiten, strickten insgesamt 229 Mandatsträger die verfassungspolitische Zukunft. Elf von ihnen waren Frauen. In die ersten, 1946/47 gewählten regulären Landtage mit zusammen 220 Abgeordneten, zogen 17 Mandatsträgerinnen ein.

Bis 1952 waren insgesamt 26 Politikerinnen in den verfassunggebenden südwestdeutschen Parlamenten und den Landtagen tätig (CDU 9, SPD 8, DP/FDP 5, KPD 4). Viele von ihnen hatten die Mitte 40 bereits überschritten, doch die wenigsten von ihnen waren schon in Weimar politisch aktiv gewesen. In der Regel stellten sie eher politische „Touristinnen“ als Berufspolitikerinnen dar. Sieben von ihnen waren bereits nach der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr Abgeordnete. Weitere 13 waren bis zur Errichtung des Südweststaats aus den Parlamenten verschwunden. Lediglich sechs der Parlamentarierinnen der ersten Stunde starteten eine parlamentarische „Berufskarriere“ und waren noch länger in baden-württembergischen Landtagen aktiv. Nur eine von ihnen, die FDP-Abgeordnete und Juristin Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008), schaffte 1957 den Sprung in den Bundestag. Sie gehörte ihm bis 1972 an.



Ein Mehrgenerationenhaus in Stuttgart trägt heute den Namen der Schriftstellerin, Frauenrechtlerin, Politikerin und Pazifistin Anna Haag (1888–1982).

Dass die weiblichen Stimmen in den Gründungsparlamenten leicht zu überhören waren, ist nicht weiter verwunderlich. Nur einmal scheinen es die Parlamentarierinnen im Landtag von Württemberg-Baden explizit geschafft zu haben, sich deutlich Gehör zu verschaffen.

1947 brachte die Sozialdemokratin und Friedensaktivistin Anna Haag (1888–1982) einen Initiativgesetzentwurf im Landtag ein, den auch Parlamentarierinnen anderer Parteien unterzeichnet hatten. Er zielte darauf, grundlegend ein Wehrdienstverweigerungsrecht zu garantieren. Nach heftigen Debatten erreichte der Antrag im April 1948 eine Mehrheit im Parlament. Und so lässt sich wohl behaupten, dass eine Parlamentarierin aus Württemberg-Baden die Übernahme des Rechts auf Wehrdienstverweigerung im Grundgesetz zumindest mit vorbereitet hat. Anna Haag kandidierte 1951 nicht mehr für den Landtag. Mehrheitsfähig war ihre pazifistische Einstellung in den 1950er Jahren ohnehin nicht. Auch eine der wenigen Frauen in den Parlamenten des Südwestens, die sich mit „frauenrechtlerischem“ Engagement zu Wort meldete, gab ihre Landtagskarriere 1952 auf. Die Publizistin und SPD-Abgeordnete Franziska Schmidt (1899–1979) hatte im Landtag von Württemberg-Baden vehement gegen die sich abzeichnenden Versuche der Kultusbehörden protestiert, Frauen wieder aus dem öffentlichen Dienst herauszudrängen. Sie schrieb 1950:

„Wenn wir so die Dinge des täglichen Lebens betrachten und sehen, wie gleichgültig die Frauen den ihnen gegebenen Rechten gegenüberstehen, dann müssen wir uns nicht wundern, daß diese Rechte nur auf dem Papier stehen bleiben. Die Männer werden diese Rechte nicht im Gesetz verankern, wenn sie nicht von den Frauen dazu immer wieder aufgefordert werden, wenn die Frauen nicht immer wieder auf diese, ihnen durch die Demokratie verliehenen Rechte pochen. Es sind in allen Parlamenten viel zu wenig Frauen. Wie sollen sich in Bonn 29 Frauen gegen 371 Männer durchsetzen, oder im Landtag Württemberg-Baden 8 Frauen gegen 92 Männer behaupten?“²³³

Die konstatierte Zurückhaltung vieler Zeitgenossinnen und Zeitgenossen in Sachen Gleichberechtigung zeigte sich nicht nur im Südwesten, sondern auch in den Debatten um die Formulierung des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz der zukünftigen Bundesrepublik. In der ersten Lesung des Artikel 3 hatte der Parlamentarische Rat (61 Männer, vier Frauen) noch versucht, der bedingungslosen Gleichberechtigung eine Absage zu erteilen. Die „Väter des Grundgesetzes“ planten, lediglich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu verankern. Es war der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert (1896–1986) und dem von ihr aufgebauten Druck der Straße zu verdanken,

233 Zit. nach Hochreuther (1992), S. 114.

dass sich das Gremium für die heutige Fassung des Gleichberechtigungsartikels entschied. Auch im Südwesten lehnten zumindest die CDU-Frauen die bedingungslose Gleichberechtigung ab. Nach Meinung der württemberg-badischen Landtagsabgeordneten der CDU, Maria Friedemann (1912–1999), bedrohte eine gesetzlich verankerte Gleichberechtigung im Arbeits- und mehr noch im Familienrecht die Frauen eher, als dass sie ihnen nützte.

„Wenn Frauen in Männerberufe eindringen, müssen sie die gleichen Wettbewerbsbedingungen übernehmen. Dazu sind viele Frauen konstitutionell gar nicht in der Lage“,

erläuterte sie in einem Vortrag, zu dem die CDU-Frauengruppe Nord-Württemberg geladen hatte.²³⁴ Ihr zufolge gefährdete eine Gleichstellung im Familienrecht die Rolle der Frau als Hausfrau. Und diese sollte noch bis in die 1960er Jahre hinein das gesellschaftliche weibliche Leitbild bestimmen.

Auch zur Frage der Entnazifizierung nahm Maria Friedemann eine dezidierte Stellung ein. 1947 publizierte sie eine Broschüre mit dem Titel *Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?* „Das Befreiungsgesetz vom 5.3. 1946“, schrieb die Autorin kritisch,

„vermischt rechtliche und politische, strafrechtliche und zivilrechtliche Gesichtspunkte und gibt dadurch die sauberen Grundlagen einer echten, rechtlichen Ordnung im Sinne eines absoluten, inneren Rechtsgehalts preis“.²³⁵

Schließlich könne man „nur solche Handlungen eindeutig als schuldhaftes Unrecht aburteilen [...], die schon bei ihrer Begehung im Bewußtsein des Täters Unrecht waren.“ Dabei könne von einer echten Urteils- und Entscheidungsfreiheit in der nationalsozialistischen Diktatur nicht ausgegangen werden.

„Diese Freiheit war im Hitler-Deutschland so begrenzt, daß der Mensch mit durchschnittlicher Einsicht und Charakterstärke die richtige Entscheidung nicht treffen konnte“,

so ihr Fazit.²³⁶ Tatsächlich stieß das von den Besatzungsmächten aufgezwungene Unterfangen der Entnazifizierung bei den Einheimischen auf wenig Gegenliebe. Mehr als ein Drittel der Bundesbürger hielt in den frühen 1950er Jahren die Entnazifizierung für „falsch durchgeführt“, fast ein Drittel war ohnehin der Meinung, sie sei „nicht notwendig“ gewesen.²³⁷

234 Zit. nach Hosseinzadeh (1998), S. 137.

235 Fritze (1947), S. 10.

236 Ebd., S. 20.

237 Allensbach-Umfrage, zit. nach Wolfer (2012), S. 348.

Die Entnazifizierung in der Universitätsstadt Tübingen liefert anschauliches Material für das Versanden der Säuberungsmaßnahmen. In der kleinen Universitätsstadt hatte es 3500 Parteigenossen gegeben. 147, etwa die Hälfte der städtischen Angestellten und Beamten, waren in der Partei gewesen. 37 von ihnen verloren 1945 ihre Stellung. Die meisten von ihnen wurden aber wenig später bereits wieder eingestellt. Im Übrigen verliefen die Spruchkammerverfahren in Württemberg-Hohenzollern genauso lax wie in anderen Teilen des Südwestens bzw. in Gesamtdeutschland. Entlastungsgründe wie etwa die Überzeugung, einer „edlen Sache“ gedient zu haben, oder der Eintritt in die NSDAP 1933 „aus rein idealistischen Gründen“ galten als ausreichend, um als „Mitläufer“ eingestuft zu werden.²³⁸ Für die Entlastung des zukünftigen Leiters des Tübinger Amtes für öffentliche Ordnung, der sich nach Meinung seiner ehemaligen Vorgesetzten „rückhaltlos für das Dritte Reich“ eingesetzt hatte, reichte der Hinweis, er habe seine Kinder evangelisch taufen lassen.²³⁹ Nach Meinung der Spruchkammer kam entlastend hinzu, dass er die russische Bevölkerung bis zu ihrer Zwangsevakuierung in den Osten in ihren Häusern gelassen und ihnen die Radioübertragung eines Gottesdienstes zugänglich gemacht habe.

Ähnlich wie in anderen Städten und Regionen gehörte es in Tübingen zum guten Ton, gegen Emigranten zu polemisieren. Als es Thomas Mann (1875–1955) nach Kriegsende ablehnte, nach Deutschland zurückzukehren, empörte sich einer der Herausgeber des *Tübinger Tagblatts* und befand über die Deutschen, die freiwillig oder gezwungen Nazideutschland den Rücken zugekehrt hatten: „Wir wollen ein für allemal mit ihnen als Politikern nichts mehr zu tun haben.“²⁴⁰ Auch die frühe Nachkriegsrechtsprechung bestätigte im Südwesten genauso wie im übrigen Deutschland, dass es sich bei den NS-Anhängern eigentlich um ehrenwerte Menschen gehandelt habe. So hatten sich beispielsweise 1949 acht Angeklagte wegen der Massenmorde an geistig Behinderten und psychisch Kranken in der Landespfleganstalt Grafeneck vor dem Tübinger Landgericht zu verantworten. Die Strafe von insgesamt achteinhalb Jahren Gefängnis für drei Angeklagte fiel relativ mild aus. In der Urteilsbegründung hieß es:

„Diese Menschen sind zu bedauern, weil sie von der Führung des ‚Dritten Reiches‘ in ihre tragische Rolle hineingelogen worden sind. Sie sind nicht der Typ der gewöhnlichen Verbrecher.“²⁴¹

238 Zit. nach Binder (2011), S. 33.

239 Ebd.

240 Zit. nach ebd., S. 35.

241 Zit. nach ebd., S. 37–39.

Manches spricht im Übrigen dafür, dass die üblichen Entnazifizierungsverfahren eine gesellschaftliche „Säuberungsinstanz“ darstellten, die weitgehend ohne weibliche Beteiligung auskam. Angesichts der marginalen Rolle, die Frauen in den NS-Entscheidungsinstanzen zugewiesen worden war, ist es plausibel, dass sie auch als Angeklagte in der Nachkriegszeit kaum ins Rampenlicht traten. Nicht selten teilten die Ankläger das bürgerliche und gleichermaßen nationalsozialistische Frauenbild, das Frauen politische Mündigkeit und damit letztlich Verantwortung für die NS-Verbrechen absprach. Nur wenige Frauen wurden daher in Spruchkammerverfahren angeklagt. Ein prominentes baden-württembergisches Beispiel stellt Gertrud Scholtz-Klink (1902 – 1999) dar. Die Führerin unter anderem der *NS-Frauenschaft* und des *Deutschen Frauenwerkes* hatte mit beachtlichem Erfolg die weiblichen Parteigänger des NS-Regimes zu organisieren gewusst. 1948 wurde sie verhaftet, 1949 stand sie vor der Spruchkammer in Tübingen. Dort distanzierte sie sich keineswegs vom Nationalsozialismus und sie verzichtete auch darauf, ihren eigenen Handlungsspielraum im NS kleinzureden. Die Spruchkammer ordnete das weibliche Aushängeschild der NS-Bewegung zwar unter die Hauptschuldigen ein und verurteilte sie zu 18 Monaten Gefängnis, rechnete aber die Gefängniszeit einer zuvor von der Militärregierung aus anderen Gründen verhängten Strafe gegen die neue auf.

„In der Begründung des Urteils definierte die Kommission Gertrud Scholtz-Klinks Tätigkeit im ‚Deutschen Frauenwerk‘ und in der ‚Nationalsozialistischen Frauenschaft‘ als unzweifelhaft positiv, da sie karitativ und sozial motiviert gewesen sei und dadurch notleidenden Familien geholfen habe.“²⁴²

Jenseits solcher prominenter Beispiele stellten Frauen als Angeklagte in Entnazifizierungsverfahren sichtlich eine Minderheit dar. Da Frauen im nationalsozialistischen Regime der juristische Staatsdienst versagt war, ist auch von einer geringen Zahl von Richterinnen nach 1945 auszugehen. Aber auch als Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse, in die Parteien, Kirchen und Verbände ihre Repräsentanten entsandten, scheinen Frauen deutlich in der Minderheit gewesen zu sein. Wie die Durchsicht beispielsweise der Entnazifizierungsakten Heilbronn belegt, gab es dort keine weiblichen Mitglieder in den Spruchkammern.²⁴³ Frauen waren zumeist lediglich als Entlastungszeuginnen vor den Spruchkammern präsent. Und so lässt sich vorerst (auch mangels entsprechender publizierter Forschung) nur die These

242 Livi (2009), S. 334.

243 Für die Auskunft über die Rolle von Frauen vor und in den Spruchkammern Heilbronn danke ich Susanne Schlösser, die für die *Chronik der Stadt Heilbronn* sämtliche Heilbronn betreffende Spruchkammerverfahren durchgesehen hat.

aufstellen, dass es sich bei der von den Besatzern geforderten Entnazifizierung um ein männerbündlerisch geprägtes Verfahren handelte, in denen die männlichen Angehörigen der in der Diktatur so vehement beschworenen „Volksgemeinschaft“ zur Entschuldung der zumeist männlichen Täter zusammentraten. Das Vergessen oder doch zumindest das Beschweigen der NS-Verbrechen galt darüber hinaus bis Ende der 1950er Jahre als konsensfähige „vaterländische Tugend“.



Trümmerfrauen, hier aufgenommen in Mannheim: heldenhafter Aufbaudienst oder kurzfristige „Zwangsarbeit“ von „Nazissen“?

Was ist von den Lebensbedingungen in den Nachkriegsjahren, von den Weichenstellungen für Männer und Frauen in Politik und Gesellschaft in der Erinnerungskultur lebendig geblieben? Dass der politische Frühling in Deutschland, auch im Südwesten, ohne nennenswerten Anteil des weiblichen Geschlechts verlief, wird in der Regel von der Darstellung der großen „allgemeinen“ Entwicklungslinien überdeckt. erinnert werden stattdessen die sogenannten Trümmerfrauen. Nicht selten gelten sie als Sinnbild weiblichen Leids im und nach dem Krieg. Manche Stadt, so auch Mannheim, setzte ihnen gar ein Denkmal. Wer waren eigentlich die viel beschworenen „Trümmerfrauen“? In den großen kriegszerstörten Städten fehlte es in der Nachkriegszeit überall an Arbeitskräften, die bei der Trümmerbeseitigung zum

Einsatz kommen konnten. Zwar bestand grundsätzlich Arbeitspflicht, doch die Bereitschaft, sich zum Arbeitseinsatz in den Ruinen zu melden, war anfangs nicht groß. Die Arbeit war körperlich schwer. Für den mitunter angekündigten kleinen Verdienst gab es ohnehin nichts zu kaufen, und so meldeten sich wenige Freiwillige. In der Folge verfiel manche kommunale Behörde darauf, explizit Frauen zur Trümmerbeseitigung zu verpflichten. Doch nicht alle arbeitslosen Frauen wurden zum mehrmonatigen „Ehrendienst“ herangezogen. In der Regel griffen die Behörden auf vormalige Angehörige der *NS-Frauenschaft* und des *NS-Frauenwerks* zurück. Die Verpflichtung zum Trümmerräumen stellte sich in der öffentlichen Wahrnehmung als Strafarbeit für Nationalsozialistinnen dar. Ohnehin wurde ihr Einsatz rasch durch professionelle Bauarbeit ersetzt. Dass gerade der weibliche „Strafdienst“, konnotiert als weibliches Leid, die Erinnerung an Frauen in der Nachkriegszeit einfärbt, lässt sich in heute durchaus aktuelle Bestrebungen einordnen, das Auseinanderfallen der Deutschen in NS-Opfer und NS-Täter in einer unter den Kriegsfolgen leidenden „Opfer-Volksgemeinschaft“ zu bereinigen.

Zweierlei Schicksale: Flüchtlingsaufnahme in der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone

Menschen nach Kriegsende 1945 – das waren vor allem Menschen unterwegs. Ein anschauliches Bild der Nachkriegswirren ist den Erinnerungen der damals in Heidelberg lebenden Marie Baum zu entnehmen:

„Inzwischen leerten sich die großen Städte. [...] Jedenfalls strömten nun tagelang unaufhörlich Menschenmassen beiderseits des Neckars flussaufwärts, Männer, Frauen und Kinder, das armselige geborgene Gut auf Rädern, in Karren, Handwagen oder auf dem Rücken mit sich schleppend. Ein anderer Zug, fast noch trauriger anzusehen, war der der Russen, die aus ihren Lagern weiter ostwärts, offenbar in den Odenwald, geschickt wurden“,

so ihre Beobachtungen zu Kriegsende.²⁴⁴

„Dann die Landstraße! Sie war zur Heerstraße geworden, auf der in der einen Richtung Scharen von Soldaten zogen, getrieben von der Vision der vielleicht doch unzerstörten Heimat, [...] und in der anderen eine nicht minder große Schar von Männern und Frauen, Jugendlichen, die aus der Zwangsevakuierung nach Hause wanderten oder ihre in der Welt verstreuten Angehörigen auf unbekanntem Wegen, mit unbekanntem Zielen suchen gingen“,

so Marie Baums Schilderung der ersten Nachkriegsmonate.²⁴⁵

244 Baum (1950), S. 322.

245 Ebd., S. 335.

Zu den Wandernden gehörten neben den *Displaced Persons*, den vormaligen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Überlebenden, die Evakuierten aus den zerstörten Städten und die deutschen Soldaten, die nicht in Kriegsgefangenschaft geraten oder bereits entlassen worden waren. Den größten Anteil an den Migranten stellten jedoch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen. Etwa 20 Millionen Menschen wurden im Gefolge des Zweiten Weltkriegs in Europa zu Vertriebenen. Rund zwölf Millionen von ihnen waren Deutsche oder Deutschstämmige. Zwei Drittel von ihnen stammten aus deutschen Gebieten, die nun an Polen abgetreten werden mussten. Bei einem weiteren Drittel handelte es sich um Deutschstämmige aus osteuropäischen Ländern. Etwa die Hälfte von ihnen hatte erst nach Kriegsende ihre Heimat verlassen müssen. Die Ursache hierfür ist in den zeittypischen Vorstellungen vom idealen, ethnisch homogenen Nationalstaat zu suchen. Die zeitgenössische politikwissenschaftliche Analyse hatte in der ethnischen Durchmischung von Nationalstaaten eine der Kriegsursachen auszumachen gemeint. So schien es nur folgerichtig, dass die Alliierten, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion, im Potsdamer Abkommen (August 1945) vereinbarten, die schon stattgefundenen Vertreibungen zu sanktionieren und für das Jahr 1946 die weitere, nun geordnete Zwangsumsiedlung von über 6,6 Millionen Deutschen zu vereinbaren. Für diese sollten in den Besatzungszonen schnellstens Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Denn in einem waren sich die Potsdamer Verhandlungspartner einig: Die Flüchtlinge, wie sie offiziell hießen, waren auf Dauer in Deutschland anzusiedeln und sollten sich möglichst schnell an die einheimische Bevölkerung angleichen.

Die Statistik weist für 1950 über eine Million Vertriebene und Flüchtlinge auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs aus. Durch weitere Umsiedlungen und Umzüge stieg ihre Zahl bis 1961 auf 1,6 Millionen an. Das waren etwa 21 Prozent der Bevölkerung. Sie stellten 26 Prozent in Nordwürttemberg, 21 Prozent in Nordbaden, 15 Prozent in (Süd)Baden und 17 Prozent in Württemberg-Hohenzollern. Die Verteilung 16 Jahre nach Kriegsende macht trotz der inzwischen schon lange wieder eingeführten Freizügigkeit noch immer deutlich, dass nicht in allen Teilen Südwestdeutschlands die gleiche Flüchtlingspolitik betrieben worden war. Tatsächlich waren die drei Länder im Südwesten von der Flüchtlingsaufnahme unterschiedlich betroffen. Frankreich, das an den Potsdamer Vereinbarungen nicht beteiligt gewesen war, weigerte sich nach Kriegsende, weitere Vertriebene in seiner Zone aufzunehmen. Württemberg-Baden hatte sich auf Geheiß der amerikanischen Militärregierung 1946 auf 460 000 neu ankommende vertriebene Deutsche einzustellen. Dies bedeutete in transporttrei-

chen Monaten wie etwa im Juli 1946 die Ankunft von täglich durchschnittlich 768 Personen in Nordbaden und 1106 Personen in Nordwürttemberg. Sie alle waren in Erstlagern aufzunehmen, schnellstens in Zwischenlager und privaten Wohnraum zu verteilen und zu versorgen. Die Einheimischen hießen sie keineswegs freudig willkommen.

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage, der Knappheit an Gütern des alltäglichen Bedarfs wie des akuten Mangels an Wohnraum führte die zwangsweise Eingliederung der aufzunehmenden Ausgewiesenen und Flüchtlinge zu beträchtlichen Verteilungskämpfen zwischen Alt- und Neubürgern. Erschwerend kam hinzu, dass die großen kriegsbedingten Wohnraumverluste in den Städten zu einer Einweisung der Bevölkerungstransporte in ländliche Gebiete geführt hatten. In den Realteilungsgebieten Nordbadens und Nordwürttembergs waren die Höfe ohnehin klein und frei erwerbbares Ackerland rar. Der Versuch, wenigstens einem kleinen Teil der vertriebenen Bauernfamilien wieder zu Höfen zu verhelfen, stieß auf den empörten Widerstand der einheimischen Bauern. Sie wollten bei den ohnehin selten möglichen Landverteilungen genauso wie die Zugezogenen berücksichtigt werden. Auch die Handwerkerschaft in den ländlichen Regionen sah in den anzusiedelnden Handwerkern eher eine Konkurrenz als eine Belebung der Produktionsmethoden. Viele Vertriebene fanden in ihren zumeist ländlichen Wohnorten nur unterqualifizierte schlecht bezahlte Arbeit. Insbesondere vormals Selbständige in Landwirtschaft und Gewerbe sahen sich von einer massiven Deklassierung bedroht. Schon während der Besatzungsjahre stellten Militärregierungen und deutsche Behörden Überlegungen an, auf welche Weise den Vertriebenen materiell geholfen werden könne. Doch das im Juni 1948 in Kraft tretende Währungsgesetz benachteiligte die Vertriebenen, die in der Regel nicht auf Sachwerte zurückgreifen konnten. Auch die nachfolgende Zunahme von Arbeitslosigkeit betraf den vertriebenen Bevölkerungsteil überproportional. Nach zähen Diskussionen um öffentliche Hilfsleistungen für die Vertriebenen konnte im Mai 1949 das sogenannte „Soforthilfegesetz“ verabschiedet werden. Es sorgte mit Unterhaltsbeihilfen und Hausratshilfen in erster Linie für eine Entlastung der kommunalen Sozialämter. Eine tatsächliche Entschädigungszahlung für verlorene materielle Werte blieb der späteren Lastenausgleichsgesetzgebung vorbehalten.

Frühe Darstellungen zur Aufnahme der Vertriebenen betonten die große soziale Aufgabe, die erfolgreich bewerkstelligt werden konnte. Dass das Wirtschaftswachstum der 1950er Jahre die Eingliederung der Aufgenommenen erleichterte, ist sicherlich richtig. Doch gerade für die älteren Vertriebenen gestaltete sich der Neuanfang äußerst beschwerlich. Nicht selten folgte auf den Heimatverlust die soziale Deklassierung. „Flüchtling“, das war lan-



Ankunft von unwillkommenen Vertriebenen am Bahnhof Wertheim am Main im April 1946.

ge Zeit eher ein Schimpfwort als die Bezeichnung für einen Menschen, der Verständnis und Hilfe beanspruchen konnte. Es dauerte viele Jahre, bis sich Einheimische und Zuwanderer im Gottesdienst, im geselligen Leben und in den Vereinen vermischten. Auch dass Vertriebene und Einheimische heirateten, galt lange als ungewöhnlich. Bezeichnend mutet die Geschichte eines Flüchtlings aus einem Dorf in der Nähe von Freiburg an. Der „Habenichts“, nennen wir ihn Josef, hatte sich in eine Bauerntochter verliebt. Als seine Freundin schwanger wurde, verhinderte ihre Familie die Heirat. Josef durfte auch seine Tochter nicht kennenlernen. Etliche Jahre später hat er eine andere Einheimische geheiratet und mir ihr mehrere Kinder bekommen. Erst nach seinem Tod erfuhren seine Kinder, dass sie eine Halbschwester haben. Über sie hatte ihr Vater nie gesprochen. Nur dass er zu Theateraufführungen in die Schule ging, obwohl vermeintlich keines seiner Kinder daran beteiligt war, lässt die Vermutung zu, er habe sein Kind sehen wollen, zu dem er sich nicht bekennen durfte.

So zählt auch die Heirat der 18-jährigen Doris Schäfer aus Hettingen mit Fritz Bayer, dem 27-jährigen Angestellten auf dem Landratsamt Buchen, 1947 zu den wenigen Ehen, die kurz nach Kriegsende zwischen Angehörigen beider Gruppen geschlossen wurden. Im badischen Odenwald rief die Verlobung der beiden an Weihnachten 1946 Irritationen hervor. „Wie kann dieser Flüchtling, der nichts hat, die Tochter vom reichen Kohlenschäfer heiraten?“²⁴⁶ Das Hochzeitsessen zeigte symbolisch, zu welchen kulturellen Vermischungen und damit zu welcher Öffnung die Integration der Vertriebenen in ländlichen Regionen des Südwestens zukünftig führen würde. Ein einheimischer Jäger schoss ein Reh für das Hochzeitsfest. Die Mutter der Braut lieferte ein böhmisches Rezept für den Braten mit Hefeknödeln, den die badische Pfarrköchin zubereitete. Der Freund des Hochzeitspaares, dem es gelang, pfälzischen Wein zu organisieren, stammte aus Schlesien.

Die geschilderten sozialen Probleme betrafen freilich nicht nur das Zusammenleben der Einheimischen und Vertriebenen im deutschen Südwesten. Sie machten sich in allen Ländern und Zonen bemerkbar. Landespezifische Merkmale lassen sich jedoch in der regionalen Vertriebenenverbandspolitik festmachen. Über die Landesgrenzen hinaus entwickelten die Vertriebenen in Nordbaden eine eigenständige politische Haltung. Sie unterschied sich grundlegend von der gängigen Vertriebenenverbandspolitik in den sonstigen Ländern der westlichen Zonen. In Eutingen (Landkreis Pforzheim) bemühte sich bereits im Sommer 1946 eine Flüchtlingsgruppe um

246 Zit. nach Ihr und Wir (2009), S. 82.

den Ingenieur und Verwaltungsfachmann Karl Bartunek (1906–1984), die Genehmigung für eine Flüchtlingselbsthilfegruppe auf Kreisebene, die *Interessengemeinschaft der ausgesiedelten Deutschen* (IDAD), zu erlangen. Erst ein dreiviertel Jahr später erhielt die IDAD, Kreis Pforzheim, ihre offizielle Lizenz. Inoffiziell jedoch war die Gruppierung, die maßgeblich von der Persönlichkeit und den Vorstellungen Bartuneks geprägt wurde, schon zuvor äußerst aktiv. Die Bruchsaler Lizenzierung wirkte als Initialzündung zu weiteren Gründungen in Nordbaden. Binnen weniger Monate hatte die IDAD ein Netz über das ganze Land gezogen. Dem beständig wachsenden Einfluss der Organisation in Flüchtlingskreisen entsprach ihr konsequenter Ausbau zum nordbadischen Landesverband 1948. Er stellte wohl die erste auf Landesebene lizenzierte Organisation der Vertriebenen Westdeutschlands dar. Mitte 1948 zählte die IDAD bereits rund 15 000 Mitglieder in 150 Ortsgruppen. Rechnet man die Familienangehörigen der Mitglieder hinzu, dann dürfte die Gruppierung schon zu diesem Zeitpunkt rund ein Drittel der Neubürger Nordbadens erfasst haben. Im Frühjahr 1949 schließlich besaß die Vereinigung mit 300 Ortsgruppen in mindestens jedem zweiten nordbadischen Ort eine Niederlassung.

Es ist das kennzeichnende Alleinstellungsmerkmal des badischen Flüchtlingsverbands, dass er sich stets als landsmannschaftlich und politisch neutrale Interessenorganisation der Flüchtlinge verstand. Anders als die Vertriebenenvereinigungen in der britischen Zone oder in Bayern, die die Ausgewiesenen unter landsmannschaftlichen Gesichtspunkten vereinigten, organisierte die IDAD ihre Mitglieder ausschließlich nach ihrem neuen Wohnsitz.

„Die mit der Ausweisung zusammenhängenden Probleme und Belange sind für alle Vertriebenen die gleichen, sie können daher weder landsmannschaftlich noch parteipolitisch gebunden sein“,

so von Goll, der Autor des Leitartikels der ersten Ausgabe der *IDAD Nachrichten*, des Mitteilungsblattes des Landesverbands.²⁴⁷ Die Ziele des Verbandes orientierten sich daher an der Aufnahmegesellschaft. Entsprechend geringen Raum nahmen die Forderungen nach Rückkehr in die alte Heimat ein. Ziel der IDAD war die gleichberechtigte Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürften die Flüchtlinge einer kraftvollen Interessenvertretung, deren Ziel und Tragik es letztlich sein müsse, sich in naher oder ferner Zukunft überflüssig zu machen.

247 v. Goll: Warum Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen?, in *IDAD Nachrichten* 1/1949.

„Durch eine eigene wirtschaftliche und kulturelle Organisation der Vertriebenen sollen auch nicht die Gegensätze zwischen den Vertriebenen und Einheimischen vergrößert oder gar verewigt werden, sondern sie stellt nur eine neue Form des Wunsches nach Zusammenarbeit – als gleichberechtigte Partner – dar. Es muß daher die vordringlichste Aufgabe einer Vertriebenen-Organisation sein, die bestehenden Gegensätze durch sinnvolle Zusammenarbeit mit den einsichtsvollsten Kräften der Einheimischen zu mildern, aber – wenn es nottut – auch Widerstände aus Kleingeist, Egoismus oder Unfähigkeit zu überwinden“,

so die programmatische Zielvorgabe der IDAD.²⁴⁸

Um die Verbandsziele umzusetzen, betrieb die Vereinigung zahlreiche Aktivitäten. Regelmäßig verabschiedete sie auf lokalen und regionalen Verbandstreffen öffentliche Stellungnahmen und Eingaben an Landesregierung, Wirtschaftsrat und Militärregierung zu allen aktuellen, die Flüchtlinge betreffenden Fragen. Wichtiger jedoch scheint die individuelle Unterstützungsarbeit der IDAD für die Vertriebenen in den Gemeinden gewesen zu sein. Immer dann, wenn sich einzelne Flüchtlinge in Wohnraum-, politischen und wirtschaftlichen Fragen diskriminiert fühlten und sich an die IDAD wandten, nahmen sich regionale IDAD-Vertreter der Sache an, stellten Verbindungen zu den örtlichen oder regionalen Verwaltungen her und scheuten auch nicht den Weg nach Karlsruhe in die Landesflüchtlingsverwaltung. Damit dürfte die IDAD den frühen Flüchtlingsinteressenverband darstellen, der seine Tätigkeit am deutlichsten an der Mitarbeit in den bestehenden Instanzen des neu aufzubauenden Deutschland ausrichtete, wenn auch als häufig ungebeter und nur ungern akzeptierter „aufmüpfiger“ Partner der staatlichen Flüchtlingssonderverwaltung. Ende 1949 vereinigte sich die IDAD mit den in Nordbaden keineswegs sehr kräftig entwickelten landsmannschaftlichen Verbänden zum LVD (*IDAD-Landesflüchtlingsverband-Landsmannschaften*). Schließlich stellten sie sogar zusammen mit den Evakuierten eine eigene Wählerliste, die *Notgemeinschaft*, für die erste Bundestagswahl auf – angesichts des von den Besatzungsmächten verordneten Koalitionsverbots für Flüchtlinge ein bundesweit unerhörtes Unterfangen.

War ein solches Vorgehen tatsächlich im Interesse der Vertriebenen? Die Gründung der *Notgemeinschaft* lässt sich aus den Rahmenbedingungen der ersten Bundestagswahl erklären. Die Besatzungsmächte hatten explizit die Formierung einer Flüchtlingspartei untersagt. Ergänzend hatte der Parlamentarische Rat beschlossen, nur für Parteien, nicht jedoch für freie Wählerlisten Landeslisten zuzulassen. Da das Wahlgesetz das Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen mit dem Verhältniswahlrecht auf Landes- bzw.

248 Ebd.

Bundesebene kombinierte, war kaum zu erwarten, dass es etwaigen Flüchtlingskandidaten gelingen könnte, ein Direktmandat zu erzielen. Die Flüchtlingsorganisationen bemühten sich vergeblich darum, die bestehenden Parteien davon zu überzeugen, genügend Listenplätze für Vertriebene zur Verfügung zu stellen. In Württemberg-Baden setzten sich die württembergischen *Hilfsverbände* und die nordbadische IDAD schließlich über das amerikanische Koalitionsverbot und die bestehenden Parteien hinweg und gründeten zusammen mit den Fliegergeschädigten ihre eigene Partei, die *Notgemeinschaft*. Trotz ausbleibender Lizenz trat die *Notgemeinschaft* tatsächlich zur Wahl an und schnitt bemerkenswert gut ab. 15,4 Prozent der gültigen Stimmen konnte sie bei einem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen von 17,8 Prozent auf sich vereinigen. Es gehört zu den bitteren Erfahrungen der Vertriebenen bei der ersten Bundestagswahl 1949, dass ihrer „Wahlorganisation“ auch im Nachhinein der Landeslistenstatus nicht zuerkannt wurde und ihr gutes Wahlergebnis nicht zum Einzug der Gewählten in den Bundestag führte. Eines war jedoch den bundesdeutschen und südwestdeutschen Politikern wie den Besatzungsmächten durch das Wahlverhalten der Flüchtlinge und Ausgewiesenen klar geworden: In Zukunft würde eine eigenständige politische Artikulation der Vertriebenen nicht mehr zu verhindern sein. Das Ende des Koalitionsverbots zeichnete sich ab. Unter diesem Gesichtspunkt war die Politik der nordbadischen IDAD doch erfolgreich gewesen.

Noch einmal sollte die IDAD eine große politische Rolle spielen. In den Debatten um die Gründung des Südweststaats gelang es ihr, im Gegenzug für die Zustimmung der Vertriebenen zum neuen Land Baden-Württemberg ein Landesvertriebenenministerium auszuhandeln. Noch im Sommer 1951 galt das Ergebnis der geplanten Abstimmung durchaus als offen. Da Südbaden die erneute Bildung des vormaligen Landes Baden anstrebte, richtete sich alle Aufmerksamkeit auf das Wahlverhalten in Nordbaden und die dortige Vertriebenenbevölkerung. Auf dem Höhepunkt des Werbens um die Vertriebenenstimmen wandte sich der Vorsitzende des *Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen* Karl Bartunek zusammen mit dem Präsidenten des Landesbezirks Baden Hans Unser (1907–1951) in einem gemeinsamen Aufruf an die Neubürger. Unser wies auf mögliche Vorteile des Südweststaats für die Vertriebenen hin und winkte mit einer Belohnung für „richtiges“ Wahlverhalten:

„Nur die Erweiterung zu einem wirtschaftlichen Großraum mit einer gesunden Verteilung von Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft gibt Gelegenheit, eine Binnenumsiedlung größeren Maßstabes durchzuführen und den noch zahl-

reich notleidenden Heimatvertriebenen neue Arbeits- und Wohnstätten zu schaffen.“²⁴⁹

In die gleiche Richtung argumentierte Bartunek und ergänzte:

„Darüber hinaus aber ist man an maßgeblichen Stellen bereit, in einem kommenden Südweststaat zur Bearbeitung und Vertretung aller Fragen der Heimatvertriebenen ein Staatssekretariat oder Staatsministerium zu schaffen und in Nordbaden die innergebietliche Umsiedlung mit Nachdruck durchzuführen.“²⁵⁰

Tatsächlich war die IDAD/LVD mit ihren Forderungen schon seit längerem an die württemberg-badische Landesregierung und der Regierung des Landesbezirks Baden herangetreten und verhandelte den „Preis“ der Vertriebenenstimmen. Der öffentlich als „Bartunek-Plan“ diskutierte Vorstoß führte schließlich zu entsprechenden Zusagen der Regierungen. Angesichts der Wahlbestimmungen zur Südweststaatabstimmung, die die Mehrheit der Stimmen in drei Landesteilen als ausreichendes Votum deklarierten, konnte der Südweststaat entstehen. Auch 57 Prozent der Einwohner Nordbadens stimmten für die Bildung von Baden-Württemberg. Ob tatsächlich die Stimmen der Vertriebenen hierfür ausschlaggebend waren, ist letztlich nicht zu klären. Anzumerken ist jedoch, dass 1952 im Stuttgart ein Ministerium für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte eingerichtet wurde und dass in Nordbaden ein Umsiedlungsprogramm stattfand, das in den folgenden Jahren zur Umsiedlung von etwa 800 Pendlern und dauerarbeitslosen Flüchtlingen sowie ihrer Familien aus den Kreisen Sinsheim, Mosbach, Buchen und Tauberbischofsheim nach Mannheim und Pforzheim führte. Angesichts des anstehenden Bedarfs scheint dies nicht viel; für die betroffenen Familien dürfte das Erreichte jedoch von großer Bedeutung gewesen sein.

In welchem Licht erscheint das Vertriebenenproblem in Gender-Perspektive? Die Zeitgenossen nahmen die Fluchtbewegung im Krieg und die Flüchtlingstransporte der Nachkriegszeit als Transporte von Frauen, Kindern und Alten wahr. Tatsächlich glich sich die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Vertriebenen jedoch schon früh dem Geschlechterproporz in der einheimischen Bevölkerung an. Nichts spricht dafür, dass innerhalb der Vertriebenenverbandspolitik Frauen eine größere Rolle als in den sonstigen Verbänden und Parteien gespielt hätten. Die Vertriebenenpolitik der amerikanischen Militärregierung hatte jedoch eine gesellschaftspolitische

249 GLAK, NL BA, Nr. 42: An die Heimatvertriebenen im Landesbezirk Baden. Aufruf von Hans Unser, Präsident des Landesbezirks Baden.

250 GLAK, NL BA, Nr. 42: Heimatvertriebene! Schicksalsgefährten! Aufruf zur Südweststaatfrage von Karl Bartunek.

Nische offeriert, die offensichtlich insbesondere vertriebenen Frauen ein Aktionsfeld eröffnete: die Pflege der heimatlichen Kultur. Angesichts des Verbots eigenständiger politischer Betätigung bot die Veranstaltung von Heimatabenden, das Beibehalten oder Wiederaufleben kultureller Traditionen und später die liebevolle Ausgestaltung von Heimatstuben ein von Besatzern und Einheimischen geduldetes oder gar unterstütztes Betätigungsfeld, in das sich Frauen aktiv einbringen konnten. Der Beitrag der (vielfach von Flüchtlingsfrauen betriebenen) heimatlichen Kulturpflege für die Stärkung der Identität und des Selbstbewusstseins der unwillkommenen „Neubürger“ sollte nicht unterschätzt werden.

Biographie: Kämpfer für die gleichberechtigte Eingliederung der Vertriebenen – Karl Bartunek (1906–1984)

„Es ist unsere Pflicht, uns mit beiden Füßen in die neue Heimat zu stellen, mitzuarbeiten für uns und an unserer neuen Heimat, nicht mit dem Grübeln, ob es eine Rückkehr in die alte Heimat gibt, kostbare Zeit zu vergeuden. Ob es eine Rückkehr einmal geben wird, das wissen wir nicht, und daß diese aufgrund eines friedfertigen Übereinkommens einmal stattfinden könnte, daran kann wohl nur der glauben, der die Vergangenheit vergessen hat. Ich warne Sie daher, einer Propaganda in dieser Hinsicht Glauben zu schenken; wird hier doch nur in untergründiger politischer Absicht mit der Heimatsehnsucht eines schwergeprüften Volkes Schindluder getrieben.“²⁵¹

Mit diesen Überlegungen leitete Karl Bartunek im Mai 1947 die Gründung der nordbadischen *Interessengemeinschaft der ausgesiedelten Deutschen* (IDAD) ein. Es gelang ihm, am politischen Willen der amerikanischen Besatzungsmacht und den Parteien der Altbürger vorbei eine einflussreiche Vertriebenenorganisation zu schaffen, die anders als die später entstehenden landsmannschaftlichen Vertriebenenvereinigungen nicht den Blick auf die alte, sondern auf die neue Heimat richtete.



Karl Bartunek (1906–1984, 2. Reihe hinten links), Vertriebenenpolitiker der „Stunde Null“, aufgenommen im Jahr 1960 im baden-württembergischen Landtag. Er kämpfte für die gleichberechtigte Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in den deutschen Aufnahmeregionen.

251 Rede Bartunek's anlässlich der Gründungsversammlung der IDAD, 20.5.1947, zit. nach Schraut (1995), S. 431.

Wer war Karl Bartunek? Der promovierte Diplomingenieur stammte aus Prag. Dem Studium und Berufsetappen in der Wissenschaft folgte eine Anstellung im tschechoslowakischen Staatsdienst. Nach dem erzwungenen „Anschluss“ des Sudetenlands an das Deutsche Reich wurde er als Regierungsrat in den deutschen Staatsdienst übernommen. Schließlich verschlug ihn 1946 die Ausweisung der deutschstämmigen Bevölkerung nach Eutingen bei Pforzheim. Noch im gleichen Jahr erhielt er eine Anstellung im Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe. Offensichtlich hatten seine beruflichen Qualifikationen die Folgen der Zwangsmigration abgemildert. Doch Karl Bartunek beließ es nicht dabei, sein eigenes Leben auf die neue Situation nach dem Krieg auszurichten.

Nicht ohne Sinn für Machtpolitik gelang es ihm, die Skepsis der amerikanischen Militärregierung zu überwinden, eine breite Organisation der nordbadischen Vertriebenen aufzubauen und sich der wenig kooperationswilligen öffentlichen Verwaltung als Ansprechpartner in Sachen Vertriebene aufzudrängen. Es war überdies vor allem Bartunek, der sich in der amerikanischen Zone dem Ziel verschrieb, die gleichgesinnten Flüchtlingsverbände zusammenzuschließen. Bereits im November 1947 initiierte die IDAD ein erstes überparteiliches Treffen der Flüchtlingsorganisationen der amerikanischen Zone in Heidelberg. Bartunek bemühte sich darum, die Abgeordneten der einzelnen Verbände auf eine einheitliche Einschätzung der gesellschaftlichen Ziele der Vertriebenen zu verpflichten. Doch seine Vorgaben – Überparteilichkeit und Orientierung an der gleichberechtigten Aufnahme in die westdeutsche Gesellschaft – stießen bei den Landsmannschaften längerfristig auf Widerstand. Ihrem eigenen Selbstverständnis dürfte die Aufgabendefinition, die der Vertriebenenfunktionär der britischen Zone und spätere erste Bundesvertriebenenminister Ernst Lukaschek (1885–1960) im November 1949 vorlegte, wesentlich mehr entsprochen haben. Ihm zufolge bestand die Aufgabe der Landsmannschaften darin,

„die heimatlichen Zusammenhänge zu wahren, die Erinnerung an die Heimat und den Anspruch auf die Heimat zu pflegen und die Vertriebenen in kultureller Hinsicht zu leiten“.²⁵²

Und diese Haltung sollte sich letztlich in den Vertriebenenverbänden durchsetzen. Als sich im April 1949 die Vertriebenenorganisationen der

252 Hans Lukaschek: Die Organisationen der Vertriebenen, in Archiv, Nr. 22, Jg. 1949.

britischen und amerikanischen Zone zum *Zentralverband der vertriebenen Deutschen* (ZVD) zusammenschlossen, übernahm Bartunek zwar noch die Aufgabe des stellvertretenden Vorsitzenden, doch die Wahl Lukascheks zum Ersten Vorsitzenden signalisierte die zukünftige Ausrichtung der Vertriebenenpolitik und das Scheitern von Bartuneks Versuch, die Landsmannschaften auf die Kulturarbeit im Rahmen einer Eingliederungspolitik zu verpflichten.

Bartunek zog relativ schnell die Konsequenzen. Bereits Ende 1949 gab er seinen Vorsitz und seine Mitarbeit im ZVD auf, offiziell,

„da [...] meine Staatsstellung es nicht ermöglichte, an den notwendigen Sitzungen und Besprechungen in Bonn teilzunehmen“.²⁵³

Von nun an beschränkte er sein politisches Engagement auf den Südwesten. Die Gründung der *Notgemeinschaft* als Partei der *Vertriebenen und Fliegergeschädigten* und seine politischen Verhandlungen rund um die Gründung des Südweststaates markieren daher folgerichtige Schritte in seiner politischen Arbeit. Als Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, dann bis 1964 des baden-württembergischen Landtags und zeitweise Vorsitzender der GB/BHE- bzw. GDP/BHE-Fraktion gestaltete Bartunek bis in die 1960er Jahre hinein die baden-württembergische Vertriebenenpolitik mit. Doch Bartuneks ureigene Schöpfung, die IDAD, erlebte ihre letzte Landesversammlung am 17. Oktober 1954. Der LVD (IDAD) löste sich nach eigenen Angaben auf zum Zweck des Zusammenschlusses der Landesverbände (Baden-Württembergs) zu einem einheitlichen Verband.²⁵⁴ Ob diese offizielle Begründung den Tatsachen entsprach oder den schnellen Niedergang der *Interessengemeinschaft* signalisierte, mag offen bleiben.²⁵⁵ Eine Flüchtlingsorganisation, die ihre Aktivitäten ausschließlich an der Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft ausrichtet, verliert mit der Erreichung ihrer Ziele ihre Daseinsberechtigung. So gesehen, kann selbst das Verschwinden der IDAD als Hinweis auf ihre Erfolge gewertet werden.

Für sein Engagement wurde Bartunek 1964 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt. Zwei Jahre vor seinem Tod erhielt er auch die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg.

253 GLAK, NL BA, Nr. 1: Bartunek: Acht Jahre IDAD.

254 Ebd.

255 GLAK, 466 Zug.1981/47–1664: Rede von Bartunek auf der Gründungsversammlung der IDAD im Mai 1947.

Protestbewegungen im Südwesten – ein Genderthema?

Mitte der 1960er Jahre begann sich in der Bundesrepublik abzuzeichnen, dass die politisch ruhige Zeit ihrem Ende entgegen ging. Hatten in den späten 1950er Jahren die Wiederbewaffnung, vor allem aber das „Wirtschaftswunder“ mediale Aufmerksamkeit beansprucht, so füllten nun die gesellschaftlichen Konflikte rund um die geplanten Notstandsgesetze, die Kritik der Studierenden an den verkrusteten Universitätsstrukturen und tradierten bürgerlichen Werten, aber auch ein neu erwachtes kritisches Interesse an trans- oder internationalen politischen Ereignissen die Medien. Es waren vor allem Studierende, die sich lauthals, kreativ, auch aggressiv öffentliche Aufmerksamkeit verschafften. In Berlin verwandelten die Mitglieder der *Kommune 1* kurz vor Weihnachten 1966 eine Demonstration des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) gegen den Vietnamkrieg zu einem *Happening* und skandierten in Sprechchören „Weihnachtungswünsche werden wahr, Bomben made in USA“. Anlässlich des Staatsbesuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Horatio Humphrey im April 1967 führten Attentatsgerüchte zu Verhaftungen. Gefunden wurden jedoch nur Rauchkerzen, Farbbeutel, Pudding und Mehl. Das geplante Attentat ging als versuchtes „Pudding-Attentat“ in die Medien ein. Doch so spaßig blieben die Proteste nicht. Studentischer, nicht immer gewaltfreier, staatsbürgerlicher Ungehorsam und wenig maßvolle Reaktionen der staatlichen Ordnungskräfte begannen sich gegenseitig hochzuschaukeln. In Berlin starb der 26-jährige Student Benno Ohnesorg 1967 durch eine Polizistenkugel während einer Demonstration gegen den Besuch des als Diktator beschimpften iranischen Schahs. Im Februar 1968 wurde Rudi Dutschke (1940–1979) lebensgefährlich angeschossen. Der Attentäter, ein Hilfsarbeiter, hatte eine Ausgabe der *Nationalzeitung* mit der Schlagzeile „Stoppt den roten Rudi jetzt!“ dabei. In München starb während der Osterunruhen im April 1968 der Reporter Klaus Frings (1936–1968) durch einen Steinwurf eines Demonstranten.

Verglichen mit den Zentren der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung in Berlin, Frankfurt oder München blieb es an den baden-württembergischen Hochschulen recht ruhig. Zwar hallte der studentische Protest an den Universitäten in Heidelberg, Freiburg oder Tübingen wider. Auch hier demonstrierten Studierende für universitäre Reformen, besetzten leer stehende Häuser und erprobten neue Lebensstile bzw. Wohnformen. Auch im schwäbischen „Musterländle“ reagierte die Polizei scharf auf öffentliche Störungen, *Go-ins* und Hausbesetzungen. Die Justiz verhängte nicht selten drakonische Strafen gegen die Protestaktionen. Als beispielsweise im Februar 1968 in Tübingen Mitglieder des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes*

(SDS) aus Protest gegen den Vietnamkrieg vor dem Amerikahaus eine Stunde lang den Verkehr blockierten, verhaftete die Polizei drei „Rädelsführer“. Sie wurden ein halbes Jahr später in einem bundesweit beachteten Prozess wegen Nötigung zu drei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.



Bild nahezu ohne Damen? Diskussion zwischen dem Soziologen Ralf Dahrendorf (1929–2009) und Rudi Dutschke (1940–1979) am 29. Januar 1968 in Freiburg.

Doch insgesamt verliefen die Auseinandersetzungen im Südwesten mit dem „Muff von tausend Jahren unter den Talaren“ weniger spektakulär und wohl auch weniger gewaltsam als in den Zentren der Bewegung. Vielleicht lässt sich das tradierte liberale Klima als Erklärung auch für die nicht ganz so unruhigen 1960er Jahre im Südwesten heranziehen. Der südwestdeutsche Liberalismus hatte schon im späten 19. Jahrhundert die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, Sozialdemokratie und staatlicher Obrigkeit regional und mäßigend eingefärbt. Zwar stieß 1968 der studentische Protest bei Hochschullehrern und Universitätsleitungen auch in Baden-Württemberg keinesfalls auf breite Sympathie. Dennoch erscheint die Verständnisbereitschaft, mit der Hans Herbert Deissler (1915–1994), von 1967 bis 1970 Rektor der Pädagogischen Hochschule Freiburg, die Studentenbewegung kommentierte, nicht untypisch für die südwestdeutschen liberalen Traditionen. Wie er berichtete, fanden

„an unserer Hochschule [...] kaum Diskussionen über die Strukturen eines basisdemokratischen sozialistischen Staates statt. Grundsätzliche Debatten über die Wege der Veränderung des Bewußtseins, über das Wesen der neuen Aufklärung, das Verständnis von Emanzipation wurden vor allem in Berlin und Frankfurt geführt.“²⁵⁶

Doch die Protestaktionen liefen in Freiburg nach den Mustern der großen Zentren ab: „*Sit-ins, Go-ins*; selbständige Organisation und Führung von Seminaren, [...] die Diskussion als ausschließliche Arbeitsform; Ablehnung von Referaten, Hausarbeiten und Leistungsbewertungen“ bestimmten auch an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg den Lehrbetrieb.²⁵⁷ „Nach zehn Jahren, 1977“, schreibt Deissler in seiner Rückschau,

„hat der Schriftsteller Peter Schneider im Rückblick festgehalten: ‚Die Bewegung hat nicht die Gesellschaft, aber viele Menschen freier gemacht.‘ Mir persönlich hat sie entscheidend geholfen, die Erfüllung meiner Staatspflichten im Dritten Reich als Gewissensbelastung zu erleben, mich damit auseinanderzusetzen und hoffentlich klüger für ein anderes Mal zu werden.“²⁵⁸

Auch die neue Frauenbewegung, die sich Ende der 1960er Jahre entfaltete, zeigte im Südwesten regionaltypische Züge. Als Startpunkt der zweiten deutschen Frauenbewegung gilt der Wurf mehrerer Tomaten auf die (männlichen) Delegierten einer Konferenz des SDS im Jahr 1968. Die Regisseurin Helke Sander (*1937) hatte für den frisch gebildeten *Aktionsrats zur Befreiung der Frauen* eine Rede gehalten und gefordert, dass feministische Positionen in das Programm des SDS aufgenommen werden. Als die Herren sich nicht geneigt zeigten, das Private als Feld der Politik zu begreifen, flogen die berühmten Tomaten. Weitere Etappen auf dem Weg zur Etablierung der neuen Frauenbewegung stellten die Kampagne gegen den Strafrechtsparagrafen 218, der die Abtreibung unter allen Umständen unter Strafe stellte, die Gründung von Frauenzentren oder von Frauenhäusern, schließlich der Kampf für die Institutionalisierung kommunaler Frauenbeauftragter dar.

Auch im Südwesten spaltete sich die neue Frauenbewegung von der Studentenbewegung ab. Die Entwicklung lässt sich am Beispiel der Universität Heidelberg veranschaulichen. Von frauenspezifischen Themen war zu Beginn der Bewegung nicht die Rede. Studentinnen waren 1966/67 an den Heidelberger Aktionen gegen die tradierte Studienordnung oder an den Protesten gegen den Vietnamkrieg beteiligt. Der Frauenanteil an den Protesten

256 Deissler (1987), S. 137 f.

257 Ebd., S. 138.

258 Ebd., S. 140.



Franziska Becker: „Meine 68er in Heidelberg“.

entsprach wohl in etwa ihrem Anteil an den Studierenden. Doch eigenständig sichtbar wurden sie erstmals 1968/69, als sie in Auseinandersetzungen um eine Studentenverbindung und ihr Wohnheim, das *Collegium Academicum* (CA), erfolgreich Mitbestimmungsrechte für Frauen forderten. Anfang der 1970er Jahre übernahmen sie gar eine Amtsperiode lang als „Feminat“ die Selbstverwaltung der Einrichtung. Im CA trafen sich dann die ersten Heidelberger Frauengruppen. Auch sie verbanden – wie anderenorts – Hochschulpolitik mit allgemeiner Politik und dem Slogan „Das Private ist politisch“. Seit 1974 zielten die Aktionen der Heidelberger Frauengruppen auf die Etablierung eines Frauenzentrums und die Forderung nach frauenspezifischen Themen in der universitären Lehre. Eine Initiative für einen Frauenbuchladen entstand 1976. Ende der 1970er Jahre begann die Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen die Debatten zu dominieren. Sie mündeten in der Gründung eines Frauenhauses 1980.

Doch es sind nicht nur die organisatorischen Erfolge, die die Entwicklung der neuen Frauenbewegung charakterisieren. In einem seit 1945 unbekanntem Maße gelang es ihr, Frauen und ihre Themen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. 1977 organisierten feministische Heidelbergerinnen einen eigenständigen Frauenkongress. Ein internationaler Philosophinnenkongress fand 1984 an der Universität statt. Musikerinnen veranstalteten mehrmals ein Komponistinnenfestival. 1986, anlässlich der 600-Jahr-Feier der Universität, richteten Studentinnen einen Frauenkongress zum Thema *Frauen an der Hochschule* aus.

Insgesamt waren viele Aktionen der neuen Frauenbewegung im Südwesten durchaus erfolgreich. Dies lässt sich beispielsweise an den Gründungsdaten der autonomen bzw. öffentlich getragenen Häuser für Frauen aufzeigen, die vor (familiärer) Gewalt Schutz suchen. 1978, lediglich zwei Jahre nach der Einrichtung des ersten autonomen Frauenhauses in West-Berlin, entstand das erste baden-württembergische Frauenhaus in Reutlingen. Ein Jahr später folgte das Stuttgarter Frauenhaus nach. 1980 eröffnete das Frauenhaus in Heidelberg. 1981 ist das Gründungsdatum der Frauenhäuser in Tübingen und Mannheim. Eine Aufzählung aus dem Jahr 2008 verzeichnet Frauenhäuser an 33 baden-württembergischen Standorten.²⁵⁹ Dass ihre Angebote nach wie vor dringend benötigt werden, zeigt beispielsweise die Statistik des Frauenhauses Mannheim: Bei einer Kapazität von 33 Plätzen nahm das Haus im Jahr 2013 insgesamt 131 Frauen und Kinder auf. Weitere 352 Hilfesuchende mussten abgewiesen werden.²⁶⁰

Anne Bieschke zufolge ist es ein spezifisches Kennzeichen der Frauenbewegung in Baden-Württemberg, dass sie sich früh schon gesellschaftspolitischen Themen öffnete, die über frauenspezifische Fragestellungen im engen Sinn hinausgingen.

„Während sich die Pluralisierung der Neuen Frauenbewegung aus gesamtdeutscher Sicht erst Ende der 1970er Jahre vollzog, partizipierten Frauen in Baden-Württemberg schon zu Beginn dieses Jahrzehnts an verschiedenen Aktionen anderer Neuer Sozialer Bewegungen, die in diesem Zeitraum gerade dabei waren, sich zu etablieren.“²⁶¹

So beteiligte sich die baden-württembergische Frauenbewegung beispielsweise am Widerstand gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl in der „heißen“ Phase der Auseinandersetzungen 1974/75. Die Freiburger Frauengrup-

259 www.frauenhilfe-fds.de/frauenhaeuser.pdf (letzter Zugriff am 13.4.2015).

260 www.frauenhaus-fiz.de/aktuelles.php (letzter Zugriff am 13.4.2015).

261 Bieschke (2015) S. 104.

pe gehörte zu den Mitorganisatorinnen der *Badischen Fraueninitiative*, die sich aus Freiburgerinnen und Frauen der Gemeinden rund um Wyhl zusammensetzte. Die *Fraueninitiative* machte mit neuen Protestformen, zum Beispiel Nachtwachen oder Bauplatzbesetzungen, von sich reden. Ende der 1970er Jahre formierte sich die Zusammenarbeit von Friedensbewegung und Frauenbewegung in der Frauenfriedensbewegung. Sie sollte in den 1980er Jahren zur aktiven Beteiligung von Frauengruppen an den überregional bekannten Auseinandersetzungen um die in Mutlangen stationierten Pershing-II-Raketen führen.

Heute ist es um die neue Frauenbewegung und ihre Institutionen, nicht nur in Heidelberg und Freiburg, ruhig geworden. Die umkämpften Frauenhäuser sind inzwischen nahezu überall in kommunale Trägerschaft übergegangen. Aus den erstrittenen kommunalen Frauenbeauftragten sind Gleichstellungsbeauftragte geworden, die nun für *Diversity*, die Gleichberechtigung von Minderheiten jedweder Couleur kämpfen sollen. Frauen sind demnach offenbar wieder auf dem Weg zur „Minderheit“. Hat die Frauenbewegung also gar keine nachhaltigen Erfolge zu verzeichnen? Eine solche Perspektive griffe deutlich zu kurz. Der Anstieg des Frauenanteils in den Parteien und Parlamenten wäre ohne die neue Frauenbewegung nicht zu erreichen gewesen. Wie sehr sich Frauen dank ihrer Bewegung in den letzten Jahrzehnten den öffentlichen Raum erobert haben, lässt sich an einem Heidelberger Flugblatt ermesen, das die Ausgangslage in den 1970er Jahren beschrieb: „In der Heidelberger Altstadt gibt es: Kneipen, Diskotheken, Bars, Clubs, Vereine – für Männer“, ist im Flugblatt zu lesen. Und weiter:

„Für Männer deshalb, weil eine Frau, die allein dorthin gehen will, belästigt, schief angesehen wird und sich ins Gerede bringt. [...]. Welche Frau würde sich abends ohne männliche Begleitung nach ihrer Arbeit noch in die Hauptstraße oder an den Neckar oder gar ins Bahnhofsviertel wagen?“

Das Bedürfnis von Frauen, einen öffentlichen Ort zu haben, an dem sie sich miteinander austauschen könnten, werde beständig lächerlich gemacht. Aber, so die Autorin, „wir haben angefangen, unsere eigenen Probleme ernst zu nehmen und uns gegen die Frauenverachtung zu wehren“.²⁶²

Anders als im Falle der Studenten- und Frauenbewegung übernahm der Südwesten in Sachen bürgerschaftlicher Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung geradezu eine Vorreiterrolle. So ist der Name der Gemeinde Wyhl mit dem ersten erfolgreichen Widerstand in Deutschland gegen den Bau eines Atomkraftwerks verbunden. Die kleine Bauern- und Winzergemeinde am Kaiser-

262 Flugblatt zit. nach Horsch (1996), S. 263.

stuhl in der Nähe von Freiburg war 1973 von der Landesregierung mit Zustimmung des örtlichen Bürgermeisters als Standort für ein AKW ausesehen worden. Der Protest gegen den Bauplan ging von den Nachbargemeinden aus. Zu den örtlichen Bauern gesellten sich bald Studenten der nahegelegenen Universität Freiburg, schließlich Unterstützer aus der ganzen Bundesrepublik. 1973/74 bemühten sich die örtlichen Bürgerinitiativen vor allem darum, die Öffentlichkeit durch Informationen über die Gefahren der Nukleartechnik zu mobilisieren. Im Zuge der Eröffnung des Genehmigungsverfahrens im Herbst 1974 kamen neu entwickelte Formen des zivilen Ungehorsams dazu. Protestveranstaltungen im Stuttgarter Landtag oder die Blockade einer Fraktionssitzung der CDU-Landtagsfraktion von Bauern und Winzern mit ihren Traktoren verschafften dem regionalen Protest bald breite Medienaufmerksamkeit. Im Februar 1975 besetzten Aktivisten der Anti-AKW-Bürgerinitiativen schließlich für neun Monate das Baugelände. Informations- und Kulturveranstaltungen, Demonstrationen und Blockaden, Mahnwachen und der Einsatz juristischer Mittel, Verfahrenseinsprüche und Verfassungsbeschwerden begleiteten die Zusammenarbeit der über die Staatsgrenzen hinweg agierenden badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Der Kampf um die Rechtmäßigkeit des Bauvorhabens und des bürgerschaftlichen Protestes tobte auch vor den Gerichten. Die Klagen umliegender Gemeinden gegen den Bau hatten vor dem Freiburger Verwaltungsgericht zu einem Baustopp geführt. Im Oktober 1975 hob der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim den Baustopp auf. Im März 1977 verbot das Verwaltungsgericht Freiburg den Bau, ein Urteil, das 1982 vom Mannheimer Verwaltungsgerichtshof wieder aufgehoben wurde. Als in der Folge die Proteste erneut aufflammten, entschied Ministerpräsident Lothar Späth (1937–1991), aus wirtschaftlichen Erwägungen „vorläufig“, letztlich aber endgültig auf den Bau des AKWs zu verzichten. „Wyhl gilt“, so Ulrich Eith in einem Aufsatz über den Anti-AKW-Widerstand am Kaiserstuhl,

„erstens als Beginn der organisierten Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, zweitens war der Widerstand in Wyhl stilbildend für den Aufschwung der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen ab Mitte der 1970er Jahre, drittens gelten bis heute die Ereignisse in Wyhl als eine entscheidende Wegmarke zur Gründung und Etablierung der Grünen im Südwesten, und viertens demonstrierte die enge, grenzüberschreitende Kooperation von badischen und elsässischen Aktivisten und Bürgerinitiativen den zwischenzeitlich erreichten Erfolg der deutsch-französischen Aussöhnung gerade auch auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.“²⁶³

263 Eith (2013), S. 37.

In Wyhl wurden im Spannungsfeld zwischen rechtstaatlichen Planungsverfahren und (zumeist) gewaltfreiem Widerstand neue Beteiligungs- und Protestformen als Mittel bürgerschaftlichem Engagements erprobt und etabliert. Anders noch als die politischen Parteien und die Parlamente der 1970er Jahre stellten die Bürgerinitiativen überdies eine Bewegung dar, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und gleichermaßen präsent gesellschaftlichen Widerstand organisierten. Für manche Aktivistin öffnete die Arbeit in den Bürgerinitiativen die Tür zu politischer Betätigung – erst in den Gemeinderäten, dann auf Landes-, schließlich auf Bundesebene.

Gibt es spezifische Gründe, warum die Anti-AKW-Bewegung gerade im Südwesten so erfolgreich war? Die Bauern vor Ort machten sich vor allem Sorgen um ihr wirtschaftliches Auskommen. Die Bedrohung ihrer Existenzgrundlage trieb und treibt auch andernorts in der Bundesrepublik die lokale Bevölkerung in die Opposition, wenn es um Kernkraftwerke oder aktuell um Atomendlager geht. Die lokalen Bürgerinitiativen im Südwesten betonten gerne die Notwendigkeit, die eigene Heimat zu bewahren und zu verteidigen. Auch dieses Argument wird sicherlich von den Aktivisten ähnlicher Bewegungen geteilt. Doch die Kaiserstühler Protestler stellten ihren Widerstand überdies in eine lange historische Traditionslinie von den Bauernkriegen über die Revolutionen von 1848. Das bald bundesweit bekannte allemannische „Nai hämmer gsait!“ verweist auf dieses tradierte grenzüberschreitende regionale Selbstverständnis, in das sich die Wyhler Protestbewegung erfolgreich einschrieb. *Die andre Wacht am Rhein* des Freiburger Liedermachers Walter Mossmann (1941–2015), ein Lied, das er zunächst unter dem Namen des oberrheinischen Bauernkriegsführers Jos Fritz (um 1470–um 1525) veröffentlichte, wurde nicht nur in Wyhl gesungen, sondern bundesweit in der Anti-AKW-Bewegung.

„Im Elsaß und in Baden, war lange große Not,
da schossen wir für unsere Herrn im Krieg einander tot.
Auf welcher Seite stehst Du, he? Hier wird ein Platz besetzt.
Hier schützen wir uns vor dem Dreck, nicht morgen, sondern jetzt!

Jetzt kämpfen wir für uns selber in Wyhl und Marckolsheim.
Wir halten hier gemeinsam eine andere Wacht am Rhein.
Auf welcher Seite stehst Du, he? Hier wird ein Platz besetzt.
Hier schützen wir uns vor dem Dreck, nicht morgen, sondern jetzt!“²⁶⁴

264 http://www.lmz-bw.de/uploads/media/Walter_Mossmann_-_Die_Wacht_am_Rhein.pdf (letzter Zugriff am 13.4.2015).



Bundesweit bekannter Kampfspruch der Anti-AKW-Bewegung in Wyhl.

Biographie: Neue Frauen braucht das Land – Christa Reetz (1922–2009)

„Nicht der Staat muß alles von den Bürgern wissen, sondern die Bürger müssen alles vom Staat wissen.“²⁶⁵ Solchermaßen prägnant fasste 1985 Christa Reetz die Haltung ihrer Partei und der zeitgenössischen Bürgerinitiativen zu einem als obrigkeitlich autoritär empfundenen Staat zusammen, dessen Tun die Staatsbürger kritisch begleiten sollten. Als die Abgeordnete ihre Rede vor dem Bundestag hielt, gehörte die 62-Jährige zu den Neulingen im Bundestag. Wie neun weitere Parlamentarierinnen und 18 Parlamentarier war sie Mitglied der Grünen, der Partei, der 1983 erstmals der Eintritt in den Bundestag gelungen war. Zwei Jahre später hatte sie, dem Rotationsprinzip der Grünen entsprechend, ihr Mandat bereits wieder niedergelegt. Den Höhepunkt ihres politischen Engagements stellte ihr Bundestagsintermezzo zweifellos nicht dar. Es gab zahlreiche andere gesellschaftspolitische Aktionsfelder, auf denen sie sich betätigte.

Wer war Christa Reetz, geb. Eckstein? Die Tochter eines Finanzbeamten und einer Hausfrau wuchs in Arnstadt, einer Kleinstadt in Thüringen, auf. Ihre Kindheit und Jugend während des Nationalsozialismus erlebte sie – wie viele andere – politisch unbedarft. In ihrer Familie herrschte das übliche „Schweigen“.

„Es war irgendwie zu dumpf, weiß ich nicht, das Geschehen, oder auch ich selbst, um das aufzunehmen, um’s zu analysieren. War nicht drin.“²⁶⁶

Ein abgebrochener Besuch des Gymnasiums, der halbjährige Besuch einer Sprachenschule in Leipzig 1938/39, schließlich das nachgeholt Abitur in Berlin und ein Einstieg in die Berufstätigkeit im Pressewesen markieren ihre schulische und berufliche Laufbahn. In Berlin lernte sie auch ihren Mann kennen, den sie 1944 heiratete. Mit auf die Erfahrungen rund um die Zerstörungen in der Hauptstadt des „Tausendjährigen Reiches“ zu Kriegsende führte Christa Reetz selbst ihre später entwickelte pazifistische Grundhaltung zurück. Doch vorerst verlief ihr Leben vergleichbar dem vieler Frauen ihrer Generation.

Die Berufslaufbahn ihres Mannes bei der Post führte Christa Reetz nach dem Zweiten Weltkrieg nach Offenburg. 1945, 1948, 1951, 1954 und 1956 kamen vier Töchter und ein Sohn zur Welt. Selbstverständlich gab die Mutter ihren Haushalts- und Familienpflichten den Vorrang vor

265 Bundestagsprotokolle, 10. WP., 123. Sitzung, 28.2.1985.

266 Interview zit. nach Meyer (1997), S. 214.

weiterer Berufstätigkeit. Dem Berufsausstieg 1953 folgte erst 1964 ein neues Beschäftigungsverhältnis zunächst in Offenburg bei Burda in der Anzeigenabteilung. Nach einem Programmierkurs übernahm sie die Stelle einer Programmiererin an der Universität Freiburg. Offenbar blieb neben der Familien- und Berufsarbeit Zeit und Raum für politisches Engagement. Und hierfür boten die überregionalen wie die regionalen zeitgenössischen gesellschaftlichen Konfliktfelder genügend Anlass. In den 1950er Jahren engagierte sie sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

„Die Geschichte mit dieser Wiederbewaffnung kam oder Militärgründung und Änderung des Grundgesetzes, was ich ja so furchtbar fand. [...] Also da bin ich dann hellwach geworden.“²⁶⁷

Auch an den Aktivitäten der beginnenden Frauenbewegung in den 1970er Jahren nahm sie Anteil. Doch ihre prägendsten politischen Erfahrungen machte sie in der Anti-AKW-Bewegung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen.

„Ich war auch auf sämtlichen Demos von Wyhl bis Brokdorf und in Grohnde, mal längere Tage, weil meistens war's auch so, daß irgendjemand, also auch gerade ne ältere Frau, war ich damals ja auch schon, auch wiederum notwendig war, um irgendwie so ein bißchen wenigstens [...] mit für, für etwas, etwas Ablauf, etwas Ordnung zu sorgen.“²⁶⁸

Als eine der Hauptakteurinnen der Proteste gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl wurde sie weit über die Region hinaus bekannt. Selbstredend wurde ihre Familie auch in die politische Arbeit einbezogen. Zwei ihrer Töchter waren bei der monatelangen Platzbesetzung in Wyhl bzw. in der *Freien Republik Wendland* aktiv. An Christa Reetz' Dauereinsatz in Sachen Gesellschaftspolitik scheiterte schließlich ihre Ehe.

„Und dieses Engagement [...] und daß ich förmlich jeden Abend weg war und andauernd irgendwie das oder jenes wollte, das war eigentlich das Wesentliche, daß mein Mann, der auch an seine Pensionierung 'rankam, sagte, nee, also so will ich nicht leben.“²⁶⁹

Parteipolitisch wurde sie anfangs der 1980er Jahre für die Grünen zuerst im Offenburger Gemeinderat, dann für zwei Jahre im Bundestag aktiv. Nachdem sie ihr Bundestagsmandat niedergelegt hatte, wechselte sie

267 Ebd., S. 217.

268 Ebd., S. 218.

269 Ebd., S. 231.



Christa Reetz (1. Reihe, 2. v. l.) mit Frauen des Offenburger Vereins „Frauen helfen Frauen“ anlässlich der Feier seines 25-jährigen Bestehens 2008.

hauptamtlich in den *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU) und begleitete zahlreiche Initiativen der Umweltschutzbewegung. Sie war 73 Jahre alt, als sie ihre Tätigkeit im geschäftsführenden Vorstand des BBU niederlegte. Noch wenige Wochen vor ihrem Tod vertrat sie im Jahr 2009 den BBU auf dem Evangelischen Kirchentag in Bremen.

„Der Name Christa Reetz hat einen guten Klang in ihrer Region.“²⁷⁰ Mit diesem Satz begann Birgit Meyer 1997 ihr Porträt der südbadischen Aktivistin. Als Christa Reetz am 21. Juni 2009 im Alter von 86 Jahren in Offenburg starb, widmete ihr die *Badische Zeitung* unter dem Titel *Demokratie braucht solche Menschen* einen Nachruf.

„Die Trauergemeinde sang ein Lied, das sich Christa Reetz gewünscht hätte: ‚Die Gedanken sind frei.‘ Das Lied aus dem Vormärz, das eine zweite Karriere in der badischen Anti-Atomkraft-Bewegung und im Widerstand gegen das AKW Wyhl gemacht hatte, passte hervorragend zur Trauer um eine Vorreiterin der Ökologiebewegung in Deutschland, die als Mitglied der ersten Grünen-Fraktion im Bundestag mit dafür gesorgt hat, das Thema Ökologie in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.“²⁷¹

270 Ebd., S. 211.

271 *Badische Zeitung* vom 4.7.2009.

Von der Peripherie ins Zentrum? Männer, Frauen und der Terrorismus

Auf das Problem des Terrorismus bezogen, waren die Anfangsjahrzehnte der jungen Bundesrepublik die „ruhigsten“ seit mehr als einem Jahrhundert. Dass das Gewaltmonopol nur dem demokratisch verfassten und kontrollierten Staat und seinen Organen gebühren könne, war nach den Erfahrungen des nationalsozialistischen Terrors und dessen Gewaltherrschaft in den 1950er und 1960er Jahren selbstverständlicher gesellschaftlicher Konsens. Das Thema Terrorismus traf die deutsche Nachkriegsgesellschaft in den 1970er Jahren deshalb umso heftiger. Es katapultierte die Überlebenden des Nationalsozialismus, Täter wie Opfer, und ihre Kinder in eine vehement geführte Diskussion über das eigene politische Selbstverständnis und über die Frage des staatlichen Gewaltmonopols.

Gibt es landesgeschichtliche Besonderheiten im Themenfeld RAF und Terrorismus? Der deutsche Südwesten war eigentlich nicht der explizit gewählte geographische Raum, auf den sich die Anschläge der RAF konzentrierten. Es ging in den Anschlagplänen darum, Führungskräfte und Repräsentanten der bundesdeutschen Wirtschaft und Politik oder des amerikanischen „Imperialismus“ zu treffen. Waren deren Wohnorte und Aktionsräume in Baden-Württemberg angesiedelt, dann hatten die Anschläge eben hier zu erfolgen. Und geeignete Ziele gab es genügend. 1971 und 1972 starben Polizisten in Hamburg, Kaiserslautern und Augsburg bei der Konfrontation mit RAF-Mitgliedern. Karlsruhe rückte am 15. Mai 1972 in die öffentliche Aufmerksamkeit, als bei einem Anschlag, der Bundesrichter Wolfgang Buddenberg (1911–1997) galt, dessen Frau Gerta schwer verletzt wurde. Wenige Tage später erschütterte die RAF mit einer Bombe im Springer-Hochhaus in Hamburg und mit einem Anschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand 1975 die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz (1922–1987) in Berlin und die Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm mit ihren tödlichen Folgen. 1977 ermordete die RAF in Frankfurt den Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto (1923–1977) und in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback (1920–1977). Die Gewalteskalation des Jahres 1977 erreichte ihren Höhepunkt mit der Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Hanns Martin Schleyer (1915–1977) in Köln und seiner anschließenden Ermordung.

Baden-Württemberg galt den Fahndungsunterlagen zufolge bis Anfang der 1980er Jahre als eines der bevorzugten Operationsgebiete der RAF. Als Ziele standen der Gerichtsstandort Karlsruhe und die amerikanischen *Headquarters* in Heidelberg im Fokus der RAF und damit auch der staatlichen Sicherheitsorgane. Da auch ein Teil der Terroristen aus dem Südwesten

Anarchistische Gewalttäter

– Baader/Meinhof-Bande –

Wegen Beteiligung an Morden, Sprengstoffverbrechen, Banküberfällen und anderen Straftaten werden steckbrieflich gesucht:

				
Meinhof, Ulrike, 7. 10. 34 Oldenburg	Baader, Andreas Bernd, 6. 5. 43 München	Esselin, Gudrun, 15. 8. 40 Bartholomae	Meins, Holger Klaus, 26. 10. 41 Hamburg	Raspe, Jan-Carl, 24. 7. 44 Seefeld
				
Machowitz, Ilse, 17. 5. 54 Frankfurt/M.	Jänschke, Klaus, 6. 9. 47 Mannheim	Augustin, Renald, 20. 11. 49 Amsterdam	Braun, Horsthard, 25. 2. 46 Berlin	Reinders, Kai, 27. 8. 48 Berlin
				
Bets, Ingeborg, 2. 7. 48 Berlin	Möller, Ingegard, 13. 5. 47 Heidefeld	Mohrhargl, Brigitta, 24. 6. 49 Eisenberg	Achterath, Axel, 15. 4. 35 Hannover	Hammermeister, Katharina, 14. 12. 43 Dettig
				
Kner, Rosemarie, 24. 8. 47 Ebersberg	Hansen, Siegfried, 24. 1. 52 Selb/Bayern	Brockmann, Helmut, 1. 3. 48 Citterdoh	Fiebke, Albert, 18. 12. 44 Stuttgart	

Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen, sind insgesamt 100000 DM Belohnung ausgesetzt, die nicht für Beamte bestimmt sind, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgen unter Ausschluß des Rechtsweges.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen entgegen:

Bundeskriminalamt – Abteilung Sicherungsgruppe –
53 Bonn-Bad Godesberg, Friedrich-Ebert-Straße 1 – Telefon: 02229 / 53001
oder jede Polizeidienststelle

Vorsicht! Diese Gewalttäter machen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch!

Fahndungsplakat, Mai 1972. Mit dem Druck von mehreren Hunderttausend Fahndungsplakaten forderte das Bundeskriminalamt die Mithilfe der Bevölkerung bei der Suche nach RAF-Terroristen.

stammte, konzentrierten sich viele Fahndungsmaßnahmen Ende der 1970er Jahre auf den Raum Karlsruhe – Heidelberg – Mannheim und Südbaden. Blutige Fahndungsspannen und -misserfolge lieferten im Südwesten immer wieder Schlagzeilen. So endete die Überprüfung einer verdächtigen Wohnung in Stuttgart im Juni 1972 mit dem Tod des unbeteiligten Wohnungsmieters, des britischen Staatsbürgers Iain James Torquil MacLeod (1938–1972). In Singen trugen im Mai 1977 zwei Polizisten schwere Verwundungen davon, als sie bei einer Routinekontrolle auf Günter Sonnenberg (*1954) und Verena Becker (*1952) trafen.

Geradezu ikonographische Bedeutung sollte schließlich Stuttgart-Stammheim für den rechtlichen Umgang der Bundesrepublik mit der Herausforderung des Terrorismus erhalten. Im Kontext der dort angesiedelten Gerichtsprozesse gegen RAF-Mitglieder rückte der Südwesten ins Zentrum der deutschen und internationalen Aufmerksamkeit. 1974 hatte die Generalbundesanwaltschaft das Oberlandesgericht in Stuttgart mit der richterlichen Voruntersuchung zum geplanten Prozess gegen die Hauptakteure der RAF beauftragt. In der Folge wurde eigens für die Inhaftierung der mutmaßlichen Terroristen und ihre Gerichtsverfahren in Stuttgart-Stammheim der Gefängniskomplex umgebaut und erweitert. Das Ensemble aus Hochsicherheitsgefängnis und Gerichtsgebäude stand seit 1974 für heftige Mediendebatten über einerseits „Isolationsfolter“ und die unwürdige Behandlung politisch motivierter Straftäter, andererseits über die Unfähigkeit der Behörden, die Kommunikation der Gefängnisinsassen mit ihren Sympathisanten draußen zu unterbinden und über die unkontrollierbare „Kommandozentrale der RAF“.

Die Angehörigen der RAF bewiesen insbesondere während ihres Gefängnisaufenthalts bemerkenswerte Souveränität im Umgang mit den Medien. Es gelang ihnen mithilfe ihrer Anwälte, die öffentlichen Debatten um die Haftbedingungen und die Umstände der Hungerstreiks kontinuierlich mit Munition zu befeuern. Als äußerst medienwirksam erwies sich auch der Besuch des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre (1905–1980) im Dezember 1974 in Stuttgart-Stammheim. Zweifellos trugen die aggressive Berichterstattung eines Teils der Medien und die entsprechenden Kommentare mancher „Medienstars“ über die terroristischen Akteure dazu bei, die Stilisierung der inhaftierten RAF-Mitglieder zu politischen Märtyrern zu bekräftigen. Nahezu genüsslich und mit Nacktfotos untermalt titelte die *Bildzeitung* am 2. Juni 1972: „Bader im Bomben-Lager überwältigt! [...] Ein nackter Terrorist flößt keinen Schrecken mehr ein.“²⁷² So zitierte die *Frankfurter Allge-*

272 „Baader im Bomben-Lager überwältigt“, Bild vom 2.6.1972.

meine Zeitung ausführlich den Kommentar der CSU-Landesleitung zum Besuch von Sartre in Stuttgart-Stammheim

„als Versuch, ‚Rechtsstaat und demokratische Gesellschaft lächerlich zu machen und ad absurdum zu führen‘. Die wirkliche Gefahr erwächst nach Meinung der CSU allerdings nicht aus diesem ‚makabren Auftritt eines von der Geschichte vergessenen ‚Philosophen‘, sondern aus der beflissenen Geschäftigkeit, mit der maßgebliche Vertreter und Institutionen unserer Gesellschaft diese Terroristen dem Bürger als eine Art von Partner vorstellen‘.“²⁷³

Gerhard Löwenthal (1922–2002, ZDF-Magazin) kommentierte die Entführung von Peter Lorenz mit den Worten: „Wir sind seit drei Jahren im Krieg. Ich bin gespannt, wie die jetzt mit den Früchten ihrer Politik fertig werden.“ Er forderte „endlich Schluss mit dem Verbrecherpack“.²⁷⁴

Der von Mai 1975 bis April 1977 durchgeführte Prozess sorgte schließlich dafür, dass Stuttgart-Stammheim und die Vorwürfe der Angeklagten über „Folter“ und „Vernichtungshaft“ beständig in den Medien präsent blieben. Auch die Selbstmorde von Ulrike Meinhof (1934–1977) im Mai 1976, von Andreas Baader (1943–1977), Gudrun Ensslin (1940–1977) und Jan-Carl Raspe (1944–1977) im Oktober 1977 und die nachfolgende Untersuchung der Begleitumstände ließen bei aller detailgenauen Analyse Fragen offen, die medial für die Inszenierung eines staatlich angeordneten bzw. geduldeten Mordszenarios genutzt werden konnten.

Waren spezifische südwestdeutsche Traditionen im Umgang mit den gewaltbereiten Herausforderern der staatlichen und rechtlichen Ordnung erkennbar? Eigentlich zeichneten sich solche erst nach dem Tod der Führungsriege der ersten Generation der RAF ab. Ursprünglich hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (1913–2007), der ein Jahr später wegen des Bekanntwerdens seiner Todesurteile als Marine-Richter in der NS-Zeit zurücktreten musste, darauf gedrängt, dass nur die aus Baden-Württemberg stammende Gudrun Ensslin in Stuttgart beigesetzt werde. Die Leichen von Andreas Baader und Jan-Carl Raspe sollten in die Wohnorte ihrer nächsten Angehörigen, Frankfurt und Berlin, verbracht werden. Doch Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (1928–2013) widersetzte sich sowohl dem „Landesvater“ als auch der abwehrenden Stimmung breiter Bevölkerungskreise und ordnete ein Begräbnis auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof an. Rommel „möchte auch verhindern, dass Särge in der Repub-

²⁷³ „Sartre ruft Böll zur Solidarität auf“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.12.1974.

²⁷⁴ Zit. nach „Die Entscheidung“, Stern vom 6.3.1975.

lik herungeschoben werden und niemand sie haben will“, ist in den Unterlagen des Friedhofsamts zu lesen.²⁷⁵ Bekannt ist auch Rommels öffentliches Statement: „Mit dem Tod muss alle Feindschaft enden.“²⁷⁶ Weil der Evangelische Oberkirchenrat dem protestantischen Pfarrer und Vater Gudrun Ensslins verweigerte, die Predigt anlässlich der Beerdigung seiner Tochter zu halten, sprang ein Stuttgarter Pfarrer ein. „Jeder Mensch hat eine unzerstörbare Würde, unabhängig davon, ob er tugendhaft oder kriminell ist“, stellte Bruno Streibel seiner Predigt voran. „Das war meine Botschaft, und ich glaube, dass ich damals die richtigen Worte gefunden habe“, so Streibel im Rückblick.²⁷⁷

Was ist über den (südwest-)deutschen RAF-Terrorismus in Genderperspektive zu sagen? Auffällig war: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte partizipierten Frauen entsprechend ihres Anteils an der politisierten Jugend an gewaltbereiten terroristischen Vereinigungen. Ein von der Bundesregierung Ende der 1970er Jahre in Auftrag gegebenes sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt bezifferte den Anteil der am Terrorismus beteiligten Frauen auf etwa ein Drittel.²⁷⁸ Unter den Hauptakteuren war ihr Anteil offenbar noch höher. In den Medien erschien der bundesdeutsche Terrorismus häufig gar als weiblich dominiert. Die erwähnte Forschergruppe analysierte biographische Fakten und Sozialdaten von 250 Personen aus dem Umfeld von RAF und *Bewegung 2. Juni* und kam hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung zum Ergebnis:

„Es lassen sich keine frauenspezifischen Auffälligkeiten in der Gesamtgruppe feststellen. In einer Studie über politische Grundströmungen in der Studentenschaft lagen Studentinnen im Meinungsspektrum von gemäßigten zu extremen politischen Auffassungen mindestens ebenso häufig wie die männlichen Studenten im Extrembereich. Vor diesem Hintergrund ist das Ausmaß der Beteiligung von weiblichen Mitgliedern an terroristischen Gruppen (ca. 33 Prozent) nicht besonders erstaunlich. Eine formale Analyse der Einflusststrukturen in terroristischen Gruppen ergab auch keine überzufällige Verbindung zwischen den beiden Größen ‚Status in der Gruppe‘ und ‚Geschlecht‘. Bei der Diskussion über ‚Frauen und Terrorismus‘ scheint daher auch das häufig anzutreffende Stereotyp wirksam zu sein, dass nicht dasselbe sein kann (oder auf dieselben Gründe zurückzuführen ist), was Personen verschiedenen Geschlechts tun.“²⁷⁹

275 Frank Buchmeier: „Endstation Dornhaldenfriedhof“, Stuttgarter Zeitung vom 30.12.2012.

276 Ebd.

277 Frank Buchmeier: „Über den Tod hinaus vereint“, Stuttgarter Zeitung vom 30.10.2012.

278 Bundesministerium des Inneren (1981), S. 5; Kurz (1981), S. 61.

279 Junkers (1981), S. 72 f.



Misstrauische Trauer: Die Beerdigung von RAF-Mitgliedern, Dornhaldenfriedhof Stuttgart, 27. Oktober 1977.

Als auffallend befand das Forscherteam lediglich,

„dass Frauen im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl in den terroristischen Gruppen mindestens ebenso häufig wie Männer in Führungspositionen gelangen. [...] Die Aufnahme in die T.-Gruppe verändert die Wertigkeit persönlicher Beziehungen und macht offenbar ein Mitwirkungsangebot, das dem traditionellen Rollenverständnis widerspricht“,

so die Deutung.²⁸⁰ Angesichts der kleinen Fallzahlen erschien dieses Phänomen jedoch statistisch nicht signifikant. Diese in den frühen 1980er Jahren vorgelegten Ergebnisse sind von der politologischen und sozialwissenschaftlichen Forschung bislang nicht infrage gestellt oder erweitert worden. Festzuhalten bleibt als derzeitiger wissenschaftlicher Konsens: Außer der Tatsache, dass Frauen im gleichen Maße am Terrorismus partizipierten, in dem sie zuvor bereits an der Studentenbewegung beteiligt waren, lassen sich unter geschlechtsspezifischen Aspekten keine „weiblichen“ Besonderheiten ausmachen. Dieser Eindruck wird von den autobiographischen Zeugnissen aus der Terrorismusszene bestätigt. „Wir sind alle nicht aus der feministischen Bewegung gekommen“, berichtete beispielsweise Inge Viett (*1944) in einem Interview mit der *tageszeitung (taz)* im Jahr 1997. Und weiter:

„Wir haben nicht bewusst so einen Frauenbefreiungsprozess für uns durchleben wollen [...]. Wir haben uns einfach entschieden, und wir haben dann gekämpft und dieselben Dinge getan wie die Männer. Es war für uns keine Frage Mann-Frau. Das alte Rollenverständnis hat für uns in der Illegalität keine Rolle gespielt.“²⁸¹

Diejenigen Terroristinnen, die sich bislang zu ihrer Partizipation als Frau an politischen Gewaltakten geäußert haben, weisen einen frauenspezifischen oder gar feministischen Zugang zum Terrorismus entschieden zurück – eine Selbstdeutung, welche die Charakterisierung der Terrorgruppen als „hegemonial männlich“ nahe legt.²⁸²

Gerade die Erkenntnis, dass Frauen keineswegs überproportional in terroristischen Gruppierungen vertreten waren, ist von den Medien in der Regel ignoriert worden. Der hohe Anteil von terroristischen Akteurinnen auf der Führungsebene provozierte vielmehr und provoziert zum Teil auch heute

280 Süllwold (1981), S. 106.

281 taz-Interview mit Inge Viett, zit. nach Gisela Diewald-Kerkmann: Frauen in der RAF, in: Dossier. Die Geschichte der RAF, Bundeszentrale für politische Bildung (20.8.2007), www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49243/frauen-in-der-raf?p=1 (letzter Zugriff am 13.4.2015).

282 Uetz (1999).

noch zu medialen populistischen Phantasien über die „mordende Frau“. Eine Reihe von Deutungsmustern lassen sich in den Medien seit den 1970er Jahren immer wieder ausmachen: Passend zu den zeittypischen Diskussionen um die neue Frauenbewegung interpretierte ein Teil der Journalisten die weibliche Gewaltbereitschaft als fehlgeleitete Emanzipationsbewegung. Frauen wurden demnach zu Terroristinnen, weil sie die weibliche Rolle ablehnten. Terroristinnen sind also keine „richtigen“ Frauen und als „falsche“ Frauen gewaltbereit. *Frauen und Gewalt* betitelte der *Spiegel* im August 1977 den Leitartikel eines Heftes. Dort ist zu lesen:

„In der bislang härtesten Phase des westdeutschen Terrorismus, da die Untergrund-Aktionisten Staats- und Wirtschaftsrepräsentanten abzuknallen entschlossen scheinen, spielen Frauen eine makaber hervorragende Rolle. Fast zwei Drittel aller mit Haftbefehl gesuchten Terroristen in der Bundesrepublik sind Frauen, höhere Töchter aus feinen Familien zumeist, die sich mit selbstzerstörerischer Lust in die Niederungen von Mord und Totschlag hinabgeben haben. An Bonnie und Clyde erinnert das nun nicht mehr. Eher verursachen die schießenden Frauen Ratlosigkeit, ‚würgende Beklemmung‘.“²⁸³

Als Erklärungsversuch für weibliche Gewalttätigkeit wurde angeboten:

„Nur mit der Waffe, dem klassischen Symbol der Männlichkeit, und nur mit besonderer Härte hätten die weiblichen Gruppenmitglieder die Vorstellung verwirklichen können, gänzlich emanzipierte Frauen zu sein.“

Weibliche Gewaltbereitschaft wurde als „der entscheidende äußere Bruch mit der abgelehnten Weiblichkeit“, auch als „Exzess zur Befreiung der Frau“ interpretiert.²⁸⁴ „Wesentlich ist auch dies“, so ein Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*:

„Bildung und Reife werden kaum erreicht, wenn Mütter aus übermäßigem Emanzipationsstreben versagen, Väter die Sorge für die Familie nicht mehr kennen [...]. Hiermit hat etwas zu tun, dass sich eine große Zahl von Frauen unter den Terroristen befinden. Die Epigonen Freuds haben dies natürlich sofort mit Mängeln in der Emanzipation begründet – armer Freud. Was soll denn aus einer Frau werden, wenn man sie in dem geistigen Klima eines übertriebenen Emanzipationstriebes in die Zwangsjacke von Theorien steckt?“²⁸⁵

Frauen, so ein weiterer Argumentationsstrang, mochten auch zu Terroristinnen werden, weil sie aufgrund ihres Geschlechtscharakters nicht zu einer rationalen politischen Haltung fähig sind. Häufig wird der religiöse und so-

283 „Frauen im Untergrund: ‚Ewas Irrationales‘“, *Der Spiegel* vom 8.8.1977.

284 Rolf Zundel: „Die Wege zur Gewalt“, *Die Zeit* vom 9.6.1978.

285 Wolfgang Seel, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1.4.1978.

zial engagierte familiäre Hintergrund genutzt, um die Deutung der Terroristinnen als durch weibliche Emotionalität fehlgeleitete Frauen zu untermauern:

„Gudrun Ensslin, Mitte der Sechzigerjahre eine etwas verträumte Germanistikstudentin mit Hang zum okkulten Kitsch, die vom Paradies auf Erden, einem ‚Himbeerreich‘ träumte, wie sie es nannte. Als sie 1968 in einem Frankfurter Kaufhaus kokelte, erklärte sie: ‚Ich habe das für die Kinder Vietnams getan.‘ Später veranstaltete die Pastorentochter Bibelkreise mit der roten Mao-Bibel und reiste mit dem gewalttätigen Baader ins imaginäre ‚Reich der Freiheit‘“,

so eine Charakteristik in einem *Spiegel*-Artikel aus dem Jahr 1997.²⁸⁶ Über Ulrike Meinhof heißt es da:

„Hat die solchermaßen beschriebene Frau schließlich zur Gewaltanwendung gefunden, dann gibt es für sie kein Halten mehr.“²⁸⁷

Terroristinnen schienen (und scheinen) weitaus gefährlicher als die männlichen RAF-Mitglieder. Christian Lochte (1935–1991), Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, wird mit folgenden Ausführungen zitiert:

„Die stärkere Verpflichtung an eine Sache und die Fähigkeit, ein gewünschtes Ergebnis ungeachtet aller anderen Aspekte zu erzielen, sind Eigenschaften, die Frauen viel gefährlicher machen als Männer, wenn sie sich entscheiden, sich einer revolutionären oder terroristischen Gruppe anzuschließen. [...] ‚Wem sein Leben lieb ist, sollte zuerst auf die Terroristinnen schießen.‘“²⁸⁸

Hier finden sich alle Stereotypen, die seit Ausbildung der bürgerlichen Geschlechterdichotomie im späten 18. Jahrhundert tradiert werden und zur Beschreibung „wahrer“ Männlichkeit und Weiblichkeit dienen. Doch es fehlten und fehlen auch nicht Überlegungen zur weiblichen Gewaltbereitschaft, die diese auf das doppelte Leid der Terroristin unter Kapitalismus und Patriarchat zurückführen möchten.²⁸⁹

Nicht nur die Tagespresse war (und ist) voll von Geschlechterstereotypen im Umgang mit den RAF-Mitgliedern. In den Begleitbänden zur ersten Kunstausstellung zur RAF *Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF* aus dem Jahr 2005 finden sich zwei biographische Essays über Andreas Baader sowie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin. Andreas Baader wird inszeniert als „Verkörperung von kollektiver Führung, von Orientierung im Kampf“, eben ganz „Tatmensch mit dem Tigergang“, der mit seiner Virilität (und entspre-

286 Peter Homann: „Volksgericht im Wüstensand“, *Der Spiegel* vom 19.5.1997.

287 Ebd.

288 MacDonald (1992), S. 216.

289 Ebd., S. 215.

chendem „Protestosteron“) die beiden intellektuellen Frauen fasziniert habe.²⁹⁰ Sein Leben erscheint als *Roadmovie* eines rücksichtslosen maskulinen autobesessenen Porschefahrers, der immer das Lenkrad beanspruchte.²⁹¹ Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof dagegen werden vor allem als unerwachsene Frauen gedeutet, als Mädchen aus protestantisch geprägten Eltern- und Pfarrhäusern, die dem Bedürfnis erlagen,

„fortsetzen und nachholen zu wollen, was die Eltern nur zum Teil geleistet hatten: aktiven Widerstand gegen den Faschismus“.²⁹²

Gudrun Ensslin wird gar als „unbewusste Delegierte ihres Vaters interpretiert“.²⁹³ Offenbar, so jedenfalls die Autoren im Jahr 2005, ist von „Mädchen“ protestantischer Milieus kein Durchdringen zu einer eigenständigen politischen Haltung zu erwarten. So ist häufig – wenn von Gudrun Ensslin geschrieben wird – das „schwäbische Pfarrhaus“ nicht weit. Was allerdings in Sachen weiblicher Terrorismus das Schwäbische zur Erklärung beiträgt, darüber schweigen sich die Autoren in der Regel aus.

290 Herrmann (2005), S. 112.

291 Stern (2005), S. 109.

292 Herrmann (2005), S. 113.

293 Ebd.

Exkurs: Zentrum und Peripherie – deutsche Geschichte und Regionalgeschichte

Die Geschichtswissenschaft als eigenständige universitäre Disziplin entstand im 19. Jahrhundert. Geschichtserzählung und Geschichtsschreibung gab es zwar schon seit der Antike. Auch an den Universitäten der Frühen Neuzeit wurde schon Rechts- und Kirchengeschichte gelehrt. Doch als eigenständiges wissenschaftliches Fach mit eigenem wissenschaftlichem Instrumentarium konnte sich die Geschichtswissenschaft erst in der Hochphase der Entwicklung der Nationalstaaten entfalten. Wen wundert's, dass der „Vater“ der deutschen Geschichtswissenschaft, Leopold von Ranke (1795–1886), den Staaten die Rolle von historischen „Individuen“ zuwies, deren Auf und Ab, Mit- und Gegeneinander den Verlauf der Geschichte bestimmte. Den Historikern des 19. Jahrhunderts war eines selbstverständlich: Große Staaten und große Männer machen Geschichte. Nationalgeschichte untersuchte und untersucht noch immer die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich auf die Nation in ihrer Gesamtheit auswirken und die das Miteinander der Nationen bestimmen. Insbesondere im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fühlten sich die Historiker überdies nicht selten dazu berufen, historische Legitimationen für das zeitgenössische politische Handeln auf Nationalstaatsebene zur Verfügung zu stellen. Dabei war es gerade in Deutschland nicht immer einfach zu bestimmen, welche Gebiete und wessen dynastische Interessen in einer Nationalgeschichtsschreibung zu berücksichtigen seien. Die Gründung des Wilhelminischen Kaiserreiches 1870/71 unter Ausschluss von Österreich verführte viele Historiker bis in die 1960er Jahre dazu, auch die Jahrhunderte vor der Reichsgründung in kleindeutsch-preußischer Perspektive zu schreiben. Dem deutschen Südwesten, seinen kulturellen Strömungen und Eigenheiten, kam vor der großen historischen, von Preußen in Angriff genommenen Aufgabe, den Nationalstaat zu schaffen, bestenfalls marginale Bedeutung zu.

Längst ist der tradierte nationalstaatliche Zugriff auf Geschichte nicht mehr selbstverständlich. Das gegenwärtige Schlagwort vom „Europa der Regionen“ hat auch die Geschichtswissenschaft beeinflusst. Vor allem dann, wenn nicht nur nach der Rolle der Politik gefragt wird, sondern auch nach wirtschaftlichen und kulturellen Traditionen, wird deutlich, dass viele Regionen über nationalstaatliche Grenzen hinweg miteinander verbunden waren und sind. War für die Menschen in Baden, Württem-

berg oder Hohenzollern bis weit in das 19. Jahrhundert hinein der Blick nach Frankreich, in die Schweiz oder in österreichische Territorien nicht naheliegender als beispielsweise der nach Preußen? Die Suche nicht nach Trennendem, sondern nach Gemeinsamem gestaltet sich grenzüberschreitend in der Region leichter als auf trans- oder nationalstaatlicher Ebene.

Nicht zuletzt macht der Blick auf Binnendifferenzierungen innerhalb der vereinheitlichenden Nation den Weg frei für eine Analyse von Nebengeleisen und Sackgassen der historischen Entwicklung, die angesichts des Sieges eines politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungsstrangs „vergessen“ worden sind. So ist beispielsweise unser Wissen über die reichskirchlichen Territorien der Frühen Neuzeit, in denen vor der Säkularisation immerhin etwa ein Achtel der Bevölkerung des Alten Reiches lebte, noch immer relativ gering. Und nicht selten werden angesichts der historischen Bedeutung des großen Preußens und seines ebenso großen Gegenspielers Österreich die Staaten des „Dritten Deutschlands“ marginalisiert.

Aber auch aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive steht die dominant nationalstaatliche Geschichtsperspektive seit langem auf dem Prüfstand. Kritisiert wird das Verschwinden von Frauen, ihren Handlungsräumen und -mustern in der Unterschiede nivellierenden, hoch aggregierten Nationalgeschichte genauso wie deren Orientierung an männlichen Politikarenen. Wenn beispielsweise eine Darstellung der Nationalgeschichte des 19. Jahrhunderts von Regierungshandeln, Parteienstreit und Parlamenten dominiert wird, braucht die historische Unsichtbarkeit von Frauen nicht zu verwundern. Sie hatten kein politisches Wahlrecht. Sie durften sich über viele Jahrzehnte hinweg politisch nicht betätigen und sie stellten deshalb auch keine Minister. Folgt die Geschichtsschreibung den Vorgaben des bürgerlichen Geschlechtermodells der Aufklärung, das so wirksam die männlichen Handlungsräume dem Öffentlichen, die weiblichen dem Privaten zuordnete, dann ist nicht erstaunlich, dass weibliche Betätigungsfelder beispielsweise im Sozialbereich neben den „wichtigen“ politischen Fragen als nebensächlich vergessen wurden und werden. Richtet sich der Fokus der aggregierten Wirtschaftsgeschichte zum Beispiel nur auf bezahlte Arbeit, dann liegt auf der Hand, warum wir so wenig über mithelfende Familienangehörige, Haushaltsökonomie und Nachbarschaftshilfe wissen.

Die historische Analyse auf regionaler Ebene erlaubt wie ein Vergrößerungsglas, „vergessene“ Frauen und weibliche Handlungsräume sichtbar

zu machen. So mag vielen weiblichen Aktionen auf nationalstaatlicher Ebene kaum Bedeutung beigemessen worden sein. Doch in der Region und vor Ort entfalteten zahlreiche Frauen in Organisationen und Netzwerken Wirksamkeit, auch wenn ihre Bemühungen auf hierarchisch höherer landes- und nationalstaatlicher Ebene von männlichen Führungsfiguren repräsentiert wurden. In der örtlichen und regionalen Erinnerungskultur fördert die historische Suche nicht selten Nischen zu Tage, in denen sich Frauen den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Tendenzen zum Trotz Spielräume für eigene Interessen eroberten. Und so macht die Suche nach Geschichte vor Ort auf der nicht selten als unwichtig bewerteten Mikroebene deutlich, dass aggregierte „Meistererzählungen“ die Geschichte zwar schlüssig in großen Entwicklungslinien darstellen. Letztlich sind sie aber in Gefahr, die schillernde diversifizierte Vielfalt des Vergangenen allzu sehr zu amalgamieren.

- Altmann-Gottheiner, Elisabeth: Neue Probleme mit der Frauenarbeit, in: Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine, Leipzig 1920, S. 38–50.
- Arndt, Fanny: Die deutschen Frauen in den Befreiungskriegen, Halle 1867.
- Arnold, Kerstin: Die Gründung des Schwäbischen Heimatbundes 1909, in: Martin Blümcke/Wilfried Setzler (Hrsg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...“. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute, Ostfildern 2014, S. 21–28.
- Ausführliche Darstellung von Karl Ludwig Sand's letzten Tagen und Augenblicken, Stuttgart 1820.
- Ausstellung für Gesundheitspflege Stuttgart 1914. Amtlicher Führer und Katalog. Veranstaltung der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1914.
- Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons: Ausstellung des Landes Baden-Württemberg. Württembergisches Landesmuseum Stuttgart, 3 Bde., Stuttgart 1987.
- Bader, Helmut: Martin Bader – „Mein Name ist in Giengen und Umgebung gut bekannt“, in: Petra Fuchs u. a. (Hrsg.): „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2007, S. 105–122.
- Bähr, Johannes/Erker, Paul: Bosch. Geschichte eines Weltunternehmens, München 2013.
- Bassermann, Julie: Reformbestrebungen im weiblichen Bildungswesen, in: Friedrich Walter: Mannheim seit der Gründung des Reiches 1871–1907, im Auftrage des Stadtrates dargestellt vom Statistischen Amt, Mannheim 1907, S. 526–528.
- Bau und Wohnung. Die Bauten der Weißenhofsiedlung in Stuttgart errichtet 1927 ..., hrsg. vom Deutschen Werkbund, Stuttgart 1927.
- Baum, Marie: Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1906.
- Baum, Marie: Der Einfluss der gewerblichen Arbeit auf das persönliche Leben der Frau, in: Schriften des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen, Heft 3, Jena 1910, S. 1–17.
- Baum, Marie: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950.
- Bensheimer, Alice: Die Frau im Dienst der Gemeinde, in: Die Frau 15 (1908), S. 193–199.
- Bettin, Henriette: Auf den Spuren von Marie Wegner. 1859–1920. Briefe einer vergessenen engagierten Frauenrechtlerin Anfang des 20. Jahrhunderts, Freiberg 2003.
- Bidlingmaier, Maria: Die Bäuerin in zwei Gemeinden Württembergs, Berlin 1918.

- Bieschke, Anne: Frauenträume werden Wirklichkeit?! – Die Neue Frauenbewegung in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 93–111.
- Binder, Hans-Otto: Jeder wollte es nicht gewesen sein. Entnazifizierung und Neuanfang in Tübingen in der Besatzungszeit, in: Hans-Otto Binder u. a. (Hrsg.): Vom braunen Hemd zur weißen Weste? Vom Umgang mit der Vergangenheit in Tübingen nach 1945, Tübingen 2011, S. 19–46.
- Bittmann, Karl: Die Badische Fabrikinspektion im ersten Vierteljahrhundert ihrer Tätigkeit 1879 bis 1903, Karlsruhe 1905.
- Blümm, Anke: Der Heimatschutz in Württemberg und seine Auseinandersetzung mit dem Neuen Bauen 1927–1941, in: Martin Blümcke/Wilfried Setzler (Hrsg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...“. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute, Ostfildern 2014, S. 77–92.
- Burkart, A.: Über die Entstehung der Typhusepidemie in Stuttgart, in: Medizinisches Correspondenzblatt 42 (1872), S. 9–12, 73–76, 84–87.
- Burkart, A.: Über das Auftreten der Infektionskrankheiten in Stuttgart, in: Medizinisches Correspondenzblatt 43 (1873), S. 177–183, 185–189, 193–198, 201–206, 209–215, 217–219.
- Carl Ludwig Sand, dargestellt durch seine Tagebücher und Briefe von einigen seiner Freunde, Altenburg 1821.
- Catharina Pawlowna. Königin von Württemberg 1816–1819. Einflüsse, Leben, Leistungen. Eine Ausstellung der Universität Hohenheim im Schloß Hohenheim, Hohenheim 1993.
- Cless: Die Kindersterblichkeit in Württemberg. Ein Mahnruf an das Volk, Stuttgart 1868.
- Darstellung von Karl Ludwig Sand's letzten Tagen und Augenblicken, Stuttgart 1820.
- Deissler, Hans Herbert: Die Zeit der Studentenbewegung (1967–1970), in: Lehrerbildung und Erziehungswissenschaften: 25 Jahre Pädagogische Hochschule Freiburg, Freiburg, 1987, S. 136–140.
- Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler, hrsg. vom Arbeitskreis Archive im Rhein-Neckar-Dreieck, Ubstadt-Weiher 1998.
- Die Württemberger in Mergentheim. Geschrieben von einem Augenzeugen im Jahre 1810, o. O. 1818.
- Dowe, Dieter (Hrsg.): Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin/Bonn 1980.
- Ein neues Bild von Sand, in: Burschenschaftliche Blätter 12 (1898), S. 133–134.
- Eith, Ulrich: „Nai hämmer gsait!“ – Stilbildender ziviler Widerstand in Wyhl am Kaiserstuhl, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er und 80er Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 35–53.
- Fastnacht der Hölle. Der Erste Weltkrieg und die Sinne, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2014.
- Fenske, Hans: Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart 1981.

- Fliedner, Hans-Joachim: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945, 2. Aufl. Stuttgart 1991.
- Franck: Der Stuttgarter ärztliche Verein in den Jahren 1872 bis 1882, Stuttgart 1882.
- Freitag, Sabine: Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998.
- Fritze, Maria: Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?, Stuttgart 1947.
- Fuchs, Rudolf: Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe, Karlsruhe 1904.
- Geiger, Ludwig: Therese Huber 1764–1829, Leben und Briefe einer deutschen Frau, Stuttgart 1901.
- Generalbericht über die Thätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 15 Jahre seines Bestehens 1880–1895, Leipzig 1896.
- Göz, Paula von: Frauenbestrebungen, in: Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II., hrsg. von Viktor Bruns, Stuttgart 1916, S. 325–338.
- Gussmann: Kindersterblichkeit, in: Die sanitären Verhältnisse und Anstalten der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart, Festschrift zur siebten Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, Stuttgart 1879.
- Guttmann, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.
- Haag, Lina: Eine Handvoll Staub. Widerstand einer Frau 1933–1945, Augsburg 2013.
- Hermann, Otto: Denkwürdiges aus der Franzosenzeit in den Julitagen 1796, in: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte 4 (1889), S. 54–55.
- Herrmann, Jörg: Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin – vom Protestantismus zum Terrorismus, in: Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF, Bd. 2, Göttingen 2005, S. 112–114.
- Hervé, Florence: Frauen im deutschen Widerstand. Zwischen Anpassung, Zustimmung, Verweigerung und Widerstand, in: Ilse Thomas (Hrsg.): „Ich hätte so gerne noch gelebt, geliebt und gearbeitet.“ Frauen zwischen den Republiken 1933–1949, Bielefeld 1996, S. 112–125.
- Herwegh, Georg: Herweghs Werke in einem Band, ausgew. und eingel. von Hans-Georg Werner, Berlin 1967.
- Heunisch, Adam, Valentin Ignaz: Beschreibung des Großherzogthums Baden, Stuttgart 1836, Neuaufl. Freiburg 1978.
- Heusenstein, Wilhelm: Dokumente zur Geschichte des Studenten K.L. Sand, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns 15 (1907), S. 160–183 und S. 244–270.
- Hippel, Theodor Gottlieb von: Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber, Berlin 1792.
- Hochreuther, Ina: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, Stuttgart 1992.
- Hohnhorst, Levin Karl von: Vollständige Übersicht der gegen Carl Ludwig Sand wegen Meuchelmordes verübt an dem K. Russischen Staatsrath von Kotzebue, geführten Untersuchung. Aus den Originalakten ausgezogen, geordnet und herausgegeben, Stuttgart 1820.
- Hoppe, Alfons: Die Besitznahme von Mergentheim durch die Krone Württemberg im Jahre 1809, Teil 1, Troppau 1887.

- Hoppe, Alfons: Die Besitznahme von Mergentheim durch die Krone Württemberg im Jahre 1809, Teil 2, Troppau 1888.
- Horsch, Gerlinde: Wie alles anfang ... – Die Neue Heidelberger Frauenbewegung, in: Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauengeschichte in Heidelberg, hrsg. von der Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen, Ubstadt-Weiher 1996, S. 259–268.
- Hosseinzadeh, Sonja: Nur Trümmerfrauen und Amiliebchen? Stuttgarterinnen in der Nachkriegszeit, Tübingen 1998.
- Huber, Therese: Die Ehelosen, 2 Bde., Leipzig 1829.
- Ihr und Wir – Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg. Große Landesausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2009.
- James, Barbara/Moßmann, Walter: Glasbruch 1848. Flugblattlieder und Dokumente einer zerbrochenen Revolution, Darmstadt 1983.
- Jarcke, Carl Ernst: Carl Ludwig Sand und sein, an dem kaiserlich-russischen Staatsrath v. Kotzebue verübter Mord. Eine psychologisch-criminalistische Erörterung aus der Geschichte unserer Zeit, Berlin 1831.
- Jean Paul: Der 17. Juli oder Charlotte Corday, in: Friedrich Gentz/Jean Paul/Johann Heinrich Voss (Hrsg.): Taschenbuch für 1801, Braunschweig 1800, S. 135–162.
- Jean Paul: Dr. Katzenbergers Badereise, Heidelberg 1809.
- Jünger, Ernst: In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers, Berlin 1922.
- Jubiläums-Katalog der J.G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger 1659–1909, Stuttgart/Berlin 1909.
- Kallenberg, Fritz: Die Fürstentümer Hohenzollern im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons, in: ZGO 111 (1963), S. 357–472.
- Kaschuba, Wolfgang/Lipp, Carola: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982.
- Kirsch, Karin: Die Weißenhofsiedlung. Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ – Stuttgart 1927, Stuttgart 1987.
- Kleßmann, Eckart: Universitätsmamsellen: fünf aufgeklärte Frauen zwischen Rokoko, Revolution und Romantik, Frankfurt 2008.
- Köstlin, Otto: Die Typhusepidemie des Februars 1872 und die Trinkwasserversorgung Stuttgarts, in: Medizinisches Correspondenzblatt 43 (1873), S. 17–24.
- Krais, Johann K.: Tagebuch über diejenigen Begebenheiten, welche die Reichsstadt Biberach während des französischen Krieges erfahren hat, Bd. 1, Stift Buchau 1801.
- Kreis, Reinhild: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“ Die Neue Frauenbewegung, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2014, S. 75–93.
- Krause, Albrecht: Frauen machen Politik. Amalie Zephyrine von Hohenzollern-Sigmaringen und Elisabeth von Fürstenberg, in: Otto Borst (Hrsg.): Frauen bei Hof, Tübingen 1998, S. 124–164 und 253–254.
- Kruse, Wolfgang: Die Französische Revolution, Paderborn 2005.

- La Roche, Sophie von: Briefe über Mannheim, Zürich 1791.
- La Roche, Sophie von: Rosaliens Briefe an ihre Freundin Mariane von St**, Teil 1, Altenburg 1797.
- Längle, Oskar: Aus den Notjahren des Städtleins Buchen. 1806–1818, in: 700 Jahre Stadt Buchen. Beiträge zur Stadtgeschichte, hrsg. von Rainer Trunk, Helmut Brosch und Karl Lehrer, Buchen 1980, S. 133–155.
- Langewiesche, Dieter: Württemberg und Baden. Zwei Länder in der Revolution 1848/49 – ein Vergleich, in: Freiheit oder Tod. Die Reutlinger Pfingstversammlung und die Revolution von 1848/49. Begleitbuch zur Ausstellung in Reutlingen vom 20.9.1998 bis 24.1.1999, Stuttgart 1998, S. 6–19.
- Langewiesche, Dieter: Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008.
- Leube, Ferdinand: Der allgemeine Wohltätigkeits-Verein im Königreiche Württemberg, Stuttgart 1850.
- Lindemann, Anna-Maria: Die Hälfte des Himmels? Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in Mannheim um 1900, in: Stadt ohne Frauen? Frauen in der Geschichte Mannheims, hrsg. von der Frauenbeauftragten der Stadt Mannheim und den Autorinnen, Mannheim 1993, S. 110–121.
- Lion, Hilde: Zur Soziologie der Frauenbewegung. Die sozialistische und die katholische Frauenbewegung, Berlin 1926.
- Livi, Massimiliano: Die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Bewertung politischer Rollen im NS-System: der Fall der Entnazifizierung von Gertrud Scholtz-Klink, in: Elke Frietsch/Christina Herkommer (Hrsg.): Nationalismus und Geschlecht, Bielefeld 2009, S. 327–337.
- Lohrer, Liselotte: Cotta. Geschichte eines Verlages, 1659–1959, Stuttgart 1959.
- Loster-Schneider, Gudrun: „Wie belehrend für die Zukunft sollte die Geschichte der Revolution Frankreichs und das Benehmen der anderen seyn“. Die Revolution im Roman bei Sophie von La Roche und Clara Viebig, in: Klaus Haag/Jürgen Vorderstemann (Hrsg.): Meine Liebe grüne Stube. Die Schriftstellerin Sophie von La Roche in ihrer Speyrer Zeit (1780–1786), Speyer 2005, S. 199–218.
- Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung. Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg, bearbeitet von Petra Schaffordt, Ubstadt-Weiher 2000.
- Matthias, Erich/Weber, Hermann (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984.
- Meise, Helga: Politisierung der Weiblichkeit oder Revolution des Frauenromans? Deutsche Romanautorinnen und die Französische Revolution, in: Inge Stephan/Sigrid Weigel (Hrsg.): Die Marseillaise der Weiber. Frauen, die Französische Revolution und ihre Rezeption, Hamburg 1989, S. 55–73.
- Meyer, Birgit: Christa Reetz, in: Dies.: Frauen im Männerbund: Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt 1997, S. 211–232.
- Müller, Rita: Deutsches Dorf und überfremdete Großstadt. Heimatschutzbewegung und völkisches Gedankengut im Spiegel der Zeitschrift „Mein Heimatland“, in: Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart. Wolfgang von Hippel zum 65. Geburtstag, hrsg. von Sylvia Schraut und Bernhard Stier, Stuttgart 2001, S. 149–163.

- Müller, Ulrike: Bauhaus-Frauen. Meisterinnen in Kunst, Handwerk und Design, 2. Aufl. München 2009.
- Münsterberg, Emil: Generalbericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 15 Jahre seines Bestehens 1880–1895, Leipzig 1896.
- Münsterberg, Emil: Generalbericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens, 1880–1905, Leipzig 1905.
- Nachtrag zu den wichtigsten Lebensmomenten Karl Ludwig Sand's aus Wunsiedel mit der vollständigen Erzählung seiner Hinrichtung, Stuttgart 1820.
- Oppenheimer, Max: Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt 1969.
- Opitz, Claudia: Sophie von La Roche und die Französische Revolution, in: „Meine Freiheit, nach meinem Charakter zu leben“. Sophie von La Roche (1730–1807), Schriftstellerin der Empfindsamkeit, hrsg. vom Haus der Stadtgeschichte Offenbach, Weimar 2007, S. 123–260.
- Pflug, Johann Baptist: Aus der Räuber- und Franzosenzeit Schwabens. Die Erinnerungen des schwäbischen Malers aus den Jahren 1780–1840, hrsg. von Max Zengerle, Weißenhorn 1975.
- Protokoll des SPD-Parteitag in Mannheim vom 23.–29. September 1906. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/parteeitage>.
- Reuss: Über die versuchsweise Einführung des Liernurschen Systems zur Entfernung der Fäkalstoffe, in: Medizinisches Correspondenzblatt 42 (1872), S. 12–14, 20–22, 28–30, 33–36.
- Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städte-tag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997.
- Riehl, Wilhelm Heinrich: Die Familie (1855), Stuttgart 1889.
- Rieth, Gustav Adolf: Laura Schradin, ein Leben für das Recht der Frau, in: Reutlinger Geschichtsblätter 17 (1978), S. 7–37.
- Robert Bosch 1861–1942. Bosch 1886–1986. Jubiläums-Ausstellung. Katalog, Stuttgart 1986.
- Schell, Csilla/John, Eckhard: Gibt es baden-württembergische Volkslieder?, in: John, Eckhard (Hrsg.): Volkslied – Hymne – Politisches Lied. Populäre Lieder in Baden-Württemberg, Münster 2003, S. 167–390.
- Schmidt, Uwe: Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution, Ulm 1993.
- Schönhagen, Benigna: „... ein treuer und gewissenhafter Diener und Helfer ...“. Der Schwäbische Heimatbund in der NS-Zeit, in: Martin Blümcke/Wilfried Setzler (Hrsg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...“. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute, Ostfildern 2014, S. 101–120.
- Schoeps, Julius H.: Bismarck und sein Attentäter. Der Revolveranschlag Unter den Linden am 7. Mai 1866, Hildesheim 2011.
- Schraut, Sylvia: Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozeß: Esslingen 1800–1870, Esslingen 1989.

- Schraut, Sylvia: „Es wird der Tag kommen, an dem der Himmel wieder frei für Dich sichtbar und Dein Fuß ungehindert gehen kann ...“. Widerständige Frauen in Mannheim, in: Ilse Thomas (Hrsg.): „Ich hätte so gerne noch gelebt, geliebt und gearbeitet.“ Frauen zwischen den Republiken 1933–1945, Bielefeld 1996, S. 127–140.
- Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995.
- Schraut, Sylvia/Steinbach, Peter/Gall, Wolfgang M./Weber, Reinhold (Hrsg.): Menschenrechte und Geschichte. Die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847, Stuttgart 2015.
- Seifriz, Konrad: Ortsgeschichte der ehemaligen Deutschordensgemeinde Markelsheim a. d. Tauber, Mergentheim 1925.
- Spies, Hans-Bernd (Hrsg.): Die Erhebung gegen Napoleon 1806–1814/15, Darmstadt 1981.
- Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands, hrsg. von Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker, Bd. 6, Altona 1838.
- Stern, Klaus: Das Leben des Andreas Baader. Ein Roadmovie, in: Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF. Begleitbände zur Ausstellung in den Kunst-Werken Berlin – Institute for Contemporary Art, 30. Januar bis 16. Mai 2005, hrsg. von Klaus Biesenbach, Göttingen 2005, S. 109–111.
- Struve, Amalie: Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen, Hamburg 1850.
- Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 1, Leipzig 1927.
- Varnhagen von Ense, Karl August: Kotzebue's Ermordung: Bruchstück aus den ungedruckten Denkwürdigkeiten, in: Deutsches Museum. Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben 1 (1851), S. 649–673.
- Venedey, Jacob: J. Venedey an Prof. Heinrich von Treitschke, Mannheim 1866.
- Voss, Jürgen: Soziale Unruhen im rechtsrheinischen Teil des Hochstifts Speyer im Zeitalter der Französischen Revolution, in: Geschichte und Gesellschaft 12 (1988), Sonderheft: Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution, S. 77–91.
- Wahrmund Gottlieb: Betrachtungen über die Römisch-Katholische Kirche mit ihren Jesuiten, in besonderer Beziehung auf Kotzebue's Ermordung durch Sand: Allen deutschen Landständen zur Beherzigung empfohlen, Eisleben 1819.
- Walter, Friedrich: Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2, Mannheim 1907.
- Walter, Friedrich: Hohnhorst's Schrift über den Prozeß gegen K.L. Sand. Ein Beitrag zur Geschichte der Sandliteratur, in: Mannheimer Geschichtsblätter VII (1906) Sp. 117–123 und Sp. 152–156.
- Walter, Friedrich: Stephanie Napoleon. Lebensweg und Weggenossen 1789–1860, Baden-Baden 1946.
- Weber, Karl Julius: Reise durch das Königreich Württemberg [1826], Stuttgart 1978.
- Weber, Karl Julius: Reise durch das Großherzogtum Baden [1826], Stuttgart 1979.

- Weber, Reinhold: Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945, Leinfelden-Echterdingen 2008.
- Weber, Reinhold (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er und 80er Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013.
- Weckel, Ulrike: Gleichheit auf dem Prüfstand. Zur zeitgenössischen Rezeption der Streitschriften von Theodor Gottlieb von Hippel und Mary Wollstonecraft in Deutschland, in: Claudia Opitz/Ulrike Weckel (Hrsg.): Tugend, Vernunft und Gefühl. Geschlechterdiskurse der Aufklärung und weibliche Lebenswelten, Münster 2000, S. 209–247.
- Wetzel, Hubert: Großvater und der Krieg, in: Joachim Käppner/Jakob Wetzel (Hrsg.): Europas Katastrophe 1914–1918. Menschen im Krieg, München 2014, S. 101–105.
- Wohlgemuth, Marta: Die Bäuerin in zwei badischen Gemeinden, Karlsruhe 1913.
- Wolfer, Jürgen: Ein hartes Stück Zeitgeschichte: Kriegsende und französische Besatzungszeit im mittleren Schwarzwald. Zwischen „Werwölfen“, „Kränzlemännern“ und „schamlosen Weibern“, Hamburg 2012.
- Wollstonecraft, Mary: Rettung der Rechte des Weibes mit Bemerkungen über politische und moralische Gegenstände, hrsg. von Christian Gotthilf Salzmann, Schnepfenthal 1794.
- Wunder, Heide: „Er ist die Sonn’, sie ist der Mond“. Frauen in der frühen Neuzeit, München 1992.
- Zetkin, Clara: Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 1955.
- Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF. Begleitbände zur Ausstellung in den Kunstwerken Berlin – Institute for Contemporary Art, 30. Januar bis 16. Mai 2005, hrsg. von Klaus Biesenbach, Göttingen 2005.

- Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 135 (FA137163)
Archiv des Hauses Württemberg, Altshausen 14
Archiv für soziale Bewegungen, Freiburg i. Br. 246
bpk/Abisag Tüllmann 255 (30002699)
Bundesarchiv, Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt 38
Deutsches Literaturarchiv Marbach 84 (17-8805-10)
Europeana 1914–1918/Susanne Sauter 168
Fürstlich Hohenzollernsche Sammlungen, Sigmaringen 21
Gertrude Siefke, Offenburg 249
Haus der Geschichte Baden-Württemberg 251
Helmut Bader, Schwäbisch Gmünd 212
Horst Rudel, Stuttgart 219
Archiv Baumeister im Kunstmuseum Stuttgart/VG Bild-Kunst, Bonn (2015) 193
Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg/Franziska Becker 241 (Z 6253/3)
Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe 152 (69 Baden, Sammlung 1995 F 1 Nr. 153)
Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart 177 (M 743/1 Bü 1,8)
Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg 239 (W 134 Nr. 085223u)
Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim 228 (StAWt-A57 II, Heinz Finke)
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg 24 (oben und unten), 58, 159, 175, 180, 181
picture alliance/Fritz Fischer 235
picture alliance/Mary Evans Picture Library 109
privat 198

- Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim 17 (Foto: Carolin Breckle), 64 (Foto: Carolin Breckle), 89 (Foto: Carolin Breckle), 95 (Foto: Badisches Landesmuseum Karlsruhe)
- Robert Bosch GmbH 125 (1941 Nr. 293)
- Stadtarchiv Horb 205
- Stadtarchiv Karlsruhe 155 (8/PBS IV 257), 170 (8/PBS VI 78)
- Stadtarchiv Lörrach 202 (StALö 2.29.19)
- Stadtarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte 103 (NL Amalie Kauffmann), 119 (KF039440), 131 (AB01898-090), 134 (KF018906), 163 (KF010806), 224 (KF029931)
- Stadtarchiv Stuttgart 144 (Signatur 9880/72), 190 (A374c), 194 (Pk763)
- Museum für Stadtgeschichte Freiburg i. Br. 77
- Südwest Presse Ulm (Foto Simon Resch) 97
- Universitätsbibliothek Heidelberg 122 (NL Marie Baum, Sig. Heid. Hs. 3675 N 9)
- Universitätsbibliothek Leipzig 74 (Hirzel.A.445)
- Wehrgeschichtliches Museum Rastatt 54 (Inv.-Nr. 021088), 56 (Inv.-Nr. 011715-45), 90 (Inv.-Nr. 004723), 92 (Inv.-Nr. 004723)
- Wieland-Archiv Biberach (Inv.-Nr. 3655) 46
- Württembergische Landesbibliothek Stuttgart 172
- www.goethezeitportal.de 147

Prof. Dr. Sylvia Schraut, geb. 1954, ist apl. Professorin am Historischen Institut der Universität Mannheim. Sie vertritt die Professur für Deutsche und Europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität der Bundeswehr, München.

Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Sozialgeschichte sowie Frauen- und Geschlechtergeschichte. Aktuell forscht sie vor allem zum Thema Terrorismus und Geschlecht.

Mit der Geschlechtergeschichte des deutschen Südwestens beschäftigt sie sich seit ihrem Studium. Beteiligt an etlichen kommunalen Projekten zur Frauengeschichte in Baden-Württemberg und an der Geschichtsarbeit des Vereins Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e. V., hat sie vielfach zur Frauen- und Geschlechtergeschichte Baden-Württembergs veröffentlicht.